Forschungsjournal

Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft

Soziale Bewegungen

DAS PRIVATE IST POLITISCH.

Konsum und Lebensstile

Heft 2 – Juli 2015 € 19,-

LUCIUS & LUCIUS

Editorial

3 Das Private ist politisch. Konsum und Lebensstile

Aktuelle Analyse

5 *Nils Schuhmacher*
Die Antifa im Umbruch. Neuformierungen und aktuelle Diskurse über Konzepte politischer Intervention

Themenschwerpunkt

17 *Sigrid Baringhorst*
Konsum und Lebensstile als politische Praxis – Systematisierende und historisch kontextualisierende Annährungen

28 *Jörn Lamla*
Politischer Konsum und (Post-)Demokratie – ein Debattenbeitrag

36 *David Salomon*
Politischer Konsum. Zwischen liberaler Postdemokratie und Sozialer Demokratisierung

46 *Katharina Witterhold*
Politik des Lebensstils als eher weiblicher Partizipationsstil? Beteiligungspraktiken politischer Konsumentinnen und Konsumenten on/offline.

56 *Francesca Forno*
Zusammen anders haushalten und Politik machen – Solidarische Einkaufsgemeinschaften in Italien

65 *Todd Graham*
Zwischen Haushalt und politischer Öffentlichkeit. Wie auf Online-Foren für Lebensstilpolitik mobilisiert wird

77 *Jana Rückert-John, René John und Melanie Jaeger-Erben*
Neue Formen des Konsums aus Sicht der Politik

Pulsschlag

90 *Kathrin Voss*
E-Petitionen – politische Partizipation in Zeiten des Social Webs

94 *Martin Wilk*
Welche Zukunft haben die G7? Zwischen Machtpolitik und globaler Kooperationskultur

99 *Armin Begić/Robin Laumann*
Wem gehört das Abendland? Die Junge Islam Konferenz

103 *Nabila Abbas*
Widerstand und Resignation auf dem Weltsozialforum 2015 – Ein Echo aktueller Bewegungen?

Treibgut

107 Materialien, Notizen, Hinweise

Literatur

113 *Mark Arenhövel*
Die Konsumgesellschaft im Labor (Lamla, Jörn 2013: Verbraucherdemokratie. Politische Soziologie der Konsumgesellschaft)

115 *Felix Anderl*
Albtraum Partizipation? (Miessen, Markus 2012: Albtraum Partizpation; Wilk, Michael; Sahler, Bernd 2014: Strategische Einbindung. Von Mediationen, Schlichtungen, Runden Tischen... und wie Protestbewegungen manipuliert werden)

118 *Nina-Kathrin Wienkoop*
Transition als politische Gelegenheit und Demobilisierung von Bewegungen (Klandermans, Bert/van Stralen, Cornelis (Hg.) 2015: Movements in Times of Democratic Transition)

120 *Bettina Engels*
Afrika in Bewegung (Branch, Adam & Zachariah Mampilly 2015: African Uprising. Popular Protest and Political Change.)

122 *Karin Urich*
Occupy: Ideal und Realität im Widerstreit (Geiges, Lars 2014: Occupy in Deutschland. Die Protestbewegung und ihre Akteure.)
125 *Karin Urich*
Epochenbruch oder Eintagsfliegen? (Prokla 177 (2014): Globale Proteste zwischen Organisation und Bewegung)

126 **Abstracts**

131 **Impressum**

FJSBplus

Martin Haselwanter
Die studentischen unibrennt-Proteste 2009/2010
Vom Erlöschen eines Feuers und dem Weiterbrennen der Universitäten

Felix Manig
Lokale Schritte für eine Globale Vision
Südafrikas Shack Dweller's Movement Abahlali baseMjondolo im transnationalen Spannungsfeld

Alle Artikel der Rubrik FJSBplus sind frei zugänglich unter www.forschungsjournal.de

Das Private ist politisch

Konsum und Lebensstile

Ökologisch und sozial korrekt Einkaufen erfreut sich seit der Jahrtausendwende wachsender Beliebtheit und ebenso wächst die Zahl derjenigen, die das Netz nutzen, um am politischen Geschehen teilzuhaben. Die Schnittmenge beider Bereiche zu untersuchen, war das erklärte Ziel eines Forschungsprojekts an der Universität Siegen, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft zwischen 2011 und 2015 gefördert wurde. Schon der Titel des Projekts postulierte, dass Bürgerkonsumenten auch als Online-Engagierte, also als gezielt konsumierende Internet Citizens, kurz als Consumer Netizens zu verstehen sind. Dort wo sich beide Entwicklungen bündeln, so die zentrale Vermutung, sollte etwas Drittes in besonderem Maße hervortreten, nämlich jener allgemeine Wandel bürgerschaftlichen Engagements, der in diesem Journal bereits mehrfach thematisiert wurde und der mit neuen Formen politischer Partizipation einhergeht, die projektförmiger, niedrigschwelliger, themen- und anlassbezogener sind, als die demgegenüber konventionell erscheinende Teilnahme an Straßenprotesten, ganz zu schweigen von der Mitarbeit in Parteien.

Dieses Heft bündelt erste Ergebnisse dieses Forschungsprojekts, bringt Arbeiten aus dem In- und Ausland zusammen, die – so die Hoffnung – eine Kernthese des Projekts plausibilisieren, nämlich dass dieses neue Engagement, das häufig mit Postdemokratie, minimaler oder simulativer Demokratie assoziiert wird, im Grunde als eine neue Politik der Lebensstile zu verstehen ist, dessen theoretische Erfassung, insbesondere die demokratietheoretische Einordnung erst noch aussteht. Methodisch gesehen basieren die hier vertretenen Stimmen auf Online-Umfragen (Forno, Baringhorst), Theoriearbeit (Lamla, Salomon), Medieninhaltsanalysen (Graham) und qualitativen Fallstudien (Witterhold, Rückert-John et al.). Auch jenen 26 Bürger_innen müssen wir dankbar sein, die mit uns das Wagnis eingegangen sind, eine bis dato in der Politikwissenschaft unbekannte Methode anzuwenden, nämlich das Partizipationstagebuch. Hierbei erklärten sich die Beteiligten bereit, acht Wochen lang über ihren Engagement-Alltag zu berichten (siehe Witterhold).

Doch stellt sich zunächst einmal die Frage, ob der politische Konsument im Netz überhaupt etwas Neues ist. Die Antwort lautet: Ja und Nein. Legt man ein zyklisches Verständnis der Geschichte politischen Konsums zugrunde, dann erleben wir heute bloß die Wiederkehr von Formen des Engagements, die schon in der Arbeiterbewegung thematisiert wurden (Salomon). Kaufen oder nicht Kaufen war eine Frage, deren Antworten zwischen Konflikt z.B. groß angelegten Boykott-Kampagnen gegen Unternehmen und Kooperation variierten (Teekampagne). In dieser Hinsicht reflektieren die vielen Anglizismen wie „sharing“ oder „peer-to-peer production“ (Baringhorst) nur etwas in Vergessenheit geratene alltagspolitische Praktiken der Neuen Sozialen Bewegungen und markieren heute eine empirische Abwendung von der theoretischen Idee, einsam getätigte Kaufentscheide seien analog zur Wahl mit dem Stimmzettel zu verstehen. Das Rad des Diskurses um politischen Konsum dreht sich weiter und hält neuerdings an altbekannter Stelle. Stricken ist wieder in; Öko-Dörfer innovativ (Rückert-John et al.); das Private politisch (Baringhorst). Statt gutes Tun durch Kaufen, statt Lifestyles of Health and Sustainability (Lohas) geht es um neue Freiheiten durch Reduzierung der Marktteilnahme, um Degrowth, oder wie ein Tagebuchschreiber es formulierte, um die Abkehr vom Primat „gib mir billig, gib mir viel“. Dass gerade im krisengebeutelten Südeuropa eine Wiederbesinnung auf Formen solidarischer Konsumgenossenschaften stattfindet (Forno), verstärkt den Eindruck einer neuen und zugleich altbekannten Entwicklung noch.

Gleichzeitig verdeutlichen die Beiträge durchaus originär neue Entwicklungen. Gerade an den netzbasierten, niedrigschwelligen und ebenso unverbindlichen Beteiligungs-

projekten wie Carsharing oder Carrot Mobs (Rückert-John et al.) oder an den von Voss im Pulsschlag vorgestellten E-Petitionen wird dies sichtbar. Der Diskussion um das Social Web verdanken wir neue Vorstellungen von miteinander kooperierenden Bürger_innen, die vor allem nach persönlich nachvollziehbaren Problemlösungen suchen. Wie in Grahams Beitrag sichtbar wird, kreuzen sich die Wege politischer Konsument_innen nicht allein im Bioladen; vielmehr entstehen Räume zwischen Privatheit und Öffentlichkeit auch auf vermeintlich unpolitischen Websites, die teilweise überraschend offen für politisches Engagement sind. Sichtbar wird in den sich neu etablierenden Gewohnheiten der Mediennutzung, dass dabei bestehende Gender-Rollen durchbrochen werden. Weniger der über alles in Echtzeit informierte geek, sondern die sozial engagierte, mit sozialen Medien arbeitende Alltagskonsumentin schafft neue Fakten in Sachen Konsum (Witterhold). Hiervon ausgehend erscheint eine im deutschsprachigen Raum überfällige Re-Interpretation von Lifestyle Politics angebracht. Salomons Kritik weist zurecht auf die Schwierigkeiten eines Engagements der Besserverdienenden hin. Individualisierung des Engagements scheint aber durch Wohlstand und Bildung erst ermöglicht zu werden. Demgegenüber grenzten sich viele der von uns erforschten Bürger_innen vom erhobenen Öko-Zeigefinger mit akademischer Vorbildung ab. Was aus den Partizipationstagebüchern ersichtlich wird, untermauert eher, was Lance Bennett schon früh postulierte, nämlich dass Lifestyle Politics eher als Resultat von prekären Flexibilisierungen der Lebenslagen anzusehen ist. Es geht darum im Kleinen, wo es überhaupt möglich ist, wirksam zu werden, ohne dabei das Große, Ganze aus den Augen zu verlieren.

Sicherlich hat das Verkaufen gebrauchter Sachen auf Second-Hand-Portalen kaum Einfluss auf das Weltklima. Gleichwohl bringt es eine wachsende Ungeduld der Bürger_innen zum Ausdruck, denen die herkömmlichen Beteiligungsmöglichkeiten nicht mehr zielführend genug erscheinen. Vielleicht wird sich in dieser Hinsicht das neuerdings wieder stärkere Interesse für die auf Problemlösung fokussierende Demokratietheorie von John Dewey als wegweisend erweisen, lässt sich doch am Beitrag von Jörn Lamla ablesen, dass eine Wiederversammlung der politischen Gesellschaft denkbar ist und zwar schon in der partiellen Problematisierung transnationaler Wertschöpfungsketten, ohne eine weitere Absichtsbekundung der internationalen Staatengemeinschaft abzuwarten.

FJSB PLUS

In der Rubrik FJSB PLUS analysiert Martin Haselwanter den Verlauf, Ergebnisse und Folgewirkungen der unibrennt-Proteste 2009/2010, die ausgehend von Österreich an über 100 Universitätsstandorten zu Hörsaalbesetzungen führten,um für Verbesserungen der Studienbedingungen einzutreten. Außerdem schreibt Felix Manig über die afrikanische Bewegung AbahlalibaseMjondolo. Diese Bewegung besteht vor allem aus Bewohnern von Slums und anderer desolater Wohnsituationen und stellt sich vor allem gegen die Ungerechtigkeit und Perspektivlosigkeit, die in diesen Wohnsituationen herrscht.

Nicht zuletzt finden Sie in der Rubrik das komplette Programm der Tagung „Wenn Konzerne Protest managen...“, die am 26. September 2015 in Berlin im Rahmen der Linken Medienakademie stattfindet.

Mundo Yang, *Sigrid Baringhorst* (beide Siegen), *Tobias Quednau* (Berlin)

Die Antifa im Umbruch
Neuformierungen und aktuelle Diskurse über Konzepte politischer Intervention

Nils Schuhmacher

Für die manchmal zu beobachtende Umkehrung des bekannten Bewegungsprinzips „talking is over – action is on" gibt es eine Reihe von Gründen. Debatten und Selbstverständigungsprozesse können von „Erfolg" oder starkem Misserfolg des jeweiligen Bewegungsakteurs, aber auch von externen Ereignissen in Gang gesetzt werden, die mit dessen Kernanliegen nicht oder nicht unmittelbar zu tun haben. So oder so: Häufig ist eine rasch wachsende Zahl an Bestandsaufnahmen, Reflexionen und Rückblenden ein Indikator für das Ende einer „kollektiven Episode" (Ohlemacher 1994) oder gleich der ganzen „Bewegung".

Mit Blick auf einen kollektiven Akteur, der mit einer gewissen Unschärfe unter dem Namen *Antifa* gehandelt wird, lässt sich zumindest feststellen, dass die Zahl der in den letzten fünf Jahren erschienenen (selbst)reflektierenden Buchpublikationen die Zahl jener um ein Vielfaches übersteigt, die in den davor liegenden rund 30 Jahren erschienen sind (Projektgruppe 1994). Dabei nehmen diese Veröffentlichungen entweder Rekonstruktionen antifaschistischer Politik vor, die zum Teil bis in die Zeit der Weimarer Republik zurückreichen (Keller u.a. 2011; Langer 2012, 2014) und damit zu größeren Teilen jenseits jeder personellen und strukturellen Kontinuitätsannahme liegen müssen. Oder aber sie konzentrieren sich auf Einzelphänomene aus unterschiedlichen Prosperitätsphasen eines bewegungsförmigen Antifaschismus und behandeln etwa die erste Generation autonomer bzw. „militanter" Antifas (Schöppner 2015) in den 1980er Jahren, Frauen- bzw. feministische Antifa-Gruppen (Fantifa) zwischen dem Ende der 1980er und den frühen 1990er Jahren (Herausgeber_innenkollektiv 2013) oder Organisierungen von (Post-)Migrant_innen im selben Zeitabschnitt (Yaşaroğlu 2010; AK Wantok 2014). Gesamtdarstellungen existieren demgegenüber genauso wenig wie Thematisierungen der neueren Entwicklungen. Wenn, dann finden sich diese v.a. im erweiterten Kontext der Auseinandersetzung über „Perspektiven autonomer Politik" (siehe exemplarisch die Beiträge in AK Wantok 2010) oder sie nehmen die Form weitgehend polemisch ausfallender „Abrechnungen" von außen an (Sommer/Witt-Stahl 2014).[1]

Dass das in diesen Beiträgen geschaffene Bild der Antifa lückenhaft, in verschiedener Hinsicht auch reduktionistisch ausfällt, liegt nahe und hat allgemein damit zu tun, dass Bewegungen aufgrund ihres Hier und Jetzt-Daseins auch zu sich selber vielfach ein Verhältnis pflegen, das von Amnesie einerseits und von retrospektiver Selbstüberhöhung andererseits geprägt ist. Das Bild mag in der Antifa aufgrund ihres historischen Bezugssystems (dem Nationalsozialismus) vielschichtiger ausfallen. Die Arbeit an der „eigenen Geschichte" hängt jedoch auch hier vom Engagement Einzelner ab. Es ist zudem in vielen Fällen mit der Absicht verknüpft, aus den vorgelegten Bestandsaufnahmen Kapital für das eigene, derzeit verfolgte politische Programm zu schlagen. Daraus erklärt sich nicht nur die Kennzeichnung ein-

zelner Strömungen als besonders relevant, sondern auch eine Sicht- und Darstellungsweise, die das Handeln der jeweiligen Akteure stark rationalisiert und die Entwicklungsdynamiken nicht weniger stark schematisiert.

Zeitgleich zu solchen Vorgängen der Geschichtsschreibung lassen sich bei der Antifa derzeit Prozesse der organisatorischen und inhaltlichen Ent- und Restrukturierung beobachten. Krisenrhetoriken und „Ausstiegserklärungen" begleiten das Spektrum zwar bereits seit den frühen 1990er Jahren, die Prozesse haben sich allerdings erheblich dynamisiert und finden ihre Bezüge zudem in stark veränderten Rahmenbedingungen, so dass aktuell von der wohl umfassendsten politischen wie strukturellen Neuformierung gesprochen werden kann. Neu ist, dass die Antworten auf Krisen- und Zerfallspostulate nicht mehr in erster Linie innerhalb des Bezugssystems „Antifa" gefunden werden. Als bemerkenswerte Pointe kann gelten, dass die politische und strukturelle Schwäche ihren Höhepunkt in einer Phase erreicht, die von einer besonderen Stärke rechtspopulistischer, rechtsextremer und rassistischer Mobilisierungen geprägt ist, die sich in Deutschland in so unterschiedlichen Phänomenen wie der „Alternative für Deutschland", den „Hooligans gegen Salafisten", den „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes" sowie mal mehr, mal weniger stark von Neonazis dominierten, bis weit in die „bürgerliche Mitte" hineinragenden Protesten gegen Flüchtlingsheime und einem von offizieller Seite aus registrierten Anstieg ‚fremdenfeindlicher' Gewalt ausdrückt.

1 | Antifa als kollektiver Akteur

Ausgehend von diesen zwei Beobachtungen – der politischen Schwäche und der symbolischen wie organisatorischen Abkehr – stellt sich die Frage nach dem Betrachtungsgegenstand, also der Morphologie der „Antifa". Für ein näheres Verständnis ist hier zunächst zu unterscheiden zwischen einem *Handlungs- und Konfliktfeld* Antifaschismus auf der einen und einer politisch-sozialen *Struktur*, bestehend aus Antifa-Gruppen und -Szenen, auf der anderen Seite.

Während die Geschichte „antinationalsozialistischer Proteste" (Baukloh 2001) im Nachkriegsdeutschland bis in den 1940er Jahre zurückverfolgt werden kann, lässt sich die Entstehung eines „neuen kämpferischen Antifaschismus" (Brandt 1985: 40) mit starken radikal linken Bezügen zwischen dem Aufstieg der NPD von 1967 bis 1969 und den großen Mobilisierungen und organisatorischen Konsolidierungen von Antifa-Zusammenschlüssen ab Mitte der 1970er Jahre verorten (Doerry 1980). Die spätere autonome „Antifa" war schließlich auch ein Nebenprodukt der Zerfalls- und Neuzusammensetzungsprozesse der Neuen Linken ab Ende der 1970er Jahre, die u.a. Strömungen wie die Autonomen und die Antiimperialisten hervorbrachten. Erheblich profitierte dieses Spektrum dabei von einer gewissen sozialen Verklammerung mit dissidenten Jugendkulturen (wie insb. Punks und z.T. auch Rockern). Lässt sich die Antifa vor diesem Hintergrund für eine erste, bis in das Ende der 1980er Jahre reichende Phase damit als *Teilbereich* innerhalb eines undogmatischen linksradikalen Bewegungsmilieus bezeichnen, so waren die 1990er Jahre einerseits von einer sozialen und politischen Regression dieses Milieus, andererseits von einer eigendynamischen, die Grenzen dieses Milieus sprengenden Verbreiterung des Antifa-Spektrums geprägt.

Die Antifa der 1990er Jahre lässt sich in diesem Sinne als ein *Derivat der Autonomen*, gleichzeitig auch als eine Art *Substitutionsmodell* verstehen, dessen Wirkmacht mit dem großen Ausmaß rechtsextremer und rassistischer Gewalt jener Jahre korrespondierte. Als charakteristisch können für diese Antifa nicht nur eine Vielzahl weiterer jugendkultureller Öffnungen gelten, sondern auch eine über die Autonomen hinausreichende Mobilisierungsfähigkeit, Öffentlichkeitsorientierung und Handlungswirksamkeit. Vor diesem genealogischen Hintergrund mag die bis heute verbreitete Ineinssetzung von Antifa und Autonomen er-

klärbar werden. Sie findet aber ihre deutliche Grenze dort, wo sich das Postulat der Autonomie in dem einen Fall (bei den Autonomen) auf eine undogmatisch-antiautoritäre „Politik der ersten Person", in dem anderen Fall (bei der Antifa) mehr auf die Formen der Organisierung und auf organisatorische Unabhängigkeit beziehen lässt.

Da das Antifa-Spektrum seine Kohärenz aus dem sozialem Umgang der Beteiligten, einer gemeinschaftlich bestimmten Bedrohungslage und nicht zuletzt auch aus dem Umstand generierte, dass handlungsbezogene Alternativen einer sich als linksradikal etikettierenden Politik fehlten, kann es kaum erstaunen, dass auch die bereits im Beginn der 2000er Jahre einsetzende Ausdifferenzierung und strukturelle Regression auf verschiedene Faktoren zurückzuführen ist. Angesichts neu aufkommender Konfliktfelder der Globalisierungsbewegung ab 1999, des sog. „Aufstandes der Anständigen" (im Jahr 2000) und des Einzugs „antideutscher" Positionen[2] (zwischen zweiter „Intifada" im Jahr 2000 und „9/11" im Jahr 2001) kam es zu einer starken Diversifizierung, die in zweierlei Hinsicht folgenreich ausfiel: Zum einen wurden die bis dahin unter den verschiedenen Strömungen bestehenden kommunikativen und organisatorischen Brücken abgetragen, zum anderen lassen sich spätestens seit dieser Phase die Adressierungen und Verständnisse einer jeweils unter dem Namen „Antifa" stattfindenden politischen Praxis nicht mehr einheitlich bestimmen.

Wird mit Blick auf das Antifa-Spektrum die Frage nach dessen Kontur gestellt, so ist jedenfalls festzuhalten, dass sie über die ideologischen Komponenten des Faschismus- und des Antifaschismus-Frames nur bedingt erfasst werden kann. Gemeinsamkeiten sowie innere Spannungsfelder lassen sich im Wesentlichen über die Berücksichtigung von vier weiteren Punkten bestimmen:

1. Die Antifa weist ein besonderes, auf Selbsthilfe abzielendes Verständnis von politischem Handeln auf. Darunter können sowohl dezidiert konfrontative und aggressive als auch andere selbstorganisierte, auf Appelle verzichtende Handlungsorientierungen fallen, die unterschiedliche Varianten einer „contentious politics" (Meyer & Tarrow 1998) ausmachen.

2. Im Vergleich zu anderen Akteuren besteht eine enge Verkoppelung zwischen einem Kernanliegen (dem Kampf gegen „Rechts" und „Rechte") und dem Anliegen, mit dem eigenen Engagement auch weitere Themen anzusprechen (wie „gesellschaftlichen und staatlichen Rassismus", „soziale Ungleichheit", „globale Ungerechtigkeit"), genau genommen: ein „Problem hinter dem Problem" anzugehen oder wenigstens zu benennen. Radikalität ist hierbei weniger als eine ideologische Größe zu verstehen, sondern bemisst sich an dem Ausmaß, in dem auf einen grundlegenden Wandel „politischer Selbstverständlichkeiten" und die Etablierung neuer Problematisierungen abgezielt wird (vgl. Pettenkofer 2010: 7). Gleichzeitig lassen sich unterschiedliche Radikalitätsgrade praktisch daran festmachen, ob die Akteure Bündnisse anstreben oder darauf verzichten, ob sie bei der Kommunikation ihrer Anliegen auf das Erreichen einer breiteren Öffentlichkeit abzielen oder nicht, in welchem Maße sie sich als „militant" einstufen und was sie darunter verstehen.

3. Die Antifa hat ein spezifisches Zeichensystem und einen darauf beruhenden Stil herausgebildet, mit dem ein Bild „von sich selbst" erzeugt und – in Mobilisierungen, aber auch in habitueller Hinsicht – gewinnbringend eingesetzt wird. In dieses Bild gehen individuelle und kollektive Selbstverständnisse der Beteiligten ein. Spannungen ergeben sich dabei daraus, dass diese kaum mehr im Rahmen eines gemeinsamen kommunikativen Bezugssystems ausgehandelt werden und auch kein hegemoniales diskursives Zentrum mehr besteht. So kann zwar situativ weiterhin, auf der Ebene der Selbstdarstellungen im Rahmen von Mobilisierungen und Aktionen, eine „Marke Antifa" in Szene gesetzt werden. Dahinter spannt sich allerdings nichtsdestotrotz ein weites Feld von miteinander zum Teil inkompatiblen identitären Positionen, Konzepten und Handlungsperspektiven auf.

4. Von hoher Relevanz ist schließlich die Verbindung des politischen Handelns mit szenischer Aggregierung, also das Zusammenwirken von politischer Aktion und alltagskultureller Interaktion. Die Gleichzeitigkeit politischer und kultureller Referenzierung ist dabei ein typisches Merkmal, das sich auch bei anderen Bewegungen und kollektiven Akteuren findet. Bezüglich der Gewichtung politischer und kultureller Logiken, strategischer oder situativer Optionen, affektiver oder kognitiver Handlungsanteile zueinander unterscheiden sich die verschiedenen Strömungen der Antifa jedoch erheblich voneinander.

Geht man von diesen Aspekten aus, so greift eine Kennzeichnung als bloße „Gegen-Bewegung" (Roth 2011: 116; zum Begriff allgemein auch Zald/Useem 1983; Rucht 1991) bzw. als „counter actor" und die damit verbundene Vorstellung einer „single-issue-politics" zu kurz. [3] Zwar stellte und stellt Antifa-Engagement immer auch eine Reaktion auf bestimmte, als bedrohlich aufgefasste Entwicklungen und Akteure dar. Allerdings gründete die langjährige Attraktivität der Antifa – je nach Kontext – auf einer Reihe weiterer Faktoren, die nicht unmittelbar (oder auch gar nicht) mit dem Auftreten eines rechten Gegners zu tun haben: auf einer allgemeinen (Pop)Kulturfähigkeit, auf der vorhandenen Möglichkeit, politische Partizipations- und soziale Zugehörigkeitsangebote gleichermaßen zu offerieren, auf einer damit verbundenen Handlungsfähigkeit auch in anderen Themenfeldern sowie schließlich auf dem genannten Umstand, dass es keine ähnlich attraktiven Alternativen gab (vgl. dazu etwa Schuhmacher 2014: insb. 125-129). Die Auflösung dieses Bedingungs- und Attrahierungszusammenhangs lässt sich an den aktuellen Debatten nachvollziehen.

2 | Aktuelle Diskurse

In den aktuellen Beiträgen aus dem Antifa-Spektrum lassen sich zwei Fokussierungen unterscheiden: Zum einen erfolgt die Analyse verschiedener Entwicklungen und eine daran anschließende Diskussion der daraus resultierenden Handlungserfordernisse; zum anderen (daran mehr oder weniger direkt anknüpfend) wird in einem umfassenderen Sinne eine Selbstbespiegelung vorgenommen, in der dann Fragen nach eigenen Ansprüchen, damit verbundenen Krisen und Perspektiven in den Vordergrund rücken.

Der Diskurs über aktuelle Herausforderungen von Antifa-Politik

Bereits seit der Aufdeckung des „NSU" Ende 2011 werden im Antifa-Spektrum in erhöhter Frequenz verschiedene Problemkreise thematisiert und diskutiert. Dies geschieht in Form von Zeitschriften- und Online-Beiträgen einzelner Gruppen,[4] während Foren für kontinuierliche gemeinsame Diskussionen – anders als in den 1990er Jahren – nicht mehr existieren.[5] Im Wesentlichen berühren die Beiträge folgende Aspekte: zum Ersten eine ausgemachte „[n]eue Konjunktur rassistischer Mobilisierung" (Avanti 2013), die an Protesten gegen Flüchtlinge und „Islamisierung" sowie einer damit in Verbindung stehenden Gewalt festgemacht wird; zum Zweiten rechtspopulistische und „sozialchauvinistische" (ALB 2014; Kombinat Fortschritt 2014) Formierungsprozesse in einer Reihe von europäischen Staaten, die hierzulande ihren Ausdruck in Aggregierungserfolgen der AfD finden, sowie zum Dritten das „Scheitern" der Antifa in ihrem Kernbereich, der Auseinandersetzung mit Neonazis, das konkret mit der unentdeckt gebliebenen Existenz eines neonazistischen Terrornetzwerkes wie dem „NSU" in Verbindung gebracht wird (k & p 2014; Siempre Antifa 2015).

Gerahmt wird dieser Problemaufriss durch eine – letztlich mit dem schon erwähnten „Aufstand der Anständigen" in Zusammenhang gestellte – Verschiebung der politischen Koordinaten für antifaschistische Praxis (Avanti 2013; ALI 2014). Die Antifa, so das Bild, findet sich seither in einer „double-bind"-Situation wieder. Auf der einen Seite haben sich Bedingungen für antifaschistisches Engagement zum Teil

verbessert und gesellschaftliche Sensibilitäten zugenommen. Auf der anderen Seite sind durch das Auftreten neuer zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure Alleinstellungsmerkmale verloren gegangen und geraten Antifa-Initiativen im Zuge des Extremismus-Diskurses auch selber verstärkt in den Fokus politischer Ausgrenzung und sicherheitsbehördlicher Repression.

Mit den Mobilisierungserfolgen von „Hogesa" und „Pegida" haben sich diese Diskussionen intensiviert und auf konkrete Verhandlungsgegenstände konzentriert. In Bezug auf „Hogesa" wird als neuartiges Moment nicht nur die Größe, sondern auch die Zusammensetzung als (situative) Koalition von Neonazis, „extrem rechte[n] Parteimitglieder[n] und „rassistische[n] Bürger_innen" (AKKU 2014) hervorgehoben. Möglicherweise Ausdruck einer „westlichen" Perspektive ist dabei die Einschätzung, dass es einen breiten rassistischen Konsens in der Gesamtgesellschaft nicht gibt und zivilgesellschaftliche Initiativen (inkl. Antifa) ein deutliches Gegengewicht bilden (AKKU 2014). Mit dem Auftreten von „Pegida" und deren lokalen Ausgründungen sowie den zunehmenden Anti-Flüchtlingsprotesten erhält dieses Bild eine andere Kontur. Typisch ist deren Kennzeichnung als „rechte[.] Massenmobilisierung neuen Typs" (NEA 205b). Besonders betont wird dabei die innere Heterogenität dieser Mobilisierung (Antifa AK 2014; N.N. 2015). Darüber hinaus werden (in diesem Fall von ostdeutschen Gruppen) engere Bezüge zu gesellschaftlichen und politischen Kontextfaktoren hergestellt. Darunter fallen mediale Inszenierungen einer „salafistischen Gefahr" (N.N. 2015) sowie eine „breite rechte Dynamik in der bundesrepublikanischen Gesellschaft" (ders.), die eine Aggregierung „gemeinsame[r] rassistische[r] Überzeugungen im Rahmen des mittlerweile gesellschaftlich Akzeptierten" (Antifa AK 2014) befördert und den „Fremden" zum allseits geteilten Gegner erklärt.

Betrachtet man die Beiträge in ihrer Gesamtheit, so lässt sich in der Mehrzahl sagen, dass sie einen „Rassismus der Mitte" (k & p 2014) ins Zentrum der Betrachtung rücken. Gleichwohl bedeutet dies nicht, dass eine Fokussierung des Spektrums der extremen Rechten zwingend aufgegeben wird. Tatsächlich stehen sich hier, am Übergang zur Frage nach eigenen Handlungsoptionen und -perspektiven, zwei Sichtweisen gegenüber. Die eine verlegt sich darauf, einen Gesamtzusammenhang von extremer Rechter, Neonazismus und gesellschaftlich verankertem Rassismus zu thematisieren (AKKU 2014; ALI 2014; NEA 2015b). Die andere betont in besonderer Weise, dass Neonazis in den aktuellen Mobilisierungen als Nebendarsteller eines größeren „Realbündnisses" (Antifa AK 2014) von „extremer Rechten" und „Wutbürgern" aufzufassen sind. Daran anschließend wird von Seiten der letztgenannten Position zweierlei konstatiert. Mit Blick auf andere Beiträge aus dem Antifa-Spektrum wird eine Klassifizierung der aktuellen Mobilisierungen als „Mob" kritisiert und Heterogenität herausgestellt. Mit Blick auf die Rolle des beteiligten Neonazi-Spektrums wird im Vergleich zu den frühen 1990er Jahren von einer Veränderung der „Ursache-Wirkungs-Beziehung" ausgegangen. Als zentral erscheint vor diesem Hintergrund die Frage, wie die „Neonaziszene strategisch auf die Entwicklung [reagieren wird], die sie aktuell nicht anführen oder steuern kann, von der sie aber profitieren möchte" (Antifa AK 2014).

Insgesamt fällt auf, dass (Partei-)Phänomene wie die „AfD" in diesen auf außerparlamentarisches Geschehen konzentrierten Beiträgen stets mehr am Rande behandelt, jedenfalls nicht zum Gegenstand einer genaueren Analyse gemacht werden.

Der Diskurs über Perspektiven von (Antifa-) Organisierung

Das hier entworfene Bild, in dem Neonazis und ‚klassischen' Rechtsextremisten nicht mehr unbedingt eine zentrale gestaltende Rolle zugewiesen wird, stellt die Grundlage für verschiedene Erklärungen dar, in denen

Antifa-Gruppen im Laufe des Jahres 2014 ihre Auflösung bzw. Transformation bekannt gaben (ALB 2014; k & p 2014) oder sich in Entgegnung für ein Festhalten an einer unter dem Namen Antifa firmierenden politischen Praxis aussprachen (Antifa AK 2014; AKKU 2014; ALI 2014; NEA 2015a; RLB 2015; Siempre Antifa 2015). Wie sich zeigen wird, werden so zwar unterschiedliche Konsequenzen für die weitere politische Praxis und Formierung formuliert. Gemeinsam ist den Beiträgen aber, dass sie nur bedingt, und zumeist äußerst vage, an die Beschreibungen der aktuellen Herausforderungen anschließen und damit auch kaum konkrete Konzepte und Strategien der Bewältigung offerieren.

Weitgehender Konsens besteht in der Auffassung, dass die genannten neuen Phänomene in den bislang verwendeten Definitionsrastern von Rechtsextremismus und Neonazismus analytisch nicht zu fassen sind. Daran schließt sich in manchen Beiträgen die praxisbezogene Einschätzung an, dass damit auch bekannte Strategien der Konfrontation und der Ausgrenzung nicht mehr verfangen (Kombinat Fortschritt 2014). In der weiteren Ausdeutung dieses Befundes gehen die Positionen dann aber deutlich auseinander: Auf der einen Seite wird in Beiträgen, die für ein Festhalten an „Antifa-Politik" plädieren, eine mangelnde Verankerung und Verbindung mit anderen Akteuren in den Mittelpunkt gestellt, die dazu geführt habe, dass die Antifa zu einer „subkulturell präsente[n] Szene" (Avanti 2013) regredierte, die allenfalls noch „punktuell mobilisierungsfähig" (Dies.; auch AKKU 2014; NEA 2015a; RLB 2015) ist. Auf der anderen Seite wird von Gruppen, die sich von Antifa-Begriff und -Praxis distanzieren, die Position vertreten, dass bereits die Konzentration auf solche Mobilisierungen und Phänomene Ausdruck eines verkürzten politischen Programms ist, da ein Polaritätsverhältnis von Rechtspopulismus auf der einen und „aufklärungsfeindliche[m] islamische[n] Fundamentalismus" auf der anderen Seite nicht zum Gegenstand der Analyse und einer daran anschließenden politischen Praxis gemacht wird (k & p 2014, 2015a). In der Tat zeigt sich in den vorliegenden Beiträgen, dass Phänomene wie „Islamismus" zwar registriert werden, aber Bedarf nach einer tiefergehenden praktischen oder nur analytischen Auseinandersetzung nicht zu bestehen scheint. [6]

Als wenig strittig gilt hingegen die weiterhin bestehende Notwendigkeit „klassischer", das heißt gegen Neonazis gerichteter Antifa-Praxis. In Bezug auf Schwerpunktsetzungen politischen Handelns und die (namentliche) Selbstverortung eröffnen sich in den Beiträgen allerdings ebenfalls zwei deutlich auseinanderstrebende Richtungen. Eine erste – vielfach in Reaktion auf die vorgelegten Auflösungs- und Umbenennungspapiere formulierte – Position ist als spezifische Form der Tradierung angelegt. Der Auseinandersetzung mit einem aus Neonazis, extremer Rechter, Rechtspopulismus und „rassistischen Mobilisierungen" bestehenden Gesamtzusammenhang wird eine vergleichsweise große politische Bedeutung beigemessen, wobei ein solcher Kampf für sich genommen als Verteidigung bestimmt wird. Innovationen dieses defensiven Ansatzes werden darin gesehen, stärker in „Meinungsvorfelder" (Antifa AK 2014) zu intervenieren, eine größere Nähe zu Flüchtlingsprotesten und antirassistischen Initiativen herzustellen (Antifa AK 2014; AKKU 2014; Siempre Antifa 2015) und verstärkt (antimuslimischen) Rassismus zu thematisieren (Antifa AK 2014; ALI 2014).

Offensive Momente von Antifa-Politik müssen sich demgegenüber, so der Tenor, in anderen Arenen politischer Auseinandersetzung entfalten. Die Aussage „Antifa heißt immer noch Angriff" (Kombinat Fortschritt 2014) rekurriert in diesem Zusammenhang somit weniger auf ein bestimmtes ideologisches oder theoretisches Verständnis von Antifaschismus als vielmehr auf den grundsätzlichen Anspruch, sich nicht auf eine defensive Position zu beschränken. In der Logik einer altbekannten Tradierung liegt es dabei, dass in einer ganzen Reihe von Beiträgen ein größerer programmatischer Bogen geschlagen wird, indem die Thematisierung „kapitalistische[r], rassisti-

sche[r] und patriarchale[r] Herrschaftsgefüge“ (Kombinat Fortschritt 2014), neoliberaler und „imperialistischer“ Politik (ALI 2014) ebenfalls einem „Antifa-Ansatz“ zugeschlagen wird.

Als ein re-aktualisiertes, direkt gegen die jugend- und popkulturelle Tendenz der Antifa-Praxis der letzten gut 15 Jahre gerichtetes Moment von Tradierung lässt sich hingegen die in manchen Beiträgen betonte Notwendigkeit nach stärkerer „sozialer Verankerung“ bezeichnen. Um eine nicht allein auf die Bekämpfung von rechten Gegnern konzentrierte, sondern auch radikal linke politische Praxis zu entfalten, müsse die Antifa Anschlüsse an „soziale Kämpfe“ herstellen und sich von einer avantgardistischen Selbstvermarktungslogik absetzen, deren praktischer Ausfluss in den vergangenen Jahren darin bestanden habe, dass man sich in einem „Elfenbeinturm aus Stadtteilläden und politischer Vernetzung untereinander“ (NEA 2015a) bewegte. Auffällig ist dabei allerdings, dass es zumeist bei einer summarischen Auflistung verschiedener aktueller Konflikte bleibt, konkrete Anknüpfungspunkte und Vorstellungen von Umsetzungen also nicht unbedingt vorhanden sein müssen.

Während diesem Verständnis nach der Topos „Antifa“ dennoch weiterhin als ein „Brennglas“ (ALI 2014) fungiert, durch das die gesellschaftliche Verfasstheit analysiert oder die eigene politische Praxis auf einen Namen gebracht werden kann, zeichnen sich die Auflösungs- bzw. Umbenennungspapiere (ALB 2014; k & p 2014) nicht einfach durch eine entgegengesetzte Position aus. Vielmehr argumentieren sie bereits auf der Grundlage genau dieses deutlich entgrenzten Verständnisses von Antifa-Politik. Sie sind somit mehr als ein Eingeständnis des Scheiterns einer thematisch breit gefassten Antifa-Praxis“ (ALB 2014) oder als Dokumente einer vor allem symbolischen und namentlichen „Neubestimmung“ (k & p 2014) von Gruppen angelegt, die sich bereits vor ihrer Auflösung bzw. Umbenennung als „Post-Antifa“-Gruppen verstanden haben.[7]

Das spezifische Scheitern – das mit dem Gesamtkomplex „Rechtsextremismus“ nur wenig zu tun hat – wird dabei auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt. So wird in dem einen Beitrag – in stark dezisionistischer Manier – von einem „Konzept“ des „revolutionären Antifaschismus“ gesprochen, mit dem „Systemkritik“ entwickelt werden sollte (k & p 2014), dessen Potenz sich jedoch als falsch herausgestellt habe. Die Bedeutung des Topos „Antifa“ für die eigene politische Praxis lag seit dieser Erkenntnis – auch wenn dies nicht explizit gesagt wird – weniger in einem ideologisch-theoretischen Bezugsrahmen als vielmehr in den mit ihm verbundenen Aufmerksamkeitsgewinn, von dem die eigene politische Praxis und ihre Repräsentation zehrte. In diesem Sinne folgt die Umbenennung mehr einer ohnehin bereits vorgenommenen Schwerpunktsetzung (auf „antikapitalistische Politik“) als einer theoretischen Revision. Der andere Beitrag legt demgegenüber den Schwerpunkt auf die Feststellung, letztlich an der Vielfalt der unter dem Begriff bzw. Namen „Antifa“ zusammengefassten Aufgaben und der Bewältigung von gruppeninterner Heterogenität gescheitert zu sein. Die Parole „Antifa heißt Angriff“ habe sich, so heißt es, in dem Maße als „Stillstand“ und „Phrasendrescherei“ (ALB 2014) erwiesen, wie es gerade nicht gelungen ist, unter dem Antifa-Begriff in „zentrale gesellschaftliche Konflikfeld[er]“ (Dies.) wie Flüchtlingskämpfe, gesellschaftlichen Rassismus und soziale Kämpfe zu intervenieren, also auf tragfähige Weise das zu gestalten, was in den Entgegnungspapieren eingefordert wird.

3 | Aktuelle Formierungen

Die in den zuletzt erwähnten Beiträgen zum Ausdruck kommende Abkehr von Antifa-Politik – die eben mehr eine Abkehr von einem Namen und dem dazugehörigen Zeichensystem darstellt als eine begrifflich-theoretische Neubestimmung beinhaltet – wird angesichts einer umfassenden Neuformierung der undogmatischen Linken, die große Teile des „post“-autonomen Spektrums erfasst hat, erleichtert. Auch dies unterscheidet die aktuelle Situation

von früheren, in denen sehr viel stärker das Bemühen um Binnendifferenzierungen und das Ringen um eine richtige Position innerhalb des Antifaschismus-Frames im Vordergrund standen.

Mit der „Interventionistischen Linken" (seit 2005) und dem „Bündnis" „Ums Ganze" (seit 2006) existieren zwei bundesweite Netzwerke, von denen eines – die „IL" – seit dem vergangenen Jahr einen Prozess der Transformation zu einer Organisation durchläuft.[8] Beide sind in ihrer politischen Ausrichtung deutlich voneinander zu unterscheiden. Die „IL" verfolgt einen Ansatz, der innerhalb einer linksradikalen Positionierung ein gewisses Maß an Pluralität zulässt und nach außen auf breiteren Einfluss, Bündnisfähigkeit und Öffentlichkeitswirksamkeit abzielt. „UG" versteht sich demgegenüber als „kommunistisch", bezieht sich auf eine Traditionslinie ‚antinationaler' Kritik und ist in großen Teilen habituell eng verbunden mit der organisationsaffinen Strömung der autonomen Antifa der 1990er Jahre. Gemeinsam ist beiden Ansätzen, dass sie sich – anders als die im Kontext von Antifa-Politik existierenden Organisationen und Vernetzungen in den 1990er Jahren – einem allgemeinpolitischen Mandat verschreiben.

Ein Teil ehemaliger und aktueller Antifa-Gruppen verortet sich im Kontext der „Interventionistischen Linken". Ein kleinerer Teil bezieht sich auf „Ums Ganze". Gleichwohl zeigt sich angesichts von knapp 200 existierenden Gruppen und Zusammenschlüssen (vgl. Schuhmacher 2014: 40), die dem Antifa-Spektrum zugeordnet werden können, dass die Mehrheit gerade nicht Teil dieser Organisierungen ist.

Mit Blick auf diese, bewegungsbezogen „entbetteten" Akteure bietet sich folgendes Strukturierungsmuster an:

1. Es ist, wie bereits erwähnt, zwischen politischen Gruppen und einem Handlungsfeld zu differenzieren. Damit ist allerdings nicht allein die Differenzierung zwischen „Organisierten" und „Unorganisierten" gemeint, sondern auch der Unterschied zwischen Gruppen erfasst, die kontinuierlich als „spezialisierte" antifaschistische pressure groups agieren, und solchen, die, situativ organisierend, in Mobilisierungen und Aktionen auftreten.

2. Zu unterscheiden ist zwischen relativ stark institutionalisierten und z.T. berufs-professionalisierten Bereichen (etwa Archiven, Zeitschriften, Bildungsträgern und (proto) journalistischen Akteuren) auf der einen und mehr oder weniger stark formalisierten und informellen politischen Gruppen auf der anderen Seite. Dabei ist auch darauf hinzuweisen, dass sich erstere an den in diesem Beitrag beschriebenen Diskussionen nur sehr eingeschränkt beteiligen, und dass die Effekte der Diskussionen auf letztere zum Teil gar nicht zu ermessen sind.

3. Daran zum Teil anschließend ist zwischen Akteuren zu unterscheiden, deren Praxis stärker zivilgesellschaftlichen Handlungsoptionen und -logiken folgt, und solchen, die sehr deutlich von Logiken einer „contentious politics" geprägt sind.

Vor diesem Hintergrund lässt sich in inhaltlicher Perspektive folgendes Bild von der inneren Struktur des Antifa-Spektrums entwerfen (siehe dazu auch Schuhmacher 2014: 223-227):

Essentialisierung: Wie oben beschrieben, existiert weiterhin eine Position, die unter dem Namen Antifa einen „Kampf ums Ganze" zu initiieren versucht. Entscheidend dabei ist allerdings, dass diese Position sich gerade nicht faschismustheoretisch ableitet. Vielmehr ergibt sie sich aus den weiterreichenden Ansprüchen der (eben in Antifa-Gruppen organisierten) Akteure und aus einer mitunter über den Kernbereich von Antifa-Praxis hinausweisenden Involviertheit in andere politische Engagements und Konflikte. Dabei lassen sich – aktuell noch weitgehend unsortiert – sowohl Versatzstücke einer sozialrevolutionären als auch einer internationalistischen Perspektivsetzung erkennen. In deutlicher Abgrenzung zu einem popkulturell-stilisierten „Erlebnis- und Event"-Antifaschismus wird in beiden Fällen der Anspruch erhoben, „soziale Verankerung" herzustellen. Allerdings dominieren hier sehr

deutlich Postulate vor Strategien und praktischen Umsetzungen.

Reduktion: Nur am Rande finden sich in den hier berücksichtigten Beiträgen Hinweise auf ein sich in seinen Ansprüchen selbst begrenzendes, auf die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten konzentriertes, antifaschistisches Engagement, das möglicherweise typisch für die meisten bestehenden Antifa-Gruppen ist. Hierbei lässt sich eine Binnendifferenzierung zwischen einer *realpolitischen*, stark auf die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten konzentrierte Praxis, und einem aggressiven Antifaschismus vornehmen. Während die realpolitische Linie auf die Gewinnung von Einfluss abzielt und hierbei eine gewisse Offenheit sowohl in Richtung Institutionalisierung als auch in Richtung zivilgesellschaftlichem Engagements zeigt, konzentriert sich ein aggressiver *Antifaschismus* auf die Ebene einer die Öffentlichkeit gerade vermeidenden, einen Gegner konfrontierenden „Straßenpolitik", was zu einer stärkeren Vermischung mit einer Vielzahl an jugendkulturellen und protopolitischen „Beibooten" führt (vgl. dazu Schuhmacher 2014).

Emanzipation: Schließlich zeigen sich innerhalb des Antifa-Spektrums – und mittlerweile von ihm auch deutlich abgetrennt – spezifische Formen der Ablösung. Ein „antideutsches", an den aktuellen Debatten gar nicht mehr beteiligtes Spektrum steht hier für einen nachhaltigen Bruch mit den Logiken eines bewegungsförmigen Antifaschismus. Ein anderes Spektrum, repräsentiert durch die erwähnten Auflösungs- und Umbenennungserklärungen, steht für den Bruch mit der in den vergangenen Jahren verfolgten Politik eines unter dem Namen Antifa verfolgten „Imagings".

Von einem – ideologisch oder auch nur thematisch zusammengefügten – Antifa-Spektrum lässt sich angesichts dieser Differenzierungen daher kaum sprechen. Vielmehr zeigt sich im Kontext von „Antifa", dass Handlungs- und Konfliktfeld auf der einen und Strukturen politischer Gruppen auf der anderen Seite weiter auseinanderdriften. Wie wenig dieses Spektrum von Antifa-Gruppen zum Teil noch mit dem Kernkonflikt zu tun hat bzw. sich darüber definiert und mobilisiert, deutet sich nicht zuletzt auch in den hier dargestellten Beiträgen an. Da der Antifaschismus-Frame der Antifa deutlich mehr umfasst als inhaltliche Aspekte aus dem Themenfeld „Rechtextremismus", kann zwischen einem Erstarken rechter Kontrahenten und einem eigenen Wiedererstarken auch kein direkter, schon gar nicht ein kausaler Zusammenhang hergestellt werden. Mehr noch: Trotz ihrer Unterschiedlichkeit ähneln sich die meisten Beiträge darin, dass gar nicht in zentraler und vertiefender Weise nach Perspektiven einer „gegen Nazis" bzw. „Rechtsextremismus" und „Rassismus" gerichteten politischen Praxis gefragt wird.

Im Verbund mit dem Auftreten anderer Akteure im Konfliktfeld Rechtsextremismus hat dies auch zur Folge, dass die aus den vergangenen Jahren bekannte und nicht nur in Mobilisierungen und Aktionen zum Ausdruck kommende politische Gestaltungsfähigkeit der Antifa-pressure group aktuell eingeschränkt ist. Die situative Nutzung eines im Rahmen von Antifa etablierten Arsenals an Zeichen für radikale Selbstpräsentation dürfte davon allerdings genauso wenig berührt werden, wie die grundsätzlich fortbestehende Bereitschaft, in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten konfrontativ vorzugehen und damit das Konfliktfeld auch weiterhin auf spezifische Weise zu prägen.

Nils Schuhmacher, Dr. rer. pol., Dipl. Kriminologe, derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule Esslingen. Kontakt: nils.schuhmacher@hs-esslingen.de

Anmerkungen

[1] Eine umfassende Darstellung des autonomen Antifaschismus existiert ebenso wenig wie eine Gesamtdarstellung des bundesdeutschen Antifaschismus nach 1945. Einen systematischen Überblick über administrative und

wissenschaftliche Perspektiven auf die Praxen und Strukturen autonomer bzw. unabhängiger Antifa-Gruppen bietet Schuhmacher 2014: 44-64.

[2] Der Begriff „antideutsch" stand ursprünglich für den Versuch, eine im Zuge der Wiedervereinigung aufgekommene antinationale Position weiter zu essentialisieren, um auf diese Weise besonders nachdrücklich den Anspruch zum Ausdruck zu bringen, dass sich „linke Gesellschaftskritik" vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus im Speziellen gegen einen „deutschen Sonderweg" zu wenden habe. Mehr und mehr wurde das Etikett dann allerdings auch zum Signum eines Enttraditionalisierungsprozesses innerhalb des autonomen Spektrums, in dessen Rahmen sowohl durch die Abgrenzung von „klassischen" internationalistischen Perspektiven als auch von „typisch" autonomen Politikansätzen politischer Regression entgegengewirkt, zumindest Überzeugungssicherheit hergestellt werden sollte.

[3] In einem gewissen Kontrast zu der vielfach behaupteten, und sicher auch nicht grundsätzlich falschen, Feindbild-Fixiertheit (deren andere Seite die Überhöhung der eigenen Position darstellt) mag stehen, dass von Seiten der Antifa sie selbst betreffende Feindbild-Deklarationen zum Teil nicht einmal wahrgenommen und in eigene Überlegungen einbezogen werden. So findet sich weder in den hier berücksichtigten Beiträgen noch irgendwo sonst ein Hinweis darauf, dass auf dem Führungstransparent der Dresdner-Pegida-Demonstrationen auch ein stilisiertes Zeichen der „Antifaschistischen Aktion" in den Mülleimer geworfen wird.

[4] Beiträge, die erkennbar von Einzelpersonen stammen, wurden in diesem Artikel nicht berücksichtigt. Hinzuweisen ist auch darauf, dass ein Teil der Beiträge von Gruppen stammt, die bislang noch am Rande des Antifa-Spektrums verortet waren oder dies mittlerweile sind. Deren Krisenbehauptung ist in diesem Sinne auch in größeren Teilen als externer Befund zu interpretieren, der dazu dient, die eigene politische Linie zu bewerben.

[5] Zwar stellte der 2014 stattfindende Kongress „Antifa in der Krise!?" mit seinen ca. 600 Teilnehmenden einen letzten Bündelungsversuch dar. Dabei zeigte sich jedoch sehr deutlich die Dominanz neuer Organisationen (wie der ‚Interventionistischen Linken'), während andere, in der Vergangenheit sicher maßgeblichere Teile des Antifa-Spektrums weniger stark repräsentiert waren.

[6] Nur in einem aktuellen Beitrag von aktiven Antifa-Gruppen wird diese Auseinandersetzung als dringlich erachtet (AKKU 2014), in allen anderen Fällen wird ein solcher Phänomenbereich – einer allgemeinen Sensibilisierung für das Thema Antisemitismus zum Trotz – nicht erwähnt. Kritik an diesem „blinden Fleck" findet sich bei einzelnen Gruppen, die sich vom „Antifa-Ansatz" distanzieren (k & p 2015a, 2015b).

[7] In diesem Sinne verweisen die Gruppen kritik & praxis (ehem. Antifa [F]) und Antifaschistische Linke Berlin in ihren Erklärungen auf die breite Palette an Aktivitäten, an denen sie im Laufe ihrer jeweils über zehnjährigen Geschichte beteiligt waren. Auch die „Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin" betont, dass sie sich zu keinem Zeitpunkt auf Konzepte und thematische Stoßrichtungen der autonomen Antifa der 1990er Jahren bezogen hat, sondern vielmehr darauf abzielte, „mit den Aktionsformen und auch der Ästhetik der autonomen Antifa-Bewegung in soziale Konflikte [...] zu intervenieren" (Schiesser 2015)

[8] Mit gewissen Abstrichen ist auch das „Revolutionäre Bündnis A3" für einen Teil des Spektrums als Bezugspunkt relevant. Es handelt sich dabei allerdings um Gruppen aus einer antiimperialistisch-internationalistischen Strömung, die in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten innerhalb des Antifa-Spektrums eine allenfalls marginale Rolle spielten. An einem weiteren bundesweiten Organisierungsansatz, der „Neuen antikapitalistischen Organisation", sind

ebenfalls einzelne ehemalige oder nominelle Antifa-Gruppen beteiligt. Er ist aber nicht zuletzt aufgrund seiner trotzkistischen Prägung in seiner Bedeutung für das Spektrum von (ehem.) Antifa-Gruppen zu vernachlässigen.

Literatur

AK Wantok (Hg.) 2010: Perspektiven autonomer Politik. Münster: Unrast.

AK Wantok (Hg.) 2014: Antifa Gençlik. Eine Dokumentation (1988-1994). Münster: Unrast.

Antifa Komitee Leipzig [Antifa AK] 2014: HoGeSa, Pegida, Legida: Rassistische Mobilisierungen neuen Typs. Online: https://www.inventati.org/leipzig/?page_id=2663 [Abruf: 7.12.2014].

Antifaschistische Koordination Köln & Umland [AKKU] 2014: Nazi-Mob(i) 2.0 und unsere Antwort. Online: http://antifakoeln.blogsport.de/2014/11/ [Abruf: 30.11.2014].

Antifaschistische Linke Berlin [ALB] 2014: Alles geht weiter!? Zur Auflösung der Antifaschistischen Aktion Berlin. Online: http://www.antifa.de/cms/content/view/2383/1/ [Abruf: 28.4.2015]

Antifaschistische Linke International [ALI] 2014: Antifa heißt: Weitermachen! Von der Notwendigkeit des Antifa-Ansatzes. Online: www.inventati.org/ali/pics/2014/10years/Text_ALI_AntifaAnsatz 122014. pdf [Abruf: 20.12.2014].

Avanti – Projekt undogmatische Linke 2013: Antifa in der Krise?! In: Antifaschistisches Info Blatt, Nr. 101, Winter 2013, S. 32-35.

Baukloh, Anja Corinne 2001: „Nie wieder Faschismus!" Antinationalsozialistische Proteste in der Bundesrepublik der 50er Jahre im Spiegel ausgewählter Tageszeitungen. In: Rucht, Dieter (Hg.): Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt a.M. – New York: Campus, S. 71-101.

Brandt, Peter 1985: Antifaschismus in Deutschland – Eine historisch-politische Bestandsaufnahme. In: Ders./Schulze-Marmeling, Ulrich (Hg.): Antifaschismus. Ein Lesebuch. Deutsche Stimmen gegen Nationalsozialismus und Rechtsextremismus von 1922 bis zur Gegenwart. Berlin: LitPol, S. 8-86.

Doerry, Thomas 1980: Antifaschismus in der Bundesrepublik. Vom antifaschistischen Konsens 1945 bis zur Gegenwart. Frankfurt a.M.: Röderberg.

Herausgeber_innenkollektiv 2013: Fantifa. Feministische Perspektiven antifaschistischer Politik. Münster: Edition Assemblage, Reihe antifaschistische Politik.

Keller, Mirja/Kögler, Lena/Krawinkel, Moritz/Schlemermeyer, Jan 2011: Antifa. Geschichte und Organisierung. Stuttgart: Schmetterling.

Kombinat Fortschritt 2014: Heroismus war gestern – warum Antifa sich neu erfinden muss. Online: www.kombinat-fortschritt.com/2014/04/19/heroismus-war-gestern-warum-antifa-sich-neu-erfinden-muss [Abruf: 20.4.2014]

Kritik & Praxis – radikale Linke Frankfurt [F]rankfurt [k&p] 2014: Gestern autonome Antifa, heute Kritik & Praxis. Online: http://kritikundpraxis.org/2014/07/07/gestern-autonome-antifa-heute-kritikpraxis [Abruf: 9.7.2014].

Kritik & Praxis, – radikale Linke Frankfurt [F]rankfurt [k&p] 2015a: Antifa under my umbrella. In: Antifa Info Blatt, Nr. 116, Frühjahr 2015, S. 34-35.

Kritik & Praxis, – radikale Linke Frankfurt [F]rankfurt [k&p] 2015b: Krise, welche Krise? Die „Krise der Antifa" ist höchstens die Krise der Biografien von Antifa-Aktivist*innen. Online: http://www.neues-deutschland.de/artikel/966577.krise-welche-krise.html?sstr=antifa [Abruf: 31.3.2015].

Langer, Bernd 2012: 80 Jahre Antifaschistische Aktion. Broschur. Göttingen: Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur.

Langer, Bernd 2014: Antifaschistische Aktion. Geschichte einer linksradikalen Bewegung. Münster: Unrast.

Meyer, David S./Tarrow, Sidney (Hg.) 1998: The Social Movement Society: Contentious Politics for a New Century. Boulder: Rowman & Littlefield.

N.N. 2015: AfD, HoGeSa, Pegida und Co: Alternativlosigkeit und Krise der Repräsentation. Online: www.kombinat-fortschritt.com/2015/01/19/afd-hogesa-pegida-und-co-alternativlosigkeit-und-krise-der-repraesentation [Abruf: 20.1.2015]

North East Antifascists [NEA] 2015a: Nicht jammern, Antifa aufbauen! Online: http://antifa-nordost.org/2266/antifa-debatte-nicht-jammern-antifa-aufbauen/ [Abruf: 6.2.2015].

North East Antifascists [NEA] 2015b: PEGIDA. Brandstifter in Nadelstreifen (?), Broschur. Berlin.

Ohlemacher, Thomas 1994: Schmerzhafte Episoden: Wider die Rede von einer rechten Bewegung im wiedervereinigten Deutschland. In: FJNSB, Jg. 7, H 4, S. 16-25.

Pettenkofer, Andreas 2010: Radikaler Protest. Zur soziologischen Theorie politischer Bewegungen. Frankfurt a.M.-New York: Campus.

Projektgruppe (Hg.) 1994: Antifa. Diskussionen und Tipps aus der antifaschistischen Praxis. Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv.

Radikale Linke Berlin 2015: Back to the roots, forward to victory. Über Antifaschismus und die soziale Frage. Online: http://www.neues-deutschland.de/artikel/959023.back-to-the-roots-forward-to-victory.html [Abruf: 1.3.2015].

Roth, Roland 2011: Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation. Hamburg: Edition Körber Stiftung.

Rucht, Dieter 1991: Das Kräftefeld soziale Bewegungen, Gegenbewegungen und Staat: Einführende Bemerkungen. In: FJNSB, Jg. 4, H 2, S. 9-16.

Schiesser, Jonas 2015: „Das linke Zirkelwesen überwinden". Interview mit Jonas Schiesser, Sprecher der Antifaschistischen Revolutionären Aktion Berlin. In: die tageszeitung, 17.1.2015- Online: http://www.taz.de/Aktivist-ueber-Aufloesung-von-ARAB/!147802/ [Abruf: 18.1.2015].

Schöppner, Horst 2015: Antifa heißt Angriff. Militanter Antifaschismus in den 80er Jahren. Hamburg-Münster: Rat – Unrast.

Schuhmacher, Nils 2014: „Nicht nichts machen"? Selbstdarstellungen politischen Handelns in der Autonomen Antifa. Duisburg: Salon Alter Hammer.

*Siempre*Antifa Frankfurt/M.* 2015: Antifa bleibt notwendig! Online: http://siempreffm.blogsport.de/images/Broschuere2015_Antifa-bleibtnotwendig.pdf [Abruf: 10.2.2015].

Sommer, Michael/Witt-Stahl, Susanne (Hg.) 2014: „Antifa heißt Luftangriff". Regression einer revolutionären Bewegung. Hamburg: Laika.

Yaşaroğlu, Erçan 2010: Kritik Selbstkritik. In: AK Wantok (Hg.): Perspektiven autonomer Politik. Münster: Unrast, S. 313-319. [Orig. 1995].

Zald, Mayer N./Useem, Bert 1983: Movement and Countermovement: Loosely Coupled Conflict. CRSO Working Paper, No. 276. Ann Arbor: University of Michigan.

Konsum und Lebensstile als politische Praxis – Systematisierende und historisch kontextualisierende Annährungen

Sigrid Baringhorst

1 | Politik als Lebensform oder Lebensstil als Politikersatz – Utopien und Dystopien politischer Partizipationskulturen

In Konzepten „starker Demokratie" (Barber 1995) wird das Politische oft gleichgesetzt mit politischer Partizipation. Bürger_in sein reduziert sich nicht auf den rechtlichen Status als Staatsbürger_in, sondern verlangt – im Sinne eines „doing citizenship" – nach dem Engagement im Prozess kollektiver Meinungs- und Willensbildung. Vorstellungen von demokratischer Politik als alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringende Lebensform prägten insbesondere die Ideale der studentischen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre. Sämtliche sozialen Institutionen sollten demokratisiert und allen Bürger_innen gleichermaßen die Chance eines autonomen, selbstbestimmten Lebens gegeben werden. Folgt man neueren Beiträgen zur Postdemokratie-Debatte, so scheint diese von den neuen sozialen Bewegungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts propagierte emanzipatorische Praxis seit den 1990er Jahre immer weniger handlungsleitend zu sein. Emanzipatorische Politik, so die These z.B. von Ingolfur Blühdorn (2013), werde zunehmend durch „lifestyle politics" ersetzt. Statt kollektiver gehe es nur noch um private Selbstverwirklichung und Verbesserung der persönlichen Lebensqualität. Handlungsleitend sei nicht mehr das Ziel einer umfassenden Systemtransformation, sondern eine systemkonforme Ökonomisierung und Issue-, Spaß- und Event-Orientierung der politischen Beteiligung.

Ein Trend zur Zunahme konsum- und issue-orientierter bürgerschaftlicher Beteiligung kann vor allem für die skandinavischen Länder, aber auch für die deutschsprachigen europäischen Länder empirisch nachgewiesen werden (vgl. Stolle/Micheletti 2013: 67). In Deutschland zählten nach dem European Value Survey von 2002 50 Prozent der Frauen und 40 Prozent der Männer zu den sog. „political consumers". Eine 2014 durchgeführte Online-Panel-Befragung, die im Rahmen eines Siegener DFG Projekts für die Internet-Population in Deutschland repräsentativ quotiert wurde (Alter, Geschlecht, Bildung) belegt demgegenüber einen deutlichen Anstieg des politischen Konsums in Deutschland: Bezogen auf Befragte zwischen 18 und 69 Jahren (N=1268) kommen wir zu dem Ergebnis, dass 54,8 Prozent wenigstens ein paar Mal im letzten Jahr politisch eingekauft haben. Für alle Befragten, inklusive der 14-17Jährigen (N=1.350), liegt der Wert ähnlich, bei 55,6%. Die meisten politischen Konsument_innen kaufen jedoch nicht regelmäßig aus sozialen, ökologischen oder politischen Gründen ein. Nur 11,2 Prozent boykottieren oder buykottieren regelmäßig. Und nur 4,7 Prozent aller Befragten kauft regelmäßig sowohl im Sinne des Boykotts als auch im Sinne des Buykotts politisch ein (N=1.350).

Insbesondere in Reaktion auf die zunehmende Politisierung des Konsums, verstanden als die Kopplung des Markthandelns von Verbraucher_innen mit Motiven sozialer Verantwortungsübernahme, hat sich inzwischen eine kontroverse demokratietheoretische Debatte über die normative Bewertung einer moralischen und politischen Aufladung von Alltagspraktiken entwickelt (vgl. Lamla und Salomon in diesem Heft). Während Vorstellungen vom Bürger als Citoyen und von demokratischer Politik als alle Lebensbereiche umfassender Lebensform im Rückblick als politische Utopie der Moderne erscheinen, erscheint das Bild vom Bürger als Konsumenten und die damit verbundene Vorstellung von Politik als Lifestyle geradezu als Dystopie der Postmoderne. Demokratieschädlich erscheinen demnach vor allem die mit der Politisierung von Lebensstilen verbundene Fragmentierung und Hybridisierung ethischer und politischer Forderungen; die politische Aufladung von Konsum- und Lebensstilpraktiken, so ein zentrales Argument, lenke ab von den eigentlich wichtigen Machtauseinandersetzungen um die Gestaltung rechtlich-institutioneller Strukturen der Gesellschaft.

Die Politisierung von Konsum ist nur ein Aspekt einer umfassenderen politischen Aufladung von Alltagspraktiken wie etwa die Verbreitung neuer Engagementformen im Kontext der Commons-Bewegung (z.B. Community Gardening), webgestützte Praktiken des Teilens und Tauschens (Sharing Economy), die Zunahme vegetarischer und veganer Lebensstile oder auch der Einsatz für Tierrechte belegen. Tabelle 1 stellt die Verbreitung insbesondere umweltfreundlicher Praktiken nach eigenen Angaben der Befragten dar.

Tabelle 1: Weitere Praktiken politischen Konsums

Mehrfachantworten möglich	Anteile in %
Möglichst viel wiederverwenden, wie z.B. Plastiktüten, Flaschen usw.	77,5
Zu Fuß gehen oder Fahrrad fahren statt mit dem Auto fahren	65,1
Mit öffentlichen Verkehrsmitteln statt mit dem Auto fahren	43,9
Second-Hand Sachen kaufen	32,7
Insgesamt weniger konsumieren	29,9
Dinge, die ich besitze, von anderen mitbenutzen lassen	21,9
Auf Fleisch verzichten	21,7
Freunden oder Bekannten Tipps zu sozialem oder ökologischem Konsum geben	14,7
Nichts davon	7,2
Gesamt N	1350

Gefragt wurde, ob regelmäßig und bewusst auf diese verschiedenen Arten konsumiert wird. Besonders auffällig ist, dass nur 7,2 % der Befragten angab, keinen dieser Praktiken regelmäßig und bewusst nachzugehen.

Wie lassen sich, so die Leitfrage der folgenden Überlegungen, diese diversen alltagsbezogenen Formen eines lebensstilbezogenen, in Alltagspraktiken verankerten „civic engagement" systematisieren und historisch einordnen? Dabei werden zunächst mit Rekurs auf die soziale Bewegungs- und politische Partizipationsforschung allgemeine Merkmale eines lebensstilbezogenen Engagements herausgearbeitet. Im abschließenden Teil werden alte und neuere Formen einer Lebensstilpolitik in spätmodernen Mediengesellschaften historisch kontextualisiert und die These eines Übergangs von einer Lifestyle Politics 1.0 zu einer Lifestyle Politics 2.0 aufgestellt.

2 | Konsum- und Lebensstilpraktiken im Spannungsfeld von individuellem und kollektivem Handeln. Systematisierung aus der Perspektive der Bewegungsforschung

Lebensstilpraktiken sind noch immer weitgehend blinde Flecken der sozialen Bewegungs- wie der politischen Partizipationsforschung. Dies liegt zum einen an einer Verengung der Forschungsperspektive der sozialen Bewegungsforschung auf den Bereich der „contentious politics" (Haenfler u.a.: 2012). Bewegungsforscher_innen folgen in der Regel ontologischen Vorstellungen des Politischen, in denen Konflikthaftigkeit als wesentliches Merkmal politischen Handelns verstanden wird. Dieser Fokus auf konflikthafte Politik führt in der sozialen Bewegungsforschung zu einer Verengung der Forschungsperspektive auf folgende Handlungsdimensionen:

- Untersucht wird kollektives Handeln in öffentlichen bzw. gegenöffentlichen Handlungsräumen.
- Schwerpunkte der Forschung sind organisiertes und strategisches Handeln (v.a. Ressourcenmobilisierung).
- Kulturelle Handlungsdimensionen werden verkürzt auf die Förderung kollektiver Identitäten und die strategischen Anknüpfung an vorherrschende Deutungsmuster (Framing) und Diskurspraktiken.
- Dem Ansatz der politischen Gelegenheitsstrukturen folgend, werden vor allem durch besondere Kontextfaktoren bestimmte Ereignisse (Protestereignisse) untersucht und damit Routinen des Alltagslebens weitgehend ausgeblendet.
- Handlungsadressaten sind in der Regel mächtige Gegner wie Regierungen oder transnationale Konzerne.
- Handlungsziele beziehen sich bevorzugt auf einen grundlegenden sozialen oder politischen Wandel (Systemtransformation).

Fragen der privaten und individuellen Lebensführung kommen in einer solchen auf kollektives (gegen-)öffentlichen Handeln gerichteten Erkenntnisperspektive nur selten ins Blickfeld. Kennzeichnend für politische Konsum- und Lebensstilpraktiken sind in Abgrenzung zu sozialen Bewegungspraktiken wie Protestieren, Blockieren u.a. auch anders gelagerte Raum- und Zeitstrukturierungen des Handelns: Praktiken eines nachhaltigen Lebens entwickeln Bürger_innen in der Regel nicht in öffentlichen Räumen, sondern in ihrem überschaubaren, privaten Nahraum. Im Gegensatz zu den episodenhaften, von politischen Gelegenheitsfaktoren abhängigen ereignisförmigen Aktionen kollektiven Widerstands, basiert Lebensstilpolitik oft auf dauerhaften und stark routinisierten Praktiken des Alltags wie etwa der Verzicht auf Fleischkonsum oder Mülltrennung.

Doch sind politischer Konsum und Lebensstilpolitik völlig gleichzusetzen mit individualisierter und unorganisierter Partizipation in privaten Lebenswelten, wie in der Kritik an postmoderner Partizipation unterstellt? Individualisierung politischer Partizipation im politischen Konsum ist nicht mit einem zunehmenden Desinteresse an kollektiven Angelegenheiten gleichzusetzen, sondern nur

ein Ausdruck für eine veränderte Beziehung zwischen Individuum und Kollektiv, in der neue Formen und neue Räume des individuellen politischen Engagements entstehen. Individuelle Kauf- bzw. Nicht-Kaufentscheidungen werden durch die Vielzahl gleichgerichteter Entscheidungen anderer Konsument_innen zu kollektiven politischen Akten, etwa indem eine öffentliche Thematisierung moralisch fragwürdiger Produkte erreicht wird, indem gerichtliche Sammelklagen eingereicht werden oder indem Informationsrechte bei politischen bzw. wirtschaftlichen Organisationen eingefordert werden. Aus einzelnen Kaufentscheidungen kann auf diesen Wegen eine Konsumentenmacht erwachsen, die eine gesellschaftspolitische Gestaltungsfunktion zu übernehmen sucht (z.B. Lamla 2013; Kneip 2010: 91f.).

Praktiken einer Lifestyle Politics, einer Politisierung von Alltagspraktiken zur Durchsetzung gemeinwohlorientierter Ziele, sind häufig nicht rein private und rein individualistische Praktiken, sondern durch ein Spannungsverhältnis von individuellen und kollektiven Handlungsdimensionen charakterisiert. Dieses Spannungsverhältnis wird in unterschiedlichen Praktiken (Kaufen, Boykottieren, Teilen, Tauschen, diskursive Praktiken der Kommunikation über Handlungsziele und -strategien u.a.) und in unterschiedlichen Bezügen zu sozialen Bewegungen unterschiedlich gelöst. Zu unterscheiden sind rein individuelle Lebensstilpraktiken, wie etwa der Kauf von Bio-Produkten, von solchen Praktiken, die integrative Bestandteile des Gemeinschaftslebens in mehr oder weniger stark sozial vernetzten und abgegrenzten Communities sind (vgl. Forno in diesem Heft). Damit verbunden sind auch unterschiedliche organisationale Formen der Institutionalisierung des Handelns. Zu differenzieren ist zwischen unorganisierten, schwach und stark organisierten Handlungsformen und ihren jeweiligen Bezügen zu den Organisationen und Netzwerken sozialer Bewegungsorganisationen.

Geteilte Lebensstilpraktiken sind in vielen Fällen kollektive Praktiken. Oft sind sie eingebunden in soziale Bewegungen und stützen deren Forderungen nach einem grundlegenden Gesellschaftswandel in der Alltagswelt ab – wie etwa in der Frauen- und Schwulen- und Lesbenbewegung oder der Umweltbewegung. Die umwelt- und globalisierungskritischen Bewegungen haben zur Entstehung einer Vielzahl alternativer Projekte geführt, in denen neue Lebensformen ausprobiert werden, sei es z.B. im Sinne neuer Beziehungen zu Eigentum und zu Ressourcen der Natur oder sei es im Sinne der Entwicklung neuer sprachlicher und visueller Codes wie in Sprachen der Politischen Korrektheit oder kulturellen Praktiken eines Culture Jamming.

In Zeiten der Latenz, in denen die politischen Gelegenheitsstrukturen nicht günstig sind, sorgen politisierte Alltagspraktiken wie Recycling und Sharing oder Präferenzen für fair gehandelte Güter für eine Kontinuität der Ziele und Netzwerke sozialer Bewegung. In manchen Fällen sind „Lifestyle Movements" jedoch eigenständige, von alten und neuen sozialen Bewegungen getrennte Bewegungen mit eigenständigen „Lifestyle Movement Organizations" und kulturellen Anführern, „Cultural Entrepreneurs", wie Haenfler u.a. (2012: 11) am Beispiel der amerikanischen Slow Food-Bewegung verdeutlichen. Im Gegensatz zu konfliktorientierten sozialen Bewegungen sind Lifestyle-Bewegungen im Allgemeinen – Ausnahmen sind etwa die Tierrechtsbewegung – stärker konsensorientiert und schwächer organisiert. Sie entstehen überall dort, wo Menschen eine bestimmte Art zu leben propagieren, um ein übergeordnetes Ziel sozialer Veränderung zu erreichen.

3 | Orte, Ziele und Motive von Lifestyle Politics. Systematisierung aus der Perspektive der politischen Partizipationsforschung

Während die soziale Bewegungsforschung primär kollektives, organisiertes und konfliktives Handeln untersucht, beschäftigt sich die politische Partizipationsforschung vornehmlich mit individuellen Formen politischer Beteili-

gung. Trotz der Ausrichtung auf individuelle Handlungsdimensionen fand auch in der politischen Partizipationsforschung die politische Dimension von Alltagspraktiken bisher wenig Berücksichtigung. Grund ist die Dominanz eines spezifisch instrumentellen Verständnisses politischen Handelns. Maßgeblich ist bis in die Gegenwart die Definition von Max Kaase, in der er politische Partizipation bestimmt als „jene Verhaltensweisen von Bürgern, die sie alleine oder mit anderen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen" (Kaase 1992: 339). Implizit folgt eine solche Definition einer Orientierung an den normativen Vorstellungen der sogenannten realistischen Demokratietheorie, nach der politische Beteiligung der Bürger_innen weitgehend auf Wahlakte beschränkt verstanden wird.

Mit dem Wandel der politischen Aktivitäten in westlichen Demokratien erweiterte sich das ursprünglich eingeschränkte Verständnis politischer Partizipation sukzessive: Die jüngste Ausweitung des Begriffsverständnisses erfolgt im letzten Jahrzehnt, indem – vor allem beeinflusst durch die Arbeiten von Micheletti und Stolle zum politischen Konsumerismus – auch Aktivitäten des politischen Konsums, wie Boycott, Buycott und diskursiver Konsum als politisches Handeln interpretiert werden.

Die „rapid expansion" neuer und komplexer Formen zivilgesellschaftlichen Engagements (Dalton 2008) hat in der Politikwissenschaft zu einer Diskussion über die Grenzen und Typologisierung politischen Handelns geführt. Debattiert wird vor allem, ob und inwiefern ein Handeln, das nicht in den etablierten Räumen der repräsentativen Demokratie verortet werden kann und das nicht an institutionalisierte Akteure der Politik gerichtet ist, überhaupt als politisch zu bezeichnen ist. Jan van Deth (2014) hat in dem Zusammenhang einen differenzierten und viele neue Formen des Engagements einbeziehenden Operationalisierungsvorschlag vorgelegt. Dieser könnte in modifizierter Form auch für eine differenziertere Systematisierung von politischen Konsum- und Lebensstilpraktiken hilfreich sein (vgl. auch de Moor 2014).

Für die Typenbildung politischer Aktivitäten werden vier Unterscheidungskriterien hervorgehoben: Handelt es sich um ein Handeln, das im „locus" von Politik/Regierung/Staat verortet ist, so sind die Minimalbedingungen politischer Partizipation erfüllt; all die darunter fallenden politischen Aktivitäten werden einem ersten Typ politischer Partizipation zugeordnet (van Deth 2014: 356). Geht es um Aktivitäten, die zwar nicht unter Typ 1 fallen, aber Politik/Regierung/Staat als Handlungsziel, als „target", adressieren, so handelt es sich um einen zweiten Typ. Fällt das Handeln weder unter Typ 1 und Typ 2, zielt aber darauf, Probleme des Gemeinwesens zu lösen, so werden sie einem dritten Typ politischer Partizipation zugeordnet. Sind Aktivitäten weder nach „locus" noch nach „target" den genannten Typen zuzuordnen, so können sie unter einer Bedingung dennoch als Akte politische Partizipation betrachtet werden, und zwar sofern sie politisch motiviert sind (Typ 4). Mit dem letzten Kriterium werden auch all die Aktivitäten als politische Partizipation erfasst, die, wie etwa Praktiken des von Motiven der sozialen Verantwortung geleiteten Kaufens oder Boykottierens, zwar nicht den Staat direkt adressieren und auch nicht durch Selbsthilfe vor Ort kollektive bzw. Gemeinschaftsprobleme lösen helfen, aber dennoch von Motiven der sozialen Verantwortungsübernahme geleitet und auf sozialen Wandel und die Durchsetzung gemeinwohlorientierter Normen gerichtet sind.

Der Versuch van Deths, der gestiegenen Komplexität politischen Handelns gerecht zu werden, ist ein wichtiger Schritt in der Öffnung der politischen Partizipationsforschung für viele neue (und alte) Konsum- und lebensstilbezogene soziale Praxen. In der empirischen Analyse erweisen sich die Engagementpraktiken der Bürger_innen jedoch oft als viel komplexer als der vorgeschlagene Ordnungsversuch. Denn die Motive der Akteure, so ein Ergebnis des Siegener Forschungsprojekts zu politischem Konsum im Internet, sind außerordentlich vielschichtig: Motive des Tier- und Umweltschutzes

werden etwa verbunden mit dem Wunsch nach einer gesünderen Lebensführung oder auch mit dem Wunsch nach ästhetischer Selbstexpression oder nach moralischer Distinktion, d.h. der selbstaufwertenden Abgrenzung von als weniger moralisch empfundenen anderen. In der Regel werden politisierte Alltagspraktiken von den Subjekten selbst nicht als politisches Handeln verstanden. Dies gilt, selbst wenn die Befragten ihr Handeln explizit als gemeinwohlorientiert und auf sozialen Wandel gerichtet beschreiben. Häufig lassen sich weder die Motive noch die Ziele und Adressaten des Handelns eindeutig bestimmen. In vielen Fällen sind politisierte Konsum- und Lebensstilpraktiken hybride politische Partizipationsphänomene, bei denen unterschiedliche Themenkomplexe (Umwelt, Menschenrechte u.ä.) gekoppelt sind und unterschiedliche Targets aus Wirtschaft, Staat und Gesellschaft adressiert bzw. angegriffen werden (Baringhorst et. al. 2010). Häufig geht es auch (nur) darum, im persönlichen Nahraum von Familie und Freundeskreis für die eigenen Lebensstilpräferenzen Verständnis und Unterstützung zu finden. In dem Zusammenhang spielt die Präfiguration, d.h. das persönliche Vorleben eines besseren und moralisch(er)en Lebens, eine wichtige Rolle für die Persuasion anderer.

Einerseits öffnet die Partizipationsforschung mit ihrer Einbeziehung von Motiven des Handelns als ausschlaggebendem Kriterium für die Bestimmung politischer Partizipation die Forschungsperspektive für viele Aktivitäten, die nicht den Staat adressieren. Andererseits unterstellt eine solche Sichtweise relativ feststehende Handlungsmotive, die den Handelnden bewusst sind und in Surveys abgefragt werden können. Motive politisierten Alltagshandelns sind jedoch nicht nur komplex, sondern oft auch unbewusst. Unklar ist auch, inwiefern sie als fix und dem Handeln vorausgehend betrachtet werden können oder vielmehr erst im Prozess des Handelns entstehen bzw. verändert werden. Geht man von der Prozesshaftigkeit der Entwicklung politischer Orientierungen und Motive aus, so scheinen alltagsethnographische Zugänge, die politische Partizipation als situierte Praktiken begreifen, vielversprechendere Ergebnisse zu liefern.

Sinnvoll scheint im Zusammenhang der Frage nach der Entstehung und Konzeptionalisierung lebensstilbezogener Partizipationspraxen ein Rekurs auf theoretische Konzepte „kultureller Bürgerschaft“, verstanden als diskursiver Prozess, der „brings into focus the learning dimensions of citizenship and the socialization processes initiated by the different socializing agents of society“ (Klaus/Lünenborg 2012: 201). Unterschiedliche Milieus führen zur Herausbildung unterschiedlicher Lebensstilpraxen. Diese wiederum wirken als kulturelle Praxen zurück auf gesellschaftliche Strukturen im Sinne kulturell codierter Differenzen von Chancen auf Macht und Einfluss. Werden politische Handlungsmotive nicht als schlicht gegeben vorausgesetzt, sondern als in komplexen milieubedingten Lern- und Sozialisationsprozessen entstehend betrachtet, so öffnet sich die Analyseperspektive nicht nur für Fragen nach familiären und schulischen Einflussfaktoren. Im Kontext spätmoderner Mediengesellschaften sind, wie weiter unten näher ausgeführt, vor allem Fragen nach den Auswirkungen digitaler Kommunikation auf Konsum- und Lebensstilpraktiken genauer zu untersuchen.

4 | Politik der Lebensstile als Phänomen spätmoderner Gesellschaften

Warum sind sozial verantwortliches Konsumhandeln und andere nachhaltige Praktiken wie städtisches Gärtnern, das Reparieren defekter Elektrogeräte in Repair Cafés, das Teilen gemeinschaftlich genutzter Güter, die Unterstützung der Slow Food Bewegung oder der Einsatz für artgerechte Tierhaltung in den letzten Jahrzehnten zu wichtigen sozialen Alltagspraktiken geworden, in denen sich Individuen allein oder als Teil von Gemeinschaften oder sogenannten Lifestyle Movements für sozialen Wandel einsetzen? In der Literatur werden die unterschiedlichen Phänomene des

individualisierten und ins Alltagsleben integrierten Engagements für sozialen Wandel unter Begriffe wie „Subpolitik“ (Beck), „life politics“ (Giddens), „personalized politics“ (Bennett/Segerberg) , „lifestyle politics“ (Blühdorn) oder „creative participation“ (McFarland/Micheletti) gefasst (de Moor 2014). Dabei wird die Bedeutungszunahme individualisierter Formen des Engagements einerseits strukturell und andererseits sozio-kulturell erklärt.

Strukturelle Erklärungen rekurrieren auf interagierende ökonomische und politische Faktoren, wie den Zusammenhang zwischen einer Globalisierung der Märkte und einem Wandel von Staatlichkeit in transnationalen Architekturen vernetzter Governance. Expansion und Intensivierung ökonomischer Austauschbeziehungen haben demnach die Macht transnationaler Konzerne zu Lasten der Interventionschancen von Nationalstaaten gesteigert. Je weniger der nationale Staat als entscheidungsmächtiger Akteur das Weltgeschehen lenke, desto mehr adressierten die Bürger ihre Forderungen nicht an nationale Regierungen, sondern an mächtige Konzerne. In dem Zusammenhang war der Boykott von Shell-Tankstellen im Rahmen der Brent Spar-Kampagne von 1995 ein entscheidendes protestpolitisches Ereignis. Es markierte nicht nur die gewachsene politische Macht von Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace, sondern auch den Beginn einer zunehmenden Mobilisierung des Markthandelns von Bürger_innen für die Durchsetzung gesellschaftlicher und politischer Ziele.

Die Politisierung des Alltagshandelns bleibt angesichts der geschwächten Gegenmacht von Arbeitnehmervertretungen neben der gewachsenen Macht transnationaler Nichtregierungsorganisationen eine von Bürger_innen direkt zu beeinflussende Chance, die Gestalt des globalisierten Kapitalismus zumindest partiell zu beeinflussen. Dabei ist die Politisierung des Alltags historisch eng verbunden mit der von den sozialen Bewegungen der 1960er und 1970er

Jahre vorangetriebenen Politisierung der Gesellschaft. Fragen des gesamtgesellschaftlichen wie individuellen Konsums und der allgemeinen Lebensführung werden seit den 1980er Jahren zunehmend medienöffentlich verhandelt und Normen sozialer Verantwortlichkeit unterworfen. Diese Moralisierung und Politisierung des Alltagslebens wird einerseits von traditionellen Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen wie Greenpeace, BUND und Oxfam vorangetrieben. Andererseits sind inzwischen im Sinne der funktionalen Ausdifferenzierung neue, auf ethische Konsumfragen spezialisierte Watchdog-Organisationen wie Foodwatch oder die Kampagne für saubere Kleidung entstanden (Baringhorst 2015).

Hinzu kommt eine nur sozio-kulturell zu erklärende abnehmende Bereitschaft oder gar Fähigkeit von Bürger_innen sich auf dauerhafte Mitgliedschaften aller Art einzulassen. Der Wunsch nach stärkerer individueller Autonomie führt zur kritischen Distanzierung und Vertrauensverlust der etablierten politischen Organisationen und einem gesteigerten Bedürfnis, politische Präferenzen in selbsttätigem, oft niedrigschwelligem und flexiblem Engagement auszudrücken. Staatliche Deregulierungspolitiken, der damit verbundene Abbau staatlicher Fürsorgeleistungen und der omnipräsente Appell an die Eigenverantwortung und Notwendigkeit kreativer selbsttätiger Problemlösungen haben wesentlich mit zur Schwächung traditioneller politischer Bindungen beigetragen. Sie werden zum einen durch flüchtige, marktförmig strukturierte politische Beziehungen ersetzt. Vergessen wird in der Abqualifizierung lebensstilorientierten Engagements als niedrigschwellige post-demokratische Partizipation, dass es sich bei vielen lebensstilbezogenen Engagementpraktiken um durchaus zeitaufwendige und dauerhafte Aktivitäten handelt. Oft setzen sie komplexe Praktiken der Informationsbeschaffung und –validierung voraus (vgl. Witterhold in diesen Heft).

Kultursoziologische Erklärungsversuche führen den Bedeutungszuwachs von Lifestyle Politics vor allem auf Prozesse der Enttraditionalisierung und Individualisierung in spätmodernen Gesellschaften zurück. Befreit von traditionellen Zwangsmitgliedschaften können und müssen die Einzelnen Antworten auf grundsätzliche Fragen der personalen wie kollektiven Identität finden. Im *kulturellen Kapitalismus* (Jeremy Rifkin) sind wir, welche Musik wir hören, welche Marken und Kleidungsstile wir tragen oder allgemein formuliert: Wir sind, was wir konsumieren. Politisierte Lebensstilpraktiken sind nahezu unweigerlich auch Konsumpraktiken, wie von Kritiker_innen einer Politik der Nachhaltigkeit durch mehr nachhaltigen Konsum oft und zu Recht mahnend hervorgehoben wird. Anhänger_innen der Slow Food-Bewegung konsumieren bewusster aber nicht unbedingt weniger, Unterstützer_innen von Sharing-Praktiken wie Kleidertausch tauschen Produkte und legen dabei oft Wert auf Markennamen und Design, Autoverweigerer machen einen Kult um Fahrradutensilien, und Öko-Touristen verzichten nicht auf Distinktionsmerkmale einer oft nur vordergründig nachhaltigen Reisekultur.

5 | Von Lifestyle Politics 1.0 zu Lifestyle Politics 2.0

Fassen wir die bisherigen Überlegungen zusammen, so lassen sich politische Konsum- und Lebensstilpraktiken systematisch nach dem Grad ihrer Individualisierung bzw. Kollektivierung, schwacher oder starker Institutionalisierung, privaten oder öffentlichen Handlungsräumen unterscheiden. Inwiefern, so eine wichtige Forschungsfrage, zeichnen sich bedingt durch den gesellschaftlichen Wandel Veränderungen in den realen Typen und Praktiken einer Lifestyle Politics ab? Während Autoren wie Giddens und Beck vor allem auf den Wandel zu spätmodernen Gesellschaften als zentralen Einflussfaktor verweisen, sind die Auswirkungen des Medienwandels, konkret der Übergang von analogen zu digitalen und in Bezug auf letztere insbesondere der Übergang zum sogenannten Social Web für die konkrete Gestalt politischer Konsum- und Lebensstilpraktiken noch kaum

erforscht. Dies ist ein gravierendes Forschungsdesiderat, zumal Forschungen zu anderen Formen politischer Partizipation, wie vor allem zu Protestaktivitäten, vielfach auf Veränderungen im Zuge der Digitalisierung hingewiesen haben (z.B. Bennett/Segerberg 2012).

Lebensstilpraktiken sind nicht nur eng mit Konsumpraktiken, sondern ebenso eng mit webgestützten sozialen Innovationen (vgl. John in diesem Heft) und Medienpraktiken verbunden. Dies gilt im Zuge der fortschreitenden digitalen Durchdringung aller Lebensbereiche nicht nur hinsichtlich medialer Konstruktionen von Markenimages in massen- und alternativ-medialer Werbung. Gerade bezogen auf jüngere netzaffine Generationen hat die Digitalisierung von Alltagsleben und zivilgesellschaftlichem Engagement neue politisch oder moralisch aufgeladene Lebensstil- und Konsumpraktiken befördert. Darüber hinaus finden sich im Social Web zahlreiche neue Medienformate der öffentlichen Thematisierung moralisch und politisch aufgeladener Konsum- und Lifestyle-Fragen. Diese sind häufig nicht an Nichtregierungsorganisationen gebunden, sondern entstehen in lockeren sozialen Netzwerkstrukturen. Gemeint sind zum einen Facebook-Gruppen von Vegetarier_innen, Webblogs wie Karma Konsum und Web-Communities wie z.B. Utopia. Nach der repräsentativen Siegener Umfrage hat fast jeder fünfte (19,6 Prozent) schon einmal Produkte aus sozialen, ökologischen oder politischen Gründen im Internet gekauft. Am häufigsten wird das Internet allerdings dafür eingesetzt, sich über die sozialen oder ökologischen Folgen bestimmter Produkte zu informieren (50,1 Prozent). Visuelle Medien wie z.B. Dokumentationen über die Hintergründe der Nahrungsmittelproduktion haben bereits 37,6 Prozent der Befragten schon einmal online angeschaut. Etwas mehr als ein Viertel hat auch schon einmal eine andere Person über das Internet zum Thema sozialer oder ökologischer Konsum informiert.

Auswirkungen der Verbreitung interaktiver digitaler Medien wie vor allem webgestützter sozialer Netzwerke auf Lebensstilpolitiken sind auch hinsichtlich folgender Aspekte zu erwarten:

Bezogen auf individuelle Praktiken zeichnet sich eine Stärkung expressiver, selbstbezüglicher Kommunikationspraktiken ab. Politische Konsument_innen, die nicht in sozialen Netzwerken aktiv sind und ihr sozial und ökologisch verantwortliches Alltagshandeln auch nicht mit einem Engagement in Vereinen oder Bewegungsorganisationen verknüpfen, scheinen eher von altruistischen, moralischen Motiven geleitet als politische Konsument_innen, die zwar auch nicht in Organisationen aktiv sind, aber ihren nachhaltigen Lebensstil in sozialen Netzwerken wie Facebook kommunizieren. Selfies zu vegetarischen Kocherlebnissen, narrative Berichte über Erfolge und Scheitern in Alltagsexperimenten zum Erreichen eines sozial verantwortlichen Ich-Ideals zeugen von einer neuen Praxis des halböffentlichen expressiven Vorlebens eines ‚guten', vorzeigbaren Alltagslebens. Dabei scheint die Persuasion durch Präfiguration gerade bei jüngeren Netzaktiven alte Muster moralischer Appelle an individuelle Pflichtgefühle zu ersetzen.

Noch wissen wir nicht, inwiefern die in der Regel lockeren sozialen Netzwerke des Social Web in der Lage sind, eine Stabilisierung von Handlungsnetzwerken durch Organisationen funktional zu ersetzen. Für Lebensstilgemeinschaften und –bewegungen bieten sich jedoch faktisch viele neue Chancen, soziale Erfahrungen und Informationen zu tauschen, Wissen zu validieren und zu archivieren, aber auch durch virale Empörungskommunikation und Abgrenzungsdiskurse Außengrenzen moralischer Lebensstilgemeinschaften zu markieren. Darüber hinaus eröffnet das Netz neue Übergänge zwischen schwach und stark organisierten Formen des Handelns wie Arbeiten zur Politisierung von Alltagshandeln in sog. Third Spaces des Internets belegen (vgl. Graham/Wright in diesem Heft).

Auswirkungen hat die Internetnutzung auch auf das Verhalten organisierter Bewegungsakteure, die ihren politischen Konsum

und andere Lebensstilpraktiken eng mit einem Engagement in sozialen Bewegungen wie z.B. Umwelt- und Naturschutzverbänden verknüpfen. Eine Abkopplung kollektiven Handelns von traditionellen Bewegungsorganisationen lässt sich im Bereich des politischen Konsums zum einen durch eine Zunahme nachhaltigen Engagements in niedrigschwelligen, issue-bezogenen Formaten wie E-Petitionen auf oft themenunspezifischen Plattformen belegen (Baringhorst/Yang 2014) (vgl. dazu Voss in diesem Heft). Zum anderen bietet das Internet ideale Bedingungen für die Herausbildung schwach vernetzter Lebensstilgemeinschaften, wie etwa „Utopia – Die Plattform für Nachhaltigkeit" (http://www.utopia.de/) belegt. Aber auch die vielen kleinen Projekte eines alternativen Lebensstils, von denen etwa der Jahresalmanach Futurzwei (2014) zeugt, sind hinsichtlich ihrer Kollaborations-, Organisations-, Partizipations- und Veröffentlichungspraktiken wesentlich auf medientechnische Kooperationserleichterungen angewiesen.

Viele neue Formen lebensstilbezogenen Engagements sind erst durch das Internet populär geworden. Dies gilt einerseits für die Commons-Bewegungen und ihren Einsatz gegen eine Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Räume wie von Wissen und Natur. Insbesondere Peer-to-Peer Production und Open Software stehen für netzpolitische Lebensstilpraktiken, die rückwirkend auf die Offline-Welt auch in Städten und Gemeinden kollaborative Praktiken wie etwa Gemeinschaftsgärten zur Etablierung vorgelebter Gegenwelten gegen die Vorherrschaft kapitalistischer Verwertungszwänge befördert haben (Helfrich/Heinrich-Böll-Stiftung 2012). Andererseits haben insbesondere mobile Medien wie das Smartphone lebensweltliche Praktiken des Teilens von Gütern befördert, die gerade in großstädtischen Räumen Verbreitung finden. Auch wenn der Hype um die grundlegenden gesellschaftsverändernden Wirkungen der Sharing-Ökonomie vermutlich überzogen ist, so suggeriert doch eine wachsende Zahl von Tausch-, Miet- und Sharing-Plattformen die Vielzahl neuer Optionen, die Dynamiken konsumeristischer Wegwerfgesellschaften durchbrechen zu können.

Internetanwendungen tragen nicht nur durch Open Software und Tauschplattformen zu einem Wandel von Lifestyle Politics bei. Für eine alltagspraktische Abstützung individueller Lebensstiländerungen, die ja oft als Lebensstilexperimente begonnen werden, sind vor allem auch die in ihrer Vielfalt kaum noch zu überschauenden Apps für mobile Medien relevant, die wie etwa der Barcode Scanner, ortsunabhängig und jederzeit abrufbar Informationen über Qualität und Hintergründe von Produkten liefern. Alternative Suchmaschinen wie *Ecosia* helfen nicht nur bei der Suche nach Informationen, sondern unterstützen den User quasi nebenbei auch dabei, das ungleich größere Ziel der Erdrettung zu befördern. Nicht zu vergessen sind auch die zahlreichen Crowdfunding- und Crowdinvesting-Plattformen, die die kollaborative Finanzierung alternativer Startups erleichtern.

6 | Fazit

Gerade für Praktiken nachhaltiger Lebensstile stellt das Social Web eine förderliche mediale Gelegenheitsstruktur dar. Angesichts der weitgehend kommerzialisierten Massenmedien bietet es – trotz unverkennbarer Kommerzialisierung des Internets – noch immer Kommunikationsräume, in denen kritisches Wissen über Produkte und Unternehmen sowie allgemeine Marktprozesse gesammelt und ausgetauscht werden kann. Vergleicht man Merkmale lebensstilorientierter Praktiken und Medienpraktiken im Social Web, so zeigen sich auffällige strukturelle Gemeinsamkeiten hinsichtlich einer Tendenz zur Individualisierung und geringen organisatorischen Verfestigung politischer Partizipation. Die Technizität des Social Web ermöglicht lockere, wenig aufwendige und niedrigschwellige Formen von Engagement und Vernetzung, die gerade den Partizipations- und Interaktionsbedürfnissen nicht organisatorisch gebundener Bürger_in-

nen entgegenkommen (Baringhorst 2015). Ob diese strukturellen Analogien eher zufällig sind oder aber Medientechnologien strukturbildend die Herausbildung einer Lifestyle Politics 2.0 befördern, kann erst auf Basis umfassenderer historischer Vergleichsstudien beurteilt werden.

Sigrid Baringhorst ist Professorin an der Universität Siegen. Kontakt: baringhorst@politikwissenschaft.uni-siegen.de

Literatur

Barber, Benjamin 1995: Starke Demokratie. Berlin: Rotbuch.

Baringhorst, Sigrid 2015: Nachhaltigkeit durch politischen Konsum und Internetaktivismus? Neue Engagemenformen zwischen postdemokratischer Partizipation und demokratischem Experimentalismus. In: Diendorfer, Gertraut (Hrsg.): Demokratie als Beitrag zu einer nachhaltigen Gesellschaft. Herausforderungen, Potenziale und Reformansätze. Band 3 der Schriftenreihe des Demokratiezentrum Wien. Innsbruck – Wien – Bozen Studienverlag (i. E.).

Baringhorst, Sigrid/Yang, Mundo 2014: Kreative politische Handlungen im Social Web – Beiträge zur Demokratie? In: Schröder, Michael (Hrsg.): Politik und politische Bildung in der digitalen Welt. Chancen und Herausforderungen. München: Lau-Verlag, 37-58.

Baringhorst, Sigrid u.a. 2010: Unternehmenskritische Kampagnen im Zeichen digitaler Kommunikation. Wiesbaden: VS Verlag.

Bennett, Lance W./Segerberg, Alexandra 2012: Digital media and the personalization of collective action: social technology and the organization of protests against the global economic crises. In: Loader, Brian D./Mercea, Dan (Hrsg.): Social Media and Democracy. Innovations in Participatory Politics. London: Routledge, Chapman & Hall, 13-19.

Blühdorn, Ingolfur 2013: Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Dalton, Russel 2008: Citizenship norms and the expansion of political participation, in: Political Studies, 56/1, S. 76-98.

Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina 2012: Politische Partizipation junger Menschen. In: Polis, H.1, 15-17.

Haenfler, Ross/Johnson, Brett/Jones, Ellis 2012: Lifestyle Movements: Exploring the Intersection of Lifestyle and Social Movements. In: Social Movement Studies: Journal of Social, Cultural and Political Protest, 11:1.

*Helferich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (*Hrsg.) 2012: Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Bielefeld: Transcript.

Kaase, Max 1992: Politische Beteiligung. In: Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): Die westlichen Länder (Lexikon der Politik Bd. 3). München: Verlag C. H. Beck, 339–346.

Klaus, Elisabeth/Lünenborg, Margreth 2012: Cultural Citizenship. Participation by and through Media. In: Elke Zobl und Ricarda Drüeke (Hrsg.): Feminist media. Participatory spaces, networks and cultural citizenship. Bielefeld: Transcript (Critical media studies, 9), 197–212.

Kneip, Veronika 2010: Consumer Citizenship und Corporate Citizenship. Bürgerschaft als politische Dimension des Marktes. Baden-Baden: Nomos.

Lamla, Jörn 2013: Verbraucherdemokratie. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

De Moor, Joost 2014: Lifestyle Politics and the Concept of Political Participation. Paper prepared for the PARTIREP Workshop "Conceptualizing Political Participation". Mannheim, September 25-26, 2014.

Stolle Dietlind/Micheletti, Michele 2013: Political Consumerism. Global Responsibility in Action. Cambridge: Cambridge University Press.

van Deth, Jan 2014: A Conceptual Map of Political Participation. In: Acta Politica, Vol. 49, 3, 349-367.

Politischer Konsum und (Post)Demokratie – ein Debattenbeitrag

Jörn Lamla

1 | Einleitung

Sowohl im öffentlichen Diskurs als auch in der sozialen Praxis lassen sich zahlreiche verstreute Experimente ausmachen, die die Probleme der Konsumgesellschaft in den Griff zu bekommen versuchen: Sharing-Ökonomie, Urban Gardening, suffiziente Lebensführung, Boycott und Buycott (also der gezielt politische Einkauf), Lifestyles of Health and Sustainability, Produkt-Label wie Fair Trade, Verbraucherschutz durch Staat und Verbände, horizontale Verbrauchervernetzung via Internet, das Verfremden von Werbung (Adbusting) und Angriffe auf die kommerzielle Kultur, die Aktivierung tugendhafter Citizen-Consumer, etwa durch Schulbildung usw. Darin zeigt sich eine gewisse Politisierung der Konsumsphäre, die sich als breite „soziale Bewegung" in Richtung einer Wiedereinbettung und neuen Einhegung der Ökonomie interpretieren lässt. Deren gemeinsames Ziel scheint zu sein, dem Gemeinwohl in Marktkontexten mehr Gewicht gegenüber Einzelinteressen zukommen zu lassen. Ebenso jedoch ließe sich diese Bewegung als Verfallsprozess interpretieren, nämlich als zunehmende Anpassung politischen Handelns an die Dispositive der Konsumgesellschaft und Dispositionen der Verbraucher. Die zu beantwortende Frage ist demnach, ob es sich um eine Dynamik handelt, die eher auf eine Stärkung oder doch eher auf eine Schwächung der Demokratie hinausläuft. Sind diese Experimente demokratisch oder postdemokratisch (vgl. Crouch 2008)? Und von welchen Faktoren würde dies jeweils abhängen? Dies sind Fragen von großer Wichtigkeit, und sie verdienen daher eine sorgfältige Behandlung.

Ich schlage vor, hierfür zunächst das Verhältnis von Konsumgesellschaft und Demokratie genauer in Augenschein zu nehmen. Die Konsumgesellschaft ist in den oben genannten Experimenten nämlich in zweifacher Hinsicht involviert. Zum einen ist sie wesentliche Quelle zahlreicher Probleme, mit denen sich das politische Handeln heute konfrontiert sieht; zum anderen scheint sie zugleich Bestandteil der Lösung dieser Probleme zu sein, insofern sie die soziale Form all der politischen Reaktionen auf diese Probleme strukturiert und damit vorbestimmt. Auf der einen Seite geht es um konsumgesellschaftliche issues, die auf die öffentliche Agenda drängen und einen neuen politischen Raum eröffnen; auf der anderen Seite droht die politische Öffentlichkeit auf einen konturlosen Ort marktförmig versammelter und aktivierter Konsumenten reduziert zu werden – auf etwas, das Alexis de Tocqueville als „demokratischen Despotismus" bezeichnet hätte und Sheldon Wolin (2001: 569) daran anschließend post-demokratischen Despotismus nennt.

Diese Ambivalenz soll mit dem Begriff der Verbraucherdemokratie (Lamla 2013) bezeichnet und eingefangen werden, ohne vorschnell darüber zu urteilen, wie sich diese Konstellation entwickeln wird und wie sie normativ zu beurteilen ist. Gemeint ist damit vielmehr eine Demokratie, die zwar durch die Konsumgesellschaft geprägt und formiert ist, die aber zugleich eine offene Entwicklung dieses

ganzen Komplexes der Gesellschaft und ihrer politischen Form anzeigt, insofern sich diese Konstellation eben krisenhaft manifestiert und das vorhandene politische Lösungs- oder Formenpotential für die gesellschaftlichen Probleme an seine Grenzen gelangen lässt. Um diesen Prozess demokratischen Wandels zu verstehen, gilt es zunächst, die Analyse zu verlangsamen und die Veränderungspotentiale jener konsumpolitischen Experimente weder zu über- noch zu unterschätzen. Möglicherweise finden sich am Ende vor allem Argumente dafür, einen postdemokratischen Niedergang für wahrscheinlich zu halten. Aber ein solcher Prozess sollte nicht schon zu Beginn – etwa aufgrund bestimmter demokratietheoretischer Denkvorlieben – unterstellt werden.

2 | Welche Demokratietheorie?

Manche demokratietheoretischen Argumentationen neigen dazu, sämtliche Anstrengungen und Experimente, die darauf abzielen, Praktiken und Ordnungen des Konsums zu politisieren oder zu moralisieren, ihrer Diagnose eines postdemokratischen Niedergangs politischer Konfliktaustragung, kollektiver Identitäten und demokratischer Institutionen zu subsumieren. Hinter einer solchen Kritik könnten dabei sozial- und gesellschaftstheoretische Annahmen darüber stecken, was demokratische Politik im Kern ausmacht. So konzipieren manche Theorien im Anschluss an Carl Schmitt das Politische als grundsätzlich antagonistisch, also von unversöhnlicher Gegnerschaft geprägt, und sehen die Demokratie als jene politische Ordnung an, der es gelingt, das Aufeinandertreffen gegensätzlicher Interessen zu zivilisieren und in die Bahnen eines agonistischen Politikmodus zu lenken, also eines politischen Wettstreits von Gegnern, die sich ein Existenzrecht wechselseitig zugestehen (so etwa Mouffe 2007). Nicht selten kommt darin eine nostalgische Sicht auf Phasen demokratischer Konfliktaushandlung zum Ausdruck, in denen starke politische Bewegungen – etwa starke Gewerkschaften – eine Ausweitung sozialer und politischer Rechte erkämpft haben, d. h. in denen die beherrschten Teile der Gesellschaft solidarisch gegen die herrschenden Gruppen oder Klassen aufbegehrt haben. Diese Sichtweise wird insbesondere gegen konsenstheoretische Demokratiemodelle in Anschlag gebracht, denen vorgeworfen wird, mit universellen Prinzipien normativer Verständigung (Habermas 1992) oder Bildern einer kosmopolitischen Schicksalsgemeinschaft (Beck 2007) gewollt oder ungewollt eher die hegemoniale Ordnung zu stützen, die Andersdenkende ausschließt und im Rahmen demokratisch genannter politischer Konfliktaustragung nicht mehr zu Wort kommen lässt.

Diese Kritik mag durchaus berechtigt sein. Es stellt sich aber die Frage, ob mit einer derartigen theoretischen Perspektive auf die Demokratie nicht wiederum ein bestimmtes Ordnungsdenken verabsolutiert wird, welches den sozialen Konflikt in spezifischer Weise auf die Differenz von Herrschenden und Beherrschten oder von Sprachmächtigen und Sprachlosen reduziert. Nach meinem Verständnis weist eine solche Demokratietheorie Schwächen auf, wenn es etwa darum geht, die Demokratie als eine Form politischer Konfliktaustragung zu verstehen, die sich dauernd wandeln und erneuern muss, weil sich auch die Interdependenzen und daraus resultierenden problematischen Konsequenzen in einer globalisierten Gesellschaft dauernd wandeln. Sie schenken mit anderen Worten den Dingen oder Sachproblemen nicht hinreichend Aufmerksamkeit, sondern interpretieren diese von vornherein als etwas, das konfligierende Gruppen erzeugt, d. h. sie entschlüsseln die Sachdimension politischer Probleme immer konfundiert mit Konflikten in der Sozialdimension (vgl. dazu auch Nassehi 2006). Doch wäre zunächst zu prüfen, ob überhaupt und wie diese Sachprobleme sich gegebenenfalls als Sozialkonflikt genau manifestieren.

Aus diesem Grund scheint mir eine gründlichere Hinwendung zu den „issues" – im vorliegenden Fall also zu den Sachproblemen der Konsumgesellschaft – geboten (vgl. Marres

2007), um empirisch offen prüfen zu können, ob sich die Verbraucherdemokratie in einem postdemokratischen Verfallsprozess befindet oder ob Tendenzen zur kreativen Weiterentwicklung der Demokratie überwiegen. Dazu soll hier die hegemonietheoretische Sichtweise mit einer anderen theoretischen Perspektive auf die Demokratie konfrontiert werden, die auf den amerikanischen und den neueren französischen Pragmatismus zurückgeht (vgl. Lamla 2013a). Mit einer theoretischen Perspektive, wie sie John Dewey in seinem Buch *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme* (1996) entwickelt hat, lassen sich die diversen Reaktionen auf die Probleme der spätmodernen Konsumgesellschaft – exemplarisch hierfür stehen der Einsturz einer Textilfabrik in Bangladesch oder das BSE-Problem der industriellen Landwirtschaft – als Ausdruck einer frühen Phase einer Demokratie sehen, die sich auf dem Weg der Erneuerung befindet und noch nicht abschließend formiert hat, wobei die Schwierigkeiten und Möglichkeiten des Scheiterns solch einer demokratischen Selbsttransformation keineswegs geleugnet werden müssen. Während in der politischen Theorie viel debattiert worden ist, welche politischen Institutionen dem experimentalistischen Ansatz von Dewey entsprechen würden und ob die darin vorausgesetzte Rolle der Öffentlichkeit unter den heutigen medialen Bedingungen noch plausibel ist (vgl. etwa Kettner 1998; Wenzel 2001), sind die Möglichkeiten und theoretischen Fortschritte einer von den Streitsachen, den issues oder matters of concern (Latour 2005) ausgehenden Weiterentwicklung des pragmatistischen Ansatzes hierzulande bislang kaum berücksichtigt worden. Diese gehen auf die Akteur-Netzwerk-Theorie und das Werk von Bruno Latour zurück, dessen Buch über *Das Parlament der Dinge* (2010) mit der Argumentation des älteren, amerikanischen Pragmatisten in vielerlei Hinsicht konvergiert.

Die experimentalistische Demokratietheorie von John Dewey (1996) geht von einem systematischen Zusammenhang zwischen den unvorhergesehenen, problematischen Folgen gesellschaftlicher Interdependenzgeflechte bestimmter Epochen einerseits und den Formen der öffentlichen Diskussion und staatlichen Regulierung dieser Probleme andererseits aus. Demokratie sei am besten als jenes fortgesetzte kollektive Bemühen zu verstehen, das an wiederkehrenden Nebenfolgen des Handelns zutage tretende gesellschaftliche Wechselwirkungen in ein Kooperationsgefüge zu überführen versucht, welches am Ende eines solchen Prozesses in kollektivem Erfahrungswissen aller Beteiligten und Betroffenen verankert ist. Dabei geht der Pragmatismus von einem öffentlichen Suchprozess aus, in dem experimentelle Verfahren der Forschung und Debatte zwischengeschaltet werden, die zunächst die Problemsituation elaborieren und ordnen, bevor dafür geeignete, d.h. ebenso praktikable wie diskursiv begründbare Lösungen entwickelt werden. Hier liegt der entscheidende Unterschied zum agonistischen Demokratiemodell: Deweys Theorie macht die Verunsicherung angesichts neu auftretender issues produktiv, indem er zunächst offen lässt, auf welchem Wege die resultierende Ungewissheit in neue Gewissheiten überführt wird: Er setzt die Gegensätzlichkeit von Gruppeninteressen nicht von vornherein voraus; vielmehr setzt er in jener Phase an, in der die Problemdefinition überhaupt zunächst ausgehandelt (und damit über Interessendivergenzen erst bestimmt) wird. Keineswegs werden gesellschaftliche Beharrungskräfte ausgeschlossen, gegen die sich neue Formen staatlicher Regulierung in langen Kämpfen durchsetzen müssen. Aber das Politische wird nicht auf diese Konfliktdimension reduziert.

Mit Blick auf die Probleme der Konsumgesellschaft wäre folglich zu fragen, inwiefern die Politik der Verbraucherdemokratie ebenfalls Stufen eines experimentellen Neuordnungsprozesses durchläuft, also zunächst das Krisenbewusstsein für die komplex verzweigten ökonomischen Interdependenzen und sozialen wie ökologischen Nebenfolgen der Konsumgesellschaft schärft und davon ausgehend mehr oder weniger kooperativ mit

allen relevanten Akteuren nach jenen neuen Regulierungsformen und -maßnahmen sucht, die sich nicht nur öffentlich rechtfertigen lassen, sondern auch zu neuen, praktisch wirksamen Konventionen absinken können. Diese Frage lässt sich mit den Weiterentwicklungen von Deweys experimentalistischem Demokratiemodell durch Bruno Latour und die Akteur-Netzwerk-Theorie konkretisieren. Denn als Streitsachen im Sinne des Parlaments der Dinge können nicht zuletzt all jene Objekte des Konsums aufgefasst werden, an denen sich verbraucherpolitische Konflikte entzünden: BSE-Rinder, Dioxin-Eier, gentechnisch veränderte Lebensmittel, Smartphones, Facebook, billige T-Shirts, IKEA-Möbel, Wohnimmobilien, Bahnhöfe, Elektroautos, Bio-Kraftstoffe usw. Auch hier stellt sich zunächst die Frage, wie diese Probleme oder issues genauer zu bestimmen sind: Sie werden hier als problematische Konsequenzen eines komplexen, in Raum und Zeit ausgedehnten Geflechts von Akteuren dechiffriert, in dem Zugehörigkeiten nicht einfach identifiziert und Verantwortlichkeiten nicht an einzelne Schuldige zugewiesen werden können, sondern innerhalb des Netzwerkes ausgehandelt werden müssen, wodurch sich Werte und Qualitätsurteile verschieben und schließlich das Netzwerk neu versammelt. Die Betonung liegt nicht auf getrennten Akteuren als vorab bestimmten Analyseeinheiten, sondern auf den Verbindungen, die für die Hervorbringung einer problematisch gewordenen

kollektiven Praxis (z.B. im Bereich eines exzessiven Tourismus oder einer Ausrichtung des Kleidungskonsums auf günstige und schnell wechselnde Moden) verantwortlich sind und deshalb auch der normativen Klärung von Verantwortung zugrunde liegen sollten (vgl. Young 2006). Auch hier sind Exklusionen und Gruppenkonflikte nicht ausgeschlossen; aber ebenso wenig werden sie als Wesensmerkmale der Demokratie absolut gesetzt.

Wie die im Demokratiemodell zum Tragen kommende experimentelle Forschungslogik bei Dewey (2002: 127-148; vgl. Lamla 2013b: 95-106) zielt die Metapher des Parlaments (assembly) bei Latour auf eine Schrittfolge mehrerer Verfahrensschritte, die einzuhalten ist, sofern ein Prozess der politischen Klärung einer Streitsache (Ding) sowohl offen als auch effektiv verlaufen können soll. Latour trennt dafür zwei Kammern bzw. Gewalten. In beiden, der einbeziehenden wie der ordnenden Kammer, sind nacheinander verschiedene Aufgaben zu erfüllen (Latour 2010: 140-156 und 210-229). Für die Frage, welche Richtung der Wandel von Demokratie gegenwärtig nimmt, ist entscheidend, dass diese Verfahrensordnung in den experimentalistischen Theorien nicht als ein feststehender Rahmen für politische Prozeduren verstanden wird, sondern ausgehend von neu auftretenden issues, d.h. Folgeproblemen interdependenter Handlungsnetzwerke, immer wieder verändert und neu interpretiert werden muss. „Ein Staat", schreibt Dewey (1996: 41), „ist [...] schon von Natur aus immer etwas, das geprüft, erforscht und nach dem gesucht werden muß. Beinahe sobald seine Form stabilisiert ist, muß er erneuert werden." Und auch für Latour (2010: 255) ist der Staat nichts Festes: „Das Kollektiv ist nicht der Staat, und die sehr besondere Form von Regierung, für die wir ein Obdach suchen, wird nicht im alten Staat des Leviathan fertig eingerichtete Büros vorfinden, die ohne Umbauarbeiten einfach bezogen werden können". Insbesondere vor dem Hintergrund der ökologischen Krisen erscheint es ihm nicht länger plausibel, davon auszugehen, dass „wir schon am Ende damit sein [sollten], die Institutionen des öffentlichen Lebens zu erkunden" (ders.: 284).

An die Stelle von pauschalen Lösungsformaten treten in einer experimentalistisch verstandenen Verbraucherdemokratie Prozeduren der Neuversammlung von Kollektiven, die sich ausgehend von einer produktiven Verunsicherung über die Streitsachen (Perplexität) zum einen um die Inklusion aller relevanten Perspektiven und Positionen bemühen und hierbei auch solche berücksichtigen, die zunächst schlecht artikuliert oder kaum vernehmbar sind (Konsultation). Das sind die Aufgaben der einbeziehenden Gewalt in der ersten Kammer. Zum anderen – und unter dem Vorbehalt, dass darin nicht alle Beteiligten und Betroffenen angemessen repräsentiert und artikuliert werden – müssen aber früher oder später auch Lösungshypothesen entworfen werden: In der zweiten Kammer, der ordnenden Gewalt, werden deshalb die als relevant identifizierten Entitäten und Akteure in ihren Beziehungen experimentell dahingehend neu angeordnet (Hierarchie), dass sich stabile, d.h. den Streit möglichst ausräumende Praktiken und Konventionen etablieren können (Institution). Ein Beispiel für solche (Neu-)Versammlungsprozesse in der Konsumgesellschaft kann etwa ein transnationaler Wertschöpfungszusammenhang sein, der viele verschiedene Akteure in ein kollektives Handlungsprogramm einbindet, das die Rohstoffentnahme, die verschiedenen Schritte der Verarbeitung, die Vermarktung , den Gebrauch bzw. Verbrauch und schließlich die Entsorgung und etwaige Wiederverwertung umfasst. Dabei ist es für Latour besonders wichtig, nicht nur menschliche Akteure und deren Positionen zu berücksichtigen, sondern insbesondere auch dem hohen Stellenwert von nicht-menschlichen Aspekten in unserer hoch technisierten Zivilisation Rechnung zu tragen (Latour 2010: 93-122). In Technik schreibt sich die Geschichte gesellschaftlicher Streitbeilegung fort; sie ist nach diesem Theorieansatz mindestens ebenso wichtig für die kreative Konfliktaustragung in der Demokratie wie der zivilisierte Umgang sozialer Gegner miteinan-

der. Die Analyse der Prozesse demokratischer Neuversammlung in den Parlamenten der Dinge muss daher insbesondere ein Augenmerk auf die Genese von Technik werfen, die alles andere als unpolitisch ist – auch wenn sie in Laboren, fernab von den öffentlichen Schauplätzen der Demokratie, vonstattengeht.

3 | Postdemokratie?

Wird die Konstellation der heutigen Verbraucherdemokratie mit ihren verschiedenen Ansätzen zur Politisierung und Moralisierung des Konsums mit dem Instrumentarium einer experimentalistischen Demokratietheorie analysiert, steht nicht schon von vornherein fest, dass es sich um einen Prozess der Degeneration hin zu einem postdemokratischen Despotismus oder einer simulativen Demokratie (Blühdorn 2013) handeln muss. Ebenso kann es sich um die innovative Weiterentwicklung einer stets unabgeschlossenen Demokratie handeln. Um diesbezüglich zu einer klaren Einschätzung gelangen zu können, müssen die Prozesse der problembezogenen Neuversammlung und kollektiven Neuregelung einer genauen empirischen Analyse unterzogen werden, bei der sich zeigen (können) muss, welche demokratische (Verfahrens-)Qualität die zum Auffinden neuer Lösungen und Regulierungsformen eingeschlagenen Wege aufweisen. Ein erster Schritt dazu besteht darin, die Kontroversen genau zu kartographieren, die das Re-assembling des Sozialen (vgl. Latour 2007; Venturini 2010) anleiten oder begleiten. Dahinter verbergen sich mehrere Prozessebenen, auf denen der demokratische Experimentalismus empirisch Gestalt gewinnt und deren komplexes Zusammenspiel analysiert werden muss: Zunächst muss die Ebene der sozialen Praktiken verschiedener sozialer Welten in den Blick genommen werden, die das Interdependenzgeflecht der Konsumgesellschaft konstituieren und die sich laufend eigendynamisch verändern; sodann müssen die Arenen untersucht werden, in denen Konflikte zwischen den beteiligten oder betroffenen Welten artikuliert werden, wobei das Augenmerk zum einen auf Prozesse der öffentlichen Aushandlung und Rechtfertigung fallen muss, zum anderen aber auch auf technische Formen und Objekte, die in den unterschiedlichsten Laboren der Konsumgesellschaft entwickelt und getestet werden, um Akteure der unterschiedlichen, interdependenten Welten in ein gemeinsames, kollektives Handlungsprogramm einzubinden. Für einen solchen verstreuten und facettenreichen Prozess gilt es zu ermitteln, inwiefern er Kriterien einer demokratischen Neuversammlung genügt.

Die Postdemokratie-These kann vor diesem theoretischen Hintergrund neu formuliert und präzisiert werden. Denn die Perspektive des Akteur-Netzwerk-Pragmatismus bedeutet ja nicht per se, dass die Prozesse der Veränderung von gesellschaftlichen Praktiken und Ordnungen auch schon demokratisch qualifiziert sind, nur weil sie zur Neuversammlung von Kollektiven führen. Diese können besser oder schlechter artikuliert sein. Worauf es ankommt, um von innovativen Weiterentwicklungen der je bestehenden Form von Demokratie (z.B. durch Experimente des politischen Konsums) oder aber von deren postdemokratischem Niedergang sprechen zu können, ist der Grad der Verankerung einer kollektiven Forschungslogik oder Lernkurve in diesen Prozessen. Dies festzustellen und einzuschätzen ist alles andere als leicht, da diese Prozesse eben weit auseinandergezogen ablaufen, also gerade keine festen Orte der Aushandlung aufweisen. So muss untersucht und geprüft werden, zu welchem Grade z. B. die Objekte und Techniken der Neuordnung, die in verstreuten Laboren der Verbraucherdemokratie erfunden werden, noch Prozeduren der öffentlichen Rechtfertigung unterworfen sind und nach welcher (hegemonialen oder kontroversen) Logik diese Rechtfertigungsprozesse genau ablaufen. Ebenso müssen die individuellen Konsumpraktiken daraufhin befragt werden, welchem kollektiven Programm sie folgen, ob sie etwa Teil einer sozialen Bewegung sind und welchen Charakter diese Bewegung aufweist, wie viel soziale Bindung von dieser etwa ausgeht, wenn man sie mit anderen Bin-

dungskräften (etwa Recht, Technik, Infrastruktur) vergleicht. Die ambivalente Konstellation der Verbraucherdemokratie zu untersuchen ist ein komplexes Forschungsprogramm, dessen Konturen hier allenfalls sichtbar werden, das aber noch keineswegs abgearbeitet ist. Lediglich Anfänge sind dazu bislang gemacht worden.

Ein Baustein hierfür ist die Analyse des publizistischen Diskurses, die Auskunft zum Zustand öffentlicher Aushandlungs-, Kritik- und Rechtfertigungsprozesse hinsichtlich der Probleme der Verbraucherdemokratie gibt (vgl. Lamla 2013b: 119-181). Für die Postdemokratie-These spricht in diesem Zusammenhang, dass die Öffentlichkeit in diesem Diskurs blockiert zu sein scheint. Sie hängt in alten institutionellen Differenzierungsstrukturen fest und kommt bislang über das Stadium kollektiver Perplexität angesichts der mannigfaltigen konsumgesellschaftlichen Problemlagen nicht wesentlich hinaus. Rechtfertigungen für bestimmte Lösungsansätze folgen etwa eingespielten Argumentationsroutinen und Framings mit einer geringen Neigung, deren Erschütterung zu akzeptieren und Kompromisse in einem kollaborativen Problemlösungsprozess auszuloten. Die Art und Weise, wie die Gesellschaft ihre gemeinsamen Welten in der Vergangenheit geordnet hat, reproduziert sich in den öffentlichen Reaktionen auf die ökonomische, ökologische und soziale Krise der Konsumgesellschaft. Doch auch dieser Analyseschritt bildet nur einen kleinen Ausschnitt der Aushandlungsprozesse ab, selbst der öffentlichen, insofern er selektiv einen bestimmten Buchmarkt zum Ausgangspunkt nimmt, andere Medien öffentlicher Aushandlung damit aber vorerst ausblendet.

Andere Bausteine der empirischen Analyse sind ebenso als Aufschläge in diesem Forschungskontext zu werten, etwa die Rekonstruktion typischer Praktiken und Habitus im Bereich digital vermittelten Konsums oder von Prozessen der Neuordnung kollektiver Konsumprogramme durch digitale Plattformen. Wiederum spricht beim derzeitigen Stand nicht wenig für die Postdemokratie-These, insofern revolutionäre Prozesse der Neuversammlung in den Laboren der Konsumgesellschaft voranschreiten (man denke etwa an den Aufschwung einer Sharing-Economy durch entsprechende Plattformen), ohne zu warten, ob sich der öffentliche Streit darum klärt, welche Problemdefinition die angemessenste ist und den weiteren Lösungsprozess anleiten soll. Sie etablieren einfach attraktive Kompromissobjekte, die für unterschiedliche Welten anschlussfähig sind. Die Einschätzung, wie demokratisch solche Prozesse der technischen Neuordnung sind, ist jedoch nicht einfach und dadurch erschwert, dass diese keineswegs immer ohne jede Sensibilität für die Anforderungen öffentlicher Rechtfertigung ablaufen, sondern zu öffentlichen Aspekten kollektiven Experimentierens in einem arbeitsteiligen Ergänzungsverhältnis stehen können, das den zwei Kammern im Modell Bruno Latours entspricht. Die Labore fungieren dann als ordnende Gewalten, die neue hierarchische Relationen und Brücken zwischen den beteiligten und betroffenen Welten hypothetisch entwickeln, praktisch austesten und durch technische Objekte oder Formate zu stabilisieren versuchen. Für die empirische Analyse folgt daraus die Schwierigkeit, die Verbindungen von Öffentlichkeit und Labor in den Arenen konsumgesellschaftlicher Konfliktaushandlung sichtbar zu machen und hinsichtlich ihrer demokratischen Qualität einzuschätzen.

Um somit ein vorläufiges Fazit zu ziehen: Zur Frage, welche Verlaufskurve die Demokratie durch die experimentellen Prozesse in der Konsumgesellschaft gegenwärtig nimmt – und ob diese besser als demokratisch oder als postdemokratisch qualifiziert werden sollte – lässt sich begründet vermuten, dass die Rudimente alternativer Praktiken, öffentlichen Experimentierens und kollektiven Lernens derzeit nicht die Kraft haben, neue Anordnungen in den hierarchischen Relationen institutioneller Wert- und Rechtfertigungsordnungen hervorzubringen. Dies scheint mir jedoch für eine Erneuerung von Demokratie

maßgeblich zu sein. Damit ist nicht gesagt, dass ein solches Resultat unerreichbar bleibt, wobei die Sozialwissenschaften einen solchen Neuversammlungsprozess kritisch-konstruktiv begleiten könnten. Es sind derzeit aber noch starke Gegenkräfte zur Institutionalisierung alternativer Handlungsprogramme und Konsumgewohnheiten festzustellen, die mit den Institutionen der alten Ordnung zusammenhängen. So werden beispielsweise Wertschöpfungsketten, die ein exzessives Muster des Konsums aufweisen, durch Techniken des Recyclings eher zu stabilisieren als zu transformieren versucht. Ein Grund dafür scheint mir nicht nur die Schwäche einer fragmentierten Öffentlichkeit zu sein, die oft diagnostiziert worden ist, sondern insbesondere, dass die etablierte Ökonomie in mächtige Laboratorien investiert, um durch technische Objektgestaltung wirksame Brücken und Netze zu erzeugen, die es gestatten, unterschiedliche Welten und Akteure in kollektive Handlungsprogramme einzubinden. Labore also, die privatwirtschaftlichen Akteuren eine gewisse ordnungspolitische Autonomie gegenüber Prozessen der öffentlichen Aushandlung sichern. Und das ließe sich durchaus als Postdemokratie bezeichnen.

Jörn Lamla ist Professor an der Universität Kassel. Kontakt: lamla@uni-kassel.de

Literatur

Beck, Ulrich 2007: Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Blühdorn, Ingolfur 2013: Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Berlin: Suhrkamp.

Boltanski, Luc/Thévenot, Laurent 2007: Über die Rechtfertigung. Eine Soziologie der kritischen Urteilskraft. Hamburg: Hamburger Edition.

Clarke, Adele E. 2005: Situational Analysis. Grounded Theory after the Postmodern Turn. Thousand Oaks, CA: Sage.

Crouch, Colin 2008: Postdemokratie. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Dewey, John 1996: Die Öffentlichkeit und ihre Probleme. Bodenheim: Philo.

Dewey, John 2002: Logik. Die Theorie der Forschung. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen 1992: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Kettner, Matthias 1998: John Deweys demokratische Experimentiergemeinschaft. In: Brunkhorst, Hauke (Hg.): Demokratischer Experimentalismus. Politik in der komplexen Gesellschaft. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 44-66.

Lamla, Jörn 2013a: Arenen des Demokratischen Experimentalismus. Zur Konvergenz von nordamerikanischem und französischem Pragmatismus. In: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 23, H. 3-4, 345-365.

Lamla, Jörn 2013b: Verbraucherdemokratie. Politische Soziologie der Konsumgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.

Latour, Bruno 2005: Von der „Realpolitik" zur „Dingpolitik" oder wie man Dinge öffentlich macht. Berlin: Merve.

Latour, Bruno 2007: Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Latour, Bruno 2010: Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Marres, Noortje 2007: The Issues Deserve More Credit: Pragmatist Contributions to the Study of Public Involvement in Controversy. In: Social Studies of Science, Jg. 37, H. 5, 759-780.

Mouffe, Chantal 2007: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Nassehi, Armin 2006: Der soziologische Diskurs der Moderne. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Strauss, Anselm L. 1993: Continual Permutations of Action. Hawthorne, NY: Aldine de Gruyter.

Wenzel, Harald 2001: Die Abenteuer der Kommunikation. Echtzeitmassenmedien und der Handlungsraum der Hochmoderne. Weilerswist: Velbrück.

Venturini, Tommaso 2010: Diving in magma: How to explore controversies with actor-network theory. In: Public Understanding of Science, Jg. 19, H. 3, 258-273.

Wolin, Sheldon S. 2001: Tocqueville between Two Worlds. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Young, Iris M. 2006: Responsibility and Global Justice: a Social Connection Model. In: Social Philosophy and Policy, Jg. 23, H. 1, 102-130.

Politischer Konsum

Zwischen liberaler Postdemokratie und Sozialer Demokratisierung

David Salomon

1 | Liberale und Soziale Demokratie

Die reale demokratiepolitische Funktion einer verstärkten Partizipation von Konsumenten an politischen Prozessen lässt sich erst im konkreten gesellschaftlichen Kontext hinreichend bestimmen. Unternimmt man eine kritische Reflexion der Debatten um Konsumentendemokratie vor dem Hintergrund der demokratietheoretischen Alternative von liberaler und sozialer Demokratie fällt auf, dass es verkürzt wäre, Konsumentendemokratie ausschließlich einer der beiden Seiten zuzuschlagen. Aus der Perspektive einer sozialen Demokratietheorie erscheint die Frage nach einem politischen Konsum als Teil der Frage nach dem Kampf um soziale Gleichheit. In der Tradition liberaler Demokratie hingegen als weitgehend individuelles Agieren auf von der politischen Sphäre zunächst getrennten Märkten.

Spätestens seit der amerikanischen Revolution und den Debatten zwischen Federalists und Anti-Federalists um die Verfassung der jungen USA herrscht – wie die Historikerin Ellen Meiksins Wood prägnant herausarbeitet – um den Begriff der modernen Demokratie ein Definitionskonflikt: „Weil es nicht länger möglich war, eine exklusive Bürgerschaft aufrechtzuerhalten, begannen die Verfassungsgründer ihr Experiment damit, sich eine Reihe von Institutionen auszudenken, die gleichzeitig die Macht der Bevölkerung miteinbezogen und beschnitten. Wo die Option einer aktiven, aber exklusiven Bürgerschaft nicht länger zur Verfügung stand, war es notwendig eine einschließende, aber passive Bürgerschaft mit einem begrenzten politischen Machtbereich zu schaffen." (Wood 2010: 216f.)

Aufruhend auf der funktionalen Ausdifferenzierung des Sozialen, in deren Folge sich eine kapitalistische Ökonomie als eigener Funktionsbereich innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft konstituierte, und unter Bezugnahme auf Klassiker des „Besitzindividualismus" (Macpherson 1973) wie John Locke gelang es einer liberalen Tradition in der Folge, die Sphäre des Sozialen radikal vom Staat getrennt zu betrachten und die Reichweite der Demokratie auf den politischen Raum zu beschränken. Als bevorzugte Form der politischen Partizipation werden nun Wahlen begriffen, während das (politisch-rechtlich garantierte) Privateigentum an den Produktionsmitteln und (politisch-rechtlich abgeschirmte) freie Märkte die kapitalisti-

sche Ökonomie konstituieren, in die sich – so die liberale These – die Maximen politischer Verfahren aus funktionslogischen Gründen nicht übertragen lassen. Die Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise ermöglichte zunächst – wie Wood ausführt – nur abstrakt „die Konzipierung einer ‚formalen Demokratie', in der eine Form staatsbürgerlicher Gleichheit neben sozialer Ungleichheit existieren kann und die die ökonomischen Verhältnisse zwischen ‚Elite' und ‚arbeitender Masse' nicht antastet" (Wood 2010: 215).

Die Realisierung solcher Demokratie steht historisch einerseits unter dem Druck jener demokratischen Energien, die die politischen Gleichheits- und Freiheitsversprechen der bürgerlichen Gesellschaft entfesselt hatte und anderseits im Zeichen eines „legitimatorischen Trennmodells", dessen Kerngehalt Frank Nullmeier wie folgt zusammenfasst: „Politik (Demokratie) und Ökonomie (Marktwirtschaft) folgen jeweils eigenen Legitimitätskonzeptionen. Demokratische Gleichheit gilt als Leitwert des politischen Funktionssystems, Allokationseffizienz als Leitwert des ökonomischen Systems." (Nullmeier 2013: 428)

Beinahe von Anbeginn stand diese liberale Lesart im Kontrast zum Demokratieverständnis einer sozialistischen Theorietradition, der zufolge sich Demokratie nicht darauf reduzieren lässt, Gestaltungsprinzip einer abgetrennten politischen Sphäre zu sein. In dieser Perspektive erscheint die Demokratisierung der Gesellschaft – einschließlich ihrer ökonomischen Reproduktion – als bislang unerfüllte Aufgabe im offenen Prozess menschlicher Emanzipation: „Sozialismus ist nichts anderes als die allseitige Verwirklichung dieses Gedankens der Demokratie, der aus einem System politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft, zur sozialen Demokratie erweitert wird." (Abendroth 2004: 416)

Idealtypisch lässt sich sagen: In einem liberalen Verständnis beschreibt „Demokratie" die politische Partizipation von Individuen, die individuelle Interessen verfolgen, während im Zentrum eines sozialen Demokratieverständnisses organisierte Interessen von gesellschaftlichen Gruppen und Klassen stehen. Normativ ist liberale Demokratietheorie auf ein Konzept der Freiheit gerichtet, das ontologisch im Individuellen gründet und in einem Spannungsverhältnis zu Gleichheit steht. Soziale Demokratietheorie hingegen macht in materieller Gleichheit nicht nur keinen Gegensatz zu, sondern eine Bedingung von Freiheit aus. In diesem Sinne existiert Demokratie dort, wo subalterne Klassen und Gruppen erfolgreich für ihre Gleichheitsinteressen kämpfen (können).

Gerade im Hinblick auf die Debatte um Postdemokratie ist die Unterscheidung von liberaler und sozialer Demokratietheorie von herausragender Bedeutung: „Der Begriff bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, dass Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf die Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser politischen Inszenierungen wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten." (Crouch 2008: 10) Eine früh geübte Kritik an Colin Crouchs These verwies darauf, dass seine Argumentation von einer falschen Nostalgie getragen sei. So argumentierte etwa Birgit Sauer, gerade die von Crouch als Referenz herangezogenen fünfziger Jahre seien aus einer feministischen Perspektive betrachtet eher als „prädemokratisch" klassifizierbar, denn als „Augenblick der Demokratie" (Sauer 2011). Fraglos wäre es bloß nostalgisch, das Projekt einer Demokratisierung der Gesellschaft in der Vergangenheit verwirklicht zu sehen. Insofern

lässt sich dieser Kritik kaum widersprechen. Die Debatte, in die sie mündet, ist jedoch wenig fruchtbar. Allzu leicht erschöpft sie sich im Streit um Worte und übersieht dabei einen systematisch weit interessanteren Aspekt. Denn bedeutender als der tatsächlich vorzufindende nostalgische Zungenschlag ist die von Crouch scharf herausgestellte Korrelation zwischen dem Niedergang westlicher Demokratie und dem Niedergang der klassischen Industriearbeiterklasse und ihrer Bewegung. Tatsächlich liegt der demokratiepolitische Erfolg der Arbeiterbewegung darin, weiterhin dominant liberaldemokratische Regime gezwungen zu haben, zumindest einige Elemente sozialer Demokratie zu integrieren. Die Forderung nach sozialer Demokratie war – anders formuliert – zwar nicht stark genug, um liberale Demokratie abzulösen, doch immerhin so mächtig, traditionelle Machteliten zu Zugeständnissen zu nötigen, wollten sie den viel beschworenen sozialen Frieden erhalten. „Postdemokratie" kann so als Ausdruck einer umgekehrten Bewegung der Demokratisierungserfolge in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verstanden werden, als eine Form liberaler Einsamkeit, die glaubt, vom Zwang entbunden zu sein, Rücksicht auf einen wirkmächtigen Gegenspieler nehmen zu müssen (Salomon 2012: 131). Der Begriff steht somit für ein liberaldemokratisches Regime ohne Antagonisten, der das alternative Konzept sozialer Demokratie machtvoll vertritt. Dass es, indem es etwa Entscheidungsfindungen aus den Parlamenten heraus hinter verschlossene Türen verlagert, auch an einem Idealtypus liberaler Demokratie gemessen als Entdemokratisierung erscheinen kann, ist demokratietheoretisch insofern aufschlussreich, als dieser Umstand zeigt, wie die Funktionsfähigkeit auch einer bloß politischen Demokratie letztlich von sozialen Kräfteverhältnissen abhängig bleibt, die einem politischen System Substanz geben und sich – im Sinne der Staatstheorie von Nikos Poulantzas – in Staatsapparaten und formalisierten Verfahren verdichten (Poulantzas 2002: 154). Offensichtlich braucht liberale Demokratie schon um ihrer selbst willen die Herausforderung durch eine Demokratiekonzeption, die über sie hinaus strebt – hier freilich schließt sich der Kreis zur frühen us-amerikanischen Verfassungsdebatte, in der die Implementierung formaler Liberaldemokratie von den Liberalen Verfassungsgründern keineswegs als die Einführung der besten aller Staatsformen verstanden, sondern als Weg begriffen wurde, Schlimmeres zu verhüten. Erst vor diesem Hintergrund und im konkreten gesellschaftlichen Kontext lässt sich auch die reale demokratiepolitische Funktion einer verstärkten Partizipation von Konsumenten an politischen Prozessen hinreichend bestimmen.

2 | Liberale Konsumentendemokratie

Tatsächlich stellt sich vom Standpunkt einer traditionellen, auf einem legitimatorischen Trennmodell begründeten, liberalen Theorie der Demokratie kaum die Frage nach einer demokratischen Partizipation von Konsumenten, muss ihr doch jede unbotmäßige Vermengung der Sphären Politik und Wirtschaft verdächtig erscheinen. Jenseits solcher Idealtypik freilich mangelt es keineswegs an liberalen Konzepten, die eine Analogie und schließlich eine Interdependenz zwischen politischem Geschehen und ökonomischer Funktionslogik postulieren. Noch vor Anthony Downs viel diskutierter „ökonomischer Demokratietheorie" (Downs 1968) skizzierte Joseph Alois Schumpeter die Grundprämisse einer „anderen Theorie der Demokratie" in prägnanten Sätzen: „[W]ir nehmen nun den Standpunkt ein, daß die Rolle des Volkes darin besteht, eine Regierung hervorzubringen oder sonst eine dazwischengeschobene Körperschaft, die ihrerseits eine nationale Exekutive oder Regierung hervorbringt. Und wir definieren: die demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfs um die Stimmen des Volkes erwerben." (Schumpeter 2005: 427f.) Als liberal ist dieser Ansatz schon dadurch kenntlich, dass er die anthropologischen

Grundannahmen eines methodischen Individualismus teilt und ein Ausgreifen demokratischer Regulationsmechanismen auf wirtschaftliches Handeln nur schwerlich ermöglicht. Aus der Perspektive eines orthodoxen Trennmodells sitzen Schumpeter und (in seiner Folge) Downs fraglos einem Kategorienfehler auf, wenn sie – gewissermaßen in Umkehrung der Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft – die politische Arena als Markt und in diesem Kontext die zur Wahl stehenden Politiker als Anbieter, die Wähler hingegen als Konsumenten modellieren. Von der Diagnose einer „postdemokratischen Wende" (Blühdorn 2013) her gelesen wirkt dieser Ansatz jedoch als Antizipation einer radikalisierten Liberaldemokratie, die nicht mehr auf die scharfe Trennung der Legitimitätssphären angewiesen ist, um das Eigentum vor demokratischen Zugriffen zu schützen, sondern im Markt eine legitimierende Potenz auch für den politischen Auswahlmechanismus ausmacht. Ganz in diesem Sinne schreibt Jörn Lamla bei Abstecken möglicher Konnotationen des von ihm eingeführten Begriffs einer Verbraucherdemokratie, es sei möglich ihn „weniger normativ und utopisch auf eine Zukunft jenseits der Nationalstaaten bezogen, sondern vielmehr empirisch und realistisch an deren jüngerer Vergangenheit orientiert" zu interpretieren: „Der Begriff zielte dann auf eine Zustandsbeschreibung des *Politischen* in einer Gesellschaft, die maßgeblich von den Mittelschichten dominiert wird, deren kulturelle Werte sich vor allem um Wohlstand und Konsum drehen und die die individuelle Lebensspanne zum Maß aller Dinge machen. Die Bürgerinnen erscheinen darin auf die Zuschauerplätze des politischen Systems verwiesen zu sein und bekommen von Eliten und Massenmedien ein launisches Werbespektakel vorgespielt, zu dem sie hin und wieder per Abwahl oder Akklamation Stellung nehmen dürfen – wie in einer Casting-Show." (Lamla 2013: 10) Dass PR-Experten gemeinsam mit wirtschaftlichen und politischen Eliten jene Probleme auswählen, die anschließend Gegenstand öffentlicher Debatte werden, vollzieht im Kern für den Politikmarkt jene Entwicklung nach, die die Professionalisierung von Werbung auf tatsächlichen Märkten längst genommen hat. Politik selbst wird zum Konsumgut. Zu diesem Trend passen fraglos auch Anläufe zu einer Intensivierung plebiszitärer Elemente – von der personengebundenen Direktwahl über Formen des Kumulierens und Panaschierens bis hin zu Abstimmungen über einzelne Sachfragen. Ein solcher „Softbonapartismus" (Losurdo 2008; Wagner 2011), der im Kern darin besteht, interessenbildende Institutionen zwischen Regierung und Volk auszuschalten, fügt sich ohne größere Reibungen in ein Bild von Politik als Markt, der umso effizienter funktioniert desto weniger wettbewerbsverzerrende Kartelle sich auf ihm tummeln.

Von hier ist es kein allzu großer Schritt zur Erklärung, (Finanz-)Märkte seien selbst ein legitimierender politischer Faktor oder – in den Worten des ehemaligen Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Rolf-E. Breuer: „Die gegenwärtige Struktur der globalen Finanzmärkte spiegelt den Wertekanon der westlichen Industriestaaten wider, die das Weltwährungs- und -finanzsystem nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich gestaltet haben. Vertragsfreiheit, das Ziel freien Kapitalverkehrs und der Schutz bestehender Verträge auch im internationalen Rahmen sind Beispiele dafür, wie sich Grundwerte der Demokratien, hier: die Freiheit des Individuums und die Rechtssicherheit, in der Gestaltung der Instrumente niederschlagen. [...] Politik muss aber heute mehr denn je auch mit Blick auf die Finanzmärkte formuliert werden. Die berechtigten Interessen in- und ausländischer Investoren, der Wunsch der Finanzmarktteilnehmer nach Rechtssicherheit und Stabilität müssen respektiert werden. Diese Wünsche stehen freilich nicht im Gegensatz zu den Grundorientierungen einer an Wohlstand und Wachstum orientierten Politik, sondern sind mit ihnen identisch. Offene Finanzmärkte erinnern Politiker allerdings vielleicht etwas häufiger und bisweilen etwas deutlicher an diese Zielsetzungen, als die Wähler dies vermögen. Wenn man so will, haben die Finanzmärkte

quasi als ‚fünfte Gewalt' neben den Medien eine wichtige Wächterrolle übernommen." (Breuer 2000) Ganz in diesem Sinn – wenn auch mit umgekehrter Wertung – spricht Wolfgang Streeck vom „Aufstieg der Gläubiger zu einer zweiten *constituency*" (Streeck 2014: 117), eine Feststellung mit weitreichenden staats- und demokratietheoretischen Konsequenzen: „Der von seinen Bürgern regierte und, als *Steuerstaat*, von ihnen alimentierte demokratische Staat wird zum demokratischen *Schuldenstaat*, sobald seine Subsistenz nicht mehr nur von den Zuwendungen seiner Bürger, sondern in erheblichen Ausmaß auch von dem Vertrauen von Gläubigern abhängt. Anders als das Staatsvolk des Steuerstaats ist das Marktvolk des Schuldenstaats transnational integriert. An den jeweiligen Nationalstaat sind die Mitglieder des Marktvolkes lediglich vertragsrechtlich gebunden, als Investoren statt als Bürger." (ebd.: 119) Folgt man Streeck so ist der Übergang vom Fordismus zum „Finanzmarktkapitalismus" (Windolf 2005) mit einer doppelten Transformation verbunden: Einerseits wird der bürgerliche Staat transformiert, der auf dem Weg zum „nationalen Wettbewerbsstaat" (Hirsch 1995) einen Wandlungsprozess vom Steuer- zum Schulden- und schließlich (als Radikalisierung dieser Tendenz) zum „Konsolidierungsstaat" (vgl. Streeck 2014: 141ff.) durchläuft und sich in diesem Kontext der einstmals etablierten Elemente sozialer Demokratie sukzessive entledigt. Transformiert wird jedoch damit zugleich die Begründung bürgerlicher Demokratie in einer (wie immer fiktiven) Konzeption der Volkssouveränität. Auch hier herrscht plötzlich ein Wettbewerb, in dem das Staatsvolk mit dem Marktvolk um Ansprüche konkurriert, die sich zunehmend dem Druck ausgesetzt sehen, gegenüber Marktgesetzen gerechtfertigt zu werden. In der Tendenz werden soziale Rechte abgewertet und – im Spannungsverhältnis zum Investorenschutz interpretiert – diesem letztlich untergeordnet. Die Konsequenz ist ein „autoritärer Kapitalismus" (Deppe 2013) im Namen freier Märkte, in dem der Rechtsstaat in eine intransparente Schiedsgerichtbarkeit verflüchtigt (TTIP) und gegebenenfalls nationale Regierungen unter das Kuratel einer austertitätspolitischen

Finanzdiktatur (Troika) gestellt werden. Besonders konsequent brachte den darin liegenden Wandel des Souveränitätskonzepts vor einigen Jahren der Philosoph Peter Sloterdijk zum Ausdruck als er eine „Revolution der gebenden Hand" ausrief und die Überführung von Zwangssteuern in freiwilliges Mäzenatentum empfahl (Solterdijk 2009; vgl. hierzu auch Salomon 2010a, 2010b und Wagner 2011). Es ist dieser historische Rahmen, in dem letztlich auch zahlreiche Debatten um eine wachsende Bedeutung des Konsums als politischer Partizipationsform angesiedelt bleiben.

Insbesondere der kürzlich verstorbene Soziologe Ulrich Beck leuchtete in seinen Arbeiten seit Mitte der achtziger Jahre die gleichermaßen politisch wie lebensweltlich virulenten Verschiebungen – in durchaus programmatischer Absicht – aus. Die Herausbildung einer „Risikogesellschaft" (Beck 2012) mit ihrem Megatrend einer herkömmliche Klassenmilieus aufsprengenden „Individualisierung" wurde von Beck freilich zu einem Zeitpunkt („Risikogesellschaft" erschien erstmals 1986) auf die Formel des Entstehens einer „anderen" oder „zweiten Moderne" gebracht, als neue soziale Bewegungen – namentlich die Ökologiebewegung – den Zenit ihres Wachstums noch nicht überschritten hatten. Auch daraus wohl speist sich der frühe Optimismus, Individualisierung und neue Formen der „Subpolitik" könnten zum Ausgangspunkt einer „reflexiven Modernisierung" und eines neuen Demokratisierungsschubs werden, dessen Konturen Beck in beinahe leuchtenden Farben ausmalt, wenn er schreibt: Die „verschiedenen Teilarenen kultureller und sozialer Subpolitik – Medienöffentlichkeit, Rechtsprechung, Privatheit, Bürgerinitiativen und neue soziale Bewegungen summieren sich zu teils institutionell abgesicherten zum Teil außerinstitutionellen *Ausdrucksformen einer neuen politischen Kultur*. [...] Ihre Wirksamkeit beruht nicht zuletzt darauf, daß die papierenen Buchstaben des Rechts mit sozialem Leben gefüllt werden, genauer: daß die selektive Auslegung universell geltender Grundrechte Stück für Stück aufgebrochen und überwunden wird. Als dieser Entwicklung Codewort geistert in vielen sozialwissenschaftlichen Befragungen und politischen Diskussionen – den einen Gespenst, den anderen Hoffnung – ein Begriff herum: *Partizipation*." (Beck 2012: 322) Diese einstige Hoffnung erscheint durchaus eingetrübt, wenn Beck etwa ein Jahrzehnt nach seiner frühen Zeitdiagnose den Globalisierungsprozess als einen Politisierungsschub ganz anderer Art ausdeutet, dessen „Inszenierung [...] es den Unternehmen und ihren Verbänden erlaubt, die politisch und sozialstaatlich gezähmte Handlungsmacht des demokratisch organisierten Kapitalismus aufzuschnüren und zurückzuerobern." (Beck 1997: 14) Indem es so der „global agierende[n] Wirtschaft" gelinge, „die Grundlagen der Nationalökonomie und der Nationalstaaten" zu untergraben, werde „eine Subpolitisierung völlig neuen Ausmaßes und mit unabsehbaren Folgen ausgelöst. Es geht darum, in einer neuen Runde den alten Widersacher ‚Arbeit' elegant auf das historische Abstellgleis zu schieben; aber auch und vor allem darum, dem ‚ideellen Gesamtkapitalismus' [sic!], wie Marx den *Staat* nannte, gleichsam zu kündigen, also sich aus den Klammern von Arbeit und Staat, wie sie im 19. und 20. Jahrhundert entstanden sind, zu befreien." (ebd.: 14f.)

Vielleicht etwas verkürzt lässt sich auf Basis dieser zeitdiagnostischen Überlegungen sagen, dass Beck im Kern von einer Verlagerung der einstmals durch organisierte Klassenakteure von unten ausgetragenen Konflikte *um* das Wirtschaftssystem und die Einrichtung der Staatsapparate *in* eine wirtschaftliche Subpolitik ausgeht. Die im Kontext des sich abzeichnenden Finanzmarktkapitalismus flüssiger werdenden Grenzen zwischen Ökonomie und Politik erscheinen hier als Gefahr für die und als Chance der Demokratie. Becks „[a]m Beispiel der ökologischen Frage" in den frühen 90er Jahren verdeutlichte These, „Industrie und Wirtschaft" würden „zu einer *politischen* Unternehmung in dem Sinn, daß die Gestaltung des Unternehmens selbst – seine Organisations-, Personalpolitik, Produktpalette und Produktionsentwicklung, großtechnischen Investiti-

onen und Organisationsgestaltungen – nicht mehr hinter verschlossenen Türen als Sach- und Systemzwänge exekutiert werden können" (Beck 1993: 197) steht hierbei nur scheinbar im Widerspruch zur Bedeutung, die in Crouchs Postdemokratiekonzept verschlossenen Türen bei der politischen Entscheidungsfindung zukommt. Im Kern stehen beide Phänomene vielmehr für die Durchlässigkeit zwischen Politik und Wirtschaft beim Kampf um die Generierung von Sachzwängen. Noch ganz unter dem Eindruck der Neuen Sozialen Bewegungen konnte Beck in den frühen neunziger Jahren schreiben: „Der unpolitische Bourgeois des sozialstaatlich regulierten Spätkapitalismus wird zum *politischen Bourgeois*, der *in* seiner wirtschaftlichen Sphäre nach den Maßstäben legitimationsbedürftiger Politik ‚regieren' muss." (ebd.) Sei in der „einfachen Moderne" eine „dominant ökonomisch[e]" Prägung von „[ö]konomische[m] Handeln" feststellbar, so müsse es „in der reflexiven Moderne Prinzipen des Politischen adoptieren und integrieren. Es wird also *begründungspflichtig* und *verhandlungsabhängig* – nach außen und nach innen, der Öffentlichkeit (den Konsumenten) und der (aktuellen und potentiellen) Belegschaft gegenüber." (ebd.: 197f.) Da sich – so Becks These – die „Sachzwänge" nicht mehr im nationalökonomischen Feld generieren lassen, wechselt das Kapital die Ebene, indem es sich der Beschränkungungen seiner Verfügungsgewalt mittels des Globalisierungsprozesses enthebt. Anders formuliert: Das Schließen der Türen im Kontext postdemokratischer Entscheidungsfindung erscheint als Konsequenz der vorgängigen Öffnung von Türen im Kontext nationalstaatlich-demokratischer Öffentlichkeiten. Da Beck letztlich keinen Weg zu einer Reformierung von Klassenakteuren sieht (Wagner 2013: 139) – eine Prämisse, die für die durch Beck politischem Konsum zugesprochene Bedeutung zentral ist – liegt die Antwort folgerichtig in einer Weltöffentlichkeit, die in der Lage sei „das Handeln von Weltkonzernen und nationalen Regierungen" gleichermaßen „unter Druck" zu setzen: „Dabei ist die individuell-kollektive Partizipation an globalen Handlungszusammenhängen entscheidend und bemerkenswert: *Der Bürger entdeckt den Kaufakt als direkten Stimmzettel*, den er immer und überall politisch anwenden kann. Im Boykott verbindet und verbündet sich derart die aktive Konsumgesellschaft mit der direkten Demokratie – und dies weltweit." (Beck 1997: 124). Auch in Becks Band „Weltrisikogesellschaft" findet sich – beinahe Wortgleich – diese Passage, die er (abermals zehn Jahre später) freilich um die Feststellung ergänzt: „Die Weltbürgergesellschaft bildet auf diese Weise einen globalen Verantwortungszusammenhang, in dem die einzelnen – und nicht nur ihre politischen Repräsentanten – direkt an politischen Entscheidungen teilnehmen können." (Beck 2007: 182) Beinahe mag es scheinen als werde hier ein Weg skizziert, wie dem Marktvolk der Gläubiger und Investoren auf seinem eigenen Terrain ein Gegenspieler entgegengesetzt werden könnte, gewissermaßen ein zweites Marktvolk der Konsumenten, mit dem Weltkonzerne, nationale Regierungen und Investoren gleichermaßen zu rechnen haben. Dem Trugschluss, hier könne eine direktdemokratische Partizipationshoffnung für soziale Unterklassen entstehen, beugt Beck freilich zu Recht mit einer lakonischen Bemerkung vor: „Sicher, das setzt Kaufkraft voraus, schließt alle die aus, die keine haben." (Beck 1997: 124) Im Kern reicht die durch Beck vorgetragene Konzeption kaum über jenen Ansatz einer Konsumentendemokratie hinaus, die Jörn Lamla wie folgt referiert: „Die Demokratie verlasse das Terrain staatlicher Rechtssetzung und Regulierung und verlagere sich in eine gänzlich andere Arena: den *Markt*. Hier erscheint das Volk, der Souverän als eine Ansammlung individuell agierender *Consumer Citizens*, die mit den Mitteln ihrer Bankkonten auf die Geschicke ihrer durch transnational agierende Großkonzerne maßgeblich bestimmten Gesellschaft Einfluss nehmen." (Lamla 2013: 10) Zu Recht verweist Lamla selbst in diesem Kontext auf Becks Formulierung vom „Kaufakt als Stimmzettel". (ebd.: 11)

Letztlich handelt es sich bei dieser Form einer Politisierung des Marktes um eine Radikalisierung der oben skizzierten Ökonomisierung des Politischen, um ein affirmatives Konstrukt, das in einem mit liberaldemokratischer Reduktion ebenso wie mit postdemokratischer Tendenz vollständig kompatiblen Sinn rekonstruiert werden kann. Nun wird die politische Sphäre nicht mehr nur in Analogie zu Marktmechanismen beschrieben, der Markt selbst wird zum Ort demokratischer Praxis und als Handlungsfeld von individuellen Konsumbürgern akzeptiert. Medium ihres Handelns ist Geld. Letztlich wird der von alters her tradierte Besitzindividualismus auch dann reproduziert, wenn gefordert wird, sich *fair trade* etwas kosten zu lassen und aus moralischen Gründen einen höheren Preis für Lebensmittel und Bekleidungsstücke in Kauf zu nehmen. Die Armen (sei es in den westlichen Industrieländern oder in Entwicklungsländern) spielen hierbei die Rolle eines passiven Objekts, während die Mittel- und Oberklassen (vielleicht) in ihrem Interesse handeln. Die viel beschworene Partizipation bleibt oligarchisches Privileg.

3 | Politischer Konsum als Klassenkampf?

Eine solcherart individualisierte Perspektive ist freilich nicht die einzig mögliche im Hinblick auf die Bedeutung, die politischem Konsum im Kontext sozialer Auseinandersetzungen zukommen kann. „Where Are the Workers in Consumer-Worker Alliances?" fragt Dana Frank im Titel eines instruktiven Artikels über die Geschichte des politischen Konsums im Kontext der Arbeiterbewegung (Frank 2003). In Abgrenzung zu individualistischen Varianten politischer Konsumentenpartizipation, wie sie im vorigen Abschnitt skizziert wurden, äußert Frank eine Hoffnung, die zugleich als Kriterium für politischen Konsum im Horizont sozialer Demokratietheorie verstanden werden kann: „Ideally, I would hope the goal of consumer-worker alliances would be to help working people empower themselves to achieve better working conditions and living standards and, more broadly, to bring about a just society based on equality and democracy." (Frank 2003: 365) Tatsächlich kann, wie Frank ausführt, insbesondere die us-amerikanische Arbeiterbewegung auf eine lange Geschichte einer mehr oder weniger organisierten „Konsumpolitik" zurückblicken (ebd.), die bereits im späten 19. Jahrhundert beginnt und einen ersten Ausdruck in der Vergabe von „Union Labels" fand, mit denen Gewerkschaftsangehörige (und mit der Gewerkschaft solidarische Konsumenten) aufgefordert wurden, darauf zu achten, Konsumgüter zu bevorzugen, die in Betrieben mit hohem Organisationsgrad hergestellt wurden. Auch wenn die hohe Bedeutung solcher Aktionen durchaus auch als Folge einer relativen Schwäche von Arbeiterorganisationen gedeutet werden kann (ebd.), sind sie fraglos als Moment eines „demokratischen Experimentalismus" (Lamla 2013: 17) interpretierbar, in dessen Zielhorizont reale materielle Verbesserungen stehen. In theoretischer Hinsicht bedeutsam ist nicht zuletzt, dass Dana Frank unterschiedliche Realisierungsformen eines auf Arbeitsverhältnisse und materielle Verbesserung gerichteten politischen Konsums unterscheidet: Während eine reine Stellvertreterpolitik, in der sich kaufkräftige Mittelklassen ohne jeden Kontakt zur arbeitenden Bevölkerung durch ihr Konsumverhalten in ähnlicher Weise selbst ermächtigen wie Sloterdijks milde Spender, in keiner Weise mit liberalen Marktmechanismen bricht, erscheinen wirkliche Allianzen zwischen Konsumenten und Produzenten als mitunter erfolgreiches Mittel, organisierten Druck aufzubauen. In diesem Kontext können sie freilich keine Alternative zu anderen Formen des Arbeitskampfes sein: „They were always employed as part of a larger package of tactics, including political action, strikes, demonstrations, and other approaches." (Frank 2003: 368)

Nimmt man bei der Beurteilung konkreter Boykotte und „Buykotte" eine solche Perspektive ein, erscheint die Vorstellung, die Kämpfe um Demokratie könnten sich von sozialstrukturellen Konflikten lösen und in

den Bereich individuellen Konsums verlagern, kaum zu halten. Im Gegenteil es gilt vielmehr die Grenzen zu reflektieren, an die historisch auch als soziales Kampfmittel eingesetzte Konsumkampagnen immer wieder stießen. Dies gilt gerade dort, wo Arbeiterorganisationen selbst zu Boykotten aufrufen oder Label vergeben, um – in der Terminologie neuerer Gewerkschaftsforschung (vgl. Arbeitskreis Strategic Unionism 2013) – durch die Mobilisierung „gesellschaftlicher Machtressourcen" eine geringe „Organisationsmacht" zu kompensieren. Das in „Consumer-Worker-Allianzen" zum Tragen kommende Bündnis zwischen Mittelklassen und Produzenten etwa kann – wie Frank am Beispiel einer zunächst erfolgreichen Boykottaktion der United Farm Workers (UFW) in den sechziger Jahren verdeutlicht (Frank 2003: 372) – durch ein Abflachen der Mittelklassensolidarität dann zu ernsthaften Problemen führen, wenn eine Gewerkschaft, getragen vom Erfolg der ersten Zeit, auf ihre „Kooperationsmacht" vertrauend, ihr Kerngeschäft – die Gewinnung und Pflege von Mitgliedschaft – vernachlässigt. Umgekehrt kann der Versuch solche Bündnisse zu konstituieren auch dazu führen, dass Organisationen der Arbeiterbewegung selbst weit nach rechts gehen. So erinnert Dana Frank daran, dass eines der ersten Union Labels in der Zigarrenbranche San Franciscos im 19. Jahrhunderts ein „weißes Etikett" benutzte um zu signalisieren, dass weiße US-Amerikaner und nicht chinesische Einwanderer die vorliegenden Zigarren gerollt hätten (ebd.: 366). Sie macht vergleichbare Tendenzen auch in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts aus, als der Slogan „Buy American – Buy Union" zur Proklamation einer Allianz von Gewerkschaft und heimischem Kapital geworden sei (ebd.: 373).

Begrenzt erscheint die Reichweite konsumpolitischer Strategien in kapitalistischen Ökonomien freilich auch dadurch, dass sie kaum in der Lage sind, die Marktvermittlung der Güterdistribution aufzubrechen und hierdurch die Produktionsverhältnisse selbst infrage zu stellen. Letztlich bleiben sie ein Mittel des Streits um bessere Verhältnisse unter den vorgefundenen Produktions- und Konsumtionsbedingungen. Ihr Beitrag für die Erweiterung der Demokratie in das Soziale sollte folglich nicht überschätzt werden. Dies gilt umso mehr im Zeitalter einer Globalisierung, die die Frage nach der Solidarität mit allen an der Wertschöpfungskette beteiligten Arbeitskräften in gänzlich neuer Weise stellt und die Gefahr des Abgleitens in reine Stellvertreterpolitik vervielfacht (vgl. Frank 2003: 373f.).

4 | Ausblick

Mit diesen Schlaglichtern ist die Frage nach der Bedeutung des Konsums für eine soziale Demokratietheorie freilich nicht ausgeschöpft. Sowohl in ihrer liberalen Variante als auch im Kontext sozialer Kämpfe trat die Sphäre des Verbrauchs bisher lediglich im Hinblick auf die Verbesserung von Produktionsbedingungen in den Blick. In der Theoriegeschichte des Sozialismus und der marxistischen Debatte des zwanzigsten Jahrhunderts findet sich jedoch ein Ansatz, der die zentrale Bedeutung von Konsumtionsinteressen selbst deutlich herausarbeitet und in ihrer Spannung zu den Interessen der Produzenten eine zentrale Herausforderung für eine nachkapitalistische, sozialistische Ökonomie antizipiert: „Weder die Überführung der Produktionsmittel aus der privaten Machtsphäre des Kapitalisten in die Machtsphäre der öffentlichen Organe der Gesamtheit (Verstaatlichung, Kommunalisierung usw.), noch die Überleitung der Produktionsmittel aus dem Besitz der privaten Eigentümer in den gemeinsamen Besitz sämtlicher Produktionsbeteiligten (produktivgenossenschaftlich-syndikalistische Sozialisierung) stellt für sich allein eine Ersetzung des kapitalistischen Sondereigentums durch wahres sozialistisches Gemeineigentum dar." (Korsch 1980: 116) Aus dieser Feststellung resultiert das Programm einer ausdifferenzierten Weise von Vergesellschaftung, die weder die Bedürfnisse der Konsumenten (Verstaatlichung, Kommunalisierung) noch der Produzenten

(Genossenschaften) allein zentral stellt und den „Ausgleich des Interessengegensatzes der Produzenten und Konsumenten“ (ebd.) als Politikfeld in einer sozialistischen Gesellschaft etabliert: „Es kommt hier jener von Bernstein in den Vordergrund gerückte Gedanke zu seinem Recht, der die bleibende Bedeutung aller jener Maßnahmen hervorhebt, durch die man schon in der bisherigen kapitalistischen Gesellschaft die gemeinschädlichen Wirkungen der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise abzuschwächen suchte (sogenannte ‚Sozialpolitik‘).“ (ebd.: 117) Korschs Argument ist deshalb interessant, weil er die Frage einer Partizipation der Konsumenten unabhängig von der Frage nach der Funktionsweise kapitalistischer Märkte aufwirft. Auch (und gerade) in einer demokratisierten Wirtschaft, die nicht länger durch Kapitalverwertung und das Ziel der Profitakkumulation bestimmt ist, erweisen sich die Interessen von Konsumenten und die Form, in der sie sich organisieren, demnach als bedeutsam. Indem Korsch hierbei auf die bleibende Bedeutung von Sozialpolitik – durchaus in der Doppelbedeutung von umkämpftem Politikfeld und sozialstaatlichen Strukturen – verweist, wendet er sich zudem implizit gegen jede Vorstellung auf einen harmonisierten, von Interessensgegensätzen befreiten Gesellschaftszustand. Diese Perspektive hat freilich nichts mehr mit einem liberal reduzierten Konzept von Konsumentenpartizipation gemein, in dessen Horizont ausschließlich das Verhalten von Individuen auf Märkten erscheint.

David Salomon ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Siegen. Kontakt: david.salomon@uni-siegen.de

Literatur

Abendroth, Wolfgang 2004: Demokratie als Institution und Aufgabe. In: Ders.: Gesammelte Schriften Bd. 2. Hannover: Offizin, 407-416.

Arbeitskreis Strategic Unionism 2013: Jeaner Machtressourcenansatz 2.0. In: Stefan Schmalz, Klaus Dörre (Hg.): Comeback der Gewerkschaften. Frankfurt/Main, New York: Campus, 345-375.

Beck, Ulrich 1993: Die Erfindung des Politischen. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Beck, Ulrich 1997: Was ist Globalisierung? – Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Beck, Ulrich 2007: Weltrisikogesellschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Beck, Ulrich 2012: Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Blühdorn, Ingolfur 2013: Simulative Demokratie – Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Berlin: Suhrkamp.

Breuer, Rolf-E. 2000: Die fünfte Gewalt – Herrscht die Wirtschaft über die Politik? Nein! Aber freie Finanzmärkte sind die wirkungsvollste Kontrollinstanz staatlichen Handelns. In: Die Zeit am 27. April 2000.

Crouch, Colin 2008: Postdemokratie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Deppe, Frank 2013: Autoritärer Kapitalismus – Demokratie auf dem Prüfstand. Hamburg: VSA.

Downs, Anthony 1968: Ökonomische Theorie der Demokratie. Tübingen: Mohr Siebeck.

Eberl, Oliver/Salomon, David 2013: Postdemokratie und soziale Demokratie. In: Politische Vierteljahresschrift Jg. 54, Heft 3, 415-425.

Frank, Dana 2003: Where Are the Workers in Consumer-Worker Alliances? Class Dynamics and the History of Consumer-Labor Campaigns. In: Politics & Society Jg. 34, Heft 3, 363-379.

Hirsch, Joachim 1995: Der nationale Wettbewerbsstaat. Berlin: Ed. ID-Archiv.

Korsch, Karl 1980: Was ist Sozialisierung? – Ein Programm des praktischen Sozialismus. In: Ders.: Gesamtausgabe Bd. 2: Rätebewegung und Klassenkampf. Frankfurt/Main: Europäische Verlagsanstalt, 97-134.

Lamla, Jörn 2013: Verbraucherdemokratie – Politische Soziologie der Konsumgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.

Losurdo, Domenico 2008: Demokratie oder Bonapartismus – Triumph und Nie-

dergang des Allgemeinen Wahlrechts. Köln: PapyRossa.

Macpherson, C.B. 1973: Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Nullmeier, Frank 2013: Zu einer politischen Theorie der Marktökonomie – Theoriebildung in Zeiten der Postdemokratie. In: Politische Vierteljahresschrift Jg. 54, Heft 3, 426-460.

Poulantzas, Nikos 2002: Staatstheorie. Hamburg: VSA.

Salomon, David 2010a: Sloterdijks Revolution – Auf dem Weg in eine Mäzenatensouveränität. In: Thomas Wagner (Hg.): Angriff der Leistungsträger – Das Buch zur Sloterdijkdebatte. Hamburg: Argument-Verlag.

Salomon, David 2010b: Elemente neuer Bürgerlichkeit. Bourgeois und Citoyen in der postdemokratischen Elitenherrschaft. In: PROKLA Jg. 40, Heft 3, 311-324.

Salomon, David 2012: Der Bürger als Edelmann? – Zur Kritik liberaler und postdemokratischer Konzepte des politischen Subjekts. In: Jürgen Nordmann, Katrin Hirte, Walter Otto Ötsch (Hg.): Demokratie! Welche Demokratie? – Postdemokratie kritisch hinterfragt. Marburg: Metropolis, 113-138.

Sauer, Birgit 2011: Die Allgegenwart der ‚Androkatrie': feministische Antworten zur ‚Postdemokratie'. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 1/2, 32-36, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

Schumpeter, Joseph Alois 2005: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen, Basel: A. Francke UTB.

Sloterdijk, Peter 2009: Die Revolution der gebenden Hand. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung am 13.6.2009.

Streeck, Wolfgang 2014: Gekaufte Zeit – Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.

Wagner, Thomas 2011: Demokratie als Mogelpackung – Oder: Deutschlands sanfter Weg in den Bonapartismus. Köln: PapyRossa.

Wagner, Thomas 2013: Die Mitmachfalle – Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument. Köln: PapyRossa.

Windolf, Paul 2005: Was ist Finanzmarkt-Kapitalismus; in: Ders. (Hg.): Finanzmarkt-Kapitalismus, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderhefte Bd. 45, 20-57.

Wood, Ellen Meiksins 2010: Demokratie contra Kapitalismus – Beiträge zur Erneuerung des Historischen Materialismus, Köln: ISP.

Politik des Lebensstils als eher weiblicher Partizipationsstil?

Beteiligungspraktiken politischer Konsumentinnen und Konsumenten on/offline.

Katharina Witterhold

1 | Beteiligung und Geschlecht

Während im Mainstream sozialwissenschaftlicher Partizipationsforschung Geschlecht als strukturierendes Merkmal bürgerschaftlichen Handelns kaum Berücksichtigung findet (Westle 2001), konzentrieren sich Untersuchungen feministischer Forschung überwiegend auf spezielle Politikbereiche wie Frauenpolitik (Freudenschuss 2014). Auf diese Weise bleibt ein unbestimmter Teil der poli-

tischen Partizipation von Frauen in anderen Politikbereichen, gerade auch neue Formen Web-gestützter Beteiligung, unerforscht. Neuere Arbeiten zu den Social-Web-Praktiken weiblicher Nutzer verweisen darauf, dass mit der Digitalisierung eine Transformation insbesondere des Alltags von Frauen verbunden ist, die neue Strukturen der Alltagsbewältigung (Carstensen 2013), neue Möglichkeiten des Austauschs mit Gleichgesinnten (Tillmann 2014) sowie neue Öffentlichkeiten, die nun vor allem auch von Frauen (mit-)gestaltet werden können (Kannengießer 2014), hervorbrächten. Insofern muss vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung die Frage nach Formen und Möglichkeiten der politischen Beteiligung von Frauen (neu) gestellt werden.

Dass der Digitalisierung von politischem Engagement in Bezug auf Geschlecht erhöhte Aufmerksamkeit beigemessen werden sollte, zeigt auch eine kürzlich veröffentliche US-amerikanische Studie zur Beteiligung von Frauen an der Occupy-Bewegung. Die Occupy-Bewegung wird von Boler et al. (2014) als paradigmatisch für einen neuen sozialen Bewegungstypus, die hybride soziale Bewegung, gewertet. Deren Merkmale sind eine horizontale Organisationsform, das Fehlen eindeutiger Zielvorgaben, an deren Stelle eine integrierende Kapitalismus-Kritik tritt, eine Prozessorientierung sowie das Bedürfnis der Beteiligten, bei anderen ein Problembewusstsein zu wecken. Hybrid wird dieser Bewegungstypus genannt, weil er eine konsequente Verbindung von Formen der On- und Offline-Beteiligung darstellt, wobei dem Internet mit seinen Möglichkeiten der nicht-hierarchischen Kommunikation, der wechselseitigen Information sowie des Aufbaus von Beziehungsnetzwerken entscheidende Bedeutung zukommt. Die Autor_innen kommen in ihrer Studie zu dem Ergebnis, dass Frauen bei dem, was sie in Anlehnung an die Arbeiten von L. Bennett und A. Segerberg (2013) als konnektive Arbeit bezeichnen, eine herausragende Bedeutung zukommt. Konnektive Arbeit umfasst Praktiken des Dokumentierens, des Pflegens loser Beziehungsnetzwerke sowie der Aufbereitung von Informationen. Diese werden bspw. von den Aktiven nicht nur weitergeleitet, sondern in einer Art und Weise umformuliert, ergänzt und gerahmt, dass sie auch von Nicht-Experten und Nicht-Beteiligten verstanden, vor allem aber für lesenswert befunden werden. Diese Arbeit, die sich häufig im Hintergrund abspielt, wird zumeist von Frauen übernommen, die jedoch auf diese Weise von dem Mainstream der Forschung nicht wahrgenommen werden. An diese Perspektive schließen auch Arbeiten zum politischen Konsum an: Stolle et al. vermuten, dass die „unpolitische Frau" ein Mythos ist, der aus einer eingeschränkten oder nicht mehr angemessenen Sichtweise auf politisches Engagement resultiert (Stolle/Micheletti/Hooghes 2005: 1).

Dieser blinde Fleck in Sachen Engagement von Frauen rührt auch von einer fehlenden Beschäftigung mit Lebensstilen als Teil des Politischen her. Dass Geschlecht einen Einfluss auf politische Beteiligung hat, ist nicht verwunderlich, wenn man es aus dem Blickwinkel von Lebensstil betrachtet. Lebensstile sind in Anlehnung an Bourdieu (1987) als zu Deutungs- und Praktiken-Komplexen verdichtete soziale Milieus zu verstehen. Während es üblich ist, soziale Milieus vertikal in Bezug auf Ausstattung und horizontal hinsichtlich Modernität zu differenzieren, schlagen Baur/Akremi (2011) vor, die Organisation von Geschlechterrollen als dritte Achse bei der Systematisierung zu berücksichtigen. Ihrer Ansicht nach nehmen Frauen und Männer desselben Lebensstilmilieus komplementäre Rollen ein, was sich in einer gemeinsamen Orientierung jedoch in unterschiedlichen Handlungsfeldern niederschlägt. Konsum kommt als zentralem Handlungsfeld von Frauen nicht nur historisch Bedeutung zu: Laut den Autorinnen leben immerhin 50% der deutschen Paare nach dem klassischen Ernährer-Hausfrau-Modell zusammen (ebd.: 272). Die Haushaltsplanung und -organisation, also auch die Versorgung des Haushalts mit Konsumgütern, stelle sich

als reine Frauendomäne dar (vgl. ebd.: 273). Interessant ist zudem eine Beobachtung der Autorinnen in Bezug auf das modernste Lebensstil-Milieu, das individualisierte: Denn je mehr sich die Praktiken von Frauen und Männer in anderen Bereichen wie bspw. Berufstätigkeit annähern, desto wichtiger wird der Bereich der Freizeitaktivitäten und insbesondere des Konsums für die Ausgestaltung geschlechtlicher Rollenbilder (vgl. ebd.: 288). Für die empirische Untersuchung von Konsum bedeutet das, dass Konsumpraktiken immer im Kontext zur spezifischen Lebenslage und -situation zu sehen sind. Als wichtiger Baustein geschlechtlicher (Paar-)Identität überlappen sich in Konsumpraktiken unterschiedliche Bedeutungsstrukturen, die im mediatisierten und politisierten Alltag noch an Komplexität zunehmen dürften.

Der komplexe Zusammenhang von Geschlecht, politischem Konsum und Mediennutzung ist der Gegenstand eines Siegener Forschungsprojekts zu „Consumer Netizens". Basierend auf Datenerhebungen und -auswertungen im Rahmen dieses Projekts geht der folgende Beitrag der zentralen Frage nach: Reproduzieren sich in den neuen, medialen und ökonomischen Praktiken traditionelle Frauenrollen oder regt die doppelte Transformationsdynamik von Politisierung und Mediatisierung, die auf den Alltag einwirkt, die Kreation neuer, hybrider Formen weiblichen Engagements an?

2 | Das methodische Vorgehen

Im Rahmen des DFG-Projekts „Consumer Netizens" wurden mittels Partizipationstagebüchern die täglichen Praktiken politischer Konsumenten und Konsumentinnen – das Kaufverhalten, die Mediennutzung, das politische Engagement – erhoben und dokumentiert. Insgesamt gelang der erfolgreiche Abschluss von 26 Tagebüchern, die von 12 Frauen und 14 Männern über einen Zeitraum von mindestens acht Wochen geführt wurden. Aufgrund der bewusst vage gehaltenen Dokumentationsaufforderung, wobei auch jeweils verfügbare Zeit sowie die Fähigkeit, über sich selbst zu schreiben, einen Einfluss hatten, variiert das Datenmaterial teils erheblich in Form und Umfang: Das Spektrum reicht von handschriftlichen Aufzeichnungen über stichwortartig in Excel-Format verfassten Tabellen bis hin zu umfangreichen, mit Bildern und Links angereicherten Erzählungen. In der Auswertung dieses bisweilen höchst heterogenen Datenmaterials kamen unterschiedliche Analyse-Strategien zum Einsatz, die einerseits den Einbezug theoretischer Vorannahmen erlaubten, aber dem Material einen nicht nur falsifizierenden, sondern auch Theorie-generierenden Status einräumten. Anhand fortschreitender Kontrastierung und komparativer Analyse, wobei ausgewählte Passagen mittels Sequenzanalyse rekonstruiert und verglichen wurden, erfolgte eine praxeologische Typenbildung.

Die folgende Typologie gibt zunächst Auskunft darüber, auf welche Weise sich die Unterschiede im konsumpolitischen Engagement online und offline in bestimmten Praktiken manifestieren. Darauf aufbauend erfolgt im zweiten Schritt eine Differenzierung der konsumpolitischen Praktiken in Bezug auf die durch sie adressierten Handlungsfelder. Diese Handlungsfelder können schematisch in ökonomische, kulturelle und politische eingeteilt werden. Erst im dritten Schritt erfolgt eine Analyse der Typologie in Hinblick auf Geschlecht. Indem aus einer Mainstream-Perspektive zunächst geschlechtsunabhängig politische Konsumpraktiken online und offline als neue Bereiche politischen Engagements analysiert werden, wird vermieden, Geschlecht a priori als erklärende Variable zu setzen. Dieser Vorgehensweise entsprechend werden im Folgenden die im Material rekonstruierten Typen politischer Konsument_innen gemäß der Dimensionen on/offline und privat/öffentlich vorgestellt. Danach erfolgt eine Differenzierung anhand der unterschiedlichen Handlungsfelder, in denen sich politischer Konsum als Komplex von Beteiligungsprakti-

ken manifestieren kann. Im Anschluss daran werden die vorläufigen Befunde zum Einfluss von Geschlecht auf Praktiken des politischen Konsums vorgestellt und diskutiert.

3 | Politische Konsumpraktiken on/offline

3.1 | Der pragmatische Alltagsexperte

Soziale Praktiken verfügen als alltagsverbundene Routinen über eine starke Beharrungstendenz, weshalb die Digitalisierung von Alltagspraktiken nicht zwangsläufig deren Transformation einleitet: Bestimmte Verhaltensweisen können sich im digitalen Kontext auch lediglich reproduzieren. Dies ist der Fall beim ersten Typ, dem pragmatischen Alltagsexperten. Er kann als jemand beschrieben werden, dessen konsumpolitische Praktiken ausschließlich in der Sphäre des Privaten situiert sind. Das Internet wird genutzt, um die ökonomische und soziale Organisation des Alltags zu erleichtern, hinzukommen digitale Nutzungsweisen im beruflichen Kontext.

> „Habe ein paar Tage später auf Sarah Wieners Homepage geschaut, weil ich über andere Wege (beruflich: Newsletter der Ernährungsumschau) erfahren habe, dass Sarah Wiener den Fairness Preis erhält. Bin dann auf ihre Homepage, um mich zu informieren, was sie denn eigentlich noch so alles macht und ihr eventuell dort eine Nachricht zu hinterlassen. Eine Nachricht habe ich nicht hinterlassen, aber meine Verehrung für diese Person ist größer geworden." (Tagebuch Monika B.: 72)

Für den politischen Konsum wird das Internet genutzt, um bestimmte, offline nicht erhältliche Waren online zu erwerben oder um Informationen zu suchen, wenn sich entsprechende Fragen oder Problemstellungen aus dem Offline-Alltag ergeben. Entscheidend ist, dass die Praktiken des politischen Konsums sowohl online wie offline nicht-öffentlich vollzogen werden, sondern klar auf ökonomische Praktiken des Kaufens oder Nicht-Kaufens beschränkt bleiben. Entsprechend werden keine E-Petitionen unterzeichnet oder andere Möglichkeiten, eigene Inhalte öffentlich zu kommunizieren, genutzt. Untersuchungsteilnehmer_innen dieses Typs sind zwar durchaus Mitglied in sozialen Netzwerken wie Facebook, diese dienen aber vorzugsweise der Organisation offline geknüpfter Beziehungen.

3.2 | Der expressive Ästhet

Typ 2, der expressive Ästhet, verwendet das Internet vor allem, weil es ihm Gelegenheit gibt, sich mit sich selbst und seinem Konsum- und Lebensstil auseinanderzusetzen. Er nutzt vorzugsweise ein soziales Netzwerk, um sich selbst und seinen Konsumstil auszudrücken, um mit anderen, die einen ähnlichen Konsumstil haben, in Kontakt zu kommen, was zu einem wechselseitigen Austausch über Produktinformationen, neue Shops, aber auch von Anerkennung und Lob für bestimmte Konsumpraktiken führt.

> „Ich habe über Twitter die Webseite Karmakonsum.de gefunden, wahnsinnig interessantes Portal über ethischen Konsum. U.a. habe ich die Seite Slaveryfootprint.org gefunden und auch meinen eigenen slavery footprint ausprobiert. Ich bin auf ganze 64 Sklaven gekommen – ob das so stimmt, ist fraglich, interessant ist es dennoch." (Christiane N., Tagebuch: 164-165)

Konsum stellt sich diesem Typ als Experimentierfeld dar, in dem in einer Art Selbstversuch Aufgaben wie „kann ich sechs Monate lang vegan leben" oder „schaffe ich es, eine Woche ökologisch-sozial-korrekt zu konsumieren" bewältigt werden.

> „Beim Aldieinkauf habe ich wieder so viel Bio, wie möglich gekauft und diesmal war es sogar 100% vegetarisch, da mein Bruder im Urlaub ist. Bei dm habe ich Bio-Kekse und die klimaneutrale faire „gute" Schokolade gekauft." (Paul W., Tagebuch: 468)

Online ist der expressive Ästhet für Außenstehende sichtbar, indem er Online-Petitionen unterschreibt und eigene Inhalte veröffentlicht. Offline verbleiben seine Praktiken jedoch wie bei dem pragmatischen Alltagsexperten im nicht-öffentlichen, privaten und ökonomischen Bereich. Wie sich auch im Zitat von Paul W. andeutet, wird das soziale Umfeld offline als hinderlich für die Umsetzung konsumpolitischer Handlungen empfunden. Das liegt vor allem daran, dass der expressive Ästhet gerade erst dabei ist, politischen Konsum als Gelegenheit, sich selbst und seine politischen Ansichten auszudrücken, zu entdecken. Womöglich zieht er deshalb digitale Interaktionsräume vor, in denen er primär mit Gleichgesinnten in Kontakt kommen kann. Trotzdem sind Konflikte gelegentlich unausweichlich, wenn beispielsweise Überschneidungen zwischen den verschiedenen Bezugsgruppen in einem sozialen Netzwerk online bestehen.

3.3 | Der technische Innovator

Die Praktiken von Typ 3, dem technischen Innovator, sind überwiegend in der digitalen Handlungssphäre situiert. Im Gegensatz zum expressiven Ästhet ist er in mehreren sozialen Netzwerken aktiv. Diese werden – je nach Anliegen – genutzt, um gezielt Informationen weiterzugeben, die allenfalls pointiert kommentiert werden.

> „Ich bin bei Geraspora, Twitter & Facebook angemeldet. Die beiden letzteren nutze ich primär, um Nachrichten die unter die Interessenlage »X-blog« fallen, von Geraspora aus durchzureichen. In Twitter gibt es noch einen Kanal der mehr der Kontakthaltung zu alten Studienkameraden und -kameradinnen dient, s.u.) Die Nachrichten des Facebook-Account lösche ich ab und zu mal in der Hoffnung, dass Facebook die Daten nicht additiv sammelt sondern ein möglichst aktuelles, und sprechendes, Profil von einem halten will." (Marc K., Tagebuch: 181)

Im Vordergrund stehen bei dem technischen Innovator die Informationspraktiken, also die Recherche und Validierung von Informationen sowie die Suche nach neuen Produkten und Produktionstechniken. Information stellt für ihn einen eigenen Wert dar. Die Lösung konkreter Alltagsprobleme ist davon losgelöst. Er beteiligt sich jedoch aktiv an Open-Source-Projekten, Crowdfounding und politischen Diskussionsforen. Im Vergleich zum ästhetisch-expressiven Typ ist er zurückhaltender in Bezug auf seinen Konsumstil. Wenn er darüber kommuniziert, dann eher unpersönlich in Form von Bewertungen von Shops, Produkten usw.

3.4 | Der integrative Prosument

Typ 4, der integrative Prosument, engagiert sich sowohl online wie offline, in der Öffentlichkeit wie im Privaten. Er ist nur lose mit Nichtregierungsorganisationen (NRO) verbunden und tendiert dazu, eher kein oder nur temporär Mitglied zu sein. Bei einer Mitgliedschaft werden wenig formalisierte Arbeitszusammenhänge mit kommunalem Bezug bevorzugt. Mit dem pragmatischen Alltagsexperten teilt er die ausgeprägte Routine der politischen Konsumpraktiken offline. Wie er tendiert der integrative Prosument dazu, hier neben den rein ökonomischen Praktiken des Buy- und Boykotts verstärkt auf Prosuming, also z.B. die Eigenherstellung von Lebensmitteln zu setzen. Seine DIY-Experimente reichen jedoch weiter als der Anbau von Gemüse:

> „Auf dem Rückweg nach Hause haben wir ein paar Sachen auf dem Sperrmüll gefunden: 2 zusammenklappbare Holzstühle und 2 leere Farbeimer mit Deckel. Wir haben im Moment vom Vorgänger noch 2 Plastikliegestühle im Garten. Nicht, dass sie nicht stapel- oder zusammenklappbar sind, mir gefällt auch der Rohstoff Plastik nicht. Er ist unangenehm, und wer weiß was dieses Plastik wieder alles ausdünstet? Die Holzstühle werde ich reinigen, ggf. etwas reparieren und einölen, sodass sie wieder schön aussehen. Doch was will ich um Himmels Willen mit diesen beiden leeren Farbeimern, die

> ich gestern in mühsamer Arbeit mit dem Spachtel von sämtlichen Farbresten befreit habe? Ich möchte mir Bokashi herstellen, einen wertvollen Zusatzstoff für den Garten, der das Bodenleben positiv ankurbelt und die Pflanzen kräftigt." (Sarah D., Tagebuch: 190-192)

Wie der expressive Ästhet hat er sich eine neugierige und für Experimente offene Haltung bewahrt. In sozialen Netzwerken online wie offline sucht der integrative Prosument deshalb den Austausch mit Gleichgesinnten, um über die Bedeutung von Konsum für sich und die Gesellschaft zu reflektieren. Außerdem ist er immer auf der Suche nach Informationen, wobei er im Gegensatz zum expressiven Ästheten und dem technischen Innovator einen klarer abgegrenzten thematischen Fokus hat, was sich auch durch die lose Zusammenarbeit mit entsprechenden NRO erklären lässt. Wie im Zitat verdeutlicht, sucht der integrative Prosument alltägliche Problemstellungen, um kreativ tätig zu werden. Erkenntnisse aus seinen Online-Recherchen werden auf diese Weise in konkrete Praktiken offline umgesetzt. So eignet er sich neue Kompetenzen an. Die Verknüpfung von online und offline ist ebenfalls typisch für sein öffentlich-politisches Engagement. Als Mitglied einer lokalen Aktionsgruppe moderiert und organisiert er deren Aktivitäten online, vernetzt sie mit Organisationen und knüpft Kontakte mit potentiellen neuen Mitgliedern. Der konkreten Umsetzung von Projekten in informellen Ortsgruppen kommt besondere Bedeutung zu: In der gemeinschaftlichen Aktion mit anderen erlebt er direkt die Ergebnisse seines Engagements, was eine Stärkung des Gefühls von bürgerschaftlicher Selbstwirksamkeit bewirkt.

4 | Politische Konsumpraktiken, Handlungsfelder und Geschlechterrollen

Die Rekonstruktion der Typologie erfolgte, wie eingangs beschrieben, zunächst anhand der Unterscheidungsdimension von privat-öffentlich. Infolge konnten zwischen einem sowohl online wie offline privat agierenden pragmatischen Alltagsexperten, einem online-öffentlich und offline-privaten expressiven Ästheten, einem vorwiegend online-öffentlich und offline-privatem technischen Innovator und schließlich einem sowohl online wie offline privat und öffentlich agierendem integrativem Prosument unterschieden werden. Bei zwei Typen zeigen sich sehr deutliche Parallelen zu traditionellen Geschlechterrollen, die sich auch empirisch niederschlagen: Der pragmatische Alltagsexperte rekrutiert sich überwiegend aus Frauen, der technische Innovator ausschließlich aus männlichen Untersuchungsteilnehmern. Beim ästhetisch-expressiven Typen ist das Geschlechterverhältnis ausgewogen, wobei dessen typische Praktiken überwiegend aus Tagebüchern, die von Studierenden verfasst wurden, rekonstruiert wurden.

Wird nun als zweite Unterscheidungsdimension der Routinisierungsgrad der politischen Konsumpraktiken im ökonomischen Bereich herangezogen – also inwieweit Praktiken des Boy- und Buykotts in die Alltagsroutine integriert sind –, zeigt sich, dass dies nur bei den weiblichen Teilnehmer_innen und besonders ausgeprägt beim ersten Typ, dem pragmatischen Alltagsexperten, der Fall ist. Deren politischer Konsum weist markante Parallelen zu dem traditionellen Frauenbild der Haushaltsexpertin auf. Dafür spricht der Fokus des politischen Konsums auf den Haushalt und insbesondere Lebensmittel, wobei vorrangig gezielt gekauft (und nicht boykottiert) wird. Für den Bereich konventioneller Beteiligung lässt sich sagen, dass diese Frauen zwar immer wieder darüber nachdenken, in eine Partei oder eine andere Organisation einzutreten, es aber letztlich nicht tun. Stattdessen engagieren sie sich je nach Zeitbudget bei punktuellen Ereignissen, beispielsweise als Wahlhelferinnen. Digitale Infrastrukturen werden nur als Informationsquelle genutzt, wobei sie Fachliteratur und den Austausch mit Expert_innen vorziehen.

Demgegenüber stehen für die technisch-innovativen Männer die Eigenbewertung von Information mittels höchst unterschiedlicher

Internetquellen sowie der Austausch mit anderen (Nicht-Expert_innen) im Zentrum ihrer täglichen Engagement-Praktiken. Im ökonomischen Handlungsfeld kommt es nur vereinzelt und eher spontan zu Buy- oder Boykotts. Das gilt auch dann, wenn sie, was immerhin auf zwei der Männer zutrifft, für den Haushaltseinkauf zuständig sind. Bei jedem Einkauf wird erneut über die zu kaufenden Produkte entschieden und ob und wie konsumpolitische Kriterien zu berücksichtigen sind. Dies erklärt sich dadurch, dass der technische Innovator bei der Verfolgung konsumpolitischer Ziele eher auf konventionelle Formen politischer Einflussnahme setzt als auf ökonomische Praktiken. Hinzu kommt ein erweitertes Verständnis von Konsumpolitik, die von ihm viel stärker auch in Hinblick auf Verbraucherrechte, insbesondere informationelle Selbstbestimmung definiert wird. Die Lösung konsumpolitischer Probleme sieht er weniger in der Veränderung von Konsum- und Lebensstil als in einer umgreifenden Reform politischer Prozesse wie in technischer Innovation. Sein Fokus auf das Internet als Kommunikations- und Informationsmedium führt zu einem Nutzungsverhalten, bei dem die Möglichkeiten aller verfügbaren Kommunikationskanäle genutzt werden, um in Kollaboration mit anderen alternative Wissensnetzwerke aufzubauen und weiter zu entwickeln.

Bei dem expressiven Ästhet lässt sich in Bezug auf das Geschlecht zunächst kein eindeutiger Zusammenhang feststellen. Berücksichtigt man jedoch auch hier die Ebene der ökonomischen Alltagspolitik, zeigen sich die weiblichen Untersuchungsteilnehmer wiederum als routinierter. Ihr Konsum stellt für sie eine Art selbstreflexives, politisches Experimentierfeld dar, das sie gerade erst für sich entdeckt haben. Denkbar ist, dass es sich um transitorische Praktiken handelt, die sich in Richtung einer zunehmenden Professionalisierung (pragmatischer Alltagsexperte) oder einem informationsbezogenen digitalen Engagement (technischer

Innovator) weiterentwickeln werden. Dafür spricht, dass bei den expressiven Ästheten Studierende dominieren. Als Personen, die erstmalig (außerhalb des elterlichen Haushalts) selbst für ihren Konsum verantwortlich sind, bietet diese Lebensphase zahlreiche Anknüpfungspunkte für eine Politisierung des Konsums. Das thematische Spektrum ist bei ihnen auch am weitesten gefächert. Neben dem Verzicht auf Fleisch als typische Konsumpraktik des expressiven Ästheten, spielen fair hergestellte Kleidung, eine „gute" Bank, Alltagsmobilität, ein nachhaltiger Energieanbieter – also alle mit Konsum identifizierbaren Lebensbereiche eine Rolle. Die Expressivität und Offenheit dieses Typs bergen gewisse Risiken, wenn politischer Konsum überwiegend im ökonomischen Handlungsfeld verortet wird. Die kommerziellen sozialen Netzwerke, in denen sich politische Konsument_innen dieses Typs bewegen, nutzen die Auskunfts- und Kaufbereitschaft für entsprechende Werbebotschaften. Andererseits zeigen sich Tendenzen, dass über politischen Konsum weitere politische Themen und Handlungsfelder erschlossen werden.

Eine Besonderheit stellt ohne Zweifel der integrative Prosument dar, der unterschiedliche Aspekte der anderen drei Typen integriert. Dies erschwert es auch, ein bestimmtes Rollenverhalten zu identifizieren. Trotzdem gibt es einige Aspekte, die für einen insgesamt eher weiblichen Typus sprechen: Zunächst ist auf die ausgeprägte Konsumroutine offline hinzuweisen, die im Sample ansonsten ausschließlich bei Frauen auftrat. In Bezug auf das politische Engagement in Parteien und Organisationen ist zu sagen, dass sie einer Mitgliedschaft ebenfalls zurückhaltend gegenübersteht, anderseits aber kontinuierliche Beziehungen zu verschiedenen Aktions-Netzwerken unterhält. Ähnliches gilt für den Bereich Prosuming, also die Eigenproduktion von Gütern, der sich bislang als Handlungsdomäne von Frauen dargestellt hat, nicht jedoch für den Bereich des Prosumings online, bzw. des „Produsings" (Bruns 2008), wo sich Parallelen zum technischen Innovator zeigen. Zwar konzentriert sie ihr Engagement auf ein soziales Netzwerk (expressiver Ästhet), dem sie aber skeptisch gegenübersteht, was sich nicht zuletzt in dem Bemühen zeigt, ihre Daten zu anonymisieren. Sie nutzt dieses soziale Netzwerk trotz ihrer Vorbehalte, um andere von der Dringlichkeit zu handeln zu überzeugen und für ihre Themen zu sensibilisieren. Die Art und Weise, wie sie das tut, weist deutliche Parallelen zu den von Boler et al. gefundenen weiblichen Bewegungs-Aktivisten auf, insbesondere der „Konnektorin" und ihren Hauptpraktiken des „alerting, rereporting, reaching out" (Boler et al. 2014: 11f). Hier hat sie kommunikative oder vielmehr redaktionelle Fähigkeiten entwickelt, die sie sehr deutlich von dem technischen Innovator unterscheiden, dem es primär um Wissenskollaboration und weniger um Sensibilisierung geht.

5 | Diskussion

Die bisherigen Befunde zeigen zunächst einmal deutlich, dass das Handlungsspektrum politischer Konsument_innen sich wesentlich differenzierter gestaltet, als es in dem Begriffspaar Boy-und Buykott zum Ausdruck kommt. Als zentrales Handlungsfeld zeigen sich kulturelle Praktiken des sich wechselseitig Informierens, Beratens und Aufmerksam-Machens, die man als „diskursiven politischen Konsum" (Micheletti/Stolle 2005: 41) bezeichnen kann. Drei der vier Typen machen von dieser Möglichkeit regelmäßig Gebrauch. Der diskursive politische Konsum weist zudem beim Typ des expressiven Ästheten auch eine symbolische Dimension auf, da der eigene Konsum- und Lebensstil anderen beispielhaft mittels der Veröffentlichung von gekauften oder erzeugten Produkten demonstriert wird. Von besonderer Bedeutung sind zudem Praktiken des Prosumings, die sich nicht nur auf die Eigenproduktion von Gütern erstrecken, sondern auch auf das, was A. Bruns als Produsing bezeichnet – die kollaborative Erzeugung von Wissen. Prosuming als Überbegriff stellt somit einen wichtigen, nicht-ökonomischen Praktikenkomplex dar, dessen zentrale Bedeutung in der Aneignung von Informationen in konkreten Praktiken

und Wissensbeständen besteht. Dies ist nicht zuletzt auch für die weitere Umfrageforschung von Bedeutung, die politischen Konsum bislang lediglich in Bezug auf das ökonomische Handlungsfeld erhebt.

Dem Bereich konventioneller Formen politischer Beteiligung kommt online nur dort Bedeutung zu, wo Parteien entsprechende Angebote zur Beteiligung geschaffen haben. Diese werden jedoch nur vom technischen Innovator genutzt. Demgegenüber beteiligen sich drei Typen (Ästhet, Innovator und Prosument) regelmäßig an Online-Petitionen. Wer hier unterstellt, es handele sich um eine niederschwellige, Zeit und Kosten sparende Form der Beteiligung, hat damit nur formal recht. Denn, wie beispielsweise eine Untersuchungsteilnehmerin in Bezug auf change.org feststellt, erreichen einen Newsletter-Abonnenten teils bis zu 30 Petitionsaufrufe täglich. Unter diesen Aufrufen diejenigen herauszufiltern, die in einem Bezug zu den eigenen politischen Anliegen stehen, und die jeweiligen Hintergründe der Forderungen zu evaluieren, ist eine extrem arbeitsintensive Beschäftigung. Tatsächlich lehnten es die Untersuchungsteilnehmer_innen mehrheitlich ab, eine Petition zu unterzeichnen, wenn sie gerade nicht über die zeitlichen Ressourcen verfügten, sich hinreichend darüber zu informieren.

Zudem sollte auch in künftigen Studien das Geschlecht wie die Lebenslage von politischen Konsument_innen berücksichtigt werden. Wie bei der Diskussion der Typologie in Hinblick auf das Geschlecht deutlich geworden ist, besteht ein Zusammenhang zwischen der Geschlechtszugehörigkeit und dem Wie des politischen Konsums. Dieser Zusammenhang sollte nicht so interpretiert werden, dass Frauen per se der ökonomisch-ästhetischen und Männer der politisch-technischen Variante politischen Konsums zugeordnet werden. Praktiken einer politischen Konsumentin beziehen sich keinesfalls ausschließlich auf den ökonomischen Bereich. Stattdessen ist im Bereich des politischen Konsumengagements von Frauen ein wesentlich vielfältigeres Spektrum von Praktiken zu finden als im Vergleich zu Männern. Die Politisierung von Konsum scheint sich, zumindest in einer späteren Lebensphase, je nach Geschlecht in unterschiedlicher Art und Weise auszuprägen, wobei es zum Teil zu einer Reproduktion traditioneller Geschlechterrollen kommt. Diese Reproduktion von privat-öffentlich und Konsum-Politik spiegelt sich in dem Typ des pragmatischen Alltagsexperten und des technischen Innovator. Die Fixierung auf einen bestimmten Handlungsbereich kann bei den Studierenden, die vorrangig dem Handlungstyp des expressiven Ästheten zuzuordnen sind, (noch) nicht festgestellt werden.

Eine Erklärung der Unterschiede in der politischen Konsumpraxis von Frauen und Männern könnte sein, dass bei den Frauen eine Politisierung des Konsums stattgefunden hat, was sich in einer Politisierung der ökonomischen Praktiken ausdrückt. Demgegenüber findet bei Männern womöglich eine Erweiterung des politischen Interesses auf Konsum statt, der sich als Querschnittsthema gerade auch für die Bearbeitung vieler mit dem Internet verbundener Fragen (z.B. Stichwort Netzneutralität) anbietet. Das würde auch erklären, warum die männlichen Untersuchungsteilnehmer auf ganz andere Mittel zur Durchsetzung konsumpolitischer Themen setzen und den konsumpolitischen Kauf zwar gelegentlich in Betracht ziehen, aber keinesfalls als prioritär einstufen. Offen bleibt, ob im Segment des expressiven Ästheten mit Erreichen der nächsten Lebensabschnittsphase eine Differenzierung gemäß traditioneller Geschlechterrollen einsetzen wird. Dass dies nicht zwangsläufig der Fall sein muss, darauf könnte das Vorhandensein der integrativen Prosumentin verweisen, die mit ihrer konnektiven Arbeit online und offline einen neuartigen und tendenziell eher weiblichen Engagement-Typ darstellt. Die Fähigkeiten, die hier zum Einsatz kommen, sind eher im redaktionellen Bereich angesiedelt und verlangen ein hohes Maß an Selbständigkeit. Baringhorst verweist darauf, dass in digitalen Handlungskontexten andere und neue Kompetenzen, insbesondere kommunikativen Fä-

higkeiten, „der Respekt vor unterschiedlichen Wissenskulturen und das Aushalten konfligierender Wissensansprüche“ für Bürger_innen an Bedeutung gewinnen (Baringhorst 2012: 68). Insbesondere für Frauen bietet sich hier ein Handlungsfeld an, dass durch seine integrativ-hybride Struktur den von den Teilnehmerinnen formulierten Wünschen an ein individuelles, aber nicht isoliertes politisches Engagement anschlussfähig ist. Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass die bisherigen Ergebnisse darauf hindeuten, dass die entscheidende Transformationsdynamik nicht von einer Politisierung des Alltags ausgeht. Zu einer tendenziellen Auflösung traditioneller Rollenbilder scheint es nur dann zu kommen, wenn Politisierung und Digitalisierung zusammenwirken und auf eine bestimmte, am ehesten durch Offenheit und Kreativität zu charakterisierende Praxis treffen.

Katharina Witterhold ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Siegen. Kontakt: witterhold@politikwissenschaft.uni-siegen.de

Anmerkungen

[1] Das DFG-Projekt wird geleitet von Sigrid Baringhorst; Mitarbeiter sind Katharina Witterhold und Mundo Yang.

[2] Für eine ausführliche Darstellung des Untersuchungsdesigns, das verschiedene qualitative und quantitative Erhebungs- und Auswertungsmethoden miteinander triangulierte siehe Witterhold 2013.

[3] Die männliche Schreibweise wird bei der Darstellung der Fälle für alle Geschlechter verwendet, erst bei dem Vergleich von Frauen und Männern wird gezielt die Verwendung weiblicher Schreibweise zur besseren Darstellung gebraucht.

Literatur

Baringhorst, Sigrid 2012: Bürgerkompetenzen der Zukunft. Politische Bildung in der digitalen Demokratie. In: PÄDAGOGIK, 64. Jg., H. 7-8/Juli-August, 66-69.

Baur, Nina/Akremi, Leila 2011: Lebensstile und Geschlecht. In: Jörg Rössel/Gunnar Otte (Hg.): Lebensstilforschung 51. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 269–294.

Bennett, W. Lance/Segerberg, Alexandra 2013: The logic of connective action. Digital media and the personalization of contentious politics. New York, NY: Cambridge Univ. Press.

Boler, Megan/Macdonald, Averie/Nitsou, Christina/Harris, Anne 2014: Connective labor and social media: Women's roles in the 'leaderless' Occupy movement. In: Convergence: The International Journal of Research into New Media Technologies, 1-23.

Bourdieu, Pierre 1987: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bruns, Axel 2008: Blogs, Wikipedia, Second Life, and beyond. From production to produsage. New York NY, Vienna u.a: Lang.

Carstensen, Tanja 2013: Gender- und Intersektionalitätsforschung in Arbeit und Technik. In: Soziale Technik (2), 11–14.

Freudenschuss, Magdalena 2014: Digitalisierung. Eine feministische Baustelle. In: Femina Politica 23 (2), 9-20.

Kannengießer, Sigrid 2014: Translokale Ermächtigungskommunikation. Medien, Globalisierung, Frauenorganisationen. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Stolle, Dietlind/Micheletti, Michele/Hooghe, Marc 2005: Politics in the Supermarket: Political Consumerism as a Form of Political Participation. In: International Political Science Review 26 (3), 245–269.

Tillmann, Angela 2014: Girls Media – Feminist Media: Identitätsfindung, Selbstermächtigung und Solidarisierung von Mädchen und Frauen in virtuellen Räumen. In: Hugger, Kai-Uwe (Hg.): Digitale Jugendkulturen. Wiesbaden: Springer VS, 155-173.

Westle, Bettina 2001: Politische Partizipation und Geschlecht. In: Achim Koch, Martina

Wasmer und Peter Schmidt (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Opladen: Leske + Budrich, 131-168.

Witterhold, Katharina 2013: Consumer Netizens. Ein Mixed-Methods Ansatz. In: Deutsche Gesellschaft für Soziologie, Kongressband zum 33. DGS-Kongress 2013.

Zusammen anders haushalten und Politik machen –

Solidarische Einkaufsgemeinschaften in Italien

Francesca Forno

1 | Einleitung

Westliche Industrieländer im Spätkapitalismus wandeln sich von produktionszentrierten hin zu konsumzentrierten Gesellschaften (Clark et al. 2007). Dieser Prozess wird gleichzeitig von Tendenzen der Individualisierung und Fragmentierung begleitet (Baumannn 2007). An die Stelle der zentralen Figur des Citoyen scheint der Konsument zu treten, der weniger das Gemeinwohl, statt vielmehr die instrumentelle Befriedigung privater Bedürfnisse anstrebt.

Der Begriff des politischen Konsums wiederum bezieht sich auf das Beschaffen von Dingen und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen, nicht nur in Bezug auf Preis oder Qualität, sondern vielmehr auch in Hinsicht auf Nachhaltigkeit, Umweltschutz, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit. Diese Form der politischen Partizipation betont die individuelle Verantwortung eines jeden Konsumenten für Produktion und Vertrieb von Konsumgütern und Serviceleistungen.

Politische Konsumenten wurden bislang auf postmaterialistische Einstellungen, relativen Wohlstand und individualisierte Formen der Partizipation hin untersucht (Micheletti 2003; Stolle et al. 2005). Doch die jüngste Ausbreitung von Solidarischen Einkaufsgemeinschaften im Zuge von Wirtschaftskrisen und Sparpolitik hat diese These in den vergangenen Jahren in Frage gestellt. Viele soziale Bewegungen verstehen politischen Konsum als wichtige Form von politischem Engagement. Für ihre Anliegen mobilisieren sie zu kollektiven Aktionen, um sozialen Wandel herbeizuführen (Sassatelli 2006; Balsinger 2010; Alexander/Ussher 2012; Graziano/Forno 2012; Grasseni 2013). Während des globalisierungskritischen Protestzyklus' (Stichwort: Seattle 1999) wurde Boykott zu einer häufigen Form des Widerstandes gegen neoliberale Reformpolitik (della Porta 2003). Nach dieser Phase der Expansion nutzten vermehrt auch lokale Projekte politischen Konsum als Aktionsform. Als Beispiele lassen sich die AMAP (Association Pour le Maintien d'une Agriculture Paysanne) in Frankreich oder die Initiativen für Community Supported Agriculture in den USA nennen. Die dabei entstandenen Assoziationen lassen sich als Sustainable Community Movement Organizations (SCMOs), also als nachhaltige lokale Bewegungsorganisationen fassen (Forno und Graziano 2014). Sie verbinden Konsumenten mit Akteuren aus sozialen Bewegungen, Kleinbetrieben, nachhaltigem Tourismus, fairem Handel, ethischer Finanzwirtschaft, Bauernverbänden und auch aus kommunalen Verwaltungen. Sie arbeiten an Alternativwährungen, Tauschringen, Transition Towns, alternativen Lebensmittel-Netzwerken oder

Genossenschaftsbanken (Seyfang 2011; Cembalo et al., 2012; Migliore et al., 2014a).

Vor diesem Hintergrund untersucht dieser Beitrag solidarische Einkaufsgemeinschaften am Beispiel der Gruppi di Acquisto Solidale (GAS) in der Lombardei (Italien). Diese recht neuen Gruppen nutzen die Kaufkraft ihrer Mitglieder dazu, um den Markt zur politisch umkämpften Arena zu machen. Die Einkaufsgemeinschaften kombinieren politischen Konsum mit Themen, mit denen sich auch die globalisierungskritische Bewegung beschäftigt, zum Beispiel Schutz von Arbeits- und Sozialstandards – hier wie in Ländern des Südens – oder Kritik an einer neoliberal geprägten Globalisierung sowie zunehmender Umweltverschmutzung (Bossy 2014). Trotz gewisser Unterschiede zwischen den vielen unterschiedlichen Einkaufsgemeinschaften weisen sie nach eigenem Verständnis dennoch drei Gemeinsamkeiten auf:

In Fortführung der umwelt- und sozialpolitischen Gerechtigkeitsanliegen der globalisierungskritischen Bewegungen (Andretta et al. 2002) werden erstens die Auswirkungen des vorherrschenden Konsummaterialismus z. B. aufgrund seiner Folgen für den Klimawandel kritisiert. Unter dem Primat niedriger Lohnstückkosten würden Arbeits- und Sozialstandards verletzt, so das Argument.

Industrieller Massenproduktion wird zweitens Handarbeit, genauer gesagt die handwerkliche Verarbeitung natürlicher Materialien, entgegengesetzt. Im Fokus stehen Kleinbetriebe, die ihren Arbeiter_innen faire Löhne garantieren, sowie kurze Wertschöpfungsketten, die ohne großen Zwischenhandel auskommen. Diese regionale Ausrichtung bedeutet nicht, dass Einkaufsgemeinschaften ausschließlich lokale Produzenten unterstützen. Vielmehr beschäftigen sie sich ebenso mit der transnationalen Verteilung von Reichtum und Lebenschancen und vertreiben z.B. auch Fair Trade Produkte.

Sie entwickeln drittens neue Formen der Koproduktion. Direkte, fortdauernde Beziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten werden nicht allein aufgrund finanzieller Erwägungen gepflegt. Vielmehr werden solidarische Beziehungen zur Förderung von Gleichberechtigung und Nachhaltigkeit angestrebt. Der kommerzielle und wirtschaftliche Austausch ist also nicht mehr der alleinige Zweck, sondern eher Nebenprodukt des sozialen Austauschs, der wiederum den Nährboden für weitere kulturelle und politische Zusammenarbeit bildet. Solidarische Einkaufsgemeinschaften wie z.B. die GAS unterstützen politische Strategien und Netzwerke und weit über die eigene Kommune hinaus fungieren sie als Informationsnetzwerke, bieten politische Bildung an und lobbyieren für politische Anliegen.

2 | Online-Befragung im GAS-Netzwerk der Lombardei

Während es bereits mehrere qualitative Studien zu Solidarischen Einkaufsgemeinschaften und ähnlichen an nachhaltigem Konsum interessierten Gruppen gibt, fehlen bislang quantitative Studien, die über Bevölkerungsumfragen hinausgehen. Um diese Lücke zu füllen, wurde eine Online-Umfrage unter den Mitgliedern des GAS-Netzwerkes in der Lombardei durchgeführt. Das GAS Netzwerk eignet sich dabei gut als Beispiel für Einkaufsgemeinschaften in Italien und andernorts: Die ersten dieser lokalen Solidarischen Kaufgemeinschaften entstanden zwar schon Mitte der 1990er Jahre. In ganz Italien, gleichwohl schwerpunktmäßig im Norden und in der Landesmitte, verbreitete sich diese Art kollektiven Konsums aber erst in den 2000er Jahren. Laut der Website des nationalen GAS-Netzwerkes stieg die Summe der beteiligten Einkaufsgemeinschaften von 153 im Jahr 2004, auf 394 in 2008, weiter auf 518 in 2009, und schließlich auf 988 im Jahr 2015. Diese Zahlen spiegeln jedoch nicht die tatsächliche Anzahl der Gruppen wider, sondern fallen niedriger aus, da sie nur auf Gruppen basieren, die sich selbst auf dieser Website eingetragen haben.

Die solidarischen Kaufgemeinschaften basieren auf der wechselseitigen Bereitstel-

lung von Gütern. Zumeist haben sich einige Menschen zusammengetan, um Lebensmittel und andere Güter direkt beim Produzent zu Preisen zu kaufen, mit denen beide Seiten einverstanden sind. Neben Lebensmitteln werden auch immer häufiger Textilien und alternative Dienstleistungen erworben, beispielsweise erneuerbare Energien oder nachhaltiger Tourismus.

GAS haben einige Gemeinsamkeiten mit Formen von „alternative food networks" (Goodman/ DuPuis/Goodman 2011), die im letzten Jahrzehnt in wohlhabenden Ländern entstanden sind. Im Gegensatz zu anderen Ländern prägt das italienische GAS-Netzwerk jedoch ein sehr komplexes Beziehungssystem, das viele verschiedene Akteure miteinbezieht (kulturelle und ökologische Vereine, Gruppen organisierter Konsumenten, Bauern usw.). Sie setzten sich überwiegend aus Konsumenten und weniger aus Produzenten zusammen, und sie beschränken sich nicht allein auf einzelne lokale Gruppen, sondern fügen sich in einigen Fällen zu Distretti di economia solidale (Regionen Solidarischer Ökonomie) zusammen, welche explizit politischen Einfluss auf Staat und Verwaltung auszuüben suchen (Stichwort: Governance) (Grasseni 2013; Grasseni et al. 2013).

Solidarität ist das Leitprinzip dieser Einkaufsgemeinschaften, wenn es um die Auswahl von Produzenten und Produkten geht. Das bedeutet, dass die GAS im Gegensatz zu anderen Formen von Konsumgenossenschaften nicht allein den niedrigsten Preis anstreben. Sie sind als Solidarische Einkaufsgemeinschaften zu verstehen, da sie ihre Mitglieder dazu in die Lage zu versetzten suchen, als Käufer die Regeln des Marktes neu zu schreiben (Forno 2013a). Aus diesem Grund wählen sie ihre Produkte und Produzenten mit dem expliziten Ziel aus, eine realisierbare Alternative zur Konsumgesellschaft zu entwickeln, da die Konsumgesellschaft von ihnen als die Grundlage der Ausbeutung menschlicher und natürlicher Ressourcen angesehen wird. Dieses Kriterium führt zu einer Bevorzugung lokaler Produkte, da hier durch kürzere oder wegfallende Transportwege die Umwelt geschont wird. Ebenso werden Fair Trade-Produkte bevorzugt, da sie die Menschenrechte benachteiligter Produzenten stärken oder es werden wiederverwendbare Güter genutzt, um einen nachhaltigen Lebensstil zu fördern.

Die Online-Umfrage unter Solidarischen Kaufgemeinschaften konzentriert sich auf die Lombardei – die Region mit der höchsten Konzentration an GAS-Gruppen in ganz Italien – und wurde vorbereitet, indem alle GAS-Gruppen der Lombardei kartiert wurden. Durch eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Forscherteam und einzelnen GAS-Aktivisten konnte erreicht werden, dass für jede der zwölf Kommunen der Lombardei (z.B. Bergamo, Como, Milan, oder Varese) je eine Kontaktperson gewonnen werden konnte. In jeder Kommune wurde eine Liste mit den aktiven Gruppen angelegt und die lokale Kontaktperson stellte jeweils den ersten Kontakt mit der entsprechenden Solidarischen Kaufgemeinschaft her, um das Forschungsprojekt vorzustellen und Teilnehmer für die Online-Umfrage zu gewinnen.

Nach diesen Vorbereitungen wurde die Umfrage im Oktober 2011 gestartet. In Bergamo wurde die erste Pilot-Phase im Januar 2012 beendet; in anderen Kommunen der Lombardei lief die Umfrage von Juni 2012 bis März 2013. In diesen Monaten wurden auch einige Erinnerungsaufrufe versendet. Die Datenerhebung erfolgte mittels zweier Online-Fragebögen: Den einen füllte jeweils der Koordinator einer Kaufgemeinschaft aus; der andere wurde von den einzelnen Mitgliedern beantwortet. Mit Hilfe der Gesamtliste existierender GAS, welche in der Vorlaufphase erstellt wurde, kann die Rücklaufquote für beide Fragebögen bestimmt werden. Insgesamt wurden in der Lombardei 429 Solidarische Kaufgemeinschaften registriert. Davon haben 204 Gruppenvertreter die Umfrage aufgefüllt. Weitere 1.658 individuelle Mitglieder füllten den zweiten Fragebogen online aus. Damit erreichte die Umfrage 48% der Gruppenver-

treter und 23% der Mitglieder des GAS-Netzwerkes in der Lombardei.

3 | Struktur und Handlungsfelder der befragten Einkaufsgemeinschaften

Die untersuchten Solidarischen Einkaufsgemeinschaften haben eine beachtliche Größe. Von den 204 in der Umfrage repräsentierten Gruppen umfassten 34,4% weniger als 20 Haushalte. 20 bis 40 Haushalte waren in 44,8% der Einkaufsgemeinschaften organisiert und jeweils 10,4% der Gruppen bestanden unserer Umfrage zufolge aus 40 bis 60 oder mehr Haushalten. Trotz ihrer Unterschiede scheinen GAS intern recht ähnlich strukturiert zu sein. Die Mehrzahl der Gruppen weisen eine Arbeitsteilung auf: 72% der Gruppen teilen die Verantwortung für die Sammlung und Weitergabe von Bestellungen so auf, dass es pro Produkt je einen Ansprechpartner gibt. In nur 19,7% der Fälle kümmert sich eine ausgewählte Gruppe von Personen um den Einkauf und in 4,7% der Fälle übernehmen dies externe Kooperationspartner.

Nicht alle GAS haben feste Regeln; nur die wenigsten sind eingetragene Vereine. Trotzdem werden spezifische Fragen einzukaufender Güter und ihrer Produktionsweise aber auch die allgemeine Ausrichtung der Gruppe gleichberechtigt in Plenarversammlungen erörtert. In den meisten Gruppen, d.h. bei 68,4% der Fälle, gibt es monatliche Treffen. Bei 13,7% der befragten Einkaufsgemeinschaften finden Treffen alle zwei bis drei Monate und in 7,8% der Fälle nur alle drei bis sechs Monate statt. Nur einige wenige Gruppen treffen sich einmal jährlich und kaum eine Gruppe (1,6%) organisiert keine gemeinsamen Treffen. Im Allgemeinen erörtern und beschließen die Einkaufsgemeinschaften ihre Einkäufe von Produkten (und die damit verbundenen Herstellungsweisen) gemeinsam. Wie Kontakte mit den GAS schon im Vorfeld gezeigt haben, beschäftigen sich die Einkaufsgemeinschaften auch direkt mit den Wertschöpfungsketten ihrer Produkte. Produzenten werden häufig eingeladen, nicht nur um ihre Waren zu präsentieren, sondern auch um über ihre Solidarität mit ihren Arbeiter_innen Auskunft zu geben sowie um über ihre Visionen in Hinsicht auf die Verantwortung für Mensch und Umwelt zu sprechen. Die Solidarischen Einkaufsgemeinschaften wiederum legen Unternehmensprofile an, sodass alte und neue Mitglieder immer einen Überblick darüber haben, warum welche Anbieter ausgewählt wurden.

Politischer Konsum wird also kollektiv ausgeübt und bindet Bürger damit in verschiedenen Stadien der Logistik, des Vertriebs und der Produktion mit ein. Das GAS-Netzwerk spricht deshalb auch von Koproduktion. In der Regel kauft jedes Mitglied ein bestimmtes Produkt, z.B. eine bestimmte Menge Nudeln, für die gesamte Gruppe ein und verteilt diesen Einkauf anschließend unter den anderen Mitgliedern. Nachdem der Produzent der jeweiligen Produkte (z.B. Gemüse, Marmelade, Olivenöl oder Fleisch und Fisch) ausgewählt ist, sammelt das jeweils verantwortliche Mitglied Bestellungen über einen Email-Verteiler oder eine Website und gibt die Sammelbestellung nach einer bestimmten Frist an den Anbieter weiter. Anschließend gilt es also Bestellungen der andern Mitglieder aufzunehmen, die Verfügbarkeit beim Anbieter zu überprüfen, die Bestellung abzuholen, die Gesamtrechnung zu begleichen und schließlich muss Zeit und Raum gefunden werden, damit jedes Mitglied seinen Anteil an der Bestellung abholen kann. Insbesondere Familien stellen sich oft für die Entgegennahme und Verteilung der Lieferungen zur Verfügung.

Gleichwohl geht das Engagement der Solidarischen Einkaufsgemeinschaften auch über das bloße Einkaufen hinaus. In dieser Hinsicht wurden die 204 Koordinatoren, stellvertretend für ihre Gruppen, nach den Themen gefragt, mit denen sich ihre Gruppen über den Einkauf von Lebensmitteln hinaus beschäftigen. Demzufolge beschäftigen sich 57% der Einkaufsgemeinschaften mit den Profilen von Produzenten und Unternehmen (Mehrfachantworten möglich). Nachhaltige

Landwirtschaft wird von knapp der Hälfte der Gruppen erörtert (49,7%). Auch der Umgang mit Gemeingütern (wie Wasser) wird häufig zum Thema (39,4%). Lokale Themen (38,9%), Fragen alternativer Energie (35,8%), die Rolle der Mafia in der Wirtschaft (17,6%), sowie degrowth (vergleichbar mit Nullwachstum, 16,6%) werden ebenfalls von einem deutlichen Anteil der Gruppen als Themen genannt, mit denen man sich gemeinsam beschäftigt. Noch breiter fällt das Themenspektrum der Einkaufsgemeinschaften aus, wenn man berücksichtigt, dass die Einkaufsgemeinschaften auch häufig an der Organisation öffentlicher Veranstaltungen zu Themen mitwirken, die nicht den Antwortkategorien in unserem Fragebogen zugeordnet werden können. Als Beispiel sind Veranstaltungen über Probleme globaler Finanzmärkte und des internationalen Handels zu nennen.

Zusammen mit anderen Bürgerinitiativen organisieren die Einkaufsgemeinschaften Seminare, Konferenzen und Festivals. Oft gehen diese Kooperationen auf einzelne Mitglieder von GAS zurück, die gleichzeitig auch Mitglied in anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen sind. Damit verbinden diese Mitglieder verschiedene Netzwerke und Diskurse. Beispielsweise haben 32,6% der an der Umfrage beteiligten Gruppen angegeben, auch für das Referendum gegen die Privatisierung von Wasser im Juni 2011 mobilisiert zu haben.

4 | Befragte Mitglieder der GAS – unpolitische Einkäufer?

Politischer Konsum wird häufig als vereinzeltes Lifestyle-Engagement angesehen und mit einer wohlhabenden, unpolitischen Bequemlichkeit assoziiert. Die Ergebnisse der

beiden Online-Umfragen Befragung von 1.658 GAS-Mitgliedern zeigen jedoch ein anderes Bild. Demzufolge ist vielmehr die These zu vertreten, dass Konsumbürger hochgradig politisiert und gemeinsam mit anderen politisch aktiv sind.

In Übereinstimmung mit der bisherigen Forschung zeigt sich, dass GAS-Mitglieder überwiegend weiblich sind (62%). Dieser Befund steht im Einklang mit früheren Studien, denen zufolge dem Gender-Bias in anderen Formen politischer Partizipation im Bereich des politischen Konsums durch eine höhere Beteiligung von Frauen entgegengewirkt wird (Stolle et al 2005; Forno/Ceccarini 2006). Die Ergebnisse zeigen außerdem, dass die meisten Mitglieder (71,8%) Familie (häufig mit Kindern unter fünf Jahren) haben. Etwa die Hälfte der Befragten (49,6%) ist zwischen 30 und 44 Jahren alt, 42,9% sind zwischen 45 und 60.

Auf den ersten Blick bestätigt sich die Annahme, dass insbesondere der wohlhabende, akademische Mittelstand in den Einkaufsgemeinschaften engagiert ist. Unter den Teilnehmern ist der Anteil der Universitätsabsolventen mit 49,5% deutlich höher als im Landesdurchschnitt (13,5%). Drei von fünf Befragten (60,1%) sind Angestellte, nur jeweils 4,4% Arbeiter_innen. Arbeitslose sowie Rentner bzw. Pensionäre stellen jeweils nur 2,7%. Gleichwohl ist das Haushaltseinkommen der Befragten eher gering. Wenn man bedenkt, dass der Durchschnitts-Haushalt etwa vier Mitglieder umfasst, ist es bemerkenswert, dass 22,3% mit einem Nettoeinkommen von unter 2.000 € auskommen, während 56% ein Einkommen zwischen 2.000 € und 3.500 € verzeichnen. Nur 20% der Befragten GAS-Mitglieder verdienen mehr als 3.500 € monatlich. Diese Ergebnisse lassen vermuten, dass die Einkaufsgemeinschaften nicht die obere Mittel- oder die Oberschicht ansprechen, sondern vielmehr das mäßig verdienende akademische Milieu einbinden.

Im Gegensatz zu der Annahme, politischer Konsum stehe für apolitische Lebensstile, sind die Umfrage-Teilnehmer als sehr politisch anzusehen. Eine große Mehrheit (69,8%) gibt an, an Politik zumindest einigermaßen interessiert zu sein. Die meisten Befragten diskutieren politische Themen mit Freunden oder Kollegen (79,1%) und nutzen das Internet (91,1%), um sich über aktuelle Geschehnisse auf dem Laufenden zu halten. Dieses recht hohe Interesse an Politik geht jedoch mit einem relativ niedrigen Vertrauen in bestimmte Institutionen einher. Weniger als 25% vertrauen politischen Parteien überhaupt (nur 8% der Befragten gaben an, politischen Parteien „sehr“ oder „etwas“ zu vertrauen). 2,8% vertrauen dem Fernsehen, 3,4% der Weltbank, 7,7% dem Parlament und 23,4% Industrieverbänden. Mittelmäßige Werte zwischen 25% und 75% erzielen die katholische Kirche (29,5%), Gewerkschaften (32,6%), die Europäische Union (45,6%), städtische Verwaltungen (48,4%) und die Polizei (64%). Hohe Vertrauenszusprüche (über 75%) erhalten Verbrauchergruppen mit 75,1%, das Rechtssystem mit 77,2% und soziale Genossenschaften (80,9%). Die Ergebnisse zeigen außerdem, dass die meisten der Befragten in der Vergangenheit oder aktuell in anderen bürgerschaftlichen Organisationen aktiv sind bzw. waren, beispielsweise für Umweltschutz, in der Friedensbewegung aber auch im Bereich Sport, Kultur oder Religion. Nur 7% der Umfrage-Teilnehmer gaben an, sich nicht anderweitig zu engagieren.

All diese Eigenschaften deuten darauf hin, dass sich Mitglieder der GAS als „critical citizens“ (Norris 1999) bezeichnen lassen können. Anders ausgedrückt: Die an GAS beteiligten Bürger weisen eine hohe Bereitschaft auf sich mit Hilfe innovativer Aktionsformen politisch zu engagieren und zwar zum Wohle der Allgemeinheit. Sie zeigen sich kritisch, nicht nur in ihrem Konsumverhalten, sondern auch gegenüber politischen Institutionen. Ein weiteres Beispiel, das den kritischen und aktiven politischen Charakter der Solidarischen Einkaufsgemeinschaften unterstreicht, ist die große Unterstützung (79,8%) für das Referendum gegen die Wasserprivatisierung.

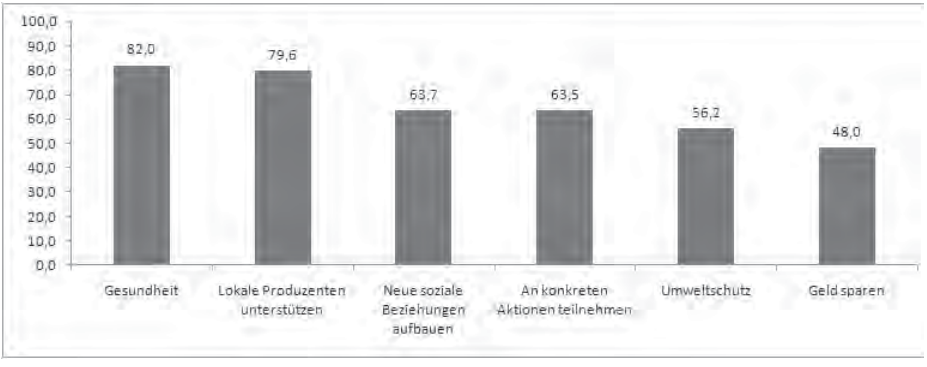
Das GAS-Netzwerk war aktiv an der Grassroots-Kampagne beteiligt und hat das Referendum entschieden vorangetrieben. Da in der Vergangenheit verschiedene Referenden an der vorgeschriebenen 50% Beteiligungs-Quote gescheitert waren, war der Erfolg der Anti-Wasserprivatisierungs-Kampagne mit 55% Beteiligung eindeutig der vorangegangenen breiten Massenmobilisierung zuzuschreiben.

5 | Ökologisch-sozialer Lebensstil als kollektives Experiment

Detailliertere Erkenntnisse über den politischen Konsum der GAS-Mitglieder lassen sich gewinnen, wenn man die Antworten auf die Frage betrachtet, aus welchen Motivationen heraus (Mehrfachantworten möglich) die Befragten begonnen haben, sich in den Gruppen zu engagieren. Abbildung 1 zeigt, dass Gesundheit (82%) und die Bereitschaft kleine und lokale Produzenten zu unterstützen (79,6%) am häufigsten als Motive angegeben wurden. Außerdem gaben über die Hälfte der Befragten an, dass die Beteiligung an konkreten Aktionen (63,5%), eine Motivation war, sich einer Einkaufsgemeinschaft anzuschließen. Ebenso spielten die Möglichkeit, neue Beziehungen aufzubauen (63,7%) sowie Umweltschutz (56,2%) eine große Rolle für den Eintritt in eine Einkaufsgemeinschaft. Dass nahezu die Hälfte der Befragten (48%) angibt, Geld sparen zu wollen, zeigt schließlich auch, dass materielle Bedürfnisse in Zeiten der Wirtschaftskrise neben Postmaterialismus (Umweltschutz), Lebensstilfragen und sozialen Motiven wichtig dafür war, einer GAS beizutreten.

Grafik 2 zeigt die Ergebnisse für die Frage, wie sich der Konsumstil der Befragten seit ihrem Eintritt in eine Solidarische Einkaufsgemeinschaft verändert hat. Gestiegen ist den Antworten zufolge insbesondere der Konsum von regionalen (80,6%), biologisch angebauten (79,4%) und saisonalen Lebensmitteln (68,1%). Mit dem Kauf lokaler und saisonaler Produkte vom Bauer in der Nähe kann der Kohlenstoffausstoß reduziert werden, da lange Transportwege entfallen und die lokale Ökonomie gestärkt wird. Zwischen GAS-Mitgliedern wird oft diskutiert, dass durch eine lokale und saisonale Versorgung weniger Energie und Rohstoffe verschwendet werden. Ebenso sind diese Produkte meist frischer, weniger stark verarbeitet und nährstoffreicher. Kleinbauernbetriebe arbeiten typischerweise meist auch mit nachhaltigeren Methoden als konventionelle

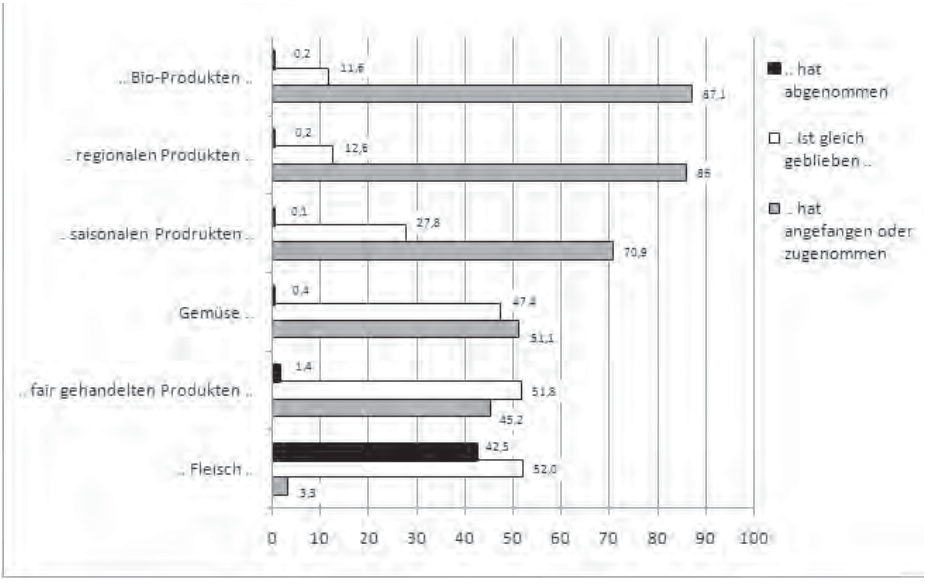
Abbildung 1: Motive für den Beitritt (Anteile der Angaben „trifft sehr zu“, „trifft zu“)



Quelle: CORES Lab Project. N=1613. Fehlende Anteile zu 100% setzen sich aus k.A. und übrigen Antwortoptionen zusammen.

industrielle Betriebe. Der Fleischkonsum ist hingegen gesunken (42,5%). Die Mitglieder der Einkaufsgemeinschaften folgen damit der Einsicht, dass die industrielle Fleischproduktion für Bodenverschlechterung, Bodenerosion und den Schwund natürlicher Ressourcen wie steht auch im Einklang mit einer These Castells et. al (2012), der zufolge der alternative ökonomische Sektor als neue wirtschaftliche Säule sowohl in der EU als auch in den USA nach den Krisen ab 2008 einzuschätzen ist. Zu diesem alternativen ökonomischen Sektor

Abbildung 2: Veränderung des Konsumstils (Prozentanteile)



Quelle: CORES Lab Project. N=1613 gültige Antworten. Fehlende Anteile zu 100% basieren auf k.A.

z.B. Wasservorräte verantwortlich zu machen ist. Den Fleischkonsum auf einige wenige Male pro Woche zu reduzieren oder auf vegetarische bzw. sogar vegane Ernährung umzusteigen, reduziert demnach die Schäden, die auf die industrielle Fleischproduktion zurückgehen.

6 | Fazit

Die anhaltende Wirtschaftskrise scheint den Anstoß für die starke Ausbreitung von GAS und anderen Solidarischen Einkaufsgemeinschaften gegeben zu haben. Dieses Ergebnis gehören Sustainable Community Movement Organizations (SCMOs) und insbesondere Solidarische Einkaufsgemeinschaften wie die GAS und diese zusätzliche wirtschaftliche Säule ist weit über das Bewerben und Praktizieren einer solidarischen Ökonomie hinaus häufig auch fruchtbarer Kontext, aus dem heraus weitere lokale, auf Gegenseitigkeit beruhende soziale wie politische Initiativen angestoßen werden.

Die Praxis von Gruppen wie den GAS wird oft kritisch betrachtet. Auch in Italien scheint sie einer fortschrittsskeptischen *German Angst* in der Mittel- und Oberschicht Ausdruck zu

geben. Demgegenüber zeigen die Befunde der Online-Umfrage, dass in den Einkaufsgemeinschaften politischer Konsum weit über rein individuelle Verantwortung hinaus geht (Micheletti 2009). Hier werden kollektive Formen bürgerschaftlicher Selbstorganisation ins Leben gerufen und diese alternativen Formen kollektiven Verbraucherhandelns tragen zur Herausbildung starker sozialer wie politischer Netzwerke ebenso wie zur Etablierung alternativer Konsumstile bei.

Im Gegensatz zu Initiativen, die sich in den letzten Jahren gebildet haben und ebenso Nachhaltigkeit in Bezug auf Marketing und Distribution voranbringen wollen, ist es eine besondere Eigenschaft der Einkaufsgemeinschaften, die kollektive Arbeit am Gemeinwohl hervorzuheben. Auf den ersten Blick mag es ineffizient erscheinen, dass jedes Mitglied aktiv und mit gleicher Kompetenz innerhalb der Organisation mitgestalten soll. Doch so werden intensive Prozesse der politischen Sozialisation initiiert, die weit über den bloßen Konsum hinausgehen. Auf diese Weise treten aktive Bürger_innen wieder an die Stelle passiver Konsument_innen. Die verschiedenen Erfahrungen der Gruppenmitglieder tragen dazu bei, dass GAS Raum für Ideenentwicklung und Vergleiche bieten. Neue soziale Beziehungen werden geformt, die wiederum neue Ideen und Praktiken verwirklichen. Die Gruppen auf Basis der Werte von Gleichheit und Gegenseitigkeit zu organisieren ist damit selbst schon ausschlaggebend für die Praxis dieser Einkaufsgemeinschaften.

Interessanterweise sind die lokalen Gruppen von einem sehr inklusiven Mitgliedschaftsverständnis geprägt. Willkommen sind alle, die aus unterschiedlichsten Gründen ihr Konsumverhalten verändern wollen. Gesundheit kann ebenso eine Motiv zur Teilnahme sein, wie die Unterstützung lokaler Produzenten, Geld sparen zu wollen oder Umweltschutz. Hervorzuheben ist das überdurchschnittlich hohe Engagement von Frauen und Familien mit Kindern. Trotzdem findet sich auch hier wie in anderen Feldern ein sozialer Bias, weniger bezüglich des Einkommens, aber ausgeprägt in Bezug auf Bildung und Alter.

Ohne Zweifel erfahren Konsumenten der GAS Gruppen ein politisches Empowerment ihres persönlichen Lebens- und Konsumstils. Mehr noch zeigt das Beispiel des Referendums der Anti-Privatisierung-Kampagne: Selbstorganisierte politische Bildung spielt in den Gruppen eine ganz besondere Rolle, erfolgt im Geiste eines solidarischen Miteinanders und mündet nicht selten in protestförmige, politische Mobilisierungen im weiteren Rahmen von Kampagnen sozialer Bewegungen.

Francesca Forno ist Assistant Professor an der Universität Bergamo. Kontakt: francesca.forno@unibg.it

Übersetzung ins Deutsche: *Lisa Villioth*, *Mundo Yang*

Literatur

Alexander, Samuel/Ussher, Simon 2012: The Voluntary Simplicity Movement. A Multi-National Survey Analysis in Theoretical Context. In: Journal of Consumer Culture, Jg. 12, Heft 1, 66–84.

Bauman, Zygmunt 2007: Consuming Life. Cambridge: Polity Press.

Bossy, Sophie 2014: The utopias of political consumerism. The search of alternatives to mass consumption. In: Journal of Consumer Culture, Jg. 14, Heft 2, 179-198.

Castells, Manuell/Caraca, Joao/Cardoso Gustavo (Hg.) 2012: Aftermath. The Cultures of the Economic Crisis. Oxford: Oxford University Press.

Cembalo, Luigi/Migliore, Guiseppina/Schifani, Giogrio 2012: Consumers in postmodern society and alternative food networks. The organic food fairs case in Sicily. New Medit, Jg. 11, Heft 3, 41-49.

Clarke, John/Newman, Janet/Smith, Nick/Vidler, Elizabeth/Westmarland, Louise 2007: Creating Citizen-Consumers. Changing Publics and Changing Public Services. London: Sage.

Della Porta, Donatella 2003: I new global. Bologna: il Mulino.

Della Porta, Donatella 2007: The Global Justice Movement: Cross-national and Transnational Perspectives. Boulder, Co: Paradigm Publishers.

Forno, Francesca 2013: Co-operative movement. In: Snow, David A./Della Porta, Donatella/Klandermans, Bert/McAdam, Doug (Hg.): Blackwell Encyclopedia of Social and Political Movements. Oxford: Blackwell publishing, Jg. 1, 278-280.

Forno, Francesca/Ceccarini, Luigi 2006: From the Street to the Shops. The Rise of New Forms of Political Action in Italy. South European Society and Politics, Jg. 2, Heft 2, 197-222.

Forno, Francesca/Graziano, Paolo R. 2014: Sustainable community movement organisations. In: Journal of Consumer Culture, Jg. 14, Heft 2, 139-157.

Grasseni, Cristina 2013: Beyond Alternative Food Networks. Italy's Solidarity Purchase Groups. London: Berg/Bloomsbury Academic.

Grasseni, Cristina 2014: Seeds of trust. Alternative food networks in Italy. In: Journal of Political Ecology, Jg. 21, Heft 1, 178–192.

Graziano, Paolo R./Forno, Francesca 2012: Political Consumerism and New Forms of Political Participation. The Gruppi di Acquisto Solidale in Italy. Annals AAPSS, 644: 121-133.

Latouche, Serge 2010: Farewell to Growth. Polity Press, London.

Micheletti, Michele 2003: Political Virtue and Shopping. Individuals, Consumerism and Collective Action. London: Palgrave Macmillan.

Micheletti, Michele/Follesdal, Andreas/Stolle Dietlind (Hg.) 2004: Politics, Products and Markets. London: Transaction Publishers.

Migliore, Guiseppina/Schifani, Giorgio/Dara Guccione, Giovanni/Cembalo, Luigi 2014: Food community networks as leverage for social embeddedness. In: Journal of Agricultural and Environmental Ethics, Jg. 27, Heft 4, 1–19.

Goodman, David/Dupuis, Melanie/Goodman, Michael 2012: Alternative Food Networks. Knowledge, Practice, and Politics. London: Routledge.

Norris, Pippa 1999: Critical citizens. Oxford: Oxford University Press.

Sassatelli, Roberta 2006: Vitue, Responsibility and Consumer Choice. Framing Critical Consumerism. In: Brewer, John/Trentmann, Frank (Hg.): Consuming Cultures, Global Perspectives. Historical Trajectories, Transnational Exchanges. Oxford: Berg.

Seyfang, Gill 2011: The New Economics of Sustainable Consumption. Seeds of Change. London: Palgrave Macmillan.

Zwischen Haushalt und politischer Öffentlichkeit

Wie auf Online-Foren für lebensnahe Politik mobilisiert wird

Todd Graham

1 | Einleitung

Viel ist in den letzten Jahren gesagt worden zum Potenzial des Internet bei der Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement und Partizipation im öffentlichen Raum und dem demokratischen Prozess im allgemeinen (Coleman/ Blumler 2009; Papacharissi 2010). Allerdings befasst sich die theoretische und empirische Forschung in diesem Feld mehrheitlich mit einen Bereich, der als formale Politik beschrieben werden könnte: wie politische

Eliten kommunizieren (z.B. gewählte Politiker, Aktivisten, Journalisten); Handlungsmuster und Interaktionen politischer Institutionen wie z.B. Parlamente, politische Parteien und Regierungen; sowie wichtige politische Ereignisse, z.B. Wahlen und Fernsehdebatten. Obgleich diese Forschung aufschlussreich ist, liegt ihr Fokus fast ausschließlich auf Dynamiken von Kommunikation und Engagement in klar politischen Netzwerken und Räumen mit klaren und formalen politischen Zielen – z.B. die Beeinflussung von Regierungspolitik, Wahlergebnissen oder das Abstimmungsverhalten spezifischer gewählter Politiker. Diese Herangehensweise ist aus vielen Gründen problematisch (Wright 2012a), nicht zuletzt, da die Forschung einen graduellen Wandel hin zu mehr Individualisierung und Konsumkultur nahelegt, im Zuge dessen auch Politik in westlichen Demokratien zunehmend unter Lifestyle-Gesichtspunkten gesehen wird – eine Facette, welche die formalbezogene Forschung womöglich nicht reflektiert (Beck 1997; Bennett 1998; Stolle & Micheletti 2013).

Unserer Ansicht nach ist es vielversprechend, zu erforschen, wie politische Diskussionen und Engagement online in alltäglichen *dritten Räumen* aufscheinen, also in öffentlichen Räumen jenseits von Arbeit und Zuhause, in denen Menschen zusammenkommen und informell interagieren können und politische Gespräche, organisatorisches Handeln und Aktivitäten stattfinden können. Diese Räume sind nicht für politische Zwecke geschaffen, sondern werden durch die Verbindungen politisch, welche die Teilnehmenden - im Zuge von alltäglichen Gesprächen - zwischen ihren Alltagsleben und den tagesaktuellen politischen und sozialen Themen ziehen. Eine Analyse solcher *dritten Räume* erscheint in einer Zeit der Sparpolitik insbesondere relevant, da diese mit Leistungskürzungen durch die Regierung und dem offensichtlichen Bestreben des Staates nach Rückzug einhergeht. Die damit entstehende Lücke soll eine *Big Society*[1] füllen. Bürger werden so zunehmend angehalten, selber die Initiative zu ergreifen, ihre eigenen Wege zu finden und für sich selbst zu kämpfen. *Dritte Räume* können dieser Entwicklung den Weg ebnen.

Der Schwerpunkt dieser Studie liegt auf alltäglichen politischen Gesprächen in solchen Räumen und der Frage, ob, und wie politische Gespräche zivilgesellschaftliches Engagement befördern. Wir definieren politische Gespräche als etwas, dass a) in alltäglichen Konversationen auftaucht und oft mit Diskussionen verwoben ist, die keinen politischen Charakter haben, sondern einen persönlichen, b) einhergeht mit oberflächlichen Reflektionen über Macht, deren Gebrauch und Auswirkungen, und c) Eigenschaften besitzt, durch die bedeutungsvolle Beiträge zu öffentlichen politischen Aktivitäten möglich werden. Unser Ziel ist es, zu ermitteln, ob solche Räume Teilnehmende aktivieren und sie dazu bewegen, von alltäglichen Gesprächen zu politischen Aktivitäten überzugehen. Die Leitfrage ist: Wie und in welchem Maße führt die Teilnahme an politischen Gesprächen innerhalb dritter Räume zu politischen Aktivitäten?

Um diese Frage zu beantworten, wurde über einen Zeitraum von fünf Jahren hinweg (2010-2014) eine inhaltliche Analyse von 12.605 Posts (Beiträgen) zweier beliebter Lifestyle-Foren vorgenommen – Money Saving Expert (MSE) und Netmums. Beide Foren erwiesen sich als effektiv bei der Übersetzung von politischen Gesprächen in politische Handlungen. Der Artikel beleuchtet die Wirkfaktoren und -prozesse, welche diese Aktivitäten möglich machen, und gibt Einblicke in das Mobilisierungspotenzial *dritter Räume*.

2 | Lifestyle-Politik

Eines der Hauptprobleme westlicher Demokratien ist die zunehmende Lücke zwischen dem Alltagsleben von Bürgerinnen und Bürgern und der Ebene formaler Politik sowie der weiteren politischen Welt (Coleman/ Blumler 2009; Harris / Wyn 2009; Hay 2002). Wegen komplexer wirtschaftlicher, politischer und sozialer Wandlungsprozesse, die im we-

sentlichen von der Globalisierung ausgelöst wurden, gibt es einen stetigen Trend hin zu mehr Individualisierung und dem Aufkommen flexibler politischer Identifizierungen, die auf persönlichen Lebensstilen beruhen, womit Politik selbst personalisierter wird (Bauman 2000; Beck 1997; Bennett 1998). Individuen messen ihren lebensstilbezogenen Werten und den persönlichen Erzählungen, in denen sie sich ausdrücken, zunehmend soziale und politische Bedeutung zu – im Gegensatz zu hergebrachten Räumen, Strukturen, Institutionen und Prozessen.

Als Reaktion darauf befasst sich die Forschung zunehmend mit der sich wandelnden Natur zivilgesellschaftlichen Engagements und politischer Partizipation (Ekman/Amna 2012). Besonderes Interesse fanden dabei die Auswirkungen des Internet, und in jüngerer Zeit von sozialen Medien, auf das politische Leben. Es zeigt sich, dass soziale Medien Bürgerinnen und Bürgern neue Möglichkeiten bieten, bei Themen von allgemeinem Interesse zu partizipieren, sich zu vernetzen und zusammenzuarbeiten. Diese Entwicklungen im Feld (oder im Netzwerk) handeln unentwegt Grenzen aus zwischen Produzenten und Konsumenten, öffentlich und privat, Politik- und Popkultur. Sie legen dabei eine andere wirtschaftliche und psychologische Logik offen: Ko-Produktion und Teilen auf Grundlage von Lifestyle-Entscheidungen und personalisierten Äußerungen (Bennett/Segerberg 2012: 752. Papacharissi 2010: 76) sieht soziale Medien ähnlich als Teil einer fortwährenden Konvergenz zwischen Medien, Publikum und Öffentlichkeit: „in der liquiden Modernität wird das Politische schwerer fassbar, da es keine Stätten mehr gibt, in denen Politik verankert ist. Damit bestätigt sich die von Arendt so bezeichnete Leere des politischen Raumes". Hier bietet sich eine wichtige Gelegenheit, wahrzunehmen, wie soziale Medien alltägliche Räume besetzen, in denen sich das Persönliche und sogar das Private problemlos mit dem Politischen überschneiden können.

Wenn sich Menschen tatsächlich von der formellen Politik abgewandt haben und nun in ihrem Alltagsleben politisch handeln, liegt es nahe, anzunehmen, dass wir, um zeitgenössisches politisches Handeln zu verstehen, online (oder offline) nach politischen Gesprächen und gestaltenden Handlungen suchen müssen – und zwar in Räumen, die sich primär mit Sport, Hobbys, Essen/Kochen, Kinderpflege, persönliche Finanzen, TV-Programme etc. befassen. Jedoch beschränkt sich ein Großteil der Forschung zu E-Demokratie und E-Partizipation auf explizit politische Räume online, z.B. Webseiten von Parteien, Twitterfeeds von Parlamentsabgeordneten und Facebook-Seiten. So erkenntnisreich die Ergebnisse auch waren, argumentieren wir hier mit Wright (2012a), dass eine Untersuchung von politischen Gesprächen und Handeln in alltäglichen Lifestyle-Communities – also dritten Räumen – gleichermaßen ergiebig sein kann.

3 | Vom dritten Ort zum dritten Raum

Für zahlreiche Theorien zu politischen Gesprächen und Engagement ist der Raum der wichtigste theoretische Ausgangspunkt. So können beispielsweise individuelle und private Räume von formellen politischen Institutionen oder Arbeitsräumen unterschieden werden.

Nach Boyte (2014) gibt es Mittelräume, die „zwischen den individuellen und unpersönlichen Strukturen modernen Lebens" existieren, wie z.B. Arbeit und Regierung, und sich als „voll von Dynamik und demokratischen Energien [erweisen], potenzielle Orte bürgerschaftlicher Macht [...] in denen die Saat von Bewegungen für partizipatorische Demokratie aufgehen kann." Diese Analyse baut auf dem Konzept freier Räume auf: „Bestimmte Arten öffentlicher Plätze innerhalb der Gemeinschaft [...] Umfelder, in denen Menschen neuen Selbstrespekt lernen können, eine tiefere und durchsetzungsfähigere Gruppenidentität, öffentliche Fähigkeiten, und Werte von Zusammenarbeit und bürgerschaftlichen Tugenden. Einfach gesagt, sind freie Räume Situationen zwischen Privatleben und großen Institutionen, in denen normale Bürger mit

Würde, Unabhängigkeit und Weitblick agieren können." (Evans/Boyte 1986: 17).

Oldenburg (1999) erweitert dieses Konzept und ergänzt es um das Konzept des *dritten Ortes*. Ein dritter Ort ist ein inklusiver öffentlicher Raum, abseits von Zuhause oder Arbeitsstätte, an dem jeder sich potenziell treffen und informell interagieren kann. Wie der Name sagt, geht es dabei um räumlich definierte Orte; der gemeinsame Nenner besteht in der Verortung der Teilnehmenden und der Möglichkeit zur Entstehung von florierenden Gemeinschaften: „Der dritte Ort ist eine generelle Bezeichnung für eine große Vielfalt öffentlicher Räume, in welchen regelmäßige, freiwillige, informelle und freudig erwartete Zusammenkünfte von Individuen stattfinden und die eine zentrale Situation informellen öffentlichen Lebens darstellen" (Oldenburg 1999: 16). Oldenburg argumentiert darüberhinaus, dass dritte Orte eine wichtige Rolle bei der Entwicklung von Gemeinschaften und Communities spielen und dabei helfen, Staatsbürgerschaft zu stärken. Sie sind damit „zentral für politischen Prozesse einer Demokratie" (Ebd.: 67). Doch sollte darauf hingewiesen werden, dass für Oldenburg nicht nur bestimmte Typen von Örtlichkeit einen dritten Raum darstellen; sie existieren vielmehr, sobald Örtlichkeiten bestimmte soziale und umgebungsbedingte Eigenschaften aufweisen.

Für Oldenburg ist das Problem, dass dritte Orte, sofern sie jemals in den Vereinigten Staaten existiert haben, im Untergang begriffen sind. Manche Forscher wandten sich dem Internet zu, von dem erwartet wurde, einige dieser Funktionen zu erfüllen. In Anbetracht der unterschiedlichen Dynamiken von Orten in einer Online-Umgebung hat Wright (2012b) sich dafür ausgesprochen, das Konzept des dritten Ortes theoretisch neu zu fassen als einen formell nicht-politischen Diskussionsort, an dem politische Gespräche entstehen können (für Einzelheiten siehe Wright 2012b).

Die Analyse dritter Orte online hat begonnen, Wurzeln zu fassen und wir wissen mittlerweile weitaus mehr über die Art politischer Gespräche an solchen Orten – insbesondere über Online-Diskussionsforen, die nicht formell politisch sind. Die Forschung zeigt erstens, dass an dritten Orten häufig politische Gespräche stattfinden. (Graham/Wright 2014; Wojcieszak/Mutz 2009). Zweitens sind die Debatten oft differenziert. So werden Behauptungen üblicherweise mit Beweisen untermauert, wohingegen Angriffe ad hominem und *Flame Wars* vermieden werden. Aber wir beginnen erst, zu verstehen, ob derlei Gespräche zu politischen Aktivitäten oder Aufrufe zum Handeln führen (Graham et. al. 2015) – eine Fragestellung, welche dieser Beitrag verfolgt.

4 | Vorgehensweise

Zur Klärung der Fragestellung wurde über fünf Jahre lang eine inhaltliche Analyse von Postings in den Foren von zwei Online-Lifestyle-Gemeinschaften vorgenommen. Wir haben uns dafür entschieden, zwei der beliebtesten und scheinbar nichtpolitischen Foren zu analysieren, welche sich mit Aspekten von Alltagsleben im Vereinigten Königreich konzentrieren – persönliche Finanzen und Kindererziehung/Elternschaft – und in denen tagtäglich eine Vielfalt von Online-Konversationen stattfinden. Obwohl diese augenscheinlich nicht-politisch sind, hat die Forschung gezeigt, dass an solchen Orten weitreichende politische Gespräche stattfinden können (Graham/Wright 2014).

Die zwei Fallstudien decken während des Analysezeitrahmens drei Millionen registrierter Mitglieder und fast 44 Millionen einzelne Postings ab. Wir wählten zunächst das Forum *Money Saving Expert* (MSE) aus, das vom Finanzguru Martin Lewis erstellt wurde, jedoch im Jahr 2012 für 87 Millionen britischer Pfund an die Preisvergleich-Webseite moneysavingexpert.com verkauft wurde. Das Forum hat 114 Unterforen, die sich hauptsächlich mit persönlichen Finanzen befassen, allerdings gibt es auch andere Bereiche, in denen gechattet wird. Im Forum herrscht ein Gemeinschaftsgefühl vor, in dem viele aktive

Super-Teilnehmer positive diskursive Rollen einnehmen und bedeutungsvolle politische Gespräche in Gang bringen (Graham/Wright 2014). Im Zeitraum der Analyse gab es im MSE-Forum 36,6 Millionen Postings von 1,3 Millionen Mitgliedern über 2,5 Millionen Threads (Gesprächsstränge), dazu ein Team professioneller Moderatoren, welche die Debatten beaufsichtigten.

Zweitens analysierten wir Netmums, eine nicht-profitorientierte Webseite zu Elternschaft, die im Jahr 2000 eingerichtet wurde. Die zentrale Webseite von Netmums bietet Möglichkeiten, sich über lokale Gruppen im ganzen Vereinigten Königreich on- und offline zu vernetzen. Das Diskussionsforum von Netmums, das Kaffeehaus, ist von zentraler Bedeutung für die Gemeinschaft. Dort gab es 9.3 Millionen Postings von 1.7 Millionen Nutzern. Es lohnt sich, darauf hinzuweisen, dass das Forum ein professionelles Team zur Unterstützung von Eltern hat. Es besteht aus intern fortgebildeten Mitarbeitern und Beratern, dazu kommen externe Unterstützung und Beratung von Organisationen wie *Relate* und dem Büro für Bürgerberatung. Darüberhinaus gibt es ein Moderatorenteam, welches Debatten leitet.

Die Auswahl basiert auf einer früheren Langzeitstudie (2010-2014) der zwei benannten Foren. Nach einer Stichwortsuche verschiedener politischer Begriffe (z.B. Politiker, Parteien und Institutionen) wurden 3000 Diskussionsstränge (bestehend aus 1.081.989 Beiträgen) in die Analyse einbezogen, in denen politische Gespräche auftauchten. Auf Grundlage dieser Auswahl wurden für diese Studie eine zufällige Unterauswahl von 100 Diskussionssträngen (50 pro Forum) ausgewählt, in denen es um Sparmaßnahmen (darunter Leistungskürzungen, Bankenwesen und die Wirtschaftskrise) ging. Dazu wurden Diskussionsstränge berücksichtigt, die politisch begannen (mit der Absicht, politische Gespräche zu führen) in gleichem Maße berücksichtigt wie denjenigen, die dies nicht taten (wo sich also politische Gespräche im Zuge von Diskussionen über Alltagsangelegenheiten ergaben). Die Auswahl bestand aus 12.605 Postings (MSE 7242; Netmums 5363).

Der Kodierungsrahmen für die inhaltliche Analyse beinhaltete verschiedene Codes, aber der Schwerpunkt lag darauf, jeden einzelnen Beitrag darauf zu untersuchen, ob eine politische Aktivität oder ein Aufruf zu politischem Handeln zu finden war. Politische Aktivitäten wurden definiert als Postings, in denen Teilnehmer explizit Aussagen darüber machten, dass sie in jüngerer Zeit politisch aktiv waren, in der Gegenwart oder Zukunft politisch tätig werden würden, oder zu politischem Handeln aufriefen. In allen Fällen sollten die Aktivitäten im Kontext eines kollektiven Gutes stehen und ihrem Wesen nach sozial oder politisch sein. Auf Grundlage von Ekman und Amnas Typologie zivilen Engagements (2012) wurden zwanzig politische Aktivitäten identifiziert. Alle Aktivitäten wurden daraufhin kodiert, an wen oder was die Aktivität sich richtet (z.B. Regierung, Unternehmen). Darüberhinaus berücksichtigte der Kodierungsrahmen Kategorien für das (anfängliche) Thema des Diskussionsstrangs, die dominante Kommunikationsform, und politische Vorschläge. Eine ausführliche Version des Kodierungsrahmens ist in Graham, Jackson und White (Druckerzeugnis) zu finden.[2]

5 | Politische Aktivitäten

Als ersten überraschenden Befund gab es in 67% der Diskussionsstränge politische Aktivitäten (z.B. Aufrufe zu Aktivitäten). Wie Tabelle 1 zeigt, wurden in 67 der 100 ausgewählten Diskussionsstränge 737 individuelle politische Aktivitäten identifiziert (36=MSE; 31=Netmums).

Welche Handlungstypen gab es? Die häufigsten waren mit 39 Prozent außerparlamentarische Formen von Partizipation. Die beliebtesten Aktivitäten bestanden an der Teilnahme oder Organisation einer Kampagne oder eines Protestes, Erstellung oder Unterzeichnung einer Petition (13%); sowie Boykott und Verbraucheraktivismus (8%), wie die drei folgenden Beispiele illustrieren:

Beispiel 1 (Netmums): Ganz ehrlich, ein Teil von mir hätte liebend gerne einen Schülerstreik, ich bin mit so vielen der Änderungen unzufrieden und ich weiß, dass es anderen Eltern auch so geht, ich bin nicht sicher, ob das funktionieren oder etwas bringen kann, aber ich weiß nicht, ich denke einfach laut darüber nach, wie Eltern gemeinsam ihre Meinung zum Ausdruck bringen können auf eine Weise, die nicht auf den Müll geworfen und ignoriert werden kann.

Table 1: Breakdown of political actions (%)

	MSE (N=531)	*Netnums (N=206)*	*Total (N=737)*
Formal political actions			
Contact MP	30.7	10.7	25.1
Vote	1.9	14.1	5.3
Volunteer: political party or trade union	0.1	8.3	2.4
Join a political party or trade union	0.2	1.0	0.4
Run for public office	0.6	1.0	0.7
Extra-parliamentary political actions			
Boycott/Consumer activism	6.2	11.2	7.6
Sign Petition	12.6	4.9	10.4
Start/Organize Campaign/Protest	11.9	3.4	9.5
Join/Participate Campaign/Protest	5.8	13.6	8.0
Create Petition	1.9	3.9	2.4
Civil disobedience	0.6	2.9	1.2
Civil political actions			
Donate money to a charity	1.3	1.0	1.2
Contact news media	13.7	0.0.	9.9
Participate in community- or societal-based activities	0.4	2.4	0.9
Volunteer: social work, charity work, faith-based community work	0.8	2.4	1.2
Other political actions			
Forum-based activism*	4.1	7.8	5.2
Other	7.2.	11.7	8.4

*This consisted of forum specific actions such as when people used the forum to educate each other on the workings of the political system in order to facilitate political actions.

> Beispiel 2 (MSE): Ob wohl eine elektronische Petition etwas bringen würde? Laut der Regierungs-Webseite epetitions.direct.gov.uk sind „E-Petitionen eine einfache Art für Sie, Regierungspolitik im Vereinigten Königreich zu beeinflussen. Sie können zu allen Zuständigkeiten der Regierung eine E-Petition erstellen, und wenn diese mindestens 100.000 Unterschriften erhält, kann sie im Parlament diskutiert werden." Es gibt schon einige Petitionen zum Kindersteuer-Kredit, aber nicht zu diesem Thema. Will jemand unterzeichnen? Wenn ja, mach ich mich dran.

> Beispiel 3 (MSE): Für jeden, der wirklich ein Exempel statuieren will – bestellt einfach etwas von ihnen und schickt es direkt wieder zurück – und schreibt auf das Rücksendeformular (unter Gründen für die Rückgabe) dass ihr dagegen seid, dass sie sich weigern, Unternehmenssteuern innerhalb des Vereinigten Königreichs zu zahlen. Die Retouren kosten sie Geld, und sie müssen alle Rückgabegründe erfassen, also wird die Botschaft verstanden werden. Danke fürs Aufmachen dieses Strangs. Gut zu wissen, dass nicht alle von uns käuflich sind.

Im ersten Beispiel sprachen Teilnehmer/Eltern zunächst über einen anstehenden Lehrerstreik und wandten sich dann jüngeren Änderungen der Schulregeln und Verfahren zu. Über den Verlauf des Diskussionsstrang formierte sich ein Konsens: indem sie ihre persönlichen Erfahrungen, Frustrationen, und Meinungen mitteilten, begannen Teilnehmer, gemeinsame Probleme und Sorgen zu identifizieren und von reaktiven Gesprächen dazu überzugehen, kollektive Aktivitäten zu planen (oder damit anzufangen). Im zweiten Beispiel begann die Diskussion ähnlich als Debatte über Kürzungen, welche die Regierung im Bereich Kindersteuer-Kredit plante. Durch das Mitteilen und Debattieren über ihre Meinungen und Erfahrungen begannen die Teilnehmer ein breiteres Verständnis dafür zu entwickeln, was in ihrem Interesse lag und welche Aktivitäten sie unternehmen konnten – nämlich die Erstellung und Entwicklung einer E-Petition. Im dritten Beispiel ging die Diskussion zunächst um Berichte, in denen Amazon vorgeworfen wurde, keine Unternehmenssteuer zu zahlen. Die Teilnehmer nutzten den Diskussionsstrang nicht nur dazu, ihre Meinungen kundzutun, sondern auch, um Verbraucheraktivitäten und Unterstützung zu organisieren. Der Strang wurde damit letztlich zu einer Unterstützergruppe, in der Teilnehmer sich dabei halfen, Käufe bei Amazon zu vermeiden.

Die zweithäufigste Partizipationsform waren formale politische Aktivitäten (34%). Besonders beliebt war bei Foristen die direkte Kontaktaufnahme zu Parlamentariern, die ein Viertel aller Aktivitäten darstellte. Hier sehen wir eine Bewegung hin zu individuelleren Aktionen (im Gegensatz zu den oben beschriebenen kollektiven Formen). Zwar nutzten Teilnehmer stellenweise die Diskussionsstränge, um kollektive formale Aktivitäten zu fördern und diese zu organisieren (z.B. Briefe der Forumsteilnehmer an Abgeordnete), jedoch ging es hauptsächlich um individuelle Aktivitäten (oder den Aufruf an andere dazu), wie Beispiel 4 zeigt:

> Beispel 4 (Netmums): Ich finde es furchtbar wie sie Leute behandeln [Mitarbeiter von Arbeitsämtern] ...als ich schwanger war, musste ich [Arbeitslosengeld] beantragen so ein Stress ... einmal sollte ich Unterlagen zum Kopieren mitbringen. Der Berater sagte, diese Angaben brauchen sie nicht, also dachte ich okay ... ich hab eine Woche später angerufen, weil ich nichts gehört hatte ... sie konnten meinen Antrag nicht bearbeiten, weil sie die Angaben nicht hatten, die ich mitgebracht hatte und die der Typ nicht kopiert hatte. Ich war so wütend, die ganzen Schwangerschaftshormone! Ich bin mit allen meinen Unterlagen dahingegangen und sie haben mir gesagt, ich könnte mit keinem Mitarbeiter sprechen ...

> dann kommen diese zwei ‚Türsteher?' ... als ob ich Ärger machen will, ich wollte aber nur meine Meinung sagen ... das ist das Problem ... man kann nicht seine Meinung sagen weil sie dich wie Dreck behandeln (das Gefühl hatte ich) das muss sich alles ändern. Man kann mit niemandem reden, man braucht einen Termin. Du rufst die Hotline an und die sagen dir, du sollst vorbeikommen ... beschwer dich beim Abgeordneten. Hätte ich echt machen sollen.

Bennet erklärt die Abwendung von der Befassung mit formeller Politik wie folgt: „Viele Bürger sind anscheinend zu dem Schluss gekommen, dass Regierungen schlimmstenfalls für die im Privatleben vorherrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse verantwortlich sind und bestenfalls wenig hilfreich dabei sind, diese zu verbessern." (Bennet 1998: 758). Wie das obige Beispiel zeigt, ermutigten sich Foristen andere Individuen wesentlich dazu, sich durch persönliche Aktivitäten in den politischen Prozess einzubringen. Der Unterschied bestand jedoch darin, dass die meisten Bekundungen dieser Art dann geäußert wurden, wenn Probleme mit einer scheinbar gesichtslosen Bürokratie auftraten, die auf individuelle Anliegen nicht reagierte. Beispielsweise galten Parlamentarier als effektiv dabei, Antworten zu beschaffen und Veränderungen in Gang zu bringen, weil angenommen wurde, dass die Behörde die Vorwürfe aufnehmen und reagieren müsste. Parlamentarier wurden also nicht als Problem wahrgenommen, sondern als Methode zur Lösung persönlicher und privater Beschwerden im Umgang mit staatlichen Behörden – eine Beschwerdestelle also.

An wen wandten sich die Aktivitäten? Die Aktivitäten wandten sich größtenteils an die Regierung (50%) und bezogen sich primär auf Leistungskürzungen. Unternehmen waren auch ein beliebtes Ziel, häufig im Zusammenhang mit Berichten über Steuerumgehung, sie machten 29% aus. Diese Ergebnisse spiegeln hauptsächlich die Auswirkungen der fortdauernden Rezession auf das Alltagsleben wieder, sowie eine Reihe von angekündigten Reformen des Sozialhilfesystems seitens der Regierung und durchgeführte Kürzungen öffentlicher Leistungen. Dazu berichteten Teile der britischen Presse ausführlich über Sozialstaatsreformen, die auch in unseren Foren ausgiebig diskutiert wurden. Sie machten 45% der politischen Gespräche in den Diskussionssträngen aus (die wirtschaftliche Lage machte 41% aus).

Obwohl wir wesentliche Ebenen politischer Aktivitäten fanden, bestand auch Frustration und Verwirrung darüber, wie man sich einbringen oder partizipieren soll. Ein Netmums-Poster äußerte sich wie folgt: „Glaubt hier noch jemand, dass diese ganze Arbeitssituation und Förderung neu gestaltet werden muss? Wir Mütter werden eh schon unfair benachteiligt, da wir mit unseren Ansichten und Lebenssituationen nicht im Parlament vertreten sind. Ich glaub einfach nicht, dass wir gerade eine Stimme haben." Auch dort, wo dies nicht explizit geäußert wurde, äußerten sich Foristen in beiden Communities frustriert über Regierungspolitik, gegen die sich allerdings nichts tun ließe. In solchen Beispielen war häufig nicht klar, ob es den Betreffenden nicht in den Sinn kam, aktiv zu werden, oder ob sie nicht glaubten, dass eine Aktivität Wirkung entfalten könnte – oder eine Mischung aus beiden: „Ich nutze kein terrestrisches Fernsehen, aber wir müssen trotzdem Fernsehgebühren zahlen. Ich finde die viel zu hoch, aber wir haben keine Wahl [...] es ist so frustrierend, dazu gezwungen zu werden, zu zahlen und absolut nichts für meinen Haushalt dafür zu bekommen."

6 | Alltägliche Gespräche: Erkennen, Aktivieren und Mobilisieren

Ein Hauptbestandteil des Mobilisierungspotenzials von MSE und Netmums war die Rolle und Wirkung von *alltäglichen Gesprächen*. Auch in vielen Strängen, in denen zunächst Frustration und Verwirrung geäußert wurden, gelang es einigen Teilnehmern, dies zu überwinden, indem sie sich einander mitteilten, zuhörten und unterstützten. Im Zuge alltäglicher Kon-

versationen und politischer Debatten fiel den Teilnehmern auf, dass sie ähnliche Probleme und Beschwerden hatten. Sie fingen an, eine gemeinsame Stimme zu entwickeln, die sie entweder dazu brachte, kollektive Aktivitäten zu organisieren oder zu planen oder spezifische (individuelle) Aktivitäten durchzuführen, die sie wiederum ihren Mit-Foristen in den Diskussionssträngen mitteilten (häufig, um diese dazu zu bewegen, ihrem Beispiel zu folgen). Im Besonderen entstanden 58% aller Aktivitäten aus alltäglichen (politischen) Gesprächen.

Wie im Absatz zur Vorgehensweise erwähnt, wurden Diskussionsstränge, welche von Anfang an politisch gefärbt waren, zu 50 Prozent berücksichtigt. Die anderen 50 Prozent bestanden aus Gesprächen, bei denen sich politische Gespräche aus dem Reden über Alltagssituationen ergaben. Überraschenderweise führten die zunächst unpolitischen Stränge (33 von 50 Strängen, oder 66%) gleichermaßen häufig zu Aktivitäten wie die politischen Stränge (34 von 50 Strängen, 68%). Bei einer genaueren Betrachtung der Eingangsthemen, die politischen Aktivitäten führen (N=67, siehe Tabelle 2) zeigt sich, dass sich Aktivitäten aus einer Reihe alltäglicher Gespräche ergaben (welche die Lifestyle-Themen der zwei Foren widerspiegelten), darunter entfielen etwas mehr als ein Drittel aller Stränge auf die Themen persönliche Finanzen, Sport, Elternschaft und Kindererziehung.

Die wissenschaftliche Untersuchung von Lifestyle-Communities online ist auch deshalb wertvoll, da sie sich an einer Schnittstelle zwischen Öffentlichkeit und Privatheit, Politischem und Persönlichem befinden und diese Themen verhandeln. Wenn sich politische Gespräche ergaben, waren diese häufig stark mit den persönlichen Erfahrungen der Teilnehmer verwoben. Diese Verbindung erklärt, warum viele Stränge politisch wurden; Politik wurde begriffen als etwas, das Alltagsleben beeinflusst, sich auf Forumsteilnehmer auswirkt und bei dem Mobilisierung möglich war. Sie fühlten sich betroffen, weil das Thema ihr Selbst betraf, nicht Politik – und umgingen so eine Barriere, die viele Bürger davon abhält,

Table 2. Initial topics of threas containing/led to political action

Topics	MSE (N=36)	Netmums (N=31)	Total (N67)
Politics	61.1	38.7	50.7
Personal Finance	16.7.	6.5	11.9
Sports	0.0	25.8	11.9
Parenting and Childcare	2.8	19.4	10.4
News & Current Events	5.6	9.7	7.5
Health & Well-being	8.3	0.0	4.5
Work	2.8	0.0	1.5
Home Improvement	2.8	0.0	1.5

sich zu engagieren. Harris and Wyn (2009: 339) zeigten auch, dass politische Aktivitäten möglicher und sinnvoller erschienen, wenn es um lokale und persönliche Themen ging, die (junge) Menschen real im Alltag ergreifen können.

Der persönliche Charakter politischer Gespräche wurde begleitet von einer Kultur der Unterstützung – ein weiterer Faktor, der anscheinend dazu beitrug, das Potenzial des Forums zu mobilisieren. Dies tauchte als wichtiges Thema auf, als wir die Kommunikationsform analysierten, welche Teilnehmer beim Reden über Politik nutzten. Politische Gespräche werden in der Regel mit Streit und Debatten assoziiert. So ergab die Forschung zum Charakter von Gesprächen in Online-Foren, die sich mit Politik befassen, dass diese üblicherweise mit Streitgesprächen einhergehen: rational-kritischen Debatten (vgl. Graham 2015 für einen Überblick). Alle 100 Stränge in unserer Auswahl wurden auf ihren generellen und vorherrschenden Kommunikationscharakter hin kodiert bzw. untersucht. Wenn politische Gespräche auftauchten, taten sie das in etwas mehr als der Hälfte der Stränge (51%) in Form von Debatten und argumentativen Gesprächen. Jedoch war auch Beratung und Unterstützung eine häufige Kommunikationspraxis, die in ihrer dominanten Form 24% der Stränge ausmachte. Darüberhinaus waren viele der weniger erbaulichen Diskurspraktiken anderer explizit politischer Foren, wie z.B. Polarisierung (Sunstein 2001) und Unhöflichkeit (Davis 1999), in den politischen Gesprächen bei MSE und Netmums weniger ersichtlich. Das Forum eignete sich also besser für politische Gespräche, die auf gegenseitiges Verständnis und Unterstützung abzielten, als auf ein Gewinnen der Debatte.

Da sowohl MSE als auch Netmums Selbsthilfe betreffen, ist eine Kultur von Unterstützung nicht verwunderlich. Vor allem im Zusammenhang mit Sparmaßnahmen kamen viele Teilnehmer in diese Räume, um dort Hilfe und Unterstützung zu finden; sie sind dort, um zuzuhören und zu helfen oder ihre Geschichten zu erzählen und Unterstützung von anderen zu erhalten. So zeigte beispielsweise die Analyse von Graham und Wright (2014), dass *Super-Teilnehmer* in MSE, also die aktivsten Foristen, eine mehrheitlich positive Funktion einnahmen, indem sie ihre Mit-Foristen berieten und unterstützten. Solch eine Haltung förderte nicht nur das Gemeinschaftsgefühl, sondern machte auch politische Aktivitäten wahrscheinlicher. Zum Beispiel war es vielen Foristen ein Anliegen, durch persönliche Handlungen in ihrem Alltag aktiv zu werden (oder anderen dabei zu helfen) – von der Erlangung eines Krisenkredits oder einer Sozialwohnung zum Umgang mit Schulden und Arbeitssuche. Wir glauben, dass diese handlungsorientierte Haltung (die betreiberseitig durch aktive Moderation der Foren unterstützt wird), zusammen mit dem persönlichen und alltäglichen Charakter der Foren, den Weg zu politischen Aktivitäten unterstützten.

Der interaktive und reziproke Charakter des Forums und die Kommuniktionspraktiken der Foristen waren weitere wichtige Faktoren, die die Hinwendung zu politischen Aktivitäten erleichtern. Im Gegensatz zu vielen (neuen) Medien (z.B. Twitter) scheinen Diskussionsforen diskursiven gegenseitigen Austausch zu befördern. Der Charakter der Plattform erlaubt Teilnehmern, sich Zeit zum Lesen und Antworten von Beiträgen zu nehmen, und die Darstellung der Antworten macht die Teilnahme und Verfolgung von Diskussionen einfacher und kohärenter als viele der neueren Social-Media-Plattformen. Diese Eigenschaften, sowie die persönlichen Bezüge und eine Kultur der Unterstützung, fördern anscheinend bedeutungsvolle Interaktionen, in denen sich Beziehungen; ein Gemeinschaftsgefühl; und tiefere Verständnisebenen entwickeln können.

Diese Kommunikationsumgebung scheint auch das zu befördern, was McAfee (2000: 134–135) komplementäre Haltungseinnahme nennt: „Ich meine damit, dass Menschen zusammenkommen, um ein neues und umfassenderes Verständnis dessen zu entwickeln, was in ihrem Interesse liegt. [...] Sie helfen einander

dabei, ein umfassenderes Bild des Ganzen zu erlangen." Ein weiteres gutes Beispiel war die Häufigkeit von politischen Debatten:

> Beispiel 5 (MSE): Vielleicht ist Jobsharing die Zukunft. Im Vereinigten Königreich gibt es einen Mangel an normalen Vollzeitstellen. Da wir jetzt in der „Big Society" sind, scheint diese Option eine faire und wird die Arbeitslosenzahlen im Vereinigten Königreich vermindern, leider wird es auch für einige Lohneinbußen geben. Leute, die auf Sozialleistungen angewiesen sind und denen mitgeteilt wird, dass ihre Leistungen gekürzt werden, sind in der gleichen Situation.

Wie die Beispiele zeigen, bewegten sich Teilnehmer von reaktiven Gesprächen über ein politisches Thema dahin, neue Strategien einzuführen bzw. vorzuschlagen oder Änderungen an Regierungspolitik anzuregen. In den Foren unserer Auswahl wurden 1138 Politikvorschläge eingeführt, und sie tauchten in 56% aller Stränge auf (22/50 MSE; 34/50 Netmums). Die Teilnehmer brachten nicht nur Vorschläge ein, sondern reflektierten und diskutierten sie, entwickelten Vorschläge und ein Verständnis ihrer Interessen. Neben der Entstehung affektiver Bindungen durch bedeutungsvolle Interaktionen mit anderen schienen diese intersubjektiven Prozesse die Einnahme politischer Haltungen zu kultivieren, indem sie Teilnehmer zu politischen Aktionen aktivierten und mobilisierten.

7 | Schlussbemerkung

Dieser Beitrag untersuchte die Dynamiken politischer Mobilisierung in zwei Online-Communities, die sich mit Lifestyle-Themen befassen. Unsere Untersuchung ergab, dass das Niveau politischer Mobilisierung höher lag, als nach unserer Einschätzung oder der vorherigen Literatur zu erwarten war. Auffallend war auch die Rolle und Wirkung von Gesprächen über alltägliche Themen, die häufig politische Aktivitäten beförderten. In diesen Online-Communities gibt es also bürgerschaftliches Engagement. Online-Communities stellen demnach mehr als nur Gesprächsforen dar, diese Erkenntnis erweitert unser Verständnis der politischen Rolle vermeintlich nichtpolitischer, alltäglicher Orte. Der Wert einer Untersuchung dritter Orte ergibt sich auch aus ihrem ambivalenten Charakter als Raum für Verhandlungen zwischen dem Öffentlichen und Privaten, dem Politischen und Persönlichen. Es wurde deutlich, dass sowohl MSE als auch Netmums produktive Orte sind, um private Probleme in öffentliche Aktivitäten umzuwandeln. Wir argumentieren, dass dies der Fall ist, weil die Themen selbststatt politikbezogen waren, wodurch eine der Barrieren umgangen wurde, die viele Bürger heutzutage davon abhält, politisch aktiv zu werden, weil sie sich von formaler Politik abgekoppelt fühlen.

Obwohl die Betreiber von MSE und Netmums (über ihre Unternehmensleitbilder und zeitweilige Moderations- und Unterstützungspraktiken) die Foren explizit als Orte konzipiert hatten, in denen Mitglieder durch Kampagnen und Konsultationen zu Wort kommen sollen, sind wir aufgrund der Verhaltensmuster von Teilnehmern recht sicher, dass die überwiegende Mehrzahl nicht dort ist, um über Politik zu sprechen. Wir argumentieren darüberhinaus (auf Grundlage hunderter Stunden von Beobachtung), dass die meisten Forennutzer sich nicht als sonderlich politisch engagiert oder aktiv sehen. Dennoch ließen sie sich zu unterschiedlichen politischen Aktivitäten mobilisieren. Wir führen dies zurück auf den persönlichen Charakter der Foren und ihre Verbindungen zum Alltagsleben; eine Kultur von Hilfe und Unterstützung; sowie die reziproken Möglichkeiten der Plattform und den interaktiven Charakter der Community.

Allerdings sind unsere Ergebnisse auf zwei Fallstudien beschränkt, bei denen unklar bleibt, ob sie typische Beispiele dessen darstellen, was in Online-Communities mit Lifestyle-Fokus geschieht. Zukünftige Forschung sollte daher

anfangen, die Vielfalt von dritten Orten (z.B. in den Bereichen Elternschaft, persönliche Finanzen, Fernsehen/Film, Essen/Kochen) und die Funktionen der Communities (z.B. persönliche Unterstützung und Beratung, Debatten, Bewertung von Geschäften oder Produkten) thematisch zu vergleichen.

Obgleich unsere Studie Einblick darüber erlaubt, wie in realen sozialen Situationen politische Gespräche zu Aktivitäten führen, sollten zukünftige Untersuchungen auch Methoden einbeziehen, welche die Wahrnehmung und Erfahrungen von Teilnehmern einbeziehen. Dies könnte Interviews mit Schlüsselpersonen einschließen, z.B. Menschen, die laut Untersuchung politische Aktivitäten vorgenommen haben, sowie Foren-Administratoren und Betreiber. Interviews mit ersteren könnten erörtern, ob tatsächlich Aktivitäten stattfanden und welche Rolle das Forum dabei spielte, mit letzteren könnten sie zu einem besseren Verständnis dessen beitragen, ob und wie Betreiber die politische Rolle ihres Forums sehen, und wie sie diese fördern. Neben Interviews könnten Fokusgruppen oder Umfragen mit mehreren Teilnehmern deren Ansichten zu politischen Gesprächen und Aufrufen dazu untersuchen (vermeiden sie dies?); ob Teilnehmer über das Forum zu politischen Handlungen finden (und was diese Entscheidung beeinflusst); sowie den Hintergrund und die breiteren Aktivitäten von Teilnehmern (sind es die „üblichen Verdächtigen"?).

Dr. Todd Graham ist Assistant Professor in Journalism and Political Communication an der Universität Groningen. Kontakt: t.s.graham@rug.nl

Übersetzung ins Deutsche: Miriam Küller

Anmerkungen

[1] Die *Big Society* war eine wichtige politische Ideologie, die von der konservativen Partei des Vereinigten Königreichs vor den Parlamentswahlen im Jahr 2010 propagiert wurde. Obwohl das Konzept nur wenig ausgearbeitet war, gründete es sich wesentlich auf den konservativen Kommunitarismus und libertären Paternalismus im Geiste von Sunstein und Thaler (2003). Zentrale Elemente waren die Ermächtigung von Gemeinschaften und die Befürwortung eines Rückzug des Staates, um Aktivitäten seitens von Gemeinschaft und Individuum zu ermöglichen. Kritiker betrachteten dies jedoch als Rechtfertigung für die Kürzung staatlicher Leistungen. Das Konzept ist über die Zeit der Regierungskoalition in den Hintergrund getreten – obwohl viele der Aktivitäten und Strategien nach wie vor bestehen, wird der Begriff *Big Society* selten benutzt.

[2] Das vollständige Kodierungshandbuch enthält eine genaue Beschreibung der Auswahlverfahren und ist auf Nachfrage erhältlich.

Literatur

Bauman, Zygmunt 2000: The individualized society. Cambridge: Polity Press.

Beck, Ulrich 1997: The reinvention of politics: Rethinking modernity in the global social order. Cambridge: Polity Press.

Bennett, Lance W. 1998: The uncivic culture: Communication, identity and the rise of lifestyle politics. *PS: Political Science and Politics*, 31(4), 740-761.

Bennett, Lance W./Segerberg, Alexandra 2012: The logic of connective action: Digital media and the personalization of contentious politics. *Information, Communication/Society*, 15(5), 739-768.

Boyte, Harry C. 2014: Higher education and the politics of free spaces. Available at: http://www.huffingtonpost.com/harry-boyte/higher-education-and-the-_3_b_5747818.html. [18.11.2014].

Coleman, Stephen/ Blumler, Jay G. 2009: The internet and democratic citizenship: Theory, practice and policy. Cambridge: Cambridge University Press.

Davis, Richard 1999: The web of politics: The Internet's impact on the American political system. Oxford: Oxford University Press.

Ekman, Joakim/Amna, Erik 2012: Political participation and civic engagement: Towards a new typology. *Human Affairs*, 22(3), 283-300.

Evans, Sara M/Boyte, Harry C. 1986: Free spaces: The sources of democratic change in America. New York: Harper and Row.

Graham, Todd (in press). Everyday political talk in the internet-based public sphere. In: Stephen Coleman/Deen Freelon (Eds). Handbook of digital politics. Cheltenham: Edward Elgar.

Graham, Todd/Jackson, Dan/Wright, Scott (Druckerzeugnis). From everyday conversation to political action: Talking austerity in online ‚third spaces', *European Journal of Communication*.

Graham, Todd/Wright, Scott 2014: Discursive equality and everyday talk online: The impact of „super-participants". *Journal of Computer-Mediated Communication*, 19(3), 625-642.

Harris, Anita/Wyn, Johanna 2009: Young people's politics and the micro-territories of the local. Australian Journal of Political Science, 44(2), 327-344.

Hay, Colin 2002: Political analysis: A critical introduction. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

McAfee, Noelle 2000: Habermas, Kristeva, and citizenship. Ithaca, NY: Cornell University Press.

Papacharissi, Zizi 2010. A private sphere: Democracy in a digital age. Cambridge: Polity Press.

Stolle, Dietlinde/Micheletti, Michele 2013: Political consumerism: Global responsibility in action. Cambridge: Cambridge University Press.

Sunstein, Cass R. 2001: Republic.com. Princeton: Princeton University Press.

Sunstein, Cass R./Thaler, Richard H. 2003: Libertarian Paternalism is Not an Oxymoron, *The University of Chicago Law Review*, 70(4), 1159-1202.

Wojcieszak, Magdalena/Mutz, Diana 2009: Online Groups and Political Discourse: Do Online Discussion Spaces Facilitate Exposure to Political Disagreement?'. *Journal of Communication* 59 (1), 40-56.

Wright, S. (2012a). Politics as usual? Revolution, normalization and a new agenda for online deliberation. *New Media & Society*, 14(2), 244-261.

Wright, S. (2012b). From ‚third place' to ‚Third Space': everyday political talk in non-political online spaces. In: *Javnost: The Public*, 19(3), 5-20.

Neue Formen des Konsums aus Sicht der Politik

Jana Rückert-John, René John und Melanie Jaeger-Erben

1 | Alltag, Konsum und nachhaltige Transformation

Seit einigen Jahren haben sich zunehmend alternative Formen des Konsums entwickelt, bei denen die Nutzung von Produkten nicht mehr mit ihrem Besitz einhergeht oder individuelle Konsumformen von gemeinschaftlich organisierten abgelöst werden. Praktiziert werden sie von Initiativen und Projekten in Konsumfeldern wie Mobilität, Energie, Wohnen, Ernährung und Freizeit in Form von Nischen- oder Marktlösungen (UBA 2014). Sie reichen von Tauschnetzwerken und Teilbörsen, Werkstätten der Eigenarbeit, Carsharing oder Fahrradverleihsystemen bis hin zu Bioenergiedörfern, Gemeinschaften der solidarischen Landwirtschaft, Energienachbarschaften

oder Carrotmobs. Von vielen Initiativen und Projekten werden vor allem gesellschaftliche Probleme der Wachstumsökonomie wie Wegwerfmentalität und Massenproduktion, die Unmündigkeit und Abhängigkeit von Konsument_innen, Anonymität und Entfremdung von Produktionsprozessen oder Energie- und Ressourcenverschwendung aufgegriffen. Viele verfolgen die Absicht, dass sich Konsummuster wie Tauschen und Teilen, Verschenken und Leihen, Nutzen statt Besitzen, Selbermachen und Wiederaufwerten oder Reparieren als Alternativen in der Gesellschaft etablieren. Auf diese Weise sollen die auf Besitz und hohen Ressourcenverbrauch beruhenden und darum als problematisch erachteten Wirtschafts- und Konsumpraktiken sinnvoll erweitert oder ersetzt werden (Botsman/Rogers 2011).

Die Projekte und Initiativen werden häufig von Massenmedien und begleitender Forschung, vor allem aber von der Politik auf nationaler und EU-Ebene als „soziale Innovationen" bezeichnet (Barroso 2011, Howaldt/Schwarz 2010). Doch nur vereinzelt haben diese Ansätze bislang den Massenmarkt erreicht. Ein Beispiel ist die Entwicklung der geteilten Autonutzung vom klassischen standortbasierten Carsharing hin zu neuen flexiblen Mietangeboten großer Automobilunternehmen und Start-Up-Firmen. Als Vorboten einer neuen Wirtschaftsform gedeutet (VDI/Fraunhofer ISI 2014), werden den neuen Formen des Konsums langfristig erhebliche Potenziale zugesprochen. Kollaborativer Konsum und Gemeingutnutzung werden als Wirtschaftsformen der Zukunft angesehen, die das gegenwärtige, sogenannte kapitalistische und nicht-nachhaltige Wirtschaftssystem grundlegend transformieren (Rifkin 2014). Von der Sharing Economy wird als soziale Innovation etwa erwartet, dass insbesondere das über digitale Plattformen und Netzwerke organisierte Teilen und Tauschen das seit Jahrzehnten sinkende zwischenmenschliche Vertrauen wieder erhöhen und eine effizientere oder gar suffizientere und damit nachhaltigere Konsumkultur etabliert werden kann. Hoffnungen sind auch damit verbunden, dass die alternativen Konsumformen als Treiber einer Transformation der Gesellschaft zu mehr Nachhaltigkeit wirken. Sie werden als Experimente angesehen, bei denen ein gesellschaftlicher Wandel in Richtung Nachhaltigkeit bereits heute im Alltag der Konsument_innen praktiziert wird. Eine neuere politische Strategie besteht deshalb darin, die Entstehung von Initiativen alternativen Konsums in der Gesellschaft zu beobachten und von diesen Experimenten zu lernen. Dabei sollen deren gesellschaftliche und ökologische Wirkungen sowie Möglichkeiten der gezielten Förderung entdeckt werden.

Den alternativen Konsumformen wird damit jenseits der mit ihnen verbundenen Intentionen eine politisch-institutionelle Dimension zugewiesen. Erst indem die Politik die alternativen Konsumformen auf ihre Veränderungspotenziale und ihre Konformität mit den eigenen Agenden hin beobachtet, werden sie politisch in einem Maße relevant, sodass dies wiederum auf die Konsumformen und deren praktizierende Akteure zurückwirkt. Dazu muss die Politik Anknüpfungspunkte vorfinden, die in den alternativen Konsumformen angelegt sind. Aufgrund ihrer Vielfalt ist zu erwarten, dass sie für politische Deutungen ganz unterschiedlich Anlass geben. Welche Möglichkeiten hat die politische Thematisierung alternativen Konsums im Alltag und an welche Grenzen stößt sie dabei?

Für die Erörterung dieser Frage wird im Folgenden zunächst diskutiert, wie an Nachhaltigkeit orientierte Formen alternativen Konsums als Praktiken beschrieben werden können, um ihr innovatives Potenzial offenzulegen (Abschnitt 2). In diesem Rahmen werden anschließend Ergebnisse eines Forschungsprojekts vorgestellt, das zum Ziel hatte, eine Typisierung alternativer Konsumformen zu erstellen (Abschnitt 3). Anhand dieser Typisierung wird deutlich, wie unterschiedlich voraussetzungs- und anspruchsvoll alternative Konsumformen sind. In der Diskussion (Abschnitt 4) soll aufgezeigt werden, wie die Politik hieran anschließen kann, indem sie alternative Konsumformen ermöglicht und fördert.

2 | Innovative Potenziale nachhaltigkeitsorientierter Konsumpraktiken

Konsum ist heute allgegenwärtig. Die „Ausweitung der Konsumzone" (Blümelhuber 2011) ließ eine „Konsumgesellschaft" (Baudrillard 2014) entstehen, der man sich kaum entziehen kann. Solche Befunde und die anschließende Kritik zielen auf Konsum als ökonomische Kategorie, dem jedoch ein erweiterter Konsumbegriff zur Seite gestellt werden muss (Hellmann 2013; Rosa 2011). Denn Kaufentscheidungen werden nicht nur vom antizipierten bedürfnisadäquaten Gebrauchswert her bestimmt. Mit ihnen wird im Fall von Wahlmöglichkeiten darüber hinaus bestimmten Werten Geltung verschafft. Da Entscheidungen nach Gründen verlangen, ist solch moralischer Konsum nicht allein ein heutiges Kennzeichen, sondern eines privilegierter Lebenslagen. Unter den Umständen eines sozialstaatlich gesicherten hohen Lebensniveaus sind solche Wahlmöglichkeiten für immer mehr Konsument_innen gegeben (Priddat 2005).

Moralischer Konsum orientiert sich heute oft an Werten der Nachhaltigkeit. Für Konsum sind nämlich nicht nur die individuellen Präferenzen von Bedeutung. Ebenso spielen die Auswirkungen auf soziale, wirtschaftliche und kulturelle Strukturen eine Rolle (Fischer et al. 2011). Dabei handelt es sich um ein gemeinschaftliches Ziel, solche Werte als gültig vermittels individueller Anstrengungen durchzusetzen. An dieser Stelle setzt die politisierende Beobachtung mindestens der Umweltpolitik an, wenn aktuell Konsum nicht mehr nur als Kaufhandlung diskutiert wird. Mit Blick auf Tauschen, Teilen, Leihen oder Verschenken erscheint Konsum auch als Hebel für Produktions- und Verbrauchsweisen und deren Bedeutung für Ressourcen, Wohlstand und Gerechtigkeit (UBA 2014).

Konsum ist als Teil von Praktiken zu verstehen, mit denen der Alltag bestritten wird (Shove et al. 2012: 43 ff.; Jaeger-Erben/Offenberger 2014). Rückt individueller Konsum nun in den Fokus der Politik, muss diese sich auch mit dem Alltag befassen und sich auf die Formung und Reproduktion von Praktiken kaprizieren, um diese entsprechend zu verändern und Engagement auf eine so bestimmte Weise zu binden (Spurling et al. 2013).

Praktiken sind mehr als bloße Handlungen. Sie beruhen auf routiniert befolgten Skripten, die im Lebensverlauf vor allem durch Sozialisation angeeignet werden. Indem sich bestimmte Handlungsabläufe wiederholt mit hoher Frequenz gegenüber gleich erscheinenden Problemlagen als situativ relevant und in ihrer Begründung als gültig erweisen, werden die darin enthaltenen Wissenskomplexe „monothetisch" komprimiert (Knoblauch 2005: 102 f.). Das heißt, die Handlungsphasen werden nicht mehr einzeln reflektiert, sondern im Ganzen automatisch vollzogen. Die Entscheidungen, bestimmte Motive und Werte in Handlungen zu verfolgen, werden dadurch implizit. Das heißt nach Polanyi (1985: 18 f.), die jeweiligen situativen Umstände, nicht aber die eigentlichen Entscheidungen werden dann als Ursache der Praktiken verstanden, wodurch sie der Reflexion im Normalfall entzogen sind (Reckwitz 2003: 293). Indem Praktiken an kollektiv geltenden Wertsetzungen orientiert sind, leiten sie konkrete Handlungen an (Schatzki 2002). Praktiken sind Skripte mit habituellem Charakter, die in der körperlichen Performanz auf das Individuum, wegen der Wertegrundlage aber auf die soziale Verfasstheit in Kollektivbezügen und letztlich Gesellschaft verweisen.

Praktiken nehmen Strukturen im Sinne von Arrangements (Schatzki 2010) zum Anlass ihres Vollzuges und reproduzieren diese damit. So brachte beispielsweise die verstärkte Nachfrage von Bio-Lebensmitteln in Folge der BSE-Krise entsprechende Bio-Supermärkte hervor, die heute in deutschen Großstädten nicht mehr wegzudenken sind. Sachliche Aspekte der Struktur, Materialien, konkrete Räume, aber eben auch Körper ermöglichen den Praktiken ihre eigentümlichen Formen (Schmidt 2012: 55 ff.). Praktiken sind zeitlich doppelt markiert: Einerseits sind sie im ständigen Werden und Vergehen begriffen, doch erweist sich gerade

dadurch andererseits ihre Dauerhaftigkeit. In diesem Sinne hängen die konsumrelevanten Praktiken von bestimmten Arrangements ab. Zugleich sind die Arrangements in ihrer kollektiven Vermittlung aber auch Grundlage der zu Bedürfnissen geformten Motive und Erwartungen. Praktiken müssen sich darum hinsichtlich der Intentionen und den Bedingungen ihrer Erfüllung als adäquat erweisen, um zwischen ihnen zu vermitteln.

Indem Praktiken der Reflexion entzogen sind, funktionieren sie gegenüber unvermeidlichen Variationen der passenden Arrangements. Insofern sind Praktiken hyperstabil. Gleichwohl können Praktiken scheitern. Schon die Interpretationsbedürftigkeit der vielfältigen, komplexen Umwelt kann Veränderungen von Praktiken veranlassen (Reckwitz 2003: 294). Wenn sich Elemente und Reproduktionsbedingungen des Arrangements der Praktiken ändern (Shove et al. 2012: 119 ff.), geraten Praktiken aufgrund ihres Versagens in eine Krise. Solche Krisen können zu inkrementellen Veränderungsanforderungen führen, die sich durch den Austausch von Elementen des monothetischen Wissenskonglomerats bewältigen lassen. Jedoch können Praktiken sich auch als völlig überholt erweisen. Ein strukturell weitreichender Effekt ergibt sich daraus aber noch nicht. Denn im ersten Fall wird der Vollzug der Praktik variiert fortgesetzt, im anderen Fall wird sie einfach irrelevant für die Reproduktion der bereits veränderten Umweltarrangements. Wandeln sich Praktiken aber in einer Weise, die die Reproduktion der Umweltarrangements verändert, erscheinen sie innovativ. Dann haben die Praktiken mithin Konsum weitreichende strukturelle Effekte.

Darauf kapriziert sich die politische Hoffnung. Lange Zeit wurde versucht, durch personenbezogene Kommunikations- und Interventionsstrategien Praktiken zu verändern. Doch diese Aufklärungs- und Bildungskampagnen unter dem Motto der Nachhaltigkeit haben sich nach zwei Jahrzehnten als nahezu nutzlos erwiesen. Das Beharrungsvermögen der etablierten alltäglichen Routinen ist unter anderem dafür ausschlaggebend, dass trotz eines konstatierten hohen Umweltbewusstseins der Konsumentinnen und Konsumenten dieses nicht notwendigerweise mit einem entsprechenden Umweltverhalten im Alltag einhergeht. Vielmehr zeigen sich die Konsument_innen in ihren konsumrelevanten Praktiken überwiegend unbeeindruckt, und zwar trotz des zunehmenden Wissens um Umweltgefährdung (BMUB/UBA 2013). Was sich aus Sicht der Umweltpolitik als ein inkonsistentes Patchwork-Verhalten der Konsumentinnen und Konsumenten darstellt, erscheint aus Perspektive des Alltagshandelns logisch und plausibel. So kann beispielsweise die Geburt eines Kindes einerseits mit einem verstärkten Kauf von Bio-Produkten als umweltrelevante Ernährungspraktik verbunden sein, aber andererseits auch mit der Anschaffung eines Autos als umweltaverse Mobilitätspraktik (Jaeger-Erben 2010).

Wie dieses Beispiel deutlich macht, wandeln sich ohne Zweifel konsumrelevante Praktiken. Typische Anlässe dafür sind biografische Ereignisse. Die nachhaltige Suspendierung konsumrelevanter Praktiken wird etwa durch Statusveränderungen und Umbrüche im Lebenslauf, wie die Geburt von Kindern, Heirat, Gründung eines gemeinsamen Haushaltes, Arbeitslosigkeit, aber auch schwerwiegende und folgenreiche Erkrankungen ausgelöst (Jaeger-Erben/Offenberger 2014; Eberle et al. 2006; Brunner et al. 2007). Scheitern Praktiken in solchen Situationen, müssen die Individuen darüber nachdenken, wie sie ihre, oftmals auch neu entstandenen Bedürfnisse anders befriedigen können. Doch kann Politik gerade nicht mit solchen Ereignissen zur Durchsetzung ihrer Agenda rechnen.

Bei der Herausbildung alternativer Konsumformen werden darum die strukturellen Möglichkeiten der Umweltarrangements bedeutend. Die hinsichtlich der umweltpolitischen Agenda wichtigen Formen Tauschen, Teilen, Leihen, Wiederaufwerten und Verschenken brauchen bestimmte Arrangements, damit sie möglich und alltäglich praktisch werden können. Solche Arrangements und

die damit ermöglichten alternativen Praktiken des Konsums werden gegenwärtig im politischen und wissenschaftlichen Diskurs als sogenannte soziale Innovationen thematisiert. Beispiele dafür sind etwa Bioenergiedörfer, Energienachbarschaften, Tauschbörsen und Teilnetzwerke, Werkstätten der Eigenarbeit und Nähcafés, Fahrradverleihsysteme oder die Nachnutzung von Produktionsresten. Hierbei handelt es sich um unterschiedlich stark formalisierte Formen der Konsumption, von denen ein Transformationseffekt auf die wirtschaftliche Umgangsweise mit natürlichen Ressourcen in Richtung Nachhaltigkeit erwartet wird. Die betrachteten Initiativen und Projekte agieren gegenwärtig überwiegend in gesellschaftlichen Nischen. Sie haben sich längst noch nicht als selbstverständliche und erwartbare Konsumformen durchgesetzt, sodass sie (noch) keine Innovationen im eigentlichen Sinne sind, sondern im Folgenden vielmehr ihre Innovativität als Veränderungs*potenzial* im Mittelpunkt steht. Mit ihrer Sozialität wird angezeigt, dass sie die Modifizierung der Beziehungsaspekte, hin zu Partizipation, Gleichheit und Solidarität, anstreben. Aus Sicht der Politik geht es deshalb um die Frage, wie solche Arrangements, die hier als Initiativen und Projekte bezeichnet werden, verlässlich gefördert werden können, sodass die Innovativität alternativer Konsumformen und damit auch die umweltpolitische Agenda verwirklicht werden. Es geht also um die Identifikation von Ansatzpunkten zur politischen Unterstützung bei der Restabilisierung alternativer Strukturen konsumrelevanter Praktiken auf breiter gesellschaftlicher Ebene.

3 | Typologie alternativer Konsumformen

3.1 | Projekt und Methoden

Um dieser Perspektive nachzugehen, wird im Folgenden auf das Forschungsprojekt „Nachhaltiger Konsum durch soziale Innovationen – Konzepte und Praxis“ Bezug genommen. Das Projekt verfolgte die Zielsetzung, die Bandbreite an Initiativen und Projekten, denen ein innovatives Potenzial für nachhaltigen Konsum zugeschrieben wird, zu systematisieren, eine Typologie zu entwickeln und hierauf basierend Empfehlungen zur Förderung dieser Phänomene, insbesondere durch die Umweltpolitik, abzuleiten. Das Vorgehen im Forschungsprojekt lässt sich als eine Kombination deduktiver und induktiver Methoden mit ergänzender kommunikativer Validierung beschreiben. Die Untersuchung konzentrierte sich auf die Analyse empirischer Einzelfälle. Hierunter wurden Initiativen und Projekte alternativen Konsums verstanden. Die der empirischen Fallanalyse zugrunde gelegten Kriterien wurden zunächst auf Basis der vorgestellten theoretischen Überlegungen und weiterer Vorarbeiten (Bormann et al. 2011; John 2011) entwickelt und durch die Sondierung des empirischen, sekundäranalytischen Materials in mehreren iterativen Durchläufen validiert und ergänzt (siehe hierzu Rückert-John et al. 2013). Das finale Kriterienraster wurde auf die Analyse von 62 Fallbeispielen angewandt. Die Auswahl der relevanten Fälle basierte auf der Frage nach ihrem Potenzial, alltägliche Konsumpraktiken in Richtung Nachhaltigkeit langfristig zu verändern. Das empirische Material für die Analyse der Fallbeispiele bildeten primär die Selbstbeschreibungen der jeweiligen Initiativen, Projekte oder Unternehmen (wie Webseite, Flyer oder Broschüren). Zudem wurden weitere Veröffentlichungen in wissenschaftlichen und Populärmedien berücksichtigt und analysiert. Nach der Einzelfallbeschreibung auf der Grundlage der Kriterien wurde ein Fallvergleich mit dem Ziel der Entwicklung einer Typologie durchgeführt. In insgesamt drei Workshops mit wissenschaftlichen Expert_innen und Vertreter_innen der Initiativen und Projekte wurden die für die Typenbildung verwandten Kriterien, die Typologie selbst und die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen vorgestellt und diskutiert. Ergänzend wurden außerdem zehn Expert_inneninterviews zur Ergebnisvalidierung durchgeführt.

3.2 | Vier zentrale Merkmale und fünf Typen im Überblick

Aus dem Fallvergleich konnten als Ergebnis vier zentrale Merkmale gewonnen werden, die die Grundlage für fünf Typen bildeten. Basierend auf den theoretisch-konzeptionellen Überlegungen zu sozialen Praktiken und Innovationen wurden zunächst zwei Aspekte – die Innovativität und die Formalisierung – als grundlegende strukturelle und prozedurale Unterscheidungsmerkmale für die Typenbildung angenommen. Dabei wird unter der Innovativität der alternativen Praxis das antizipierte Ausmaß der Veränderung der etablierten Praktiken durch alternative Formen des Konsums verstanden. Der zweite Aspekt, die Formalisierung der alternativen Praxis, gibt einen Hinweis darauf, wie stabil die Strukturen sind, die durch oder mit der die alternative Praxis etabliert und aufrechterhalten wird.

Wurden die zwei erstgenannten Merkmale deduktiv in die Fallanalyse aufgenommen und im Anschluss empirisch evaluiert, so wurden weitere Merkmale induktiv im kontrastierenden Vergleichen der Fälle gewonnen. Als zwei zusätzliche zentrale Merkmale, die auch wesentliche Voraussetzungen dafür sind, dass die innovativen Praktiken zustande kommen und kontinuierlich reproduziert werden, konnten die zur Etablierung der alternativen Praxis notwendige Eigeninitiative und Gemeinschaftlichkeit identifiziert werden. Mit Eigeninitiative ist das persönliche Engagement der Konsument_innen gemeint, das notwendig ist, um die innovativen Alternativen zu initiieren und zu praktizieren. Das Merkmal Gemeinschaftlichkeit bezieht sich darauf, ob

zur Umsetzung der innovativen Idee Gemeinschaften gebildet werden müssen und wie stark die Gemeinschaftlichkeit der Beteiligten untereinander ausgeprägt ist.

Für die vier genannten Merkmale konnten in den Fallanalysen verschiedene Ausprägungen identifiziert werden, die sowohl von ihren Inhalten als auch von der Stärke (hoch-mittel-niedrig) variieren. Im Folgenden werden die fünf Typen alternativer Konsumformen mit Blick auf ihre jeweilige Spezifika und die dem Typ inhärente Logik vorgestellt. Zudem wird hierbei näher auf die jeweiligen Ausprägungen der zentralen Merkmale eingegangen.

Der Typ des *Do-It-Together* zielt auf die Selbstorganisation nachhaltigkeitsorientierter Konsumräume. Hierbei handelt es sich zumeist um Bottom-Up-Initiativen, wie zum Beispiel Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften oder Ökodörfer, bei denen Konsument_innen selbst die Rahmenbedingungen für Konsum gestalten und organisieren. Konsum ist hier eine Möglichkeit, Gemeinschaftlichkeit zu erzeugen und zu reproduzieren. Mit den Initiativen werden Praktiken der Produktion und Rahmenbedingungen für Konsum problematisiert, die gewissermaßen zu einer Form des Konsums zwingen, die nicht den Werten und Überzeugungen der Akteure entspricht. Die Alternative basiert auf Gegenentwürfen zur etablierten Praxis, in Form von neuen sozialen Praktiken in neu arrangierten Settings oder neuen Arrangements, die sich oftmals am Leitbild nachhaltiger Entwicklung orientieren. Dieser Typ zeichnet sich durch eine hohe Innovativität aus, da zur Etablierung dieser alternativen Praktiken ein Netzwerk von Konsumpraktiken und damit verbundene Infrastrukturen notwendig sind (z. B. Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften). Zudem ist der Typ durch eine hohe Gemeinschaftlichkeit charakterisiert, da hierfür die Bildung von Gemeinschaften auf der Grundlage gemeinsamer Wertvorstellungen mit hoher identitärer Bedeutung wichtig ist (z. B. Ökodörfer). Weiterhin kommt es auf eine hohe Eigeninitiative an, wenn die Konsument_innen selbst die Rahmenbedingungen für nachhaltigen Konsum organisieren und sich über die Konsumaktivitäten hinaus engagieren (z. B. Solidarische Landwirtschaft). Nicht zuletzt ist dieser Typ durch einen hohen Grad an Formalität bestimmt, denn zumeist werden hierfür Unternehmen, Genossenschaften oder Vereine gegründet (z. B. eine selbstinitiierte Energiegenossenschaft).

Beim Typ *Strategischer Konsum* geht es um die zielgerichtete Vernetzung im Rahmen kurzfristiger Aktionen oder Kampagnen für einen bewussteren Konsum oder um sich über den eigentlichen Konsum hinaus für eine Veränderung der Produktionsweisen, Dienstleistungen oder Angebote zu engagieren. Hierzu zählen Initiativen und Projekte wie zum Beispiel Carrot Mobs oder Energienachbarschaften. Die Veränderungsabsicht ist weniger grundsätzlich, weshalb an etablierten Strukturen angeknüpft wird und die neuen Praktiken innerhalb von Nischen existieren können. Durch das Agieren in temporären Gemeinschaften können Synergie-Effekte entstehen, die dem eigenen Handeln mehr Wirkmächtigkeit verleihen. Dieser Typ zeichnet sich durch eine hohe Innovativität aus, da bekannte Praktiken mit neuen Bedeutungen und sozialen Settings verknüpft werden (z. B. die App Buycott). Die Gemeinschaftlichkeit ist in einem mittleren Maße ausgeprägt, da das gemeinsame Agieren zwar Voraussetzung für die Praktik, jedoch eher von kurzer Dauer ist (z. B. Nutzerintegration). Es ist eine mittlere Eigeninitiative notwendig, weil die Konsument_innen über Dritte motiviert und begleitet werden, um sich über veränderte Konsumgewohnheiten hinaus zu engagieren (z. B. Carrot Mob). Da Praktiken zumeist im Rahmen kurzzeitiger Aktionen oder Projekte ausgeführt werden, die Akteure sich lediglich zeitweise zusammen finden und ihre Teilnahme oft spontan erfolgt, ist eine geringe Formalität zu konstatieren.

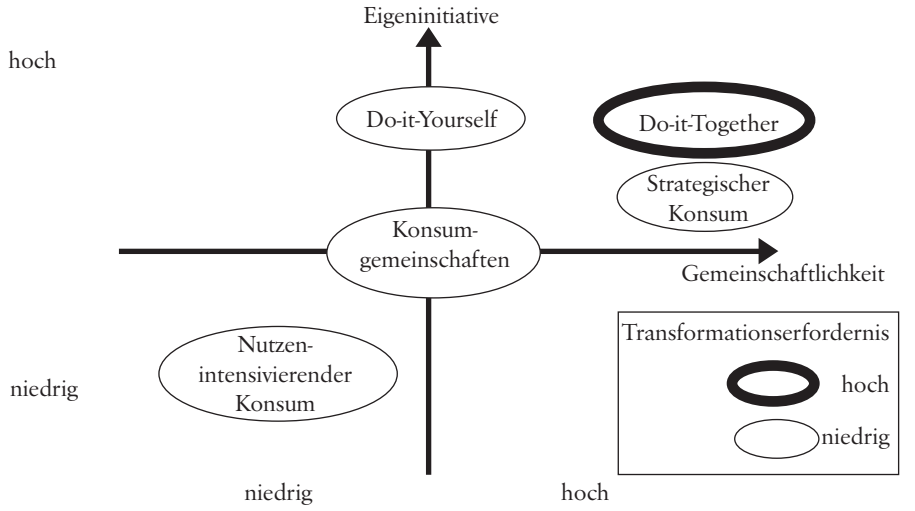
Beim Typ *Konsumgemeinschaften* handelt es sich um gemeinschaftsbasierte Konsumpraktiken, die vor allem durch neue Ermöglichungsstrukturen aktiviert werden und das Zusammenfinden von Menschen mit ähnlichen

Konsumabsichten sowie deren Kooperation voraussetzen. Beispiele sind hierfür Tauschbörsen, Food- und Meal-Sharing oder Kleidertausch. In den meisten Fällen werden die Gemeinschaften durch eine dritte Partei, zum Beispiel professionelle Dienstleister, aber auch gemeinnützige Initiatoren zusammengeführt. Konsum wird über virtuelle Plattformen gestaltet, die teilweise wie Social-Media-Angebote genutzt werden. Damit wird der Zugang zu einer eher lose verbundenen Interessensgemeinschaft geschaffen, was die Erfolgsaussichten der alternativen Konsumpraktiken erhöht. Dieser Typ zeichnet sich durch eine mittlere Innovativität aus, da hierbei neue Kontexte für alternative Praktiken oder neue Elemente innerhalb bestehender Praktiken (z. B. Tauschplattformen) entstehen. Hierfür ist eine mittlere Gemeinschaftlichkeit notwendig, was vor allem die kurzzeitige oder zielorientierte Bildung von Gruppen oder Gemeinschaften (z. B. Wohnungstausch) meint. Ebenso geht es hierbei um eine mittlere Eigeninitiative, denn der Konsum ist aufwändiger als etablierte Praktiken; Konsum steht aber im Mittelpunkt (z. B. nachbarschaftliches Teilen von Geräten). Teilweise treten hierbei professionelle Anbieter auf; die Praktiken werden jedoch vorrangig informell ausgeführt (z. B. Plattformen für privates Casharing) – das spricht für eine mittlere Formalität.

Beim Typ *Do-It-Yourself* verändern sich vorwiegend die individuellen Kompetenzen der Konsument_innen. Hierzu zählen zum Beispiel Werkstätten der Eigenarbeit, Nähcafés oder Fablabs. Zentral ist bei diesem Typ, dass Konsument_innen mehr Eigenarbeit an der Produktion und/oder Distribution von Konsumgütern leisten. Es handelt sich meist um in ihrer Bedeutung und Notwendigkeit gesellschaftlich in den Hintergrund getretene Praktiken des Selbermachens beziehungsweise der Weiterverarbeitung von Rohprodukten. Die Praktiken entwickeln sich im Rahmen von neuen oder veränderten infrastrukturellen und sozialen Settings, die die Bildung der Kompetenzen und die praktische Umsetzung der alternativen Konsumformen unterstützen und oftmals eine Do-It-Yourself-Gemeinschaft herstellen. Die neuen Settings können vor allem materielle Arrangements sein, zum Beispiel Werkstätten zur Unterstützung der Eigenherstellung von Produkten (FabLabs), aber auch Plattformen, auf denen sich die Mitglieder austauschen. Da es sich hierbei um teilweise bekannte, aber auch neu anzueignende Praktiken handelt, die mit neuen sozialen Settings verbunden werden (z. B. Nähen als Praktik im Nähcafé) kann von einer mittleren Innovativität ausgegangen werden. Der Innovationstyp ist zudem durch eine mittlere Gemeinschaftlichkeit gekennzeichnet: die Praktiken, zum Beispiel das Selber-Nähen von Kleidung werden individuell angeeignet und meist auch praktiziert, der soziale Austausch und das gemeinsame Nähen sind aber ebenfalls von Bedeutung. Hierbei kommt es auf eine hohe Eigeninitiative an, denn die neuen Kompetenzen müssen angeeignet werden, das heißt auch, dass der individuelle Aufwand im Vergleich zu etablierten Praktiken (Kaufen, Wegwerfen) hoch ist (z. B. 3-D-Drucken in FabLabs). Allerdings besteht bei diesem Typ eine geringe Formalität, da professionelle Angebote und strukturierte Settings vorhanden sind und die Ausübung der Praktik vorwiegend im Privaten (z. B. bei Nähcafés) stattfindet.

Der Typ *Nutzenintensivierender Konsum* bezieht sich auf Veränderungen der infrastrukturellen beziehungsweise materiellen Kontextbedingungen für Konsum, also vorrangig den Praktiken der Produktion beziehungsweise des angebotenen Nutzungskonzepts von Konsumgegenständen. Beispiele hierfür sind Carsharing, Fahrradverleihsysteme oder die Nachnutzung von Produktionsresten (z. B. aus Abfall Neues entstehen lassen). Bei diesem Typ lassen sich zwei Subtypen formulieren: Beim *Mieten und Leihen* wird eine Alternative zum Kaufen und Besitzen geschaffen, bei dem der Gebrauchswert und nicht der Besitz des Produkts im Vordergrund steht. Beim *Inwertsetzen von Resten* und Abfällen (wie etwa Holzverschnitt oder alte LKW-Planen) werden diese dem Markt als neue Produkte wieder zugeführt. Die Etablierung der alternativen Strukturen und die Reproduktion

Abbildung 1: Typen alternativen Konsums und die Merkmale Eigeninitiative und Gemeinschaftlichkeit (eigene Darstellung)



der alternativen Praxis als alltägliche Konsumroutinen ist im Vergleich mit den anderen Typen weniger voraussetzungsreich, da die alternativen Strukturen zumeist anschlussfähig an bestehende Marktstrukturen beziehungsweise Interessen marktwirtschaftlicher Akteure sind. Deshalb ist bei diesem Typ von einer geringen Innovativität auszugehen. Ebenso ist eine geringe Gemeinschaftlichkeit notwendig (z. B. professionelles Casharing). Das betrifft auch die Eigeninitiative, denn das Engagement geht kaum über die jeweilige Konsumaktivität hinaus, wie zum Beispiel die Nutzung von alternativen Dienstleistungen (z. B. Leihservice) oder Produkten (z. B. Re-Use-Produkte). Dieser Innovationstyp verlangt jedoch nach einer hohen Formalität, das heißt, die Praktiken sind individualisiert und werden in einem formal-rechtlichen Kontext durchgeführt (z. B. professionelle Fahrradverleih-Unternehmen).

Die fünf Typen mit ihren verschiedenen Ausprägungen der vier zentralen Merkmale weisen auf unterschiedliche Voraussetzungen und Bedingungen ihrer gesellschaftlichen Verbreitung hin. Das hat Folgen für die umweltpolitische Beurteilung dieser alternativen Konsumformen hinsichtlich der Nachhaltigkeitsagenda und der Einschätzung, diese zu unterstützen und zu fördern.

4 | Politische Ansprüche und Zumutungen an den Konsum

Abschließend kann nun die Frage beantwortet werden, welche Möglichkeiten die politische Thematisierung alternativen Konsums im Alltag hat und an welche Grenzen sie hierbei stößt. Die alternativen Konsumformen lassen sich entsprechend der beiden induktiven, empirisch bestimmten Kriterien, Eigeninitiative und Gemeinschaftlichkeit, anordnen (siehe Abb. 1). Dabei treten im Folgenden positive wie negative Zusammenhänge mit den deduktiv, theoretisch bestimmten Kriterien, Formalität und Innovativität, hervor. Das Transformationserfordernis lässt sich hierbei als das Innovationspotenzial

der alternativen Konsumformen aus politischer Perspektive verstehen. Dieses zeigt sich einerseits in den Anforderungen an die Konsument_innen, wie andererseits an die Arrangements, mit denen erst die Bedingungen zur Möglichkeit alternativen Konsums jenseits von Nischenlösungen gegeben sind. In der umweltpolitischen Deutung sind die Transformationserfordernisse klar an der Agenda zur Durchsetzung von Nachhaltigkeit ausgerichtet.

Die Innovativität als Potenzial für strukturell weitreichende Veränderungen ist umso höher einzuschätzen, je mehr Gemeinschaftlichkeit und Eigeninitiative durch die alternativen Konsumformen realisiert werden. Dieser positive Zusammenhang ist vor allem bei den Typen Do-It-Together, Strategischer Konsum und Do-It-Yourself zu beobachten. Doch nicht nur die Wirkungen dieser alternativen Konsumformen lässt eine große Eingriffstiefe (Dolata 2008) in die etablierten Strukturen erwarten, etwa wenn bestehende Erwartungen an den Konsum irritiert werden, weil es dabei zum Beispiel nicht mehr um den Erwerb von Eigentum oder um Zahlungen geht, sondern um das unentgeltliche Teilen gemeinsamer Güter. Schon die breite Etablierung im gesellschaftlichen Mainstream als Voraussetzung dafür, dass sie ihr Potenzial überhaupt entfalten können, stellt hohe Anforderungen an die Akteure und infrastrukturellen Bedingungen.

Beim Typ Nutzenintensivierender Konsum ist der Zusammenhang zu beobachten, dass eine geringe Gemeinschaftlichkeit und Eigeninitiative mit einer geringen Innovativität einhergeht. Dieser Typ ist im Vergleich mit den anderen Typen deshalb weniger voraussetzungsreich. Das zeigt sich auch daran, dass die alternativen Konsumformen zumeist anschlussfähig an bestehende Strukturen und damit bereits etablierte Konsumformen sind, und dadurch eine stärkere Akzeptanz sowie Verbreitung finden. Deutlich wird im Vergleich der Typen, dass mit dem entsprechenden Ausmaß an Innovativität der alternativen Konsumformen ein hohes Transformationserfordernis korrespondiert.

Mit Blick auf das Merkmal der Formalisierung lässt sich feststellen, dass eine hohe Formalisierung mit einer hohen Verlässlichkeit und Stabilität der Alternativen einhergeht. Sie ist vor allem beim Typ Do-It-Together durch die Langfristigkeit der Projekte und Initiativen zu beobachten. Hier müssen die formalen Strukturen durch die initiierenden Konsument_innen selbst hergestellt werden. Beim Typ Nutzenintensivierender Konsum werden sie hingegen durch die professionellen Anbieter_innen bereitgestellt, was keiner Eigeninitiative der Konsument_innen bedarf. Die formale Struktur wird jedoch bei diesen beiden Typen unterschiedlich hergestellt. Die unterschiedlichen Arten der Formalisierung finden ihren Niederschlag wiederum im unterschiedlichen Transformationserfordernis.

Gemeinschaftlichkeit und Eigeninitiative weisen darüber hinaus auf die Konformität zur umweltpolitischen Nachhaltigkeitsagenda, weshalb hierin die direkten Anknüpfungspunkte für die umweltpolitische Bedeutung dieser Initiativen zu erkennen sind. Dabei spielt es weniger eine Rolle, ob Aspekte dieser Agenda von den Initiator_innen und beteiligten Konsument_innen einen Stellenwert in ihren Selbstbeschreibungen einnehmen. Die häufig mit Gemeinschaftlichkeit korrespondierende mittlere Formalität der Initiativen sowie das hohe Maß an Eigeninitiative, die sich im hohen Transformationserfordernis ausdrücken, lassen gerade die alternativen Konsumformen Do-It-Yourself, Do-It-Together und Konsumgemeinschaften als fragil erscheinen, denen die größten Innovationspotenziale zugesprochen werden müssen. Dies äußert sich einerseits an der potenziellen Selbstüberforderung der Protagonist_innen dieser alternativen Konsumformen wie anderseits etwa in der erhöhten Reserviertheit der Initiator_innen gegenüber einer politischen Vereinnahmung oder Mainstreamisierung ihrer Ideen. Insofern ist die politische Absicht zur Stabilisierung solcher Initiativen ein schwieriges Unterfangen, muss doch dafür vor allem das flüchtige Engagement (Luhmann 1993: 253 ff.) in Eigeninitiative für

die alternativen Konsumformen dauerhafter gebunden werden. Die Politik bemüht sich dafür um Anerkennungsformen, die Bereitstellung von Ermöglichungsräumen, Förderung des Engagements und Bedingungen zur leichteren Realisierung alternativen Konsumpraktiken, indem solchen Initiativen finanzielle und materielle Fördermöglichkeiten in Aussicht gestellt werden oder diese auch durch Forschungsaktivitäten popularisiert werden.

5 | Fazit

Die vorgestellten alternativen Konsumformen weisen deutliche innovative Potenziale auf und bieten so Chancen für nachhaltigere Konsumpraktiken im Alltag. Zugleich sind sie voraussetzungs- und anspruchsvoll und stellen damit unterschiedliche Transformationserfordernisse an die Konsument_innen und strukturellen Arrangements dar. Das Ansinnen der (Umwelt-)Politik, diese alternativen Konsumformen wegen ihres innovativen Potenzials für einen nachhaltigeren Konsum zu fördern, stößt wegen der dabei erforderlichen Flexibilität und Temporalität ihrer ermöglichenden Regulierungen sowie den Themen, die auf weit übergreifende praktische Zusammenhänge Bezug nehmen, an Grenzen. Diese sind durch ihre eigenen Erfordernisse markiert, nämlich der Verlässlichkeit und Dauerhaftigkeit ihrer thematisch fokussierten Steuerungsleistungen. Die expliziten politischen Maßnahmen können darum den Erfolg alternativer Konsumformen nicht garantieren. Deutlich erkennbar wird hier ein Dilemma der Umweltpolitik: Sie gerät in ein Spannungsverhältnis zwischen ihrer politisch-institutionellen Zielsetzung und derjenigen Alltagspraktiken, die sie politisch fördern will. Die politische (auch wohlmeinende) Förderung alternativer Konsumformen kann leicht als Normalisierungsbemühung zur Vereinnahmung im etablierten politischen Gefüge gedeutet werden. Dabei besteht die Gefahr, dass der alternative Charakter der Konsumformen verloren geht und deshalb das notwendige Engagement nicht mehr gebunden werden kann.

Umweltpolitik sollte deshalb vielmehr auf eine Ermöglichung der alternativen Konsumformen setzen, die die Praktiken als selbstverständliche Alltagsbewältigung ernst nimmt. Das heißt, dass die Zwecke der Praktiken, wie die Bedürfnisbefriedigung durch Konsum, aus unmittelbaren Gründen folgen, die in einem habitualisierten Schema von Gründen und Handlungsabläufen eingelassen sind. Aus Sicht der praxistheoretischen Forschung gilt es darum, an den Strukturen anzusetzen, die solche Praktiken möglich machen (Spurling et al. 2013). Dazu gehört, die Verweisungszusammenhänge von Gründen und Routinen, sowie die Kopplungen ineinander greifender Praktiken zu lockern oder aufzulösen. Das kann etwa dadurch geschehen, dass alternative Elemente für die Erfüllung der Praktiken offeriert werden, die diese verändern oder gar transformieren und zu neuartigen Verweisen auf andere als die bisherigen Praktiken führen. Dafür dürfen aber nicht Forderungen nach einer aufgeklärten Äquivalenz zwischen Wissen und Handeln gefordert werden, sondern es müssen strukturelle Alternativen angeboten werden, nämlich Räume und Zeiten für Experimente jenseits lebensweltlichen Alltagsdrucks.

Die alternativen Konsumformen sind als solche Experimente zu verstehen. Aber statt diese zu Elementen der umweltpolitischen Agenda umzugestalten, sollten Möglichkeiten zur Entfaltung ihres Potenzials gegeben werden. Dieses besteht nicht zuletzt darin, etablierte Routinen des Konsums zu irritieren. Eine hierdurch angeregte Reflektion alltäglicher Konsumpraktiken kann zu ihrer Veränderung führen. Irritationen sind in diesem Fall weniger politisch-institutionell initiiert (z. B. durch Wissensvermittlung oder Informationskampagnen), sondern entstammen vielmehr den Alltagserfahrungen der Konsumentinnen und Konsumenten. Sie sind auch mit Lebensstilpolitik verbunden und folgen einer Eigenlogik, die politisch-institutionell nicht ohne Friktionen eingebunden werden kann.

Jana Rückert-John, Dr., ist Professorin für Soziologie des Essens an der Hochschule Fulda, Kontakt: jana.rueckert-john@he.hs-fulda.de

René John, Dr., ist Sozialwissenschaftler am Institut für Sozialinnovation Berlin, Kontakt: rene.john@isinova.org

Melanie Jaeger-Erben, Dr., ist Psychologin, Soziologin und externe wissenschaftliche Referentin beim Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen (WBGU), Kontakt: melanie.jaeger-erben@ovgu.de

Literatur

Barroso, José Manuel 2011: Europe leading social innovation, Social Innovation Europe initiative Brussels, 17 March 2011. (http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-11-190_en.htm, 20.11.2013).

Baudrillard, Jean 2014: Die Konsumgesellschaft. Ihre Mythen, ihre Strukturen. Wiesbaden: Springer VS.

Blümelhuber, Christian 2011: Ausweitung der Konsumzone. Wie Marketing unser Leben bestimmt. Frankfurt, New York: Campus.

BMUB (Bundesumweltministerium) und UBA (Umweltbundesamt) 2013: Umweltbewusstsein in Deutschland 2012. Dessau: Umweltbundesamt. http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/4396.pdf [16.6.2014].

Bormann, Inka/John, René/Rückert-John, Jana 2011: Innovationskraft lokalen Nachhaltigkeitsengagements in Bildung, Kultur und Wirtschaft. Beiträge zur Sozialinnovation 7. Berlin: Institut für Sozialinnovation.

Botsman, Rachel/Rogers, Roo 2010: What's Mine is Yours. The Rise of Collaborative Consumption. How collaborative consumption is changing the way of life. HarperCollins UK, New York.

Brunner, Karl-Michael/Geyer, Sonja/Jelenko, Marie/Weiss, Walpurga/Astleithner, Florentina 2007: Ernährungsalltag im Wandel. Chancen für Nachhaltigkeit. Berlin: Springer.

Dolata, Ulrich 2008: Technologische Innovationen und sektoraler Wandel. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 37, Heft 1, 42-59.

Eberle, Ulrike/Hayn, Doris/Rehaag, Regine/Simshäuser, Ulla 2006: Ernährungswende. Eine Herausforderung für Politik, Unternehmen und Gesellschaft. München: Oekom.

Fischer, Daniel/Michelsen, Gerd/Blättel-Mink, Birgit/Di Giulio, Antonietta 2011: Nachhaltiger Konsum: Wie lässt sich Nachhaltigkeit im Konsum beurteilen? In: Defila, R./Di Giulio, A./Kaufmann-Hayoz, R. (Hg.): Wesen und Wege nachhaltigen Konsums. Ergebnisse aus dem Themenschwerpunkt „Vom Wissen zum Handeln – Neue Wege zum nachhaltigen Konsum". München: oekom, 73-88.

Hellmann, Kai-Uwe 2013: Der Konsum der Gesellschaft. Studien zur Soziologie des Konsums. Wiesbaden: Springer VS.

Howaldt, Jürgen/Schwarz, Michael 2010: „Soziale Innovation" im Fokus. Skizze eines gesellschaftstheoretisch inspirierten Forschungskonzepts. Bielefeld: Transcript.

Jaeger-Erben, Melanie/Offenberger, U. 2014: A practice theory approach to sustainable consumption, GAIA 23, S1, 166-174.

Jaeger-Erben, Melanie 2010: Zwischen Routine, Reflektion und Transformation – die Veränderung von alltäglichem Konsum durch Lebensereignisse und die Rolle von Nachhaltigkeit eine empirische Untersuchung unter Berücksichtigung praxistheoretischer Konzepte. http://opus.kobv.de/tuberlin/volltexte/2010/2816/pdf/jaegererben_melanie.pdf [15.01.2013].

John, René 2011: Erfolg als Eigenwert der Innovation. Indikatoren des Neuen. In: Bormann, I./John, R./Aderhold, J. (Hg.): Indikatoren des Neuen. Wiesbaden: Springer VS, 77-96.

Knoblauch, Hubert 2005: Kulturkörper. In: Schoer, Markus (Hg.): Soziologie des Körpers. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 92-113.

Luhmann, Niklas 1993: Gesellschaftsstruktur und Semantik. Band 3. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Polanyi, Michael 1985: Implizites Wissen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Priddat, Birger P. 2005: Moral und Ökonomie. Berlin: Parerga.

Reckwitz, Andreas 2003: Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Zeitschrift für Soziologie, Jg. 32: 282-301.

Rifkin, Jeremy 2014: Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus. Frankfurt am Main: Campus.

Rosa, Hartmut 2011: Über die Verwechslung von Kauf und Konsum. Paradoxien der spätmodernen Konsumkultur. In: Heidbrink, Luger/Schmidt, lmke/Ahaus, Björn (Hg.): Die Verantwortung des Konsumenten. Über das Verhältnis von Markt, Moral und Konsum. Frankfurt am Main: Campus, 115-132.

Rückert-John, Jana/Jaeger-Erben, Melanie/Schäfer, Martina/Aderhold, Jens/John, René 2013: Soziale Innovationen für nachhaltigen Konsum. Kriterien zur Analyse und Systematisierung. Institut für Sozialinnovation. Beiträge zur Sozialinnovation Nr. 11. Berlin.

Schatzki, Theodore 2010: Materiality and Social Life. Nature and Culture, Jg. Heft 2, 123–149.

Schatzki, Theodore 2002: The Site of the Social: A Philosophical Account of the Constitution of Social Life and Change. Pennsylvania State: University Press.

Schmidt, Robert 2012: Soziologie der Praktiken. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Shove, Elizabeth/Pantzar, Mika/Watson, Matt 2012: The Dynamics of Social Practice. Los Angeles et al.: Sage.

Spurling, Nicola/McMeekin, Andrew/Shove, Elizabeth/Southerton, Dale/Welch, Daniel 2013: Interventions in practice: Reframing policy approaches to consumer behaviour. Sustainable Practices Research Group Report. www.sprg.ac.uk/uploads/sprg-report-sept-2013.pdf [20.12.2014].

UBA (Umweltbundesamt) 2014: Soziale Innovationen im Aufwind. Dessau: Umweltbundesamt. http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/soziale_innovationen_im_aufwind_bf_1.pdf [10.1.2015].

VDI/Frauenhofer ISI 2014: Zwischenergebnis 2. Gesellschaftliche Herausforderungen, 2030. Im Auftrag des BMBF.

Analyse

E-Petitionen – politische Partizipation in Zeiten des Social Webs

E-Petitionen sind überall. Kaum ein Thema, ob politisch oder unpolitisch, das nicht in Form einer E-Petition verarbeitet wird. Und kaum eine Nichtregierungsorganisation (NGO), die nicht irgendwann einmal das Mittel der E-Petition nutzt, meist als Teil von größeren Kampagnen. Aber E-Petitionen sind inzwischen auch ein Instrument für Einzelpersonen und kleine Initiativen geworden, denn jeder kann ohne großen Aufwand eine Petition starten und so versuchen, Politik oder Unternehmen zu beeinflussen.

Altes Mittel im neuen Gewand

Petitionen sind als politisches Mittel kein neues Phänomen. Das Petitionsrecht ist in vielen Parlamenten ein lange verankertes Recht, das Bürgern die Möglichkeit geben soll, ihre Anliegen dem Parlament vorzutragen. Gedacht waren Petitionen ursprünglich in erster Linie für persönliche Anliegen, zum Beispiel bei als unverhältnismäßig empfundenen Behördenentscheidungen. Die öffentlichen Petitionen, bei denen die Initiatoren Unterstützer für ihre Petition suchen, um dem Anliegen so mehr Gewicht zu verleihen, entwickelten sich erst später. Aber das Mittel der Petition ist nicht auf die parlamentarische Ebene beschränkt. In Form von Unterschriftensammlungen auf der Straße wurde und wird es von zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen genutzt, um auf ihre Themen aufmerksam zu machen und mit der „Macht der Zahlen" etwas zu verändern. Adressaten sind dabei oftmals politische Institutionen, zum Teil aber auch Unternehmen.

Durch das Internet hat sich das Mittel der Petition allerdings erheblich verändert. Unterschriften müssen nicht mehr mühsam auf Marktplätzen gesammelt werden. Stattdessen kann jeder über verschiedenste Internetportale Petitionen starten. Die Möglichkeiten der vernetzten Kommunikation im Social Web und sicherlich auch einzelne erfolgreiche Massenpetitionen suggerieren, dass es einfach ist, Unterstützer zu finden und etwas zu bewegen.

Zündfunke

Welches Potenzial das Internet birgt, zeigte sich bereits Ende der 90er Jahre, als mit PetitionOnline die erste freie Online-Plattform gegründet wurde. Dem folgten eine ganze Reihe weiterer Portale, wie GoPetition, thePetitionSite.com oder iPetitions. Die meisten dieser Portale bieten ihren Service kostenfrei an und haben nur wenige Vorschriften bezüglich Form und Inhalt der Petitionen. Welche Dynamik E-Petitionen durch die vernetze Kommunikation entwickeln können, zeigte 1998 die Petition von Joan Blades and Wes Boyd gegen das Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Clinton. Innerhalb von wenigen Tagen unterzeichneten mehr als 100.000 Menschen die Petition, die sich am Anfang nur per E-Mail verbreitete. Am Ende waren es mehr als eine halbe Million Unterschriften und aus dieser eigentlich nur als einmalige Aktion geplanten Petition entwickelte sich die Kampagnenorganisation MoveOn, die heute onlinebasierte Kampagnen zu unterschiedlichen Themen durchführt und im liberalen Spektrum der USA zu einer der einflussreichsten politischen Organisationen geworden ist (Carty 2011). MoveOn wurde zum weltweiten Vorbild für Organisationen, die nach dem gleichen Prinzip agieren, z.B. GetUp in Australien, 38degrees in Großbritannien oder länderübergreifend Avaaz. Anders als traditionelle NGOs stehen die E-Petitionen bei diesen so genannten Hybridorganisationen im Mittelpunkt. Hybridorganisationen vereinigen Elemente der Mobilisierung, wie sie typisch für soziale Bewegungen sind, mit traditionellen Lobbying-Instrumenten (Chadwick 2007). Sie zeichnen sich zudem durch eine sehr hohe Flexibilität aus, sowohl organisatorisch als auch im Repertoire der verwendeten Strategien. Vor allem aber arbeiten sie nur selten kontinuierlich

an Themen, sondern verfolgen eine Vielzahl von aktuellen Anliegen (Karpf 2012; Vromen/Coleman 2013). Die Struktur und Arbeitsweise dieser Organisationen werden als Reaktion auf das Bedürfnis der Menschen nach einfacher, individueller und flexibler Beteiligung interpretiert, da sie Menschen Engagement per Mausklick zu unterschiedlichsten Themen ermöglicht (Bennett/Segerberg 2011; Carty 2011).

Typen von E-Petitionen

Doch die Hybridorganisationen sind nicht die einzigen Akteure, die E-Petitionen nutzen. Durch offene Plattformen wie Change.org oder Openpetition.de kann jeder E-Petitionen starten. Auch einige Hybridorganisation wie z.B. Avaaz bieten inzwischen offene Plattformen an. Seit 2005 gibt es zudem das offizielle Petitionsportal des Deutschen Bundestages, auf dem Petitionen elektronisch eingereicht und im Falle von öffentlichen Petitionen diese auch online mitgezeichnet werden können. Durch solche Angebote werden immer wieder Einzelpersonen und kleinere Gruppen zu Initiatoren von Petitionen, die zum Teil kampagnenähnliche Formen annehmen und hohe Unterstützerzahlen verzeichnen können.

Grundsätzlich lassen sich E-Petitionen, je nach Adressaten, Zielen und Initiatoren, in unterschiedliche Kategorien einteilen, die hier im weiteren Verlauf ausführlicher vorgestellt werden.

Da sind zum einen Petitionen, die als Adressaten politische Institutionen oder Politiker haben und die ein konkretes Handeln dieser politischen Akteure zum Ziel haben, z.B. in Form von Gesetzgebung. Hierbei lassen sich zwei Typen unterscheiden:

- Petitionen, die sich meist an aktuellen politischen Themen entzünden und
- Petitionen, die aus einer persönlichen Betroffenheit heraus gestartet werden.

Dem gegenüber stehen Petitionen, die kein konkretes Handeln der Politik zum Ziel haben. Das sind zum einen

- Petitionen, die Unternehmen auffordern ihr Handeln zu verändern und zum anderen
- Petitionen, die sich mit eher „unpolitischen" Themen beschäftigen.

Darüber hinaus gibt es noch die sehr selten vorkommenden Petitionen, die gar keine konkreten Forderungen enthalten, sondern lediglich Aufmerksamkeit erregen oder die öffentliche Meinung zu einem Thema dokumentieren sollen. Das können, müssen aber nicht unbedingt, politische Themen sein.

Aktuelle politische Petitionen

Petitionen der ersten Kategorie entzünden sich oft an aktueller Gesetzgebung, Skandalen oder anderen aktuellen politischen Inhalten. Die Themen haben meist bereits die öffentliche Aufmerksamkeit und sind in den Medien präsent. Diese Art von Petitionen ist vor allem die Domäne der Hybridorganisationen, die sich nach dem Prinzip der „policy window" vor allem Themen aussuchen, bei denen die Chancen, eine Veränderung zu bewirken, besonders hoch sind (Kingdon 1984, Keeler 1993, Baumgartner/Jones 1993). Auslöser für ein „policy window" können Faktoren wie Skandale oder aktuelle Gesetzgebungsprozesse sein. Die Hybridorganisationen agieren dann als eine Art Verstärker, der im richtigen Moment Menschen mobilisiert. In Deutschland arbeitet Campact nach diesem Prinzip. Die Organisation startet immer wieder Kampagnen, die sich an aktueller Gesetzgebung orientieren, z.B. 2012 zum Meldegesetz.[1] Das Gesetz wurde im Schnellverfahren verabschiedet und löste eine Welle öffentlicher Empörung aus, weil es den Meldeämtern erlaubt hätte, Daten an Adress-Händler weiterzugeben. Ebenfalls in diese Kategorie gehören die von Campact aber auch anderen NGOs initiierten E-Petitionen gegen die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP).[2]

Aber auch Einzelpersonen starten Petitionen, die in diese Kategorie fallen. Gegen TTIP gab es zum Beispiel auf dem Portal des Bundestages eine von einer Privatperson

eingebrachte Petition.[3] Das wohl bekannteste Beispiel ist aber die 2009 ebenfalls auf dem Bundestagsportal eingereichte E-Petition „Keine Indizierung und Sperrung von Internetseiten".[4] Auslöser war der Gesetzesvorschlag der Bundesregierung, der eine Sperrung von Webseiten im Kampf gegen Kinderpornographie vorsah. Der Vorschlag wurde als nutzlos und gefährlich kritisiert und bekam eine hohe mediale Aufmerksamkeit. Die E-Petition wurde von einer Privatperson eingereicht, aber von einigen NGOs und Bloggern unterstützt. Sie ist bisher die Petition mit der höchsten Anzahl von Unterzeichnern auf dem Bundestagsportal, denn sie erreichte bereits nach vier Tagen die für eine öffentliche Anhörung vor dem Petitionsausschuss notwendige Anzahl von 50.000 Unterzeichnern, am Ende waren es fast 134.000.

Auch organisierte Interessensvertretungen nutzen diese Art der Petitionen, so z.B. der Deutsche Hebammenverband, der 2010 über eine Petition bessere Arbeitsbedingungen und höhere Honorare für Hebammen forderte.[5] Auslöser waren die stark angestiegenen Haftpflichtversichungsprämien. Die Petition wurde unter anderem auf dem Portal des Bundestages eingereicht, aber der Verband sammelte zusätzlich auch offline Unterschriften.

Betroffenheitspetitionen

Petitionen der zweiten Kategorie zielen auch auf konkretes politisches Handeln ab, allerdings sind weniger aktuelle Themen der Auslöser, sondern vielmehr die persönliche Betroffenheit der Initiatoren. Damit sind diese Petitionen dem Ursprungsgedanken des Petitionswesens am nächstem. Entsprechend sind in dieser Kategorie die Initiatoren vielfach Privatpersonen, aber auch kleinere Bürgerinitiativen.

Ein Beispiel für eine solche Petition ist die 2014 auf dem Portal Change.org gestartete Petition, die eine Änderung der Gesetzgebung im Bereich Stalking erreichen will.[6] Initiiert wurde die Petition von einer Frau, die selbst Opfer eines Stalkers war und aus ihrer persönlichen Erfahrung heraus aktiv wurde. In wenigen Monaten konnte sie über 80.000 Unterstützer gewinnen und die Unterschriften Ende 2014 dem Justizminister persönlich überreichen. Ein anderes Beispiel ist die Petition, die ein Recht auf Sparen für Menschen mit Behinderungen fordert und ein Bundesteilhabegesetz anstrebt.[7] Auch hier ist der Initiator persönlich betroffen.

In diese Kategorie fallen aber auch die vielen eher lokalen oder regionalen Petitionen, die beispielweise die Einrichtung eines Spielplatzes, den Erhalt eines Theaters oder den Abschiebestopp für einen Mitschüler fordern. Häufig sind es aber auch Petitionen, die nach dem „Not in my Backyard"-Prinzip, etwas verhindern wollen, z.B. einen Schweinmastbetrieb oder Windkraftanlagen. Adressaten sind meist lokale politische Akteure. Im Unterschied zu den vorher genannten Petitionen zielen diese lokalen und regionalen Petitionen jedoch nur höchst selten auf eine generelle Lösung ab. So wird nicht gefordert, die Regeln für den Bau von Schweinemastanlagen oder die Asylgesetzgebung grundsätzlich zu ändern, sondern lediglich ein Handeln im konkreten Einzelfall.

„Unpolitische" Petitionen

Die dritte Kategorie enthält Petitionen, die von eher „unpolitischen" Skandalen oder anderen Themen ausgelöst werden oder Unternehmen und ihr Handeln in den Mittelpunkt stellen. So reichen die Themen von der Aufforderung an alle Autohersteller, die mechanische Handbremse beizubehalten, über den Erhalt des Klassik-Radios beim Bayrischen Rundfunk bis hin zum Aufruf an einen Fernsehsender, eine Model-Casting-Show zur Aufklärung über Essstörungen zu nutzen.

In diese Kategorie lässt sich auch die 2014 gegen den Fernsehmoderator Markus Lanz gerichtete Petition einordnen, die medial für Schlagzeilen sorgte und eine allgemeine Diskussion um E-Petitionen anstieß.[8] Auslöser war eine Sendung von Lanz, in der die Politikerin Sahra Wagenknecht nach Meinung der Initiatoren der Petition ungerecht behandelt worden ist. Die Petition forderte die Entlassung

von Lanz und erreichte innerhalb weniger Tage über 230.000 Unterschriften, bevor sie von der Initiatorin selbst vorzeitig abgebrochen wurde.

In dem Bereich der „unpolitischen" Petitionen fallen aber auch Petitionen, die sich an Unternehmen richten und dort ein verändertes Verhalten fordern. 2012 forderte z.B. eine genervte Mutter in Berlin per Petition ihren lokalen Supermarkt auf, „Familienkassen" ohne Süßigkeiten in der Warteschlange einzurichten. Mit nur 688 Unterstützern erreichte sie ebenfalls hohe mediale Aufmerksamkeit und ein Einlenken des Unternehmens.[9]

Aber auch wenn viele diese Petitionen auf den ersten Blick eher „unpolitisch" wirken, so gibt es unter ihnen doch durchaus politisch basierte Forderungen. Wenn beispielsweise per Petition die Abschaffung der Plastikverpackungen von Werbesendungen gefordert wird, so ist der Kern der Forderung als umweltpolitisch einzuordnen. Auch die Forderung an die Bildzeitung in Zukunft auf die BildGirls zu verzichten ist politisch begründet und motiviert. Die Grenzen zwischen politisch und unpolitisch lassen sich bei Petitionen dieser Kategorie daher nicht immer eindeutig ziehen.

Aufmerksamkeitspetitionen

Die letzte Kategorie von Petitionen enthalten keine konkreten Forderungen. Ziel ist es lediglich Aufmerksamkeit zu erregen, die öffentliche Meinung zu einem Thema zu dokumentieren und eine öffentliche Diskussion anzustoßen. In diese Kategorie lässt sich z.B. die auf der Plattform change.org laufende Petition „Für ein buntes Deutschland – eine Million Unterschriften gegen Pegida!" einordnen.[10] Hier wird keine konkrete politische Forderung aufgestellt und es gibt auch keinen politischen Adressaten. Der Privatmann, der die Petition Ende 2014 gestartet hatte, hat „Ganz Deutschland" in der Rubrik „Die Petition richtet sich an" angegeben, in der sonst konkrete Politiker oder Institutionen zu finden sind.

Auch die Petition des Kabarettisten Dieter Nuhr „Gegen digitales Mobbing, binäre Erregung und Onlinepetitionswahn", die eine Reaktion auf die Petition gegen den Fernsehmoderator Lanz war, diente in erster Linie dazu, eine öffentliche Diskussion anzustoßen und Aufmerksamkeit zu generieren. Das ist ihm durchaus gelungen, zum Teil verstärkt durch die Tatsache, dass seine Petition von der Plattform Openpetition.de genommen wurde, weil sie nicht den dortigen Regeln entsprach.

E-Petition – Protestmittel mit vielen Gesichtern

E-Petitionen zeigen heute eine große Bandbreite von Themen, Absichten und Adressaten. Sie sind nahezu zu einem Standardmittel zivilgesellschaftlichen Protests geworden, das von vielen unterschiedlichen Akteuren genutzt wird.

Für den Erfolg von Petitionen sind viele unterschiedliche Faktoren entscheidend. Die Zahl der Unterstützer ist vor allem von der öffentlichen und medialen Aufmerksamkeit für die Petition abhängig. Entsprechend können auch Petitionen von unbekannten Privatpersonen viel Zuspruch bekommen, wenn NGOs, Blogger und Medien sie als Multiplikatoren bekannt machen. Petitionen mit außerordentlichem Mobilisierungserfolg sind jedoch eher eine Ausnahmeerscheinung denn der Regelfall (Voss 2013). Zudem sagt die Zahl der Unterzeichner keinesfalls etwas über den eigentlichen Erfolg einer Petition aus. Auch Petitionen mit geringen Unterzeichnerzahlen können ihr Ziel erreichen, während Petitionen mit Hundertausenden von Unterstützern manchmal ohne Wirkung bleiben (Voss 2013). Gerade bei politischen Petitionen spielen zu viele andere Faktoren eine Rolle.

Kathrin Voss, selbstständige Beraterin, spezialisiert auf den Non-Profit-Bereich, berät vor allem NGOs, Verbände und Behörden bei ihren Kommunikationsaktivitäten. Kontakt: kv@kathrinvoss.de

Anmerkungen

[1] https://www.campact.de/melderecht/ [23.01.2015].

[2] https://www.campact.de/ttip/appell/teilnehmen/, https://stop-ttip.org/de/ [23.01.2015].
[3] https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2014/_01/_27/Petition_48994.html [23.01.2015].
[4] https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2009/_04/_22/Petition_3860.nc.html [23.01.2015].
[5] https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2010/_04/_14/Petition_11400.nc.html [23.01.2015].
[6] https://www.change.org/p/justizminister-maas-%C3%A4nderung-des-stalking-paragrafen-238-vom-erfolgs-zum-eignungsdelikt [23.01.2015].
[7] https://www.change.org/p/recht-auf-sparen-und-gleiches-einkommen-auch-f%C3%BCr-menschen-mit-behinderungen-2600 [23.01.2015].
[8] https://www.openpetition.de/petition/online/raus-mit-markus-lanz-aus-meiner-rundfunkgebuehr [23.01.2015].
[9] https://www.change.org/p/familienkasse-statt-quengelware-im-kaiser-s [23.01.2015].
[10] https://www.change.org/p/1-mio-unterschriften-gegen-pegida-nopegida [23.01.2015].

Literatur

Baumgartner, Frank R./Jones, Bryan D. 1993: Agendas and Instability in American Politics. Chicago: University of Chicago Press.

Bennett, Lance/Segerberg, Alexandra 2011: Digital Media and the Personalization of Collective Action. In: Information, Communication and Society, Vol. 14, Issue 6, 770–99.

Carty, Victoria 2011: Multi-Issue, Internet-Mediated Interest Organizations and their Implications for US Politics: A Case of MoveOn.org. In: Social Movement Studies Vol. 10, Issue 3, 265-282.

Chadwick, Andrew 2007: Digital Network Repertoires and Organizational Hybridity. In: Political Communication, Vol. 24, Issue 3, 283-301.

Karpf, David 2012: The MoveOn Effect: The Unexpected Transformation of American Political Advocacy. Oxford: Oxford University Press.

Vromen, Ariadne/Coleman, William 2013: Online Campaigning Organizations and Storytelling Strategies: GetUp! in Australia. In: Policy & Internet, Special Issue: Online Collective Action and Policy Change, Vol. 5, Issue 1, 76–100.

Keeler, John T.S. 1993: Opening the Window for Reform: Mandates, Crises, and Extraordinary Policy-Making. In: Comparative Political Studies, Vol. 25, Issue 4, 433-486.

Kingdon, John W. 1984: Agendas, Alternatives, and Public Policies. Boston, MA/Toronto, Canada: Little, Brown & Company.

Voss, Kathrin 2013: Grassroots-Campaigning im Internet. In: Speth, Rudolph (Hg.): Grassroots Campaigning. Wiesbaden: Springer VS, 183-199.

Analyse

Welche Zukunft haben die G7?

Zwischen Machtpolitik und globaler Kooperationskultur

Im vergangenen Juni fand im bayrischen Elmau das alljährliche Treffen der G7 statt. Seit ihrem letzten Gipfel in Deutschland, der damals noch ein G8-Gipfel war, haben die G7 einen erheblichen Bedeutungsverlust erfahren. Darüber konnte auch nicht die Inszenierung vor idyllischer Alpenkulisse, auf sommerlichen Almwiesen mit blauen Wolken hinwegtäuschen. Die wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung, eine jahrzehntelange Kernaufgabe der G8, findet mittlerweile im Rahmen der G20 statt. Auch bei der Bewältigung der zahlreichen politischen Krisen und globalen Ressourcen-Konflikte hat die G7 in den letzten Jahren keine wirklich neuen Akzente setzen können. Die regelmäßigen Treffen wirken zunehmend wie aus der Zeit gefallen. Zuletzt

wurde die Mitgliedschaft Russlands, aufgrund der Annexion der Krim, ausgesetzt. Seither ist die G7 wieder ein exklusiver Club westlicher Industrienationen. Die zentrale Frage, ob die G7 für die Lösung der gegenwärtigen globalen Herausforderung überhaupt noch zeitgemäß ist, ist heute umso berechtigter.

Von den G8 zu den G20

Der stetige Machtverlust der G8 begann nur wenige Wochen nach dem Gipfel in Heiligendamm mit dem Ausbruch der Banken- und Finanzmarktkrise im August 2007. Ausgelöst durch eine aufgeblähte Kreditblase auf dem amerikanischen Immobilienmarkt, welche die US-Bankenwirtschaft in kürzester Zeit zum Schwanken brachte, eskalierte die zunächst unbemerkte Krise mit dem Crash von *Lehman Brothers* im September 2008. Es folgte ein weltweiter Absturz der Börsen (Larry 2012), auf den weder die G8 noch andere etablierte Institutionen wie die Weltbank oder der Internationale Währungsfond angemessen zu reagieren vermochten. Schnell wurde deutlich, dass angesichts der komplexen Verflechtungen der Finanzmärkte, an einer Lösung im Rahmen der G20 kein Weg vorbeiführte. Aus diesem Grund rief der scheidende US-Präsident George W. Bush bereits im November 2008 ad-hoc ein Treffen der G20 Staats- und Regierungschefs in Washington zusammen. Die G20, die sich bis dato nur auf der Ebene der Finanzminister getroffen hatte, erhielt eine Schlüsselfunktion bei der Eindämmung der Krise (Smith 2011: 6, Cooper/Thakur 2013: 13). Aus der einmaligen Rettungsmaßnahme der G20 wurde eine ständige Institution. Seither sind die G20 das bestimmende Gremium, wenn es um Fragen der wirtschafts- und finanzmarktpolitischen Koordinierung geht. Dieser Schritt war allerdings nicht das Ergebnis von großen Ideen oder geschickter Diplomatie, sondern eine pragmatische Antwort auf die rasanten Veränderungen in der globalen Finanzarchitektur (Cooper/Thakur 2013: 14).

Die Bank- und Finanzmarktkrise markiert daher das Ende einer politischen und wirtschaftlichen Weltordnung, an deren Spitze lange Zeit die USA stand. Seither ist klar, dass zur Lösung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Krisen und Herausforderungen, die Einbindung der aufstrebenden Mächte wie China, Indien oder Brasilien unumgänglich ist (Bremmer 2012: 63). Obwohl diese Entwicklung seit langem absehbar war, manifestierte sie sich doch erstmals in den Ereignissen von 2008.

Trotzdem existierten die G8, als informelles Treffen der wirtschaftlich stärksten Länder der Erde, weiter fort. Doch die Jahre, in denen man von den G8 als einer „Weltregierung" sprach, sind längst vorbei. So legte der britische Historiker und politische Kolumnist Timothy Garton Ash bereits 2011 den G8 angesichts ihres Bedeutungsverlustes nahe, sich selbst aufzulösen: „Wenn es die G8 heute nicht geben würde, würde niemand auch nur davon träumen, sie zu erfinden" (Ash 2011). Mit Blick auf den Gipfel im französischen Deauville bemerkte er hämisch, dass es sich bei der Veranstaltung um eine monumentale Verschwendung von Zeit und Geld handele. Die dort investierten Ressourcen seien besser in der Konsolidierung der tunesischen Demokratie aufgehoben. Alternativ schlug er vor den G20- und den G8-Gipfel so schnell wie möglich zusammenzulegen (Ash 2011).

Globale Kooperationskultur statt Machtpolitik

Wie schwer es tatsächlich ist, unter den neuen Machtverhältnissen im Post-G8-Zeitalter zu internationalen Vereinbarungen zu kommen, zeigte sich im Dezember 2009 auf der Klimakonferenz in Kopenhagen. China und Indien erklärten dort, dass das sie kein Gipfeldokument unterstützen würden, in dem konkrete Emissions-Grenzwerte festgehalten sind. Obwohl insbesondere die Europäische Union an einem umfassenden Abkommen interessiert und zu Zugeständnissen bereit war, blockierten gerade die Schwellenländer und die USA eine mögliche Einigung (Dimitrov 2010: 796). Ian Bremmer (2013) beschrieb diese verfahrene Situation als G-Zero Herausforderung der

internationalen Politik. Aus seiner Sicht haben sich nach dem Wegfall der US-Hegemonie die globalen Machtverhältnisse zunehmend diffundiert, kein Staat oder Staatenblock ist heutzutage mehr in der Lage allein verbindliche internationale Regeln durchzusetzen. Stattdessen ist das Blockieren von Entscheidungen, die nicht genehm sind, an der Tagesordnung. (Bremmer 2012: 11)

Angesichts der zahlreichen globalen Herausforderungen, mit denen sich gegenwärtig die internationale Politik konfrontiert sieht, ist diese Analyse nicht unbedingt beruhigend. Der Krieg in Syrien und im Irak, Boko Haram in Nigeria, die humanitären Katastrophen in Südsudan und in der Zentralafrikanischen Republik oder der schwelende Konflikt in der Ukraine sind nur einige der aktuelle Krisen und Konflikt. Die Liste ließe sich mühelos fortsetzen. Gleichzeitig stellen uns der fortschreitende Klimawandel und die global wachsende soziale Ungleichheit vor weitere enorme Herausforderungen. Zum einen wird immer deutlicher, dass unsere Form des Wirtschaftens, der übermäßige Konsum, nicht mit den planetarischen Grenzen unseres Ökosystems vereinbar ist (Unmüssig 2014). Zum anderen geht die Wohlstandsschere zwischen Arm und Reich weltweit immer weiter auseinander. Erst kürzlich veröffentlichte Oxfam eine Studie, die eindringlich zeigt, dass in den letzten 30 Jahren die soziale Ungleichheit rasant zugenommen hat. Das birgt erhebliche Gefahren, denn langfristig kann diese Entwicklung Gesellschaften weiter destabilisieren und die Wahrscheinlichkeit von Kriegen und gewaltsamen Konflikten ansteigen lassen (Oxfam 2014: 12).

In der *Global Governance* Literatur hat die Einsicht, dass wir es gegenwärtig sowohl mit enormen globalen Herausforderungen als auch mit schwerfälligen internationalen Institutionen zu tun haben, zu einem ausgeprägten „Kooperationsskeptizismus" geführt (Messner 2015: 382). Diese Skepsis teilen jedoch nicht alle. So sieht Dirk Messner (2015) in den sich verdichtenden Globalisierungsdynamiken sogar eine Chance. Er betont, dass sich durch bestimmte Entwicklungen, wie der Ebola-Krise, den Flüchtlingsbewegungen in Richtung Europa oder dem Aufkommen des „Islamischen Staates" in Syrien und Irak, der Druck auf internationale Akteure dahingehend erhöhe, globale Kooperationen aufzubauen und gemeinsame Regelwerke zu entwickeln. Nur dadurch sei es möglich dauerhafte Stabilität im internationalen System zu gewährleisten. Je globalisierter und grenzüberschreitender die Problemlagen sind, umso größer wird der Anreiz zu kooperieren (Messner 2015: 390ff). Aus Sicht von Messner müsse das Ziel sein, eine neue globale Kooperationskultur zu etablieren, die es vermeidet in eine anachronistische Machtpolitik zu verfallen und gleichzeitig die anstehenden globalen Herausforderungen angemessen bearbeitet (Messner 2015: 392). Die Frage liegt nahe, welche Rolle die G7 dabei spielen könnte, eine solche globale Kooperationskultur zu entwickeln? Könnte sie überhaupt einen Beitrag dazu leisten oder repräsentiert sie nicht eben diese Form von Machtpolitik, die es eigentlich mit einer globalen Kooperationskultur zu überwinden gilt?

„Vorreiter" oder „Feigenblatt"

In Elmau spielten diese Fragen keine Rolle. Die in der G7-Abschlusserklärung verabschiedeten Punkte, lesen sich gefällig. Neben Themen wie Außen- und Sicherheitspolitik, Finanzmarktregulierung, Post-2015-Agenda, VN-Klimaschutzabkommen und Ernährungssicherheit, haben sich die G7 auch spezielleren Themen wie Meeresumweltschutz, Antibiotikaresistenzen, vernachlässigte Krankheiten (Ebola), Handels- und Lieferketten sowie der Stärkung von Frauenrechten angenommen. Nicht fehlen durfte natürlich auch der Dialog mit den afrikanischen Staaten am zweiten Gipfeltag. Die thematische Breite, die in nur zwei Tagen abgearbeitet wurde, ist beeindruckend. Die G7 geben sich das Image der „Kümmerer". Niemand wird vernachlässigt, kein Problem dieser Welt wird nicht diskutiert.

In der deutschen Zivilgesellschaft herrschte bei der Bewertung des Gipfels keine Einigkeit. Das

Stop-G7-Bündnis aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen und politischen Gruppen rief dazu auf, sich dem Gipfel mit „offenen und entschlossenen Aktionen, mit Demonstrationen, Blockaden und Versammlungen" entgegenzustellen und organisierte rund um den Gipfel entsprechende Protestaktion. Die G7 würde den Anspruch erheben, „über die Geschicke der gesamten Welt zu entscheiden, ohne eine Legitimation dafür zu haben" (Stop-G7: 2015). Andere Akteure, wie der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO), das Forum Umwelt und Entwicklung (FUE), sehen zwar auch Transparenz- und Legitimationsproblem bei der G7, erhofften sich jedoch von dem Gipfel in Elmau vor allem konkrete Impulse für den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen um die nachhaltigen Entwicklungsziele auf der UN-Generalversammlung im September sowie für die UN-Klimaverhandlungen im Dezember 2015 (VENRO 2015a). In einem Positionspapier zur deutschen G7-Präsidentschaft betonen VENRO und das FUE, dass die G7 in diesen Bereichen eine Vorreiterrolle einnehmen müsse und fordern von der Bundesregierung mit Blick auf die anstehenden UN-Gipfel eine klare Prioritätensetzung: „Die Bundesregierung muss Gerechtigkeit ganz oben auf ihre Agenda setzen. Sie muss den G7-Gipfel als Meilenstein zur Überwindung weltweiter Ungleichheit und für nachhaltiges Wirtschaften unter Berücksichtigung der planetarischen Grenzen verstehen" (VENRO 2015a: 1). Angesichts ihrer wirtschaftlichen Stärke und ihres erheblichen Anteils am globalen CO2-Ausstoß, besitzt die G7 eine besondere Verantwortung, die sie im Rahmen der Vereinten Nationen gemeinsam wahrnehmen müsse. Nach Elmau sahen sie die G7 hierfür auf einem guten Weg. So erklärte der VENRO-Vorstand enthusiastisch: „Auf den ersten Blick gehen vom G7-Gipfel eine Reihe positiver Signale aus", obwohl die Bekenntnisse deutlicher hätten ausfallen können (VENRO 2015b).

Allerdings ist man bei den entwicklungspolitischen Verbänden auch skeptisch, ob die G7 die notwendigen Weichenstellungen tatsächlich voranbringen können. So betonen VENRO und FUE ausdrücklich, dass die G7 kein Forum sei, das die Weltpolitik bestimmen könne. Denn die G7 sei eine informelle und zudem kleine Ländergruppe, der es an Transparenz und Legitimität mangelt (VENRO 2015a).

Andere Beobachter stellen wiederum grundsätzlich die Frage, ob die G7 überhaupt noch der richtige Adressat für politische Forderungen ist. Rainer Falk, Publizist und Mitbegründer der globalisierungskritischen NGO WEED, kritisierte, dass bei den G7-Treffen die Entwicklungspolitik nur eine Feigenblatt-Funktion einnehmen würde. Daran hätte sich seit Heiligendamm nichts geändert. Merkel möchte das Treffen vor allem dafür nutzen, um die TTIP-Verhandlungen weiter zu beschleunigen. Die Konsequenz, die Falk daraus zieht ist: „Vergesst G7!". Das Abarbeiten an einem Gremium, das seit mindestens acht Jahren auf dem absteigenden Ast ist, lohne sich nicht mehr. Die entwicklungspolitischen Weichen würden nicht auf dem G7-Gipfel gestellt werden, sondern dort wo sie hingehören, in den Vereinten Nationen (Falk 2015).

Zivilgesellschaftliche G7-Reform als Alternative

Mit dem machtpolitischen Bedeutungsverlust der G7 treten die Legitimationsprobleme des informellen Gremiums umso stärker hervor. Diese Kritik ist nicht neu, sie wurde schon länger durch die Zivilgesellschaft hervorgebracht und in der Wissenschaft thematisiert. Aber sie erhält angesichts der wachsenden globalen Herausforderungen eine neue Relevanz. Denn damit diese Herausforderungen angemessen bearbeitet werden können, kommt der Legitimität und Transparenz von Handeln in der internationalen Politik eine wesentlich größere Bedeutung zu. Das ist gerade dann wichtig, wenn sich eine neue globale „Kultur der Kooperation" entwickeln soll, wie sie Dirk Messner vorschlägt. So könnte gerade der Abbau von Legitimitätsdefiziten internationaler Institutionen, die Entwicklung einer Kooperationskultur fördern. Neuere Ansätze der deliberativen Demokratietheorie liefern dafür interessante weiterführende Ideen

(Slaughter 2013). Denkbar wäre beispielweise, nicht-staatliche Akteure, wie Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Verbände oder auch Parlamente, stärker als bisher in die Arbeit der G7 miteinzubinden. Indem die G7 ihren Kreis für VertreterInnen der Zivilgesellschaft öffnet, könnte sie zu einem Forum des deliberativen Austausches werden, in dem Ideen und Strategien diskutiert werden können. Dadurch müssten Staats- und Regierungschefs stärker als bisher ihr Handeln gegenüber der Öffentlichkeit rechtfertigen und argumentieren, was die Transparenz und die Akzeptanz von außenpolitischen Entscheidungen erheblich erhöhen dürfte (Slaughter 2013: 80ff). Auf diese Art und Weise könnte ein neuer Handlungsraum für Kooperation entstehen, der durchaus auch Modellcharakter haben könnte, nicht nur für die G20, sondern auch für die Vereinten Nationen. Ein Schritt in die richtige Richtung sind die von der Bundesregierung eingerichteten, verschiedenen gesellschaftlichen Dialogforen zum G7-Gipfel in Elmau. Sie nehmen den Gedanken der Einbindung der Zivilgesellschaft zwar grundsätzlich auf, sind jedoch bei weitem nicht ausreichend. Eine ernstzunehmende institutionalisierte Einbindung der Zivilgesellschaft muss weitreichender sein, sie darf sich nicht auf wenige Diskussionsveranstaltung im Vorfeld und am Rande der Gipfel beschränken, sondern muss der Zivilgesellschaft eine aktiv gestaltende Rolle auf dem Gipfel geben. Alles andere wären Lippenbekenntnisse, die schnell in den Verdacht geraten, eine Veranstaltung zur Scheinpartizipation zu sein, anstatt eine reale Möglichkeit des Dialoges zu schaffen.

Die Reform der G7 mag utopisch erscheinen, es ist allerdings genauso utopisch zu glauben, dass Gremien wie die G7 oder die G20 eine Zukunft haben werden, wenn sie diejenigen die tagtäglich von den Auswirkungen ihrer politischen Entscheidungen betroffen sind und die wachsende Zahl transstaatlicher Akteure weiterhin ignorieren. Die G7 könnte neue Wege gehen und damit die anstehenden globalen Herausforderungen, wie Klimawandel und die wachsende soziale Ungleichheit, entschiedener und glaubwürdiger bewältigen. Darüber hinaus könnte sie Vorreiter für eine neue „Kultur der Kooperation" werden und einen Beitrag zur Demokratisierung der internationalen Politik leisten.

Martin Wilk ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag und promoviert an der Europa-Universität Frankfurt/Oder.

Literatur

Ash, Timothy Garton 2011: If Obama really wants to lead us to a free world, he should abolish the G8. http://www.theguardian.com/commentisfree/cifamerica/2011/may/25/barack-obama-free-world-g8 [12.06.2015].

Bündnis Stop-G7 2015: Bündnis Stop-G7, http://www.stop-g7-elmau.info [12.06.2015].

Bremmer, Ian 2012: Every Nation for Itself: What Happens When No One Leads the World. New York: Penguin Group.

Cooper, Andrew F./Ramesh Thakur 2013: The Group of Twenty (G20). London [u.a.]: Routledge.

Dimitrov, Radoslav S. 2010: Inside UN Climate Change Negotiations: The Copenhagen Conference. In: Review of Policy Research Jg. 27, Heft 6, 795–821.

Elliott, Larry 2012: Three myths that sustain the economic crisis. http://www.theguardian.com/business/economics-blog/2012/aug/05/economic-crisis-myths-sustain [12.06.2015].

Falk, Rainer 2015: Alte Gefechte noch einmal kämpfen? Vergesst G7! In: Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung (02/2015).

Messner, Dirk 2015: Deutschland als Gestaltungsmacht in der globalen Nachhaltigkeitspolitik. In: Hellmann, Gunther/Jacobi, Daniel/Urrestarazu Stark, Ursula (Hg.): Früher, entschiedener und substanzieller? Die neue Debatte über Deutschlands Außenpolitik, Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 8 (1), 379-394.

Oxfam 2014: Even it up, Time to end extreme inequality. http://www.oxfam.de/

sites/www.oxfam.de/files/20141029-even-it-up-extreme-inequality.pdf [12.06.2015].

Slaughter, Steven 2013: The prospects of de liberative global governance in the G20: legitimacy, accountability, and public contestation. In: Review of international studies, Jg 39, Heft 1, 71-90.

Smith, Gordon 2011: G7 to G8 to G20: Evolution in Global Governance. CIGI G20 Papers, Nr. 6 Mai 2011. https://www.cigionline.org/sites/default/files/g20no6-2.pdf [12.06.2015].

Unmüssig, Barbara 2014: Die Schwächen der Post-2015-Entwicklungsagenda. In: Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung (11-12/2014).

VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe, Forum Umwelt und Entwicklung und Deine-Stimme-gegen-Armut 2015a: Neue Politik für Globale Gerechtigkeit, Zivilgesellschaftliche Forderungen zur deutschen G7-Präsidentschaft. http://venro.org/uploads/tx_igpublikationen/Neue_Politik_fuer_Globale_Gerechtigkeit.pdf [12.06.2015].

VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe 2015b: Pressemeldung – Licht und Schatten beim G7-Gipfel. http://venro.org/fileadmin/Presse-Downloads/2015/PM_G7.pdf [12.06.2015].

Selbstdarstellung

Wem gehört das Abendland?
Die Junge Islam Konferenz (JIK)

Nicht erst seit Beginn dieses Jahres sind Debatten um die kulturelle Vielfalt Deutschlands und die Zukunft des Zusammenlebens in der deutschen Einwanderungsgesellschaft von hoher Dringlichkeit. Eine Reihe zivilgesellschaftlicher Organisationen widmet sich inzwischen solchen Fragestellungen, so auch die Junge Islam Konferenz (JIK). Die JIK ist eine Plattform für junge Menschen aus ganz Deutschland mit Interesse an den Themenfeldern „Islam und Muslim_innen in Deutschland" sowie „Vielfalt in der Einwanderungsgesellschaft". Ziel der JIK ist es, den Zusammenhalt in der Einwanderungsgesellschaft zu stärken. Gerade die Perspektiven junger Menschen – Menschen, die mit Vielfalt aufgewachsen sind und ihr daher oft eher aufgeschlossen begegnen – kommen in der aktuellen politischen und öffentlichen Auseinandersetzung oftmals zu kurz. Und dabei sind es insbesondere die Stimmen junger Menschen, die in Zeiten aufgeheizter und polemischer Debatten eine konstruktive Auseinandersetzung ermöglichen könnten.

Die JIK ist ein Dialogforum und Multiplikatorennetzwerk junger Menschen im Alter von 17 bis 25 Jahren. Sie ist ein Projekt der Stiftung Mercator, des Mercator Program Centers und der Humboldt-Universität zu Berlin. Als bundesweites Forum bietet sie religiösen und nicht-religiösen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund eine Plattform für Wissensgewinn, Austausch und Intervention in gesellschaftliche Debatten über die Rolle des Islam in Deutschland.

Gesellschaftliche Prozesse durch die junge Brille

Seit der Gründung der JIK vor knapp fünf Jahren ist viel passiert: Gab es 2010 noch einen Aufschrei, als Bundespräsident Christian Wulff die Zugehörigkeit des Islam zu Deutschland bekräftigte, kommt dieser Satz Bundeskanzlerin Merkel nun problemlos über die Lippen. Institutionell wurde diese Entwicklung von wichtigen Grundsatzentscheidungen begleitet, wie der Einrichtung der islamisch-theologischen Zentren an fünf deutschen Universitäten, der Gründung eines Studienwerks für muslimische Studierende oder jüngst der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen zu kippen. Diese Entwicklungen verdeutlichen den gesellschaftspolitischen Prozess, den moderne Einwanderungsländer durchleben. Die JIK hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Prozesse mit einer jungen Brille zu begleiten.

Parallel zu diesen gesellschaftspolitischen Prozessen haben sich auch die Schwerpunkte

der Arbeit der Jungen Islam Konferenz verändert. Zu Beginn ihrer Arbeit begleitete die 2011 gegründete JIK vornehmlich die Arbeit der Deutschen Islam Konferenz (DIK). Dabei stand die Frage im Vordergrund, inwieweit die DIK partizipativer und repräsentativer gestaltet werden könnte. Die Teilnehmenden empfahlen unter anderem die Regionalisierung des Dialogformats in die Kommunen, die Entsendung von jungen Delegierten in die DIK sowie die Förderung des bürgernahen Dialogs zum Thema Islam und Muslim_innen in Deutschland. Gleichzeitig formulierte die JIK die Vision einer vielfältigen Gesellschaft, in der Zusammenhalt über vermeintliche kulturelle, ethnische oder nationale Grenzen hinweg gelebt wird.

Ein Jahr später setzte sich die JIK schwerpunktmäßig mit der Rolle des Internets in gesellschaftspolitischen Aushandlungsprozessen auseinander. Diese Fokussierung wurde gewählt, um die aktuellen Debatten über muslimfeindliche Agitation sowie die Rekrutierung durch jihadistische Gruppierungen um eine junge Perspektive zu ergänzen. Explizit wurde die Schaffung einer „Gegenöffentlichkeit gegenüber menschenfeindlichen Tendenzen im Netz" empfohlen – der Ansatz, counter-narratives zu kreieren, ist vor dem Hintergrund der Aktivitäten jihadistischer Propaganda in sozialen Netzwerken nach wie vor hochaktuell.

Unter der Ägide des damaligen Bundesinnenministers Dr. Hans-Peter Friedrich wurden in der DIK verstärkt integrations- und sicherheitspolitische Themen verhandelt. Dieser Umstand hinterließ den falschen Eindruck, dass Herausforderungen der Integrations- und Sicherheitspolitik vor allem Probleme der Muslim_innen in Deutschland seien. Die Teilnehmenden der JIK empfahlen 2013 daher die „Weiterführung der DIK mit alleinigem Fokus auf religionsrechtlichen und dem Ziel der Gleichstellung islamischer Religionsgemeinschaften". Dass die DIK sich seit dem vergangenen Jahr auf religionsrechtliche Schwerpunkte fokussiert, ist daher aus Sicht der JIK eine positive Entwicklung.

Während die JIK 2013 ihre eigene Regionalisierung initiierte und ihre Länderprogramme startete, war es den Teilnehmenden ein wesentliches Anliegen, dass Fragen der Vielfalt und Teilhabe auch auf Bundesebene verhandelt würden. Seit ihrer Empfehlung dahingehend im Mai 2013 verfolgt die JIK das Ziel, dass über ein adäquates Leitbild der deutschen Einwanderungsgesellschaft auf Bundesebene verhandelt wird. Seit der vergangenen Bundeskonferenz im Mai 2014 haben zahlreiche gesellschaftspolitische Entwicklungen die Notwendigkeit einer Debatte über ein neues Leitbild für Deutschland verdeutlicht. Bislang gibt es zwar vereinzelt und selektiv auf bestimmte Gruppen bezogen positive Bekenntnisse zur deutschen Einwanderungsgesellschaft, es mangelt allerdings an einem zeitgemäßen und inklusiven Narrativ und einer weitverbreiteten Haltung, die Diversität in allen Bereichen des Lebens als Normalität und als Wert erachten. Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Vielfalt ist es aus Sicht der JIK eine der zentralen Aufgaben unseres Landes, Antworten auf die Fragen nach Zugehörigkeit und identitätsstiftende Motive für die vielfältige Gesellschaft zu finden.

Wem gehört das Abendland?

Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Kontroversen um Vielfalt zu Jahresbeginn fand vom 13. bis 15. März 2015 der diesjährige Bundeskongress der JIK unter der Fragestellung „Wem gehört das Abendland?" statt. Insgesamt diskutierten rund hundert junge Menschen zwischen 17 und 25 Jahren aus ganz Deutschland mit Expert_innen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft über die Schaffung eines positiven gemeinsamen „Wirs" in Deutschland.

Anlässlich des Kongresses stellte die Forschungsgruppe „Junge Islambezogene Themen in Deutschland" (JUNITED) die Ergebnisse ihrer neuesten Studie „Deutschland postmigrantisch II – Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Gesellschaft, Religion und Identität" vor. Die Studie belegt den Trend, der sich auch in der JIK abzeichnet: Gerade junge Menschen sind Muslim_innen

gegenüber aufgeschlossener, räumen ihnen mehr Partizipationsrechte ein und empfinden die Präsenz des Islam in Deutschland als unproblematisch. Auch haben sie mehr Wissen über Islam und Muslim_innen. Dabei beziehen sie ihr Wissen – auch ein Gegensatz zu den über 25-Jährigen – mehr aus persönlichem Kontakt zu Muslim_innen als aus den Medien.

Neue Deutsche Perspektiven auf aktuelle Debatten

Der erste Konferenztag fiel mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zusammen, das Kopftuchverbot für Lehrerinnen abzuschaffen. Das Urteil stellte für viele Mitglieder der JIK ein Zeichen für anerkennende und gelebte Religionsfreiheit dar. Jahrelange Aushandlungsprozesse am Körper angehender muslimischer Lehrerinnen haben dadurch ihr vorläufiges Ende gefunden. Von dieser Debatte lassen sich viele Fragen für ein demokratisches Zusammenleben ableiten.

Es stellt sich die Frage, inwieweit Deutschlands Klassenzimmer ihren Status als neutrale, geschützte Räume – in denen Kinder und Jugendliche unbefangen lernen sollen – durch die Präsenz von Kopftuch tragenden Lehrerinnen verlieren würden. Allerdings sind Schulen und Klassenzimmer nie vollkommen neutrale Räume, da sie Normen und Werte sowie gesellschaftliche Verhältnisse widerspiegeln, die in Bezug auf Chancen und Anerkennung stark von Ungleichheit geprägt sind. Die Sichtbarkeit von Lehrerinnen mit Kopftuch könnte also vielmehr zur Repräsentation gesellschaftlicher Vielfalt beitragen.

Schulen sind zentrale Orte gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse, in denen junge Menschen zu kritisch und differenziert denkenden Personen ausgebildet werden sollen. Künftig werden Schüler_innen in Deutschland auch von Lehrerinnen unterrichtet, die das Straßenbild Deutschlands ohnehin bereits mitprägen. Vor diesem Hintergrund könnte eine Aufrechterhaltung des Verbots des Kopftuchs eher als religiös bedingte Diskriminierung eingestuft werden. Der gesetzlich verankerte Gegensatz zwischen Religion (symbolisiert durch das Kopftuch) und gesellschaftlicher Partizipation (Lehrberuf) stehen sich hier gegenüber.

Junge Perspektiven miteinbeziehen

Gleichzeitig ist es der JIK bei gesellschaftlichen Diskussionen dieser Art wichtig, junge Perspektiven in den Vordergrund zu stellen. Dass die Debatte bislang eher defizitorientiert geführt wurde, liegt auch daran, dass die maßgeblich Betroffenen, nämlich die Schüler_innen selbst, kaum zu Wort kamen. Was bei vielen Erwachsenen noch Kopfschütteln auslöst und befremdlich erscheint, ist für viele junge Menschen schon längst ein selbstverständlicher Teil des Alltags. Immer mehr junge Menschen führen einen transnationalen Lebensstil und sind geprägt von hybriden Identitäten. Ihre Vorstellung vom Deutschsein ist eine andere als die vieler älterer Mitbürger_innen. Den Studienergebnissen von JUNITED zufolge sehen 71 Prozent der 16- bis 25-Jährigen das Tragen des Kopftuchs als individuelles Recht an, während es bei den über 25-Jährigen mit lediglich 45 Prozent deutlich weniger sind (Foroutan et al. 2015: 8). Dass das Kopftuch als Projektionsfläche für Identitätsdiskurse genutzt wird und einen Streitpunkt in der Frage bildet, was denn deutsch sei, zeigt das Ergebnis der Studie „Deutschland postmigrantisch I": 38 Prozent der Deutschen sehen das Kopftuchtragen als unvereinbar mit dem Deutschsein (Foroutan et al. 2014: 26).

Das Kopftuch scheint ein Symbol für eine größere Debatte um die deutsche Identität und die mehrheitsgesellschaftliche Narration dieses Landes zu sein. Dabei bricht sich der hiesige Diskurs zu kultureller Vielfalt in der Regel an Islam und Muslim_innen. So verknüpfen Medien häufig Texte zu Migration und Integration mit Bildern, die eindeutig mit Islam und Muslim_innen konnotiert werden. Riem Spielhaus schreibt dazu, dass „bei der medialen Wahrnehmungsverschiebung [...] oft eine Verknüpfung von Religion und Migration statt[findet] und damit auch eine Gleichsetzung der islamischen Glaubenszugehörigkeit mit

Fremdheit“ (Spielhaus 2014). Dass das Bild einer Frau mit Kopftuch wenig Relevanz für einen Artikel über das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum Deutschtest für türkische Eheleute hat, ist unerheblich (Ataman/Topçu 2014). Vor dem Hintergrund der Berichterstattung sind die negativen Einstellungen, welche die deutsche Bevölkerung gegenüber Islam und Muslim_innen hegt, wenig überraschend.

Über den Tellerrand hinausschauen

Besonders der Blick über den Atlantik lohnt sich hier als Inspirationsquelle: Die klassischen Einwanderungsländer USA und Kanada begannen bereits in den 1950er Jahren, die nationalen Selbstbilder so zu reformieren, dass sie die kulturelle Vielfalt widerspiegeln und bejahen. In den USA konzeptualisierte John F. Kennedy als Senator von Massachusetts die „Nation of Immigrants“ und legte somit den Grundstein für ein inklusives Verständnis der Zugehörigkeit in den USA. In Kanada wurde Multikulturalismus sogar zu einer zentralen Leitlinie kanadischer Politik erhoben. Die Canadian Charter of Rights and Freedoms, in der die Grundrechte verfasst sind, proklamiert dabei, dass die Grundrechte und -freiheiten in Einklang mit dem Geist des Multikulturalismus stehen sollen (Sektion 27). Im Juli 1988 wurde das Prinzip im Canadian Multiculturalism Act legal verankert – das Gesetz formulierte ein normatives Bekenntnis zu den Vorteilen einer vielfältigen Gesellschaft. Der kanadische Premierminister Chrétien erklärte dieses Prinzip im Juni 2000: „Canada has become a post-national, multicultural society. It contains the globe within its borders, and Canadians have learned that their two international languages and their diversity are a comparative advantage and a source of continuing creativity and innovation. Canadians are, by virtue of history and necessity, open to the world“ (Mobley et al. 2012: 307).[1]

Neue Narrationen braucht das Land

Eine ähnliche Diskussion hat nun auch in Deutschland Fahrt aufgenommen. Bereits im Januar 2014 empfahl die JIK die Einrichtung einer Kommission zur Verhandlung von Fragen der Identität und Narration auf bundespolitischer Ebene. Jüngst bekräftigte der Rat für Migration diesen Ansatz, auch CDU-Generalsekretär Peter Tauber schloss sich der Empfehlung an. Interessant ist, dass diese Diskussion in politischen Kreisen beinahe ausschließlich unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Verwertbarkeit geführt wird. Migration wird vor allem als Abhilfe für die Folgen des demografischen Wandels für das deutsche Sozialsystem betrachtet. Emotionale Bekenntnisse zu der bestehenden, postmigrantischen Gesellschaft und „Vielfalt als Wert“ in ihr bleiben zumeist aus. Dennoch wäre die Einberufung einer solchen Kommission Teil einer hoffnungsvollen Entwicklung in Deutschland und würde einen Schritt in die Richtung darstellen, die Einstellungsmerkmale von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in ihrem offeneren Verständnis vom Deutsch-Sein sowie ihrem aufgeschlosseneren Verhältnis zu kultureller Vielfalt unterstreichen (Foroutan et al. 2015). Diese Einstellungen und die damit einhergehende Haltung sind Ressourcen, die in die Gestaltung der Zukunft eines Deutschlands einfließen sollte: Ein Deutschland, das sich selbstverständlich als Einwanderungsland begreift und das auch in seiner nationalen Erzählung bis zur höchsten politischen Ebene und in seiner medialen Selbstrepräsentation anerkennt.

Armin Begic studiert und arbeitet am Institut für Studien der Kultur und Religion des Islam an der Goethe Universität Frankfurt am Main. Kontakt: arminbegic@live.de

Robin Laumann ist bei der Jungen Islam Konferenz für die Bundesprogramme verantwortlich. Kontakt: robin.laumann@j-i-k.de.

Anmerkung

[1] „Kanada ist eine postnationale, multikulturelle Gesellschaft geworden. Es beinhaltet die [Vielfalt der] Welt in seinen Grenzen und Kanadier haben gelernt, dass ihre zwei internationalen Sprachen und ihre Vielfalt ein

komparativer Vorteil sowie eine Quelle kontinuierlicher Kreativität und Innovation sind. Kanadier sind, infolge von Geschichte und Notwendigkeit, der Welt offen gegenüber."

Literatur

Ataman, Ferda/Topçu, Canan 2014: Integration auf den Punkt gebracht. Der Bestseller unter den Symbolbildern. http://mediendienst-integration.de/artikel/bildredaktion-verwendung-von-symbolbildern-mit-kopftuch-fuer-integration.html [09.04.2015].

Foroutan, Naika/Canan, Coskun/Arnold, Sina/Schwarze, Benjamin/Beigang, Steffen/Kalkum, Dorina 2014: Deutschland postmigrantisch I. Gesellschaft, Religion, Identität – Erste Ergebnisse. https://junited.hu-berlin.de/deutschland-postmigrantisch-1/ [09.04.2015].

Foroutan, Naika/Canan, Coskun/Schwarze, Benjamin/Beigang, Steffen/Kalkum, Dorina 2014: Deutschland postmigrantisch II. Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Gesellschaft, Religion, Identität. https://junited.hu-berlin.de/deutschland-postmigrantisch-2-pdf [09.04.2015].

Mobley, William/Li, Ming/Wang, Ying 2012: Advances in Global Leadership. Bingley: Emerald Group Publishing.

Spielhaus, Riem 2014: „Der Islam gehört zu Deutschland". http://mediendienst-integration.de/artikel/der-islam-gehoert-zu-deutschland-spielhaus.html [09.04.2015].

Tagungsbericht

Widerstand und Resignation auf dem Weltsozialforum 2015 – Ein Echo aktueller Bewegungen?

Vom 24. bis zum 28. März 2015 fand das Weltsozialforum (WSF) in der tunesischen Hauptstadt Tunis auf dem Universitätscampus El Manar I statt. Das Weltsozialforum versteht sich seit seiner Gründung 2001 in Porto Alegre (Brasilien) als alternative Gegenveranstaltung zum schweizerischen Weltwirtschaftsgipfel in Davos, der vor allem internationale Spitzenpolitiker, Konzernchefs und Wirtschaftslobbyisten versammelt. Unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich" finden sich fast im jährlichen Rhythmus globalisierungskritische, zivilgesellschaftliche Akteure und Nichtregierungsorganisationen (NGO) aus dem globalen Norden und Süden zusammen, um ihre Ideen und Erfahrungen im Kampf gegen Austeritätspolitik und neoliberalen Kapitalismus auszutauschen und miteinander zu vernetzen. Das Protestereignis konfrontiert die „Alternativlosigkeit" des globalisierten Kapitalismus und des repräsentativen, elitistischen Herrschaftdispositivs mit Projekten der autonomen Selbstverwaltung, die sich rund um Themen des nachhaltigen Ressourcenverbrauches, einer sozial gerechteren Wirtschaftsordnung, fairen Arbeitsverhältnissen und Geschlechtergleichheit drehen. Der Kampf um Demokratie und Menschenrechte, eine alternative Migrationspolitik und das Recht auf Selbstbestimmung der Völker stehen ebenso im Zentrum des Forums.

Während das letzte WSF 2013, das als Zeichen der Anerkennung der tunesischen Revolution und anderen arabischen Revolten 2011 bereits in Tunis veranstaltet worden ist, sehr gut besucht war (Angaben schwanken von 20.000 bis 50.000)[1], gingen die Teilnehmerzahlen dieses Jahr auf geschätzte 10.000 zurück. Stand das WSF 2013 noch im hoffnungsvollen Elan von Occupy Wall Street, der Indignados-Bewegung und den arabischen Revolten, so ist die Atmosphäre und die geringe internationale Teilnahme dieses Jahr in gewisser Weise das Abbild einer Resignation, zumindest aber einer rückgängigen Kooperation zwischen den sozialen Bewegungen von 2011: Die ägyptische Demokratiebewegung wurde durch die Restauration der Militärdiktatur unterdrückt; in Syrien, Libyen und Yemen herrschen blutige und teils langjährige Bürgerkriege; die spanischen, basisdemokratischen Proteste haben sich in eine Partei (Podemos) verwandelt und die nordamerikanische Occupy Bewegung wurde durch die europäische Schwester Blockupy

eingeholt. „Ich bin auf dem Forum, um mich etwas von der deprimierenden Lage in Ägypten abzulenken. Fast alle meine Kameraden und Freunde sind entweder hinter Gittern oder vom Regime getötet worden. Komischerweise waren wir unter Mursi und den Islamisten, die im Westen so viel Bedenken ausgelöst haben, so viel freier als unter der Diktatur von al-Sissi, die jegliche politische Aktion erstickt", so die ägyptische, linke Aktivistin Sheima[2], die sich im Zuge der Proteste auf dem Tahrir-Platz 2011 mit tunesischen AktivistInnen vernetzt. Henda, feministische Menschenrechtlerin aus Tunis, beklagt die fehlende internationale Vernetzung, die doch ein zentrales Anliegen des WSF ist: „Ich weiß, dass viele unserer Kameraden von Occupy, vor allem aber aus Spanien und Griechenland noch stärkere finanzielle Einbußen durch die Austeritätspolitik hinnehmen mussten als zuvor und sich die Reise nicht mehr leisten können. Viele Tunesier sind dieses Jahr aber auch weg geblieben, weil sie enttäuscht sind von den aktuellen Entwicklungen im Land."

Auffällig ist auch, dass außer der traditionsreichen Partizipation der BrasilianerInnen kaum südamerikanische AkteurInnen teilnahmen, ebenso wenig wie asiatische AktivistInnen. Dafür waren die maghrebinischen und palästinensischen AktivistInnen in bemerkenswert hoher Zahl vertreten, was zu einer stark inhaltlichen Ausrichtung des Forums an den aktuellen Konflikten dieser Länder geführt hat.

Das diesjährige WSF wurde sicherlich auch von den terroristischen Anschlägen auf das Bardo-Museum überschattet, die eine Woche vor Beginn des Forums 24 Menschen in Tunis getötet haben. So stand auch die Auftaktdemonstration im Zeichen des Protestes gegen den djihadistischen Terrorismus.

Trotz der abnehmenden Teilnehmerzahlen und der wetterbedingt stürmischen Atmosphäre war das Forum auch dieses Jahr mit rund 1.000 Aktivitäten und Workshops vielfältig aufgestellt. Die deutsche Zivilgesellschaft war mit Brot für die Welt, den parteinahen Stiftungen der Grünen, SPD und Linken sowie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der DGB Jugend NRW vertreten.

Internationale Vernetzungen

Äußerst positiv fällt die Zusammenarbeit zwischen den west- und nordafrikanischen sowie den französischen Gewerkschaften im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen in Konzernen auf. Das Netzwerk Réseau International des Centres d'appel thematisiert insbesondere die Arbeitsverhältnisse von Frauen in Call-Centern in Marokko, Tunesien und im Senegal anhand von Berichten von Arbeiterinnen. Die Arbeiterinnen schildern sexuelle Übergriffe am Arbeitsplatz, schlechte Löhne und unbezahlte Überstunden. Auf dem Workshop diskutieren verschiedene GewerkschaftlerInnen sehr ambivalent über mögliche Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse durch angepasste Arbeitszeiten, die Frauen die Möglichkeit geben, ihre Arbeit mit einem Familienleben zu vereinen. Diese internationale Zusammenarbeit ist in Bezug auf Call-Center besonders wichtig, sind es doch meist europäische Firmen, die ihre Call-Center in den globalen Süden (meist Ex-Kolonien) auslagern und die vorwiegend weibliche Arbeiterschaft ausbeuten. Dass diese internationale Vereinigung zwischen Gewerkschaften bereits reale Kämpfe zugunsten der ArbeitnehmerInnen beeinflussen konnte, hat sich auf dem WSF 2013 gezeigt, als eine Demonstration für die beiden in Hungerstreik getretenen Fabrikarbeiterinnen Monia Dridi und Sonia Jebali vor der französischen Botschaft veranstaltet wurde. Dieser Demonstration sind viele weitere Solidaritätskomitees und -kundgebungen in Frankreich und Tunesien gefolgt. „Die Zusammenarbeit mit den französischen Gewerkschaftler von SUD und der CGT hat uns sehr geholfen, unseren Kampf um würdevolle Arbeitsverhältnisse zu verstärken. Wir haben für Latelec Fouchana, einem Subunternehmer von Airbus France, gearbeitet, die uns „Sklavinnen" genannt haben und uns auch dementsprechend behandelt haben. Weil Airbus ein französischer Konzern ist, war es für uns sehr wichtig, dass in Frankreich bekannt

wird, wie französische Firmen im Ausland ihre Arbeiterinnen behandeln und unter welchen Bedingungen wir arbeiten", bestätigt Sonia Jebali.

Neben den politischen und gewerkschaftlichen formieren sich auch künstlerische Koalitionen. So gelingt eine spontane künstlerische Zusammenarbeit auf dem Campus zwischen den französischen Werbungsgegnern Résistance à l'agression publicitaire(R.A.P.) und dem tunesischen Künstler- und Graffitikollektiv Zwawla (arab. Lautsprache „Die Armen"), die sich während des revolutionären Prozesses in der anarchistischen Jugendbewegung engagiert haben. R.A.P übt in Frankreich Zivilen Ungehorsam gegen Werbung aus: Sie entfernen Werbeanzeigen und bekleben die frei gewordenen Flächen mit künstlerischen Plakaten, die dazu appellieren, sich von der manipulativen, sexistischen und zur ständigen Konsumation auffordernden Werbung zu befreien.

Vereinnahmung des WSF durch Regimeakteure

Das WSF begreift sich selbst als internationaler Ort der Zivilgesellschaft – ParteipolitikerInnen oder VertreterInnen von Institutionen sind eigentlich von der Teilnahme ausgeschlossen, sie dürfen nur als private Person in Erscheinung treten.[3] Dieses Jahr, wie bereits in den Jahrgängen zuvor, hat sich das WSF von einigen Akteuren, die im Auftrag von Regierungen gekommen sind, infiltrieren lassen. Am stärksten fielen iranische, marokkanische und algerische Regimeentsandte auf.

Die iranischen Regierungsvertreter stellten an prominenter Stelle auf dem Campus die ersten beiden Tage Bilder von entstellten Kindern, Frauen und Kriegsverwundeten im Gazastreifen aus. Unter dem Deckmantel der „Solidarität mit dem palästinensischen Volk" verbreiteten sie dann am dritten Tag unmissverständlich antisemitische Botschaften, die sie mit einem Lobgesang auf die Stärke des iranischen Regimes und des Militärs verbanden.

Marokkanische Regimevertreter haben erneut, wie bereits auf dem WSF 2007 in Bamako und 2011 in Dakar[4], Workshops organisiert, auf denen sie die präsente Polisario-Bewegung (Befreiungsbewegung der Westsahara) beschuldigen, die eigene Bevölkerung zu zwangsrekrutieren, um gegen den marokkanischen Staat zu rebellieren. Auf der Abschlussdemonstration, die eigentlich thematisch der Selbstbestimmung der Palästinenser gewidmet sein sollte, skandierten sie, dass die Westsahara immer marokkanisch bleiben werde. Der Konflikt um die seit 1975 währende Besetzung der Westsahara durch den marokkanischen Staat gehört zu einem vergessen Dekolonisierungskampf, der zur massiven Zersplitterung und Unterdrückung der Sahraoui geführt hat. Gefangen in Foltergefängnissen oder in einem von Landminen und einer drei Meter hohen Sandwall abgesperrten, „freien" Gebiet, sind nahezu alle Familien zwischen den westalgerischen Lagern und der Heimat am Atlantik zerrissen. Nicht nur der marokkanische Staat, der seine Fischbestände, das weltweit höchste Phosphatvorkommen sowie Salz und Tomaten aus dem westsaharischen Küstengebiet schöpft, sondern auch europäische Energiekonzerne melden ein neokoloniales Interesse an den Ressourcen der Region. So hat der französische Konzern Total bereits 2001 die Erlaubnis von Marokko erkauft, das reiche Erdgas- und Ölvorkommen in der Westsahara auszubeuten.[5] Marokko ist weder bereit, die westsaharische Bevölkerung an den Reichtümern zu beteiligen noch über ihre Unabhängigkeitsforderung zu verhandeln, obwohl seit 1991 das UN-Projekt zur Vorbereitung eines Referendums der Sahraui über ihre Selbstbestimmung vorliegt, das Marokko Jahr für Jahr verwehrt.[6] Die Polisario-Bewegung ist sehr aktiv auf den in Afrika stattfindenden Weltsozialforen der letzten Jahren: Sie klären über die Geschichte ihres Kampfes auf, über die aktuelle Lage ihrer Bevölkerung und die ökologischen Implikationen ihres Widerstandes insbesondere hinsichtlich der Landminen. „Ich kenne diesen Konflikt überhaupt nicht. Es war sehr interessant, die Sahraui über ihre Erfahrungen des Widerstandes und ihren schwierigen Lebensverhältnissen in dem ab-

geschotteten Gebiet und in den algerischen Lagern berichten zu hören. Ich verstehe nicht, warum wir in Europa weder darüber berichten noch etwas davon wissen – allein um diese Zeugnisse zu hören, und andere Perspektiven kennenzulernen, hat sich meine Beteiligung am WSF gelohnt", so die französische Künstlerin Stéphanie.

Am massivsten und verstörendsten traten algerische Regierungsvertreter auf. Während die Strategie der Militärdiktatur 2013 noch darin bestand, algerische Oppositionelle und zivilgesellschaftliche Akteure an der algerisch-tunesischen Grenze aufzuhalten, um sie daran zu hindern, am WSF teilzunehmen (was ihnen letztlich nicht gelang), setze das algerische Regime dieses Jahr auf die entgegengesetzte Taktik: Das WSF mit einer pro-Regime „Zivilgesellschaft" von ca. 1.200 Teilnehmern zu überschwemmen. „Wir engagieren uns seit Jahrzehnten politisch in Algerien und in der Diaspora und niemand kennt diese angeblichen Aktivisten. Es sind vom Regime bezahlte Leute, die auf das Forum gekommen sind, um jede Kritik am algerischen Regime mit ihrer „Vision" der paradiesischen Verhältnisse in Algerien unglaubwürdig zu machen. Vor allem in Bezug auf das Fracking hat sich das Regime Mühe gegeben, alle seine „Experten" zu schicken, die uns weiß machen wollen, dass es sich um eine Methode mit „Null Verschmutzung" handelt", erklärt empört der algerische Aktivist Nabil.[7]

Fracking, so heißt die Bohrmethode zur Gewinnung von Schiefergas, gibt nicht nur im algerischen Kontext Anlass für heiße Debatten, sondern steht im Zentrum der Umweltschutzdebatten auf dem Forum. In Algerien hat sich seit Mitte 2014 im südlichen Ain-Salah (1.200 km von der Hauptstadt Algier entfernt) ein massiver Widerstand gegen das Fracking gebildet, der sich zu einer breiten sozialen Bewegung entwickelt hat, die nicht nur UmweltschützerInnen, sondern auch Arbeitslose und BürgerInnen mobilisiert hat. Der algerische Staat hat schätzungsweise die weltweit dritthöchsten Vorkommen an Schiefergas, die er nun in Zusammenarbeit mit ausländischen Konzernen (Total, Halliburton, Schlumberger werden genannt) anhand der Fracking-Methode abbauen will. „Wir Bürger haben uns monatelang [in Zelten, N.A.] versammelt und darüber diskutiert, welche Risiken das Frakking für die gesamte Region des Südens mit sich bringen kann. Wir sind von Tür zu Tür gezogen und haben versucht, so viele Bürger wie möglich aufzuklären, weil das Regime selbst nichts unternimmt! Ain-Salah ist eine Grundwasserreiche Region, das Wasser wird nach Tamanrasset exportiert und versorgt die Landwirtschaft [des gesamten Süden Algeriens, N.A.], wovon wir hier leben. Das Fracking kann unser Wasser verschmutzen – das ist eine Frage von Leben oder Tod! Wir sind auf die Straße gegangen, weil sich die Regierung weigert, mit uns zu sprechen. Wir fordern, dass sie ab sofort die Experimente in unserer Region beenden! In Frankreich ist Fracking verboten und hier testen sie auf unserem Boden", klagt der Aktivist der Arbeitslosenbewegung aus Ouargla, Tahar. Trotz der kritischen Situation im Süden des Landes weht ein revolutionärer Hoffnungswind in den Kreisen algerischer AktivistInnen, die letztes Jahr mit der Bewegung Baraket (Es reicht!) für einen demokratischen Wandel und gegen lebenslange Legislaturperioden des Präsidenten protestierten.

Die französische Grünenbewegung informiert auf dem WSF ebenso über Frakking und versucht, die von der Energieindustrie hervorgebrachten Argumente anhand von unabhängigen Studien und Beobachtungen aus den USA, wo die Bohrungen erstmals 1947 in Texas, Kansas und Oklahoma vorgenommen wurden, zu widerlegen. Schiefergas liegt 3000 Meter unter der Erdoberfläche und wird anhand des Fracking durch senkrechte und waagerechte Bohrungen mit einem Gemisch aus 10 bis 15 Millionen Liter (pro Bohrloch), Sand und chemischen Zusätzen, die je nach Konzern differieren, an die Erdoberfläche gepumpt. „Dabei können aber auch Schwermetalle, Salz oder radioaktive Stoffe mit an die Oberfläche geraten und wieder ins Grundwasser zurücksickern und es derart verseuchen.

[...] Auch das Argument, dass Schiefergas zu weniger Co_2-Ausstoßungen führt, ist einfach zu widerlegen, denn das Gas besteht größtenteils aus Methan. Bei Bohrungen entweichen bis zu 9 Prozent Methan, die ein 25-mal höheres Treibhauspotential gegenüber Kohlenstoffdioxid aufweisen", erläutert Antoine. Die Konferenz endet mit einer Aufforderung sich international zu den geplanten Aktionen rund um die nächste Klimakonferenz im Dezember 2015 in Paris zu vernetzen.

Fazit

Es ist eine gemischte Bilanz, die sich nach dem 12. Weltsozialforum ziehen lässt. Zum einen gelingt es dem Forum, eine Sichtbarkeit von sozialen Bewegungen, gewerkschaftlichen, ökologischen und feministischen Kämpfen herzustellen und dazu beizutragen, eine internationale Verbindung und Solidarität zwischen Akteuren und Kämpfen zu schaffen. AkteurInnen, deren Bewegungsfreiheit und politische Versammlungsfreiheit sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene erheblich eingeschränkt ist, finden auf dem WSF eine seltene Plattform des Austausches und der Koordination ihres Kampfes.

Zum anderen vermissen viele AkteurInnen den partizipativen und demokratischen Charakter der Veranstaltung, denn viele der Workshops sind im Vortragsstil gehalten. Nach dem Vortrag können die anderen Teilnehmer Fragen stellen, aber oft ist die Diskussionszeit zu kurz gehalten und diejenigen, die das Wort ergreifen, sind nicht selten erfahrene AktivistInnen. Eine schon länger währende interne Debatte um eine Reformierung des Forums zu mehr Partizipation wird längst fällig.

Ferner ist es vollkommen unverständlich, warum die Organisation des WSF immer wieder Akteure im Auftrag autokratischer und diktatorischer Regime am Forum teilnehmen lässt oder Workshops mit antisemitisch konnotierten Titeln erlaubt. Das Kredo der Offenheit des Forums und der Vielfalt der Positionen überzeugt an dieser Stelle kaum, zumal die vertretenen Positionen nicht nur formal (es sind Regierungsvertreter), sondern in erster Linie auch inhaltlich die Ausrichtung des WSF torpedieren. Wenn das Forum es langfristig nicht schafft, diese Akteure auszuschließen und sich gegen die Sabotage ihrer Veranstaltung zu schützen, verliert es letztlich seinen alternativen und potentiell subversiven Charakter.

Das nächste Weltsozialforum 2016 wird im kanadischen Montréal stattfinden. Zum ersten Mal in der Geschichte des Weltsozialforums wird ein westliches Land des globalen Nordens Gastgeber sein. Es bleibt abzuwarten, wie sich Visapolitiken auf die Teilnahme für AktivistInnen aus Südamerika, Afrika und Asien auswirken werden.

Nabila Abbas, Aachen

Anmerkungen

[1] http://www.weltsozialforum.org/2013/2013.wsf.meldungen.0/2013.wsf.meldungen/ [15. April 2015].

[2] Der Name wurde redaktionell geändert.

[3] Siehe Artikel 9 der Charta, in: http://www.weltsozialforum.org/prinzipien/index.html [14. April 2015].

[4] Die Angaben bezüglich der Aktionen marokkanischer Regierungsentsandter 2007 und 2011 beruhen zum einen auf mündliche Zeugenaussagen auf dem WSF und zum anderen auf folgende Zeitungsquelle: http://www.npa2009.org/actualite/tunisie-questions-sur-le-forum-social-mondial [18. April 2015].

[5] http://www.monde-diplomatique.de/pm/2014/03/14/a0045.text [20. April 2015].

[6] http://www.un.org/fr/peacekeeping/missions/minurso/, Stand: [15. April 2015].

[7] Seine Angaben werde durch die französische Tageszeitung Le Monde bestätigt: http://www.lemonde.fr/afrique/article/2015/03/30/comment-alger-a-tente-de-convertir-le-forum-social-mondial-de-tunis-au-gaz-de-schiste_4605682_3212.html [30.03.2015].

Bedingungsloses Grundeinkommen

Chancen und Risiken des bedingungslosen Grundeinkommens lotet ein im Mai 2015 durch das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung herausgegebene Papier aus. Die Autorin des Artikels, Dorothee Spannagel, beleuchtet darin, inwieweit ein bedingungsfrei durch den Staat ausgezahltes monatliches Einkommen in der Lage wäre, die drängenden Probleme des Sozialstaats in Deutschland zu lösen, denn „[es] ist der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik bislang nicht gelungen, Armut und Arbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen." (18) Die Autorin stellt diverse Modelle des Grundeinkommens dar und kommt nach Abwägen gesellschaftlicher, volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Argumente zu dem Schluss, dass nicht jedes Modell zielführend ist; insbesondere das neoliberale Konzept verspricht weniger Autonomie und individuelle Freiheit als vielmehr einen Abschied des Staates aus sozialen Sicherungssystemen. Ihrer Meinung nach kann eine – weniger radikale, dennoch letztlich auch weitreichende – Reformierung des bestehenden Systems, die soziale Sicherung nicht an die Suche nach Arbeit bindet und die Höhe von Leistungen nicht unter die Armutsgrenze fallen lässt, eher geeignet sein, ein weiteres soziales Auseinanderdriften der Gesellschaft zu unterbinden.

Dorothee Spannagel 2015: Das bedingungslose Grundeinkommen: Chancen und Risiken einer Entkoppelung von Einkommen und Arbeit. WSI Report, 24. Mai 2015. 25 Seiten. boeckler.de/pdf/p_wsi_report_24_2015.pdf.

Stop G7 Elmau 2015

Nachdem das Aktionsbündnis „Stop G7 Elmau" durch das Münchner Verwaltungsgericht die Erlaubnis erhalten hatte, ihre Zelte aufzuschlagen, wurden zu Beginn des G7-Gipfels, der am 7. und 8. Juni 2015 auf Schloss Elmau stattgefunden hat, das Demonstrationscamp errichtet. Auf den Internetseiten der Initiative können die Ereignisse der Aktions- und Protestwoche nachgelesen und der Aufruf zur Beendigung der G-7-Politik unterschrieben werden. Im Fokus des Protests steht, neben der grundsätzlichen Kritik an der als neoliberal erachteten Wirtschaftspolitik der G7-Staaten, deren Entscheidungen als „Gruppe der Sieben" (G7) als nicht legitimiert angesehen werden, auch die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, TISA und CETA. stop-g7-elmau.info für weitere Informationen, sowie > Vernetzung > Aufruf unterzeichnen.

Ehe für alle

Für ein Ende des Verbots einer Ehe von gleichgeschlechtlichen Paaren in Deutschland setzt sich ein Appell von Campact e.V. ein. Die Seite, auf der der Appell unterzeichnet werden kann, informiert zudem ausführlich über die jüngsten Entscheidungen in Irland zur Ehe für lesbische und schwule Paare und zu den Unterschieden zwischen Ehe und eingetragener Partnerschaft. Mehr unter campact.de/ > Kampagnen: Eheverbot abschaffen

Globales Lernen – Themenschwerpunkt Flucht und Asyl

Das Internetportal Globales Lernen hat seit kurzem einen neuen Schwerpunkt zum Thema „Flucht und Asyl" eingerichtet. Hier finden sich Hintergrundinformationen und Bildungsangebote, Hinweise auf Kampagnen und Veranstaltungen sowie vielfältige Unterrichtsmaterialien, Dokumentationen und Filme. Darüber hinaus werden für das Thema relevante Organisationen und Initiativen dargestellt. globaleslernen.de/de/aktuelles/fokus-flucht-und-asyl.

Was macht die Linke mit Geschichte?

25 Antworten und Wortmeldungen aus Aktivismus, Kunst und Wissenschaft bietet der unlängst erschienene Sammelband „History is unwritten" zu dieser Frage. Zentral möchte dieses 400 Seiten starke Buch klären, wie ein emanzipatorischer Umgang mit Geschichte heute aussehen könnte. Das Buch ist für 19,80 Euro im Buchhandel erhältlich oder über edition-assemblage.de/history-is-unwritten/. Der Blog des hinter dem Buch stehenden Arbeitskreises (https://historyisunwritten.wordpress.com/) bietet weitere Texte und Tipps zum

Thema, das von den Beteiligten erstmals mit einer Tagung im Dezember 2013 in Berlin aufgegriffen worden war. Das nun erschienene Buch ist ein umfangreich erweiterter Tagungsband. *AutorInnenkollektiv Loukanikos* (Hg.) 2015: History is unwritten. Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft. Ein Lesebuch.

TTIP & CETA stoppen

Am 10. Oktober 2015 findet in Berlin eine Großdemo gegen das umstrittene Freihandelsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU sowie gegen das geplante Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada statt. Unter dem Motto „TTIP & CETA STOPPEN! Für einen gerechten Welthandel" ruft ein ungewöhnlich breites Bündnis von 16 Verbänden und Organisationen, u.a. DGB, GEW, der Deutsche Kulturrat, Der Paritätische, Brot für die Welt und Greenpeace, zum Protest auf. Das Bündnis fordert eine soziale und ökologische Flankierung der Globalisierung. TTIP und CETA, so das Bündnis „gehen in die falsche Richtung: Der ‚Wert' des Freihandels wird über die Werte ökologischer und sozialer Regeln gestellt." (Kampagnenseite) Das Bündnis setzt sich u.a. ein für Arbeits-, Sozial-, Daten- und Verbraucherschutzstandards sowie für die Förderung kultureller Vielfalt und öffentlicher Bildungsangebote, statt diese als Handelshemmnisse zu betrachten. Auf der Kampagnenhomepage kann der Aufruf des Bündnisses unterzeichnet werden; darüber hinaus bietet die Internetseite ein Newsletter-Abo und Informationen zum Ablauf und zur Anreise. Außerdem können Flyer und Plakate für die Demo bestellt werden: ttip-demo.de.

DVPW-Gruppe „Internet und Politik – Elektronische Governance"

Im deutschen Politologenverband wurde eine neue Themengruppe „Internet und Politik – Elektronische Governance" ins Leben gerufen. Wer Interesse an der Arbeit der Gruppe hat, kann sich über die Mailing-Liste der Themengruppe anmelden: „http://listserv.uni-muenster.de/mailman/listinfo/internet-politik.

LobbyControl fördern

Wer bis zum 5. Juli 2015 Fördermitglied von LobbyControl wird, erhält als Dank das Buch „Die Lobbyrepublik" von Hans-Martin Tillack (lobbycontrol.de/foerdermitglied). LobbyControl setzt sich für mehr Transparenz und Demokratie in Deutschland und Europa ein. Schwerpunkte des gemeinnützigen, spendenfinanzierten Vereins sind neben Lobbyismus in der EU und BRD Fragen nach Parteienfinanzierung, TTIP, Lobbyismus an Schulen und das Nachhalten von Lobbyjobs für (Ex-) PolitikerInnen.

Stumpfes Schwert EBI?

Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) sollte eigentlich das Mitspracherecht der Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Europäischen Union stärken. Doch dies geschieht nach Meinung der vielen KritikerInnen der Initiative nicht weitreichend genug. Nachdem jüngst eine EBI zum Freihandelsabkommen TTIP („Stop TTIP") abgelehnt wurde und da grundlegende Vorschläge zur EU selbst gar nicht zugelassen sind, spricht die Initiative/der Verein Mehr Demokratie von einem „stumpfen Schwert" und hat angesichts der nun geplanten Überprüfung der EBI durch die EU-Kommission, ob sich die EBI bewährt hat, zu einer Unterschriftenaktion aufgerufen. Unter dem Motto „Europäische Bürgerinitiative – Zeit für echte Mitsprache" möchte Mehr Demokratie e.V. den Druck auf Brüssel erhöhen und erwirken, dass Europäische Bürgerinitiativen auch die EU-Verträge selbst zum Thema haben können. Darüber hinaus sollen auch auf EU-Ebene direkte Mitbestimmungsmöglichkeiten etabliert werden. Unterzeichnet werden kann der Appell unter mehr-demokratie.de/ebi-aufruf.html.

50 Jahre Kursbuch

1965 wurde das Kursbuch von Hans Magnus Enzensberger zusammen mit Karl Markus Michel gegründet. „Seitdem war es stets ein Ort des Protestes, ein Sprachrohr der Kritik, bisweilen sogar ein Apologet der Revolte. Doch genauso, wie sich die Welt in den letzten 50 Jahren verändert

hat, haben sich auch Kritikformen verändert. In dieser Jubiläumsedition wird das Kursbuch weitergeschrieben." (Verlagsseite) Nach dreijähriger Unterbrechung erscheint das Kursbuch seit 2012 wieder mit vier Ausgaben jährlich. Die nun veröffentlichte Jubiläumsausgabe Nr. 182 des „Zentralorgan der Linken" fragt unter dem Motto „Das Kursbuch. Wozu?", wie sich eigene Perspektiven verändert haben und wie Kritik und Protest als zentrale Motive des Kursbuchs heute thematisiert werden kann. Das Kursbuch ist online bestellbar (http://kursbuch-online.de/bestellen/), viele (Print-)Medien bringen Kommentare, Berichte oder auch Interviews mit dem heutigen Mitherausgeber Armin Nassehi. tagesspiegel.de/kultur/50-jahre-kursbuch-runter-vom-kommandohuegel/11878688.html. https://www.ndr.de/ndrkultur/50-Jahre-Kursbuch,audio245980.html

Schlechtere Bezahlung in Frauenberufen

Beschäftigte in Berufen, in denen überwiegend Frauen arbeiten, werden schlechter bezahlt als es in typischen Männerberufen der Fall ist. Emily Murphy und Daniel Oesch, SoziologInnen der Universität Lausanne, gehen in einer vergleichenden Studie diesem Phänomen nach. Hierzu haben sie Daten des British Household Panel Survey, des Sozio-oekonomischen Panels und des Schweizer Haushalt-Panels analysiert, die sich auf Beschäftigte ab 24 Jahren mit einer mindestens 15-Stunden-Woche beziehen. Die Studie greift verschiedene theoretische Erklärungsansätze auf – etwa neoklassisch-volkswirtschaftliche oder soziologisch-kulturwissenschaftliche. Zeigen konnten sie, dass ein Wechsel eines bislang überwiegend männlich besetzten Berufs in eine Tätigkeit mit mehr als 30 Prozent Frauenanteil für Männer wie Frauen mit Lohneinbußen einhergeht. Dies ist nicht allein ökonomisch erklärbar; vielmehr ist von einer kulturellen Abwertung weiblicher Arbeit auszugehen. Die AutorInnen konnten dies für alle untersuchten Länder – Großbritannien, Deutschland und Schweiz – nachweisen.
Emily Murphy & Daniel Oesch 2015: The feminization of occupations and change in wages: A panel analysis of Britain, Germany and Switzerland. SOEPpaper 731, Januar 2015.

Engagement macht stark

Die Frühjahrsausgabe des Magazins „Engagement macht stark!" des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist Anfang Juni 2015 erschienen. Das Magazin lotet die Themenschwerpunkte der diesjährigen Woche des bürgerschaftlichen Engagements aus. Auf rund 150 Seiten finden sich Hintergrundtexte, fundierte Meinungsbeiträge und Forschungsergebnisse zu den Bereichen „Demokratie und Vielfalt", „Bildung und Unternehmensmanagement" sowie „International engagiert". Das Magazin kann kostenlos unter aktionswoche@b-b-e.de bestellt werden. Die digitale Version ist ab Juli 2015 über die Internetseite engagement-macht-stark.de zugänglich. Die inzwischen 11. Woche des bürgerschaftlichen Engagements findet vom 11. bis 20. September 2015 in ganz Deutschland statt. Zum Auftakt dieser Woche wird das nächste Magazin erscheinen.

Forschen und promovieren in der sozialen Arbeit

Am 15. und 16. Januar 2016 findet in Berlin die Tagung „forschen und promovieren in der sozialen arbeit" statt. Die Veranstaltung wird u.a. vom Netzwerk für Rekonstruktive Arbeit NWRSA, der Evangelischen Hochschule Berlin, der Sektion Forschung und Fachgruppe Promotionsförderung der DGSA und der DBSH ausgerichtet. Aktuelle Informationen zur Tagung werden über die Internetseite http://dgsainfo.de/fachgruppen/promotionsfoerderung.html zugänglich sein.

Neue Projekte der Bewegungsstiftung

Mit insgesamt 45.000 Euro fördert die Bewegungsstiftung und die Stiftung bridge seit Mai 2015 vier neue Initiativen: Die Kampagne „Landraub in Mali stoppen" setzt sich dafür ein, dass in malischen Dörfern die an einen Großinvestoren verlorengegangenen landwirtschaftlichen Nutzflächen an die (Klein-)Bauern vor Ort zurückgegeben werden. So soll proaktive

Flüchtlingsarbeit betrieben werden. Weitere Fördergelder hat die 16-Tage-Tour der Autonomen Frauenhäuser in Deutschland erhalten. Geplant ist eine Bereisung aller Bundesländer im Februar und März 2016, um auf die Überfüllung der Einrichtungen aufmerksam zu machen. Darüber hinaus wurde die Anti-Kohle-Kampagne des Bündnisses Kohleausstieg Berlin unterstützt sowie die Kampagne „Verfolgungsprofile" eines Bündnisses überwachungskritischer Gruppen. Mehr Informationen zu den Projekten sowie zu den Stiftungen unter bewegungsstiftung.de bzw. stiftung-bridge.de.

Promotionsstellen zu Sozialen Bewegungen

Fünf ganze Promotionsstellen in Politikwissenschaft bzw. Soziologie sind in einem gemeinsamen Programm der Scuola Normale Superiore (Donatella della Porta) und der Universität von Bologna für die akademischen Jahre 2015-2016 ausgeschrieben. Einreichungsschluss ist der 31. August 2015. Das Programm konzentriert sich auf drei Forschungsfelder: „Democracy and Social Movements", „Comparative/Global Public Policy and International Governance" sowie „Comparative Politics and Society". Die Stellenfinanzierung ist auf drei Jahre mit Option auf ein Jahr Verlängerung angelegt. Ausgaben für Forschungsaktivitäten (Tagungsbeiträge, Forschungsauslandsaufenthalte etc.) werden ebenfalls finanziert. Angesiedelt werden die Stellen in Florenz.

Vernetzungstagung der Protestforschung

Am 11. und 12. September 2015 findet am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung die Vernetzungstagung „Bridging and Bonding" des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung statt. Die Veranstaltung hat zum Ziel, Protest- und BewegungsforscherInnen mit WissenschaftlerInnen in benachbarten Feldern oder mit thematischen Bezügen zusammenzubringen. Ein Ziel der Tagung ist es, thematisch definierte Arbeitskreise zu etablieren, die über die Tagung hinaus eine Zusammenarbeit verstetigen. Konkrete Pläne gibt es momentan zu den Themen Afrika, Arbeit und Wirtschaft, Bewegungen und Institutionen, Gender und Intersektionalität, Medien, Poststrukturalistische Perspektiven, Stadt/Raum, Riots, Technik, Theorien sozialer Bewegungen. Weitere Arbeitskreise können vorgeschlagen werden per E-Mail an Teune@ztg.tu-berlin.de. Ein vorläufiges Programm findet sich unter protestinstitut.eu > Veranstaltungen.

Demokratische Innovation wirkungslos?

Das Internet bringt keine Wähler zurück. Zu diesem Ergebnis kommt das aktuelle Arbeitsheft Nr. 80 der Otto-Brenner-Stiftung, das demokratische Innovationen in Theorie und Praxis kritisch unter die Lupe nimmt. Der Versuch, Partei- und Politikverdrossenheit, Auseinanderdriften der Gesellschaft und Unzufriedenheit mit der repräsentativen Demokratie über alternative Ansätze der politischen Partizipation zu begegnen, scheitert zumindest teils. Denn deliberative Verfahren, digitale Demokratie und Volksabstimmungen führen zwar manchmal zu mehr Partizipation, jedoch meist von ohnehin politisch involvierten Personen und zudem in sozialer Schieflage: Die gut gestellten Schichten sind hier überrepräsentiert, das letzte Drittel der Gesellschaft bleibt außen vor. Zu diesem Ergebnis kommt der Verfasser der Studie, der am Wissenschaftszentrum Berlin ansässige Demokratie-Forscher Wolfgang Merkel. Die Studie wird über die Internetseite der Stiftung als PDF-Datei zur Verfügung gestellt (otto-brenner-shop.de/), Printexemplare können kostenfrei über die Otto-Brenner-Stiftung bezogen werden: otto-brenner-stiftung.de

Wolfgang Merkel 2015: Nur schöner Schein? Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis. OBS-Arbeitsheft 80. Wissenschaftszentrum Berlin.

Call for Paper: Before 68

Am 13. und 14. Februar 2016 findet an der UEA School of History, Norvich eine in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift „Social History" und dem Institute of Working Class History, Chicago ausgerichtete Tagung mit dem Titel „Before 68: The Left, Activism and

Social Movements in the long 1960s“ statt. Die Konferenz hinterfragt den Mythos 68, indem sie den politischen Aktivismus und Soziale Bewegungen in den Jahren vor 1968 in Großbritannien und darüber hinaus beleuchtet. Bisher sind Themen angedacht wie etwa Anti-Atomkraft- und Friedensbewegungen, Black Power Movement, Antikoloniale Kämpfe, Grasroot-Aktivismus der „Neuen Linken“, Neue Frauenbewegung, Anti-Vietnam-Protest oder auch Kampf für die Gleichheit von Homosexuellen. Die Paper sollten 5.000 bis 10.000 Wörter haben und Linksaktivismus oder Soziale Bewegungen vor 1968 thematisieren. Ausgewählte Paper werden in einer Sonderausgabe des Journals „Socialist History“ veröffentlicht werden. Vorschläge für Paper sollten an Ben Jones gesendet werden (b.jones5@uea.ac.uk), Deadline ist der 31. Oktober 2015. Mehr unter uea.ac.uk/history > news-and-events > Weekend Conference (23/03/15)

Neue Interface-Ausgabe zu movement practice(s)

Die neu online gestellte Ausgabe des frei zugänglichen, peer reviewed Online Journal für und über Soziale Bewegungen beschäftigt sich mit „movement practice(s)“. Der Themenschwerpunkt nimmt etwa die Proteste im Gezi-Park in der Türkei aus ethnografischer Perspektive, die italienischen Anti-Mafia-Bewegungen und Flüchtlingsproteste in den Blick. Darüber hinaus bietet das Heft allgemeine Artikel und Literaturkritiken.
Interface: a journal for and about social movements 2015: Movement practice(s). Volume seven, issue one (May 2015), online lesbar unter interfacejournal.net/current.

Doku über Obdachlose gewinnt Toleranzpreis

SchülerInnen einer Schule aus Nürnberg haben in einem Film und mit einer Wanderausstellung das Leben von obdachlosen VerkäuferInnen der Obdachlosenzeitschrift „Straßenkreuzer“ beschrieben. Der Film zeichnet die Biografien der Portraitierten nach; für die Wanderausstellung wurden die Obdachlosen in den Kleidungen der Berufe, die sie für sich erträumt hatten, abgelichtet. Für das Projekt wurden die Schüler und Schülerinnen der Mittelschule Hummelsteiner Weg im April 2015 im Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ ausgezeichnet und mit 4.000 Euro prämiert. Der vom Bundesministerium des Innern und der Justiz initiierte Preis, der seit 2001 vergeben wird, wurde an insgesamt 65 Projekte verliehen. Auf den Internetseiten werden die Preisträger-Projekte dargestellt, auch die der vergangenen Jahre: buendnis-toleranz.de/themen/toleranz.

Rezensionen

Die Konsumgesellschaft im Labor

Lamla, Jörn 2013: Verbraucherdemokratie. Politische Soziologie der Konsumgesellschaft. Berlin: Suhrkamp

Wieder einmal sind die Verteidiger und Liebhaber der Demokratie in der Defensive. Zum einen angesichts der scheinbaren Unfähigkeit der Politik, der Dominanz der Finanzmärkte und einer Ökonomisierung der Gesellschaft Einhalt zu gebieten, aber auch wegen eines immer komplexer und intransparenter werdenden Prozesses der Entscheidungsbildung. Dieser birgt die Gefahr einer sich strukturell verfestigenden Benachteiligung bestimmter Gruppen vor dem Hintergrund eines grundlegenden Wandels der politisch-sozialen Infrastruktur in modernen Gesellschaften und einer allgemein konstatierten Krise der Repräsentation. Es deutet vieles auf eine Erosion der sozio-moralischen Ressourcen der Demokratie hin, so dass sich die Zweifel an ihrer Zukunftsfähigkeit mehren. Der neuere publizistische und wissenschaftliche Diskurs über die Demokratie hat besonders durch Colin Crouchs Studie zur „Postdemokratie" an Fahrt gewonnen. In jüngster Zeit ist eine ganze Reihe von Arbeiten entstanden, die sich mit der Krise der Demokratie, ihrer Transformation oder Zukunft auseinandersetzen. Je nach der Perspektive des Betrachters ist die Rede von einer „simulativen Demokratie", einer „unpolitischen Demokratie", der „vertagten Krise des demokratischen Kapitalismus", einem „Rückzug der Demokratie" und – durchaus alarmistisch – sogar vom „Leben und Tod der Demokratie".[1]

Interessant an diesen Arbeiten ist, dass hier sehr unterschiedliche Demokratiebegriffe gebraucht werden und dass die demokratische Frage aus ganz unterschiedlichen Richtungen neu gestellt wird, wodurch gänzlich verschiedene Diagnostiken zur Krise der Demokratie und ihrer Beilegung aufscheinen. In den weiteren Kreis dieser Arbeiten gehört auch die Studie „Verbraucherdemokratie. Politische Soziologie der Konsumgesellschaft"[2], die der Soziologe Jörn Lamla (Universität Kassel) vorgelegt hat, wobei diese Arbeit durch den dezidiert soziologischen Zugriff besticht, will Lamla doch herausfinden, wie auf demokratische Art und Weise jene Probleme und Herausforderungen angemessen bewältigt und reguliert werden können, die sich in der heutigen Konsumgesellschaft stellen.

Konsumgesellschaft als Panoramabegriff

Jörn Lamla wählt in seinem aktuellen Werk zur Beschreibung der Gesellschaftsformation den Begriff der Konsumgesellschaft, der konkurrierend zu Begriffen wie Wissensgesellschaft, Risikogesellschaft, Prekarisierungsgesellschaft oder Disziplinargesellschaft aussagen soll, dass in der Konsumgesellschaft tendenziell alle sozialen Verhältnisse von Konsum, seinen Verlockungen, seinen Nebenfolgen, seinen Auswirkungen auf Produktion und Beschäftigung bis hin zur Ausformung psychischer und charakterlicher Dispositionen erfasst und gestaltet werden. Diagnostisch lässt sich die Gesellschaft somit nur in ihren ökonomischen, ökologischen wie auch kulturellen Problemdiagnosen erschließen. Die Verbraucherdemokratie ist bei Lamla der Raum wie auch der Modus, diesen durch die Konsumgesellschaft induzierten Herausforderungen beizukommen: Sie ist „sowohl Realität als auch Projekt. Sie basiert und reagiert auf Strukturen und Dynamiken, Herausforderungen und Ansprüche einer Gesellschaft, die um den Konsum und die Konsumenten kreisen. Vorläufig lässt sie sich damit bestimmen als der politische Prozess, der auf die strukturellen Probleme und problematischen Entwicklungen der Konsumgesellschaft reagiert, diese öffentlich thematisiert und im Rahmen eines Gemeinwesens (...) einer kollektiven Lösung bzw. Korrektur zuzuführen versucht" (12). Auf den Begriff gebracht ist der Konsum die Chiffre, welche der Gesellschaft ihren Stempel aufdrückt und sich ausprägt in der Formation des „kulturellen Kapitalismus",

der Alltagspraxen überformt, Arrangements lokaler und globaler Verteilungsmodi prägt, Wünsche und Süchte produziert und Bedrohungen – des Abstiegs, der Armut und Prekarisierung – hervorbringt. Er entscheidet über die Teilnahme oder den Ausschluss am Konsum über Inklusion und Exklusion in der Gesellschaft. Es beeindruckt, wie es Lamla immer wieder gelingt, soziologische Theorien (etwa über die verschiedenen Sozialtypen bei David Riesman oder in Auseinandersetzung mit Nico Stehrs These der „Moralisierung der Märkte") oder die Diskussion über die Sittlichkeit von Märkten (in Auseinandersetzung mit Axel Honneth) empirisch zu erden, indem er der Theoriefigur des „Consumer Citizen" empirische „Verbrauchertypen" gegenüberstellt und seine Untersuchung nicht durch einen vorangestellten Normativismus überfrachtet. Lamla leitet Normen erst aus seiner Analyse ab, was die Entschiedenheit seiner Ergebnisse und abschließenden Thesen zur politischen Soziologie der Konsumgesellschaft etwas zurücknimmt, den Ertrag seiner Arbeit aber eher fördert. Um die Verbraucherdemokratie als theoretisches Modell für die Rekonstruktion der politischen Prozessformen, die in die Ordnungsdynamiken der Konsumgesellschaft eingelassen sind, nutzbar zu machen, unterscheidet Lamla drei Ebenen: ihre *Diskurse*, ihre *Praktiken* und ihre *Ordnungen*. Die Diskurse werden anhand der durchaus unterschiedlichen publizistischen Einlassungen analysiert, die sich mit Problemlagen, Herausforderungen und möglichen „Gegengiften" der Konsumgesellschaft auseinandersetzen. Kritisch könnte man hier einwenden, dass Lamla den Begriff der Öffentlichkeit allzu eng führt, denn öffentliche Diskurse gehen wohl über publizistische Beiträge hinaus. Diese gehorchen überdies einer Marktlogik, die möglicherweise bestimmte Positionen strukturell ausschließt oder zumindest marginalisiert. Doch soll dies nicht den Wert schmälern, Binnendifferenzierungen zwischen diesen Positionen scharf herauszuarbeiten, die in einer Matrix konsumzentrierter Kritikmuster und Engagementformen gipfelt. Im folgenden Schritt werden Praktiken der Verbraucher mit Riesman, de Certeau und Hirschman daraufhin befragt, ob sich Consumer Citizens mit einer stabilen Disposition für eine sowohl private wie auch politische Nutzung verbliebener Autonomiepotenziale entwickeln können. Im Ergebnis beurteilt Lamla die Möglichkeitsbedingungen zur Herausbildung von Consumer Citizens eher skeptisch. Er führt vor allem die Notwendigkeit geeigneter Bedingungen sozialer Anerkennung an, neben einer starken Zusicherung der Privatheit, die den Verbrauchern ermöglichen könnten, Autonomiepotenziale auszuschöpfen. Ferner bedarf es dafür, und hier kommt die dritte Ebene ins Spiel, einer Neuordnung der Ordnungsbildung in der Gesellschaft. Darunter versteht Lamla „die raum-zeitlich ausgedehnten Regelmäßigkeiten oder Muster von Handlungsverläufen, Interaktionen, Interdependenzen, Machtbeziehungen, Größenverhältnissen und Rechtfertigungen" (270). Die Verfasstheit des Web 2.0 wird hier ebenso zum Thema gemacht wie Shopping- oder Meinungsplattformen und Tauschbörsen als Arenen der Markt-Vergemeinschaftung im kulturellen Kapitalismus, wobei auch hier wiederum die empirischen Analysen theoretisch eingeholt werden.

Abgerundet wird dies durch eine Betrachtung des politischen Prozesses. Dabei ist die Frage zentral, wie und mit welchen Instrumenten der Staat den Ordnungsrahmen für die Konsumgesellschaft setzt und Verbrauchergemeinwohl als Zielparameter definiert. Der konkrete Inhalt dessen, was denn Verbrauchergemeinwohl sein könnte und wie es zu sichern sei, eröffnet allerdings auch ein politisches Feld für Deutungskonflikte.

Demokratie als Experimentiergemeinschaft

Der Raum, in dem Antworten auf die Fragen der Konsumgesellschaft verhandelt und getestet werden, ist bei Lamla die Demokratie, wobei er seine demokratietheoretischen Hintergrundvorstellungen von John Dewey entlehnt, der vor allem in seinem politiktheoretischen Hauptwerk „Die Öffentlichkeit und ihre Pro-

bleme“ einen demokratischen Experimentalismus entwickelt hatte. Demokratische Politik als „reflexive Kooperation“ (Axel Honneth) arbeitet sich an den problematisch gewordenen indirekten Handlungsfolgen experimentell ab, die sowohl aus gesellschaftlichen Strukturbildungen folgen als auch aus Akteurshandlungen. Damit erstreckt sie sich auf die gesamte Gesellschaft. Die Demokratie so verstanden ist weit mehr als eine bestimmte Form der politischen Willensbildung. Sie kann als Labor verstanden werden, in dem gesellschaftliche Lernprozesse institutionalisiert sind, die sich über Versuche und Irrtümer den gesellschaftlichen Problemkonstellationen öffnen. Es ist genau dieser durch den demokratischen Experimentalismus eröffnete Raum, in dem Lamla seine Untersuchung anlegt, um zu fragen, ob hier neue Formen demokratischer Regulierung und Beteiligung im Entstehen begriffen sind. Das ist theoretisch überzeugend konzipiert und bleibt immer wieder empirisch zu überprüfen. Im Anschluss an die Studie von Jörn Lamla wäre zu untersuchen, ob seine „Verbraucherdemokratie“, die noch sehr stark im staatlichen Rahmen gefangen ist, auch transnationalisiert werden kann, ob also auch auf globaler Ebene die Demokratie als Experimentiergemeinschaft gedacht werden kann, um die von der Konsumgesellschaft gestellten Fragen in der Zukunft angemessen zu beantworten. Zu hinterfragen ist auch, wie eine nicht-vermachtete, inklusive globale „Große Gemeinschaft“ im Sinne Deweys konzipiert werden könnte. Doch das wäre Gegenstand einer anderen Arbeit, die vom reichen theoretischen wie empirischen Material profitieren könnte, das Lamla in seiner Studie vorgelegt hat.

Anmerkungen

[1] Crouch, Colin: Postdemokratie. Frankfurt/M. 2008; Blühdorn, Ingolfur: Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Berlin 2013; Michelsen, Danny/Walter, Franz: Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation. Berlin 2013; Streeck, Wolfgang: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin 2013; Kurlantzick, Joshua: Democracy in Retreat. The Revolt of the Middle Class and the Wordwide Decline of Representative Government. New Haven 2013; Keane, John: The Life and Death of Democracy. New York 2009.

[2] Lamla, Jörn: Verbraucherdemokratie. Politische Soziologie der Konsumgesellschaft. Berlin 2013.

Mark Arenhövel, Dresden

Albtraum Partizipation?

Miessen, Markus 2012: Albtraum Partizpation. Berlin: Merve.
Wilk, Michael; Sahler, Bernd 2014: Strategische Einbindung. Von Mediationen, Schlichtungen, Runden Tischen... und wie Protestbewegungen manipuliert werden. Lich: Verlag Edition AV.

Partizipation ist gut. Teilhabe, „Gehörtwerden“ und Mitbestimmung sind gerade in Zeiten der Postdemokratie allgemein begrüßte Instrumente, um politischer Elitenherrschaft vorzubeugen und der Ökonomisierung der Demokratie entgegen zu wirken. Ob in der Entwicklungspolitik, in internationalen Organisationen oder in lokalen Großprojekten, Partizipation wird von vielen als Allheilmittel gepriesen um den Willen „der Bevölkerung“ in die institutionalisierte Politik einzuspeisen. Darüber hinaus wird es oftmals als Erfolg von sozialen Bewegungen gewertet, wenn es diesen gelingt, einen solch großen öffentlichen Druck aufzubauen, dass PolitikerInnen mit einer Öffnung der etablierten Verfahren reagieren (müssen) und VetreterInnen der Zivilgesellschaft ihre Argumente vorbringen dürfen.

Nun liegen zwei Werke vor, die der scheinbaren Selbstverständlichkeit dieses Zusam-

menhangs einen Riegel vorschieben. Markus Miessen rechnet in seinem Buch „Albtraum Partizipation" grundsätzlich mit der Idee der Partizipation ab und dekonstruiert die aus seiner Sicht nur vermeintlich besseren politischen Outcomes. Es müsse gar nicht jedeR überall mitreden, um gute Ergebnisse zu erzielen, so sein Tenor. Michael Wilk und Bernd Sahler stellen in ihrem Sammelband „Strategische Einbindung" aus der Perspektive sozialer Bewegungen den Nutzen der Partizipation nicht nur infrage, sie deuten die Zunahme an Beteiligungsmechanismen gar als manipulative Strategie der Mächtigen, um durch den Anschein der Mitbestimmung Teile der Bewegung einzubinden und damit die Protestbasis zu schmälern und ihre Repertoires zu de-radikalisieren.

Als Aufhänger dient den Herausgebern die Streitschlichtung um Stuttgart 21. Anhand dieser lasse sich zeigen, wie strategische Einbindung als Methode genutzt worden sei, um Protest zu zerstreuen und wie TeilnehmerInnen der Mediation zu Legitimationsinstrumenten der Deutschen Bahn, der Landesregierung und des gesamten Planungsprozesses wurden. Während manch PolitikwissenschaftlerIn bereits einen Paradigmenwechsel in der Regierungsführung ausmachte, entlarvt Sahler Schlichtungen, Mediationen und runde Tische als „irreführende Begriffe" (13), die vortäuschten, dass es um ernsthafte Auseinandersetzungen zwischen gleichwertigen KontrahentInnen ginge. Dass dem in der jungen Geschichte dieser Mechanismen meistens nicht so war, zeigt die Herausgabe in verschiedenen Einzelbeiträgen zum Frankfurter Flughafen (Wilk), Stuttgart 21 (Sahler), dem Atomzentrum Karlsruhe (Harry Block), einer Studie zu Mediationen (Annette Ohme-Reinecke/Michael Weingarten) und zu Parteien als Reintegrationsinstrumenten (Wilk). All diese Verfahren hätten laut Wilk die Aufgabe, die aufbegehrende Zivilgesellschaft innerhalb der akzeptierten Spielregeln des Systems zu halten und eine möglichst reibungslose Durchführung solcher Projekte zu erreichen. Dieses Herrschaftsinstrument habe für Protestbewegungen zudem die handfesten Nachteile, dass die Verfahrensregeln, sowie Zeitpunkt, SchlichterIn, Themen und Ort meistens „von oben" diktiert würden und dem Gremium zudem keine Entscheidungsgewalt zustehe.

Interessant ist auch der Beitrag mit Perspektivwechsel auf die Gegenseite von Florian Hurtig. In einer Analyse der RWE-Studie „Akzeptanz braucht Bürgerbeteiligung" kann er einige Muster der vorher behaupteten Intentionalität der „Herrschenden" tatsächlich darlegen. Die Studie kommt nämlich zum Schluss, dass umfangreiche(re) Beteiligung gewisse Verfahren durch erhöhte Akzeptanz in der Bevölkerung sogar beschleunigen könne. Diese Beteiligung solle allerdings die Frage nach dem „Ob" von vornherein durch die Frage nach dem „‚Wie" ersetzen, eine von mehreren Strategien, die Hurtig „Beherrschung durch Teilhabe" nennt.

Enttäuschung überwiegt

Dass es auch als Kulturwandel beziehungsweise als Teilerfolg einer jahrzehntelangen Bewegungspraxis gewertet werden könnte, dass Unternehmen mittlerweile partizipativer Verfahren bedürfen, um Großprojekte umzusetzen, diskutiert der Band nicht. Die Enttäuschung über den Pseudo-Charakter vergangener Verfahren überwiegt offenbar. So wird resümiert: „Einbindung hat keinen demokratischen Zweck, sondern einen herrschaftlich-obrigkeitsstaatlichen" (14). Obwohl dies sicherlich ein Effekt sein kann (intendiert oder nicht), wie der Sammelband auch überzeugend darlegt, machen es sich die Herausgeber hier doch ein wenig zu einfach. Einbindung ist stets ambivalent – und dies wird von den betroffenen NGOs und Bewegungsgruppierungen auch seit Langem so gesehen. Die Frage, wann es sich zu partizipieren lohnt und wann eine Beteiligung aus Sorge um die Gefahr strategischer Einbindung eher abgelehnt werden sollte, stellt sich diesen Gruppen immer wieder aufs Neue. Unter welchen Umständen ist es also sinnvoll mit den „Herrschenden" zu kooperieren und unter welchen nicht? Hierfür eine systematische Antwort zu finden, wäre die Aufgabe der Politikwissenschaft. Sahler und Wilk stecken

für dieses Programm zumindest das Feld ab.

Auch die Aufsatzsammlung „Albtraum Partizipation" des Architekten Markus Miessen stellt der Partizipation ein mieses Zeugnis aus. Jedoch hat er andere Probleme im Blick. Anstelle von Sachkundigen seien halb- oder uninformierte Laien in immer mehr Planungsprozesse involviert. „Jeder Depp soll immer überall mitmachen" (7), jedoch ohne Verantwortung zu tragen. Das nennt er „All-Inclusive Demokratie", in der, so konstatiert Miessen insbesondere für Deutschland, Partizipation verklärt werde. Dies als Fehler zu entlarven sei Ziel des Buches, in dem er viele Beispiele für das Scheitern der Partizipation nennt: Das „Niedrigst-Niveau" (9) der Diskussionen bei Occupy Wallstreet, genauso wie die sinkenden Beitragszahlen bei Wikipedia und die fehlende inhaltliche Dichte der Piratenpartei: „Die Vorstellung, radikal-partizipative Öffnungs-Modelle garantierten die optimale Lösung für alle Problemstellungen, ist die Heilslehre unserer Epoche. Opium fürs Volk." (9). Dem setzt er ein Modell der „uneingeladenen Außenseiter" (10) entgegen. Diese sollen sich dort einmischen, wo sie selbst ein „qualifiziertes Interesse" (ebd.) hätten. Dass dieser Vorschlag zutiefst undemokratisch ist, konstatiert Miessen selbst: „Mehr Autokratie wagen" ist seine Devise (11).

Zentrales Problem der Partizipation ist laut Miessen die Verantwortungslosigkeit. Kritische und produktive Veränderung, sein proklamiertes Ziel, funktioniere über solche Verfahren nicht. Nachvollziehbar erscheint sein Frust mit Blick auf die Architektur, dem ihm zufolge sichtbarsten Produkt des partizipativen Regierens. Wenn alle mitreden, setze sich am Ende kein Stil durch. Stattdessen will der Autor Quereinsteiger fördern, die demokratische Einladungen ausschlagen und dort mitreden, sich einmischen, wo sie sich für kompetent halten und, anstatt einen gemeinsamen Nenner zu suchen, in bestehende Verfahren oder Projekte eindringen. Der Quereinsteiger wirke, „indem er entschlossen den Konflikt zwischen oft fest umrissenen Wissensfeldern schürt" (22). Diesen Modus versucht Miessen in einer Fülle von Bildern und Szenen zu erläutern. Die Analyseebene schwankt hierbei gewollter Maßen gehörig. Erfrischend wirkt ein Gespräch, das Miessen mit Chantal Mouffe geführt hat und in welchem sie ihm zum Slogan der „Gewalt der Partizipation" (100) gratuliert. Es stellt sich jedoch heraus, dass Mouffe eine dezidiert andere Perspektive vertritt: Partizipierende müssten die Möglichkeit haben, wirklich etwas zu entscheiden und nicht nur an der Herstellung eines Konsenses mitzuarbeiten. Ihre Kritik an der Partizipation ist also qualifiziert. Sie kann zum Albtraum degenerieren, ist es aber nicht per definitionem. Diese Ambivalenz wird im Rest des Buches leider zugunsten einer steilen These etwas vernachlässigt.

Gefahr der Vereinnahmung

Das zentrale Dilemma wird damit nur im Prolog zu Miessens Band, „Das Paradox der Kollaboration", beigetragen von Eyal Weizman, pointiert aufgegriffen. Er kann als Rahmen für die beiden hier besprochenen Publikationen gewertet werden. Dem Beitrag zufolge verkomme die Teilhabe unter Umständen schnell zur Kollaboration und damit zur Ausrichtung des eigenen Handelns an den Zielen „der Macht" (13). Nicht-staatliche Akteure könnten so zu Agenten eines erweiterten Herrschaftssystems werden. Dass dies nicht in eine grundsätzliche Ablehnung der Partizipation münden sollte, erkläre sich aus der Ambivalenz des Teilnehmens selbst. Trotz der potentiellen Gefahren sei die Möglichkeit der Einflussnahme durchaus erheblich; insbesondere in der Infragestellung und Umkehrung vorgegebener Gesprächs-Modi. Nur sollte die Verweigerung an der Teilnahme stets als Option bereitgehalten werden.

Diese Option sollten AktivistInnen jedoch nicht mit einer grundsätzlichen Haltung verwechseln, sonst werden Chancen vertan. Jene Ambivalenz auszuhalten ist Grundsatz jeder Politik – für soziale Bewegungen aktualisiert sie sich stets aufs Neue und ist mit enormen Politik- und Identitätskosten verbunden. Dieses Dilemma herauszuarbeiten gelingt beiden Werken in Ansätzen, ihre Stoßrichtung bleibt

jedoch jeweils einseitig. Die Stärken der beiden Bücher liegen demnach auch nicht in ihrer Abstraktionskraft oder theoretischen Innovation. Vielmehr fühlen sie einer bis dato weitgehend unhinterfragten Norm auf den Zahn. Dass dies mit teilweise zweifelhaften Argumenten geschieht, sollte nicht fraglos hingenommen werden. Ihre Intervention kann aber der Beginn einer notwendigen Debatte sein, in der die Sozialwissenschaften bisher Antworten schuldig geblieben sind.

Felix Anderl, Frankfurt

Transition als politische Gelegenheit und Demobilisierung von Bewegungen

Klandermans, Bert/van Stralen, Cornelis (Hg.) 2015: Movements in Times of Democratic Transition. Philadelphia: Temple University Press.

Lange konzentrierte sich die Bewegungsforschung auf die Akteure, die Entstehung von Bewegungen, ihre Vernetzung und Handlungen. Dem folgte das Plädoyer für eine stärkere Verortung von Bewegungen im Institutionengefüge. Zudem sorgte der empirische Bias der Bewegungsforschung auf liberal-repräsentative Demokratien dafür, dass der Einfluss von Bewegungen auf institutionellen Wandel wie beispielsweise im Zuge von Demokratisierung kaum thematisiert wurde. Der umfangreiche Sammelband von Bert Klandermans und Cornelis van Stralen antwortet auf beide Forschungslücken: Zum einen steht die Wechselwirkung von Bewegungen und Institutionen im Kontext demokratischer Transitionsprozesse im Vordergrund. Zum anderen vereint der Band erstmalig sehr unterschiedliche regionale Fallanalysen von Mittelosteuropa über Lateinamerika bis hin zu Südafrika. Konkret verbindet die diversen Beiträge die zentrale Frage, wie sich soziale Bewegungsorganisationen verhalten im Kontext demokratischer Transitionen, für die sie selbst gekämpft haben (1).
In der Einleitung nennen Klandermans und van Stralen vier zentrale Auswirkungen politischer Transition auf Bewegungen: den Rückgang, die Radikalisierung, die Revitalisierung, das passive Fortbestehen und die Abnahme an Engagement. Die darauf folgenden Theoriekapitel bilden den ersten Teilbereich: Im ersten Kapitel analysieren Rossi und della Porta die unterschiedlichen Phasen der Demokratisierung und deren Einfluss auf Mobilisierung. Fillieule zeigt im zweiten Kapitel die Wirkung der Makro-, Meso- und Mikro-Ebene auf Aktivismus auf. Und im dritten Kapitel bieten Crossley und Taylor mit dem Abeyance-Konzept einen innovativen methodischen Zugang an, um zu analysieren, wie Bewegungsnetzwerke unter repressiven Bedingungen agieren. Da eine der aktuell größten Herausforderungen der Protestforschung die Operationalisierung von Prozessen, die zwischen verschiedenen Akteuren, Strukturen und Ebenen stattfinden, ist, leistet der Theorieteil einen essentiellen Beitrag zur Methodendebatte.

Nachfolgend bieten die empirischen Essays reichhaltige Erkenntnisse zur Wechselbeziehung von Institutionen und Bewegungen, eingebettet in den Kontext von Transitionen. Aufgeteilt sind die Beiträge in drei geographische Bereiche (Lateinamerika, Mittelosteuropa, Südafrika), die ihrerseits durch prägnante Übersichtstexte eingeführt werden. Die beeindruckende Vielfalt an Länder- und Fallbeispielen wird nur dadurch geschmälert, dass das südafrikanische Fallbeispiel als einziges ein reines Länderkapitel darstellt. Hier wären weitere Fälle aus anderen afrikanischen Staaten interessant gewesen.

Transition als politische Aktivierungsphase?

Die breite Verwendung und fehlende explizite Definition zentraler Begrifflichkeiten ermöglicht erst, das Spektrum an Essays in einem

Band abzubilden, sorgt aber auch für Unklarheiten. Erst während der Lektüre wird deutlich, dass soziale Bewegungen als Netzwerke ein Bestandteil des politischen Gefüges begriffen werden. Die einzelnen Beiträge konzeptualisieren darüber hinaus Transition per se und ihre inhärenten Phasen sehr unterschiedlich. Rossi und della Porta verstehen Demokratisierung als vierstufigen Prozess von Widerstand über Transition bis hin zur Erweiterung der Demokratie (18). Doch wann beginnt und wann endet eine demokratische Transition? Hierüber gibt es unter den Autor_innen unterschiedliche Annahmen. Für van Stralen fängt die Transition mit dem Versagen ziviler oder militärischer Eliten an und endet mit der Durchführung von Wahlen oder der Rückkehr zu autoritären Verhältnissen (92). Später betont Ellis, dass eine Transition mehr sei als nur die Zeitspanne zwischen dem Fall des autoritären Regimes und der ersten Wahl (213). Unklar bleibt jedoch in der Einleitung, was die Spezifika sind, die den Transitionszeitraum prägen. Hierauf gibt Ekiert in seiner umfangreichen Einleitung zu Mittel- und Osteuropa eine Antwort und charakterisiert die Transition als eine Phase politischer Mobilisierung von Bewegungen und Transformation der Zivilgesellschaft (281). Der Band fragt erstmalig, wie Transitionen auf Bewegungen wirken statt Bewegungen als Demokratisierungskraft zu analysieren. Besonders der Fokus auf die Post-Transitionsphase eröffnet eine neue Perspektive auf die Mannigfaltigkeit des Einflusses von Transitionen auf Bewegungen: Almeida beispielsweise zeigt durch die Untersuchung über Zeit von Zentralamerika, dass Demokratisierung und wirtschaftliche Globalisierungskrisen kollektive Mobilisierung erhöhten (siehe Kapitel sieben). Anhand von Brasiliens Arbeiterbewegung illustriert Penna ebenfalls, dass die Transition als wahrgenommene politische Möglichkeit in einem Anstieg der Mobilisierung mündete (siehe Kapitel sechs). Für Südafrika weist Klandermans nach, dass die politische Partizipationsrate während der ersten Wahlperiode anstieg (siehe Kapitel elf). Die auf Umfragen basierten Forschungserkenntnisse Klandermans skizzieren eindringlich die Verwobenheit von Parteipolitik und Bewegungsaktivitäten und stellen durch die Aufschlüsslung nach ethnischen Identitäten die weiterführende Frage, wie Partizipationsformen innerhalb der Bevölkerung verteilt sind. Für Polen wiederum weist Wenzel nach, dass Protestevents nach der Transition zurückgingen, stattdessen verfasste Nicht-Regierungsorganisationen entstanden (360f.), wie beispielsweise auch in Argentinien (201). Diese Erkenntnisse bestätigen die Wichtigkeit der Debatte um die Abgrenzung und dem Verhältnis von Zivilgesellschaft und Bewegungen.

Institutionalisierung als Zeichen demokratischer Konsolidierung?

In den Beiträgen des Sammelbandes wird deutlich, dass Institutionen verschiedene Funktionen für Bewegungen einnehmen: Sie können als Unterstützer von Bewegungen oder beeinflussender Kontextakteur agieren, sowie Adressat oder Bestandteil der Bewegung selbst – beispielsweise durch personelle Überschneidungen oder direkte Vernetzungen – sein. Letzteres kann zur gänzlichen Institutionalisierung von Bewegungen führen, die ansonsten in der Bewegungsliteratur mehrheitlich kritisch bewertet wird, weil Demobilisierung und De-Radikalisierung befürchtet wird. Ekiert hinterfragt die Beurteilung in seinem einleitenden Aufsatz, da Bewegungen schließlich mit ihren politischen Aktionsformen Institutionen beeinflussen (284). Er argumentiert, Bewegungen müssten gar für eine erfolgreiche Konsolidierung institutionell in das neue politische System integriert sein, um im öffentlichen Raum Gehör zu bekommen. Nur diese formale Anerkennung als politisch legitimierter Akteur führe wiederum zum direkten Einfluss wie auch Penna für Brasilien (siehe Kapitel 6) und Pereyra für Argentinien (siehe Kapitel 8) illustrieren. Forys und Gorlach werten die Institutionalisierung der Bauernbewegungen in Polen gar als Zeichen für demokratische Konsolidierung (338). Hierdurch stellt der

Sammelband die vorherrschende Annahme in der Bewegungsliteratur, Demobilisierung sei eine negative Auswirkung demokratischer Transitionen, in Frage und treibt die wissenschaftliche Diskussion voran.

Durch das Abbild regionaler Entwicklungen und zeitlicher Vergleichsstudien pro Bewegungsakteur bietet das Buch einen Überblick von Gemeinsamkeiten und Unterschieden über nationale Grenzen und geographische Regionen hinweg sowie Einblicke in Kontinuitäten und Diskontinuitäten innerhalb des Zeitraums der Transition. Auf theoretischer Ebene stellt dieser Band ein erneutes Paradebeispiel für die stärker integrativ statt konkurrierend ausgerichtete Forschungslandschaft dar. Es finden sich Beiträge von renommierten Forscher_innen aus der Ethnologie, Soziologie und Psychologie wieder. All diejenigen, die zu Systemtransformationen, Bewegungen und Institutionen sowie Zivilgesellschaft arbeiten, werden an dieser Lektüre nicht vorbei kommen. Zusammen mit der empirischen Vielfältigkeit überwindet der Band die bisherige Entweder-Oder-Rethorik, ob Transition per se zu Demobilisierung oder Politisierung führe. Für die Zukunft wären weitere Sammelbände, die Prozesse umfangreich und kontrovers beleuchten sowie diverse regionale Fallbeispiele umfassen, nur wünschenswert.

Nina-Kathrin Wienkoop, Berlin

Afrika in Bewegung

Branch, Adam & Zachariah Mampilly 2015: African Uprising. Popular Protest and Political Change. London: Zed Books.

Zu sozialen Bewegungen in Afrika sind in den vergangenen Jahren einige Publikationen erschienen, insbesondere Sammelbände und Schwerpunktausgaben von Fachzeitschriften (so beispielsweise Heft 3/2014 des Forschungsjournals). Sie liefern wichtige empirische Erkenntnisse und die meist einleitenden Überblicksbeiträge auch konzeptuelle Ansatzpunkte. „Africa Uprising" stellt die erste Monographie zu dem Thema dar, die sowohl umfassende theoretische Überlegungen als auch fundierte empirische Einblicke bietet.

Ausgangspunkt der Autoren ist die Beobachtung, dass der lange Zeit vorherrschende „Afro-Pessismus" sich partiell in einen „Afro-Optimismus" umgekehrt habe, der das beeindruckende volkswirtschaftliche Wachstum in einigen afrikanischen Staaten, die aufstrebenden Mittelschichten und – jedenfalls in bestimmten politischen und sozialwissenschaftlichen Debatten – auch die gegenwärtigen lebhaften afrikanischen Protestbewegungen hervorhebe. Die hoffnungsvollen Parolen vom „Afrikanischen Erwachen" seien jedoch zu einseitig, analytisch und politisch wenig aussagekräftig: „Perhaps we need to abandon the simplistic narrative of Africa Rising and instead focus on Africa's *Up*rising" (2, Herv. i. O.). Die Analyse dieser Aufstände müsse sie in den Kontext der gegenwärtigen weltweit zu beobachtenden Protestbewegungen einbetten, dürfe dabei jedoch nicht den Fehler machen, „westliche" Konzepte und Normen von sozialen Bewegungen, Zivilgesellschaft und politischem Protest zu universalisieren. Eben dies habe dazu geführt, dass ein Großteil der Proteste in Subsahara-Afrika in internationalen, insbesondere europäischen und nordamerikanischen Debatten nicht wahrgenommen würde. Konstruktionen von Afrika als ländlich, traditionell, von Armut, bewaffneten und ethnischen Konflikten geprägt, hielten sich auch in der Darstellung zeitgenössischer politischer Proteste hartnäckig: „Such prejudices also mean that those few African protests that do make it into the international press tend to be dismissed as riots or looting. [...] Even when popular protest on the African continent is deemed politically momentous, as it was in Tunisia and Egypt in 2011, it is turned into an *Arab* Spring." (2-3, Herv. i. O.)

Drei Protestwellen

Die Autoren setzen dem eine historisch und sozial differenzierte Analyse entgehen, die aktuelle Proteste in Afrika nicht einfach als Widerhall weltweiter Bewegungen (etwa den Occupy-Bewegungen) konzeptualisiert, sondern sie an die jüngere Geschichte afrikanischer sozialer Kämpfe zurück bindet. Sie wenden sich dabei explizit gegen eine vermeintlich universelle Konstruktion von „what protest should look like" (7), wie sie insbesondere in Debatten ausgehend vom Begriff der Zivilgesellschaft weit verbreitet sei. Übereinstimmend mit großen Teilen der entsprechenden Forschung stellen Branch und Mampilly drei zentrale Wellen von Protesten in Afrika seit Mitte des 20. Jahrhunderts dar: die antikolonialen Befreiungsbewegungen seit den 1950er Jahren, die Anti-Austäritätsproteste ab den späten 1980er Jahren und die aktuellen Bewegungen seit Beginn des 21. Jahrhunderts.

Im ersten Teil des Buchs ist jeder dieser Wellen ein Kapitel gewidmet, das die entsprechenden Proteste konzeptualisiert und mit empirischen Beispielen illustriert. Der zweite Teil umfasst gestützt auf eigene empirische Forschungen der Autoren vier Fallstudien zu aktuellen Protestbewegungen: Occupy Nigeria, die „walk to work"-Bewegung in Uganda, die Auseinandersetzungen um die Wahlen in Äthiopien 2005 sowie die jüngsten regierungskritischen Proteste im Sudan 2013-2014. Die exemplarischen Studien bieten sorgfältig recherchierte Erkenntnisse dahingehend, wie die Mobilisierung in den jeweiligen Fällen funktioniert, über die Akteure und Konfliktgegenstände, Protestrepertoires und strukturelle Bedingungen. Zwar bleibt unklar, warum gerade diese Beispiele ausgewählt wurden. Zweifelsohne handelt es sich aber um vier wichtige aktuelle Protestbewegungen und zugleich nicht um jene Fälle, die bereits in anderen Publikationen wiederholt dargestellt wurden.

Konzept der „political society"

Ausgehend von ihrer Kritik an bestehenden Debatten, die sich unter anderem auf das Konzept der Zivilgesellschaft richtet, entwickeln die Autoren den Begriff der „political society", mit dem sie die städtischen marginalisierten Klassen, welche die zentrale Basis der Proteste in allen drei identifizierten Wellen bilden, beschreiben. Kennzeichnend für diese Gruppen und ihre Proteste seien die Kombination aus Informalität, Illegalisierung sowie die Tatsache, dass sie seitens des Staates mit Zurückweisung und Gewalt konfrontiert seien. Offen bleibt, inwiefern dieses Konzept sich vom in der Forschung über soziale Bewegungen in Afrika verankerten Begriff der „popular classes" (mit dem Branch und Mampilly sich nicht befassen) unterscheidet. Im Schlusskapitel gehen die Autoren nochmals auf zwei aus ihrer Sicht zentrale Narrative über gegenwärtige Protestbewegungen ein: der Fokus auf die vermeintlich aufstrebenden Mittelschichten sowie die Diskussion über zunehmende Prekarisierung. Sie zeigen, dass beide Narrative nicht geeignet sind, die jüngste Welle afrikanischer Proteste angemessen zu beschreiben. Hiervon ausgehend entwickeln sie ein starkes Argument: dass der „Blick nach Afrika" Schwächen gegenwärtiger Diskussionen und Analysen von Protest deutlich machen – und zwar nicht nur insofern, als diese afrikanische soziale Kämpfe weitgehend und geradezu systematisch ausblenden, sondern in gleichem Ausmaß auch analytische Defizite und Leerstellen bezogen auf Proteste im globalen Norden aufweisen.

Das Buch schließt eine zentrale Lücke in der bestehenden Literatur und stellt zweifelsohne eine der bedeutendsten sozialwissenschaftlichen Publikationen zu aktuellen politischen Protesten in Afrika dar. Spannend geschrieben, theoretisch reflektiert und empirisch fundiert, ist es eine enorme Bereicherung für die Afrika-, Entwicklungs- und Bewegungsforschung zugleich – ein „must read" nicht nur zum Thema soziale Bewegungen in Afrika, sondern für alle, die sich für gegenwärtige soziale Kämpfe generell interessieren.

Bettina Engels, Berlin

Occupy: Ideal und Realität im Widerstreit

Geiges, Lars 2014: Occupy in Deutschland. Die Protestbewegung und ihre Akteure. Bielefeld: transcript.

Bei der Einweihung des neuen Gebäudes der Europäischen Zentralbank gingen die Bilder durch die Medien: brennende Polizeiautos, Ausschreitungen, verbunden mit dem Begriff Blockupy. Doch was sich eigentlich hinter der Occupy-Bewegung verbirgt, hatten zu diesem Zeitpunkt viele schon wieder vergessen. Medien und Politiker stellten die hässliche Seite des Protests gegen Bankenmacht und Entsolidarisierung in den Vordergrund – und blendeten dabei die eigentliche Motivation der Akteure nahezu komplett aus. Doch was steckt eigentlich hinter Occupy? Lars Geiges untersucht in seiner Dissertation die Occupy-Bewegung in Deutschland und ihre Akteure, die von Oktober 2011 bis zum August 2012 in Frankfurt und anderen Städten mit Demonstrationen und Protestcamps auf sich aufmerksam machten.

Geiges geht es dabei um eine akteurszentrierte Beschreibung, bei der er auch die Motive für das Engagement hinterfragt. Deshalb wählt er für seine Dissertation eine explorative Herangehensweise. Er nutzt die Möglichkeit von Einzelinterviews und Gruppendiskussionen mit Akteuren, beobachtet aber auch das Protestgeschehen vor Ort in den Camps und bei den Demonstrationen und Aktionstagen der Occupy-Aktivisten. Damit richtet er den Fokus nicht auf quantitative Methoden, die sich auf Fragebögen stützen, um Protest zu erfassen. Vielmehr rückt er akteurszentrierte Ansätze in den Mittelpunkt. Er will „die Sicht der handelnden Menschen“ (48) beschreiben und analysieren, um die Lebenswelt der Akteure „von innen heraus“ (ebenda) zu erklären. Er versucht, möglichst offen an die Akteure heranzugehen und so ihren Motivationen auf den Grund zu gehen. Dabei verfolgt er das Ziel, diese neue Form des Bürgerengagements in die demokratietheoretische Debatte einzuordnen und ihre Bedeutung für die „vor allem über Assoziationen aktivierte Gesellschaft“ herauszuarbeiten (22).

Wurzeln und Selbstverständnis

Die Occupy-Bewegung kam keineswegs aus dem Nichts. Deshalb untersucht Geiges die Wurzeln der Protestbewegung und erinnert an den Juli 2011, als das Magazin dazu aufrief, am 17. September 2011 die Wall Street zu besetzen. Diesem Appell folgten mehrere hundert Demonstranten, die sich dann im Zucotti Park versammelten und dort ein Protestcamp einrichteten – nach dem Vorbild der Platzbesetzungen in Spanien, Griechenland und Ägypten. Nach gut acht Wochen wurde der Park von der Polizei geräumt. Doch der Impuls war enorm. Weltweit entstanden rund 1500 Occupy-Initiativen, davon rund 1000 in den USA. Auch in Deutschland solidarisierten sich Menschen mit dem Protest in den USA. Unter der Regie von Attac fanden auch hier Aktionstage statt mit Schwerpunkt in Frankfurt. Denn in vielen Bereichen deckten sich die Forderungen mit denen der Globalisierungsgegner. Die zentrale Kritik richtete sich an die Banken, aber auch an das politische System als Ganzes, von dem sich die Demonstrierenden nicht mehr vertreten fühlten. Über die sozialen Netzwerke hatten sich auch in Deutschland Sympatisanten der Occupy-Ideen vernetzt. Sie waren es auch, die Zelte mitbrachten und diese nach der Demonstration auf einer Grünfläche unweit der Europäischen Zentralbank aufbauten. Ähnliche Proteste gab es in Berlin, Hamburg, Köln, Düsseldorf, Kiel und Münster. Die Demonstrierenden kamen aus unterschiedlichen Zusammenhängen, aus lokalen Initiativen, Einzelpersonen sowie ausländischen Aktivisten, die in Deutschland leben und sich über das Internet vernetzten. Es entstanden verschiedene Occupy-Initiativen, die im Netz auch Papiere zu ihrem Selbstverständnis veröffentlichten. Als zentrales Ziel kristallisierte

sich dabei der Kampf für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit heraus. Schnell rückte der Fokus weg von der Kritik an den Banken hin zu grundsätzlichen Fragen.

Deutlich wird in den Statements aber auch das basisdemokratische Verständnis, sich zwar mit einer Bewegung zu identifizieren und unter deren Namen auch Aufmerksamkeit zu erregen, sich aber nicht festen Strukturen unterzuordnen. „Jeder Redner vertritt nur seine eigene Meinung, offizielle Sprecher gibt es nicht", zitiert Geiges beispielsweise ein Grundsatzpapier von Occupy Düsseldorf (106). Er kommt zu dem Schluss, dass es sich aus Sicht der Akteure bei Occupy „eben nicht um eine Organisationsstruktur, sondern um eine Idee" handle (117). Gleichzeitig werde von vielen Aktivisten aber auch eine „inhaltliche Ziellosigkeit" bemängelt, die diese „auf die losen Strukturen und die offenen Verfahrensweisen der Gruppen" zurückführten (119).

Der Alltag in den Camps

Die Camps sind der Mikrokosmos der Occupy-Bewegung. Hier werden die Stärken der Bewegung deutlich, aber auch die Schwächen. „Um sich der Gestalt, der Interaktionen und der Strahlkraft dieses Protestraumes anzunähern, lohnt es sich, die Camps als Schauspielaufführungen auf Zeit zu verstehen", konstatiert Geiges (121). Alle Camps befanden sich auf zentral gelegenen Plätzen und hatten vergleichbare Strukturen. Das Zentrum bildeten drei Zelte: das Küchenzelt, das Infozelt und das Asembleazelt. Der Infostand war das kommunikative Zentrum nach außen, die Küche der wichtigste Begegnungs- und Gesprächsort nach innen. Die zentrale Bühne war das Asembleazelt. Es war „der Ort des Beschlusses, der Aussprache, und der Tat, eine Art Herzkammer der Protestgruppe" (126). Dabei orientierten sich die Occupyer am spanischen Vorbild der Assembla, der Versammlung, in der jeder offen seine Meinung vertreten kann, jeder aber auch nur für sich sprach. Beschlüsse sollten im Konsens gefasst werden, ohne dass Mindermeinungen unterdrückt werden. Maßstab und Praxis klafften hier jedoch bald auseinander. Die Versammlungen waren anstrengend und zeitaufwändig und endeten häufig in der Ergebnislosigkeit. Geiges stellt außerdem fest, dass sich in jeder der untersuchten Initativen ein Kreis von fünf bis zehn Wortführern herauskristallisierte. „Sie waren die Organisatoren nach innen, die Kontaktstellen nach außen und die Interpreten des Protests. Ihr Wort hatte Gewicht (166). Bei allen Problemen mit der Asembla wollte man sich jedoch nicht von diesem Prinzip verabschieden, denn in ihm wohnte „der Reiz des Anfangs, (es) schaffte eine Verbindung vom Jetzt mit all seinen Problemen und Konflikten hin zum kollektiv empfundenen Moment des Ausbruchs der Empörung, den man sich bewahren wollte" (168f.).

Besonders stolz waren die Camps auf ihren offenen Charakter, der es prinzipiell jedem erlaubte, sich im Camp aufzuhalten. Doch das führte auch zu Problemen, da auch Obdachlose oder Drogenabhängige in die Camps kamen. Es kam zu Straftaten wie Diebstählen oder Bränden und zu Auseinandersetzungen mit Rechtsradikalen. Wie mit diesen Problemen umzugehen ist, dafür fanden die Campbewohner letztlich keine Lösung. Eine klare Abgrenzung fand nicht statt, da ja keiner ausgeschlossen werden sollte. Eine Überzeugung im Gespräch war ebenfalls nicht von Erfolg gekrönt, da die Weltbilder teilweise fundamental voneinander abwichen. Aber auch diejenigen, die diese Protestform teilten, hatten nicht alle die Konstitution und Kondition, über Wochen in einem solchen Camp zu (über-)leben. Von den Dauercampern brachten viele Erfahrungen aus Camps oder aus der Hausbesetzer-Szene mit.

Die ersten Tage und Wochen in den Camps waren davon geprägt, die internen Strukturen aufzubauen, Arbeitsgruppen zu bilden und den Alltag zu organisieren. Die internen Abläufe wurden beispielsweise über die AG Ordnung, die AG Sicherheit oder die AG Küche organisiert. Auf der anderen Seite ging es um die inhaltliche Ausrichtung und die Planung

von Protestaktionen. Hier wurde politisch diskutiert, Vorlagen verfasst und Positionen und Forderungen festgehalten. Das dritte organisatorische Standbein war der Bereich Medien und Öffentlichkeitsarbeit. Zunächst war das Interesse der Medien groß. Journalisten und Beobachter bewegten sich frei durchs Camp und interviewten die Anwesenden. Um dem Andrang gerecht zu werden, wurden Presseaktivisten ernannt, die das Camp und die Bewegung in ein möglichst positives Licht rücken sollten. Schon die Tatsache, dass es so etwas wie einen Sprecher gab, widersprach aber dem Prinzip, dass keiner für die anderen sprechen dürfe. Das sorgte für Konfliktstoff.

Streit gab es darum, wie fest die Strukturen sein dürfen. So wurde beispielsweise die Gründung eines Vereins diskutiert, um die Spenden zu verwalten, die die Camps bekamen – dann aber wieder verworfen. Auseinandersetzungen gab es auch um den Punkt, wie das Internet für die Arbeit von Occupy eingesetzt werden soll. Für Teile der Bewegung war das Internet ein wichtiger Kommunikationskanal und sinnstiftend. Der Weg über Mail war häufig auch derjenige, den Außenstehende nutzten, um mit dem Camp Verbindung aufzunehmen. Doch auch Kritiker benutzten das Internet und ließen sich teilweise zu menschenverachtenden Kommentaren hinreißen, die sie auf den Occupy-Seiten posteten.

Letztlich war es so, dass die Konflikte überwogen und der Camp-Alltag immer schwieriger zu bewältigen war. Auch ohne die Räumung von außen wäre also ein Ende, ein Aufgeben der Akteure, absehbar gewesen.

Kreativer Protest

Jenseits der Camps waren es die kollektiven Aktionen auf der Straße, die die Occupyer bewegten. Dabei waren es äußerst kreative Aktionen, Flashmops und Demonstrationen. „Wachrütteln, irritieren, stören, zumindest für einen Moment lang. Damit begründeten die Befragten ihre Neigung zu aktionistisch-expressiven Protestelementen“ (205). Sie sollten Spaß machen, Aufmerksamkeit erregen und damit auch Identität für die Bewegung stiften. Identität stiftete auch die Erfahrung mit der Polizei und dem Staat, die häufig negativ konotiert war, da Aktionen oft nicht genehmigt und deshalb auch gewaltsam aufgelöst wurden. Darin bestätigte sich der Eindruck der Kluft zwischen Staat und Politik auf der einen und den engagierten Bürgern auf der anderen Seite.

Die Aktivisten

Ein weiteres Großkapitel widmet Geiges den Akteuren – wobei sich hier bereits das erste methodische Problem durch die Organisationsstruktur stellt. Denn Occupy hat keine Mitglieder und somit auch keine Kartei, die ausgewertet werden kann. Geiges kann also selbst nur Momentaufnahmen machen und Schlüsse aus den Einzelinterviews und Gruppendiskussionen ziehen, die er durchgeführt hat. So stützen sich seine Erkenntnisse lediglich auf 29 Aktivisten. Dort überwogen die Männer. 17 Teilnehmer waren jünger als 25 Jahre. Die Aktivisten waren überwiegend in einem Beschäftigungsverhältnis, gehörten aber eher zu den Geringverdienern mit einem Einkommen von weniger als 900 Euro. 22 Mitglieder hatten bereits Erfahrungen in Parteien, NGOs oder Gewerkschaften gesammelt. Seine Ergebnisse vergleicht Geiges mit denen einer Umfrage der Otto-Brenner-Stiftung, die rund 1000 Occupy-Sympathisanten befragt hat. Dort kam heraus, dass es sich um überwiegend junge Menschen mit guter Qualifikation handle, die eine deutliche Neigung zur Linken und zur Piratenpartei hätten. Im Gros waren es Mehrfachengagierte.

Was ist nun identitätsstiftend für die Akteure? Das ergibt sich ebenfalls aus den Interviews. Zum einen sind es Erzählungen von Auseinandersetzungen und Konflikten, vorwiegend mit der Polizei am Rande von Demonstrationsveranstaltungen. Dabei werde das Vorgehen der Polizei als „repressiv, willkürlich, auch provozierend“ wahrgenommen (251). Die zweite Identifikationsgröße sind Großereignisse, die ein neues politisches Denken in Gang

gesetzt haben: Tschernobyl, der 11. September, der Irak-Krieg oder Fukushima. Die Bankenkrise 2008 habe nicht zu diesen Großereignissen gehört, so Geiges. Prägend seien zum dritten die positiven Demonstrationserinnerungen, die teilweise verklärt werden. Occupy mit seinen niederschwelligen Angeboten wurde laut Geiges als eine Form des Protests wahrgenommen, bei der man zu den Guten gehöre und eine bessere aktivistische Arbeit mache als in den etablierten Parteien und Organisationen. Denn von diesen Organisationen habe man sich entfremdet. Die Aktiven dort wurden als Postenjäger deklariert, die Instutionen selbst als Bestandteile einer Scheindemokratie. Vor diesem Hintergrund werde der eigene Protest überhöht. Verbunden werde dies mit der Vision von einer besseren Gesellschaft, in der der Liebe ein besonderer Stellenwert zuerkannt wurde. Durch sie verbreite sich Glück und Zufriedenheit.

Resümee

Waren es nur realitätsfremde Traumtänzer, die sich in diesen Camps zusammenfanden? Geiges widerlegt dies zumindest in Teilen. Er macht die Bewegung an sich und insbesondere die Camps als Orte des politischen Lernens aus, die für die Akteure eine neue Qualität haben. Inwieweit die Bewegung tatsächlich so weit trägt, Dinge nachhaltig zu verändern, ohne dass sie selbst doch zur Institution wird, muss die Zukunft zeigen. In jedem Fall trägt die Dissertation von Geiges dazu bei, Occupy differenzierter zu sehen und weder auf bunte Bilder noch auf gewaltsame Ausschreitungen zu reduzieren. Und sie bietet Anschlusspunkte für die Protestforschung und die Erforschung sozialer Bewegungen.

Karin Urich, Mannheim

Epochenbruch oder Eintagsfliegen?

Prokla 177 2014: Globale Proteste zwischen Organisation und Bewegung. Münster: Wesfälisches Dampfboot.

Globale Proteste zwischen Organisation und Bewegung: So lautet der Titel des Themenheftes 4/2014 der Zeitschrift Prokla, das im Dezember 2014 erschienen ist. Die Prokla wird herausgegeben von der „Vereinigung der politischen Ökonomie e. V." und erscheint im Verlag Westfälisches Dampfboot. Die Prokla-Redaktion fasst in diesem Heft Themen zusammen, die bis jetzt nichts von ihrer Aktualität verloren haben. Seit 2011 häufen sich weltweit Massenproteste. Das Prokla-Heft will Licht in die Frage bringen, inwieweit es sich dabei um einen „transnationalen Bewegungszyklus"(466) handelt und wie eng der Zusammenhang zwischen diesen unterschiedlichen pro-demokratischen und kapitalismuskritischen Bewegungen ist. Sie gehen auch der Frage der staatlichen Reaktionen nach und stellen fest, dass auch populistische, rechte oder religiös-fundamentalistische Kräfte Auftrieb bekommen haben. Außerdem wird untersucht, wie das Verhältnis zwischen den sozialen Bewegungen und der „etablierten" Linken in Parteien und Organisationen ist.

Ihren Anfang nahmen die Proteste im arabischen Raum. Es folgte die Protestbewegung gegen die Finanzkrise und Austeritätspolitik in Südeuropa. Als weitere Keimzelle benennt Prokla die Occupy-Bewegung. Hinzu kommt die Flüchtlingsbewegung aus Afrika, verbunden mit der Selbstorganisation von Refugees. Insgesamt kommt es laut Prokla zur „Bildung neuer Akteurskonstellationen, Entdeckung neuer Themen und Erfindung neuer Praktiken" (473). Diese in ihrer Spezifik ernst zu nehmen und zu verstehen, soll Aufgabe des Themenheftes sein.

Repräsentative Politik in der Krise

Henrik Lehun widmet sich dabei der Occupy-Bewegung der Frage, warum sich bestimmte Protestformen vor allem in Städten artiku-

lieren. Einen Epochenbruch diagnostiziert Dario Azzellini in seinem Beitrag zum neuen globalen Protest zwischen Organisation und Bewegung. Dieser setze in erster Linie auf die Organisation von unten als auf Repräsentation, also eher auf direktdemokratische Modelle als auf die repräsentative Demokratie. Dies liege begründet im verlorenen Vertrauen in die vorhandenen Strukturen, durch die sich die Akteure nicht mehr vertreten und ernst genommen fühlen. Thorsten Bewernitz stellt in seinem Beitrag „Globale Krise – globale Streikwelle?" die These auf, dass zwischen den ökonomischen und den demokratisch-politischen Protesten keine zufällige Gleichzeitigkeit herrscht. „Je prekärer die kollektive Arbeitssituation ist, desto wahrscheinlicher wird es, dass sich die Proteste nicht in Bürgerrechts- und Demokratisierungsforderungen, sondern in ökonomischen Streiks ausdrücken", lautet sein Fazit (524). Die Gewerkschaften nehmen auch Nikolai Huke und Olaf Tietje in ihrem Beitrag zur gewerkschaftlichen Erneuerung in der Eurokrise ins Visier. Sie untersuchen insbesondere neue Organisationsformen der spanischen Gewerkschaften während des Protestzyklus ab 2011.

Aufwind für rechte Bewegungen

Felix Jaitner richtet den Fokus auf den Balkan und beschreibt die Folgen der Eurokrise am Beispiel von Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Während sich in Bosnien-Herzegowina soziale und basisdemokratische Proteste gegen die Krise richteten, nutzten in Kroatien nationalistisch-chauvinistische Bewegungen die Chance, bereits bestehende Vorurteile und Konfliktlinien zu instrumentalisieren. Der Anstieg rechter Parteien und Bewegungen ist auch in anderen EU-Ländern zu beobachten, die von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen sind. Den Ursachen dafür geht Jaitner am kroatischen Beispiel auf den Grund. Die Sozialproteste des Sommers 2011 in Israel nimmt Sebastian Schipper in den Blick. Er untersucht dabei ein Land, in dem es vorher kaum eine Tradition von sozialem Widerstand gegen neo-liberale Politik gegeben hat. So konnten „erstmals kollektive Erfahrungen" auf diesem Gebiet gesammelt werden. Regierung und gesellschaftliche Gegenkräfte nahmen zentrale Forderungen auf und banden sie in eine neoliberale Reformagenda ein, so dass die Proteste zunächst befriedet wurden, „auch wenn die gesellschaftlichen Widersprüche fortbestehen" (583). Den Protesten von Migranten wendet sich Andrea Plöger in ihrem Beitrag „Die Proteste der Refugees" zu. Sie stellt fest, dass sich in Deutschland eine soziale Bewegung entwickelt habe, „die ein gesamtgesellschaftliches Ziel verfolgt" und sich von den Rädern der EU und den Krisenländern auf den Weg ins Zentrum gemacht habe. Sie stellt aber auch einen europäischen und transnationalen Zusammenhang her.

Wohin marschiert die Linke?

Mit Vergangenheit und Zukunft der Globalen Linken setzt sich schließlich Immanuel Wallenstein auseinander. Seine Zeitreise reicht von der Französischen Revolution bis in die Gegenwart. Sie zeigt die Zerrissenheit der Linken auf und stellt die Frage danach, wie ein neues, nicht-kapitalistisches System aussehen könnte. Eine wirkliche Antwort gibt er nicht – der Kampf ist offen – ebenso offen wie die Frage nach Erfolg und Scheitern der Globalen Proteste, die wir in den vergangenen fünf Jahren erlebt haben. Doch die Diskussion muss weiter gehen, in den Bewegungen, in der Politik und in der Wissenschaft.

Karin Urich, Mannheim

Nils Schuhmacher: *Die Antifa im Umbruch Neuformierungen und aktuelle Diskurse über Konzepte politischer Intervention (FJ SB 2/2015, S. 5-16)*
Ausgehend von der politischen Schwäche und der symbolischen wie organisatorischen Abkehr von der „Antifa" – trotz zunehmender rechtspopulistischer Tendenzen - stellt Nils Schuhmacher die Frage nach deren Betrachtungsgegenstand. Hinsichtlich der Kontur des Antifa-Spektrums hält er fest, dass sie über die ideologischen Komponenten des Faschismus- und des Antifaschismus-Frames nur bedingt erfasst werden kann. In den aktuellen Beiträgen aus dem Antifa-Spektrum lassen sich zwei Fokussierungen unterscheiden: Zum einen erfolgt die Analyse verschiedener Entwicklungen und eine daran anschließende Diskussion der daraus resultierenden Handlungserfordernisse; zum anderen wird in einem umfassenderen Sinne eine Selbstbespiegelung vorgenommen. Von einem – ideologisch oder auch nur thematisch zusammengefügten – Antifa-Spektrum lässt sich angesichts zahlreicher Differenzierungen kaum sprechen. Da der Antifaschismus-Frame der Antifa deutlich mehr umfasst als inhaltliche Aspekte aus dem Themenfeld „Rechtextremismus", kann zwischen einem Erstarken rechter Kontrahenten und einem eigenen Wiedererstarken kein direkter Zusammenhang hergestellt werden.

Nils Schuhmacher: The change of Antifa – new forms, current discourse on concepts of political intervention *(FJ SB 2/2015, pp. 5-16)*
Observing a politcal weakness and a syymbolic and organisational renunciation of the „Antifa" – though there are more and more right-wing populists – Nils Schuhmacher analyzes the structure and discourse of the „Antifa". Concernig its contour he argues that they cannot be explained wholly by the frame of facism and anti-fascism. Current contributions focus on two topics. On the one hand there is analysis of developments leading to conclusions, what has to be done. On the other hand there is selfadulation. He concludes that one cannot speak of a clear-cut „Antifa"-spectrum – neither ideologically nor thematically – as there a to many differentiations. As the frame of anti-fascism implies more aspects than rightwing-extremism there cannot be found a direct relation between a growing scene of right contrahents and a re-enforcement of the Antifa".

Sigrid Baringhorst: *Konsum und Lebensstile als politische Praxis – Systematisierende und historisch kontextualisierende Annährungen (FJ SB 2/2015, S. 17-27)*
Sigrid Baringhorsts Beitrag beleuchtet politischen Konsum aus Perspektive der Partizipations-sowie der Bewegungsforschung. Darüber hinaus ordnet sie das Phänomen historisch ein, erläutert, inwieweit es typisch für spätmoderne Gesellschaften ist und welche Bedeutung dem Social Web dabei zukommt. Insgesamt kommt sie zu dem Schluss, dass das Social Web lockere, wenig aufwendige und niedrigschwellige Formen von Engagement und Vernetzung ermöglicht, die gerade den Partizipations- und Interaktionsbedürfnissen nicht organisatorisch gebundener Bürger_innen entgegenkommen.

Sigrid Baringhorst: *Consumption and lifestyles as political practice – a systematizing and historically contextualizing approach (FJ SB 2/2015, pp. 17-27)*
Sigrid Baringhorst's contribution investigates political consumption from the perspective of the research literature on participation and social movements. What is more, she contextualises the phenomenon historically and, focusing on the significance of the World Wide Web in this regard, examines whether and how political consumption can be considered as symptomatic of late modern society. She concludes that the world wide web facilitates loose, informal and low level forms of engagement and networking that specifically address the needs of citizens who are not organized in formal associations.

Jörn Lamla: *Politischer Konsum und (Post)Demokratie – ein Debattenbeitrag (FJ SB 2/2015, S. 28-36)*
Jörn Lamla nimmt in seinem Beitrag unter dem Begriff Verbraucherdemokratie das Verhältnis von Konsumgesellschaft und Demokratie genauer in Augenschein. Denn die Konsumgesellschaft ist zum einen wesentliche Quelle zahlreicher Probleme, mit denen sich das politische Handeln heute konfrontiert sieht und zum anderen scheint sie zugleich Bestandteil der Lösung dieser Probleme zu sein. Dabei geht es vor allem um die Frage, ob diese Dynamik eher auf eine Stärkung oder doch eher auf eine Schwächung der Demokratie hinausläuft. Er kommt zu dem Schluss, dass sich begründet vermuten lässt, dass die Rudimente alternativer Praktiken, öffentlichen Experimentierens und kollektiven Lernens derzeit nicht die Kraft haben, neue Anordnungen in den hierarchischen Relationen institutioneller Wert- und Rechtfertigungsordnungen hervorzubringen.

Jörn Lamla: *Political consumption ans post-democracy (FJ SB 2/2015, pp. 28-36)*
Jörn Lamla analyzes the relation between consumer society and democracy as consumer society is the cause of several politcal problems as well as part of the solution. The main question is, if the dynamics strenthen democracy or undermine it. He concludes that by now alternative practices cannot bear new forms of values and justifications which can actually challenge the old ones.

David Salomon: *Politischer Konsum. Zwischen liberaler Postdemokratie und sozialer Demokratisierung (FJ SB 2/2015, S. 36-46)*
Salomon geht in seinem Beitrag der Frage nach, welcher Bedeutung Konsum für eine verschiedene Demokratietheorien hat. Dabei arbeitet wer heraus, dass aus der Perspektive einer sozialen Demokratietheorie politischer Konsum als Teil des Kampfes um soziale Gleichheit, in der Tradition liberaler Demokratie hingegen als weitgehend individuelles Agieren auf von der politischen Sphäre zunächst getrennten Märkten zu verstehen ist. Nacheiner ausführlichen Analyse beider Demokratieverständnisse kommt er zu dem Schluss, dass in beiden Varianten politischer Konsum bisher lediglich in Hinsicht auf die Verbesserung von Produktionsbedingungen in den Blick genommen wird.

David Salomon: *Political consumption: Between liberal post-democracy and social democratisation (FJ SB 2/2015, pp. 36-46)*
In this contribution, Salomon traces the meaning of political consumption from the perspective of distinct theories of democracy. He highlights that social democratic theory conceptualizes political consumption as part of a struggle for social equality, while liberal democratic theory conceives of it as largely individual practice that is seen as separate from the political sphere. His detailed analysis of both conceptual approaches finds that both have solely focused on political consumption in relation to its contribution to the improvement of conditions of production. What is missing from these debates is a programmatic focus on collectivisation that is not exclusively centred on consumer or producer's needs.

Katharina Witterhold: *Politik des Lebensstils als eher weiblicher Partizipationsstil? Beteiligungspraktiken politischer Konsumentinnen und Konsumenten on/offline. (FJ SB 2/2015, S. 46-56)*
Ausgehend von der Feststellung, dass im Mainstream sozialwissenschaftlicher Partizipationsforschung Geschlecht als strukturierendes Merkmal bürgerschaftlichen Handelns kaum Berücksichtigung findet und sich Untersuchungen feministischer Forschung überwiegend auf spezielle Politikbereiche wie Frauenpolitik konzentrieren, versucht Katharina Witterhold einen bisher unerforschten und unbestimmten Teil der politischen Partizipation von Frauen in anderen Poli-

tikbereichen, zu beleuchten. Dazu wählt sie web-basierte Partizipationsformen als Untersuchungsgegenstand und arbeitet vier unterschiedliche Typen heraus. Dabei untersucht sie, inwieweit diese Typen Parallelen zu traditionellen Geschlechterrollen aufweisen.

Katharina Witterhold: *Are Lifestyle Politics female? Political consumer's patterns of participation on/offline. (FJ SB 2/2015, pp. 46-56)*
As mainstream social science do not consider gender as a main criteria of civic participation and gender studies mainly focus on certain policies Katharina Witterhold tries to analyse political participation by women in by now not analyzed fields of policy. She chooses web-based forms of participation as an object of investigation. She finds four different types an looks in how far these are similar to traditional gender roles.

Francesca Forno: *Zusammen anders haushalten und Politik machen – Solidarische Einkaufsgemeinschaften in Italien (FJ SB 2/2015, S. 56-65)*
Ohne einen grundlegenden Wandel unseres Konsumstils werden sich die ökologischen und sozialen Probleme unser Zeit nicht lösen lassen. Staatliche Institutionen tun sich schwer damit, diesen Problemen mit effektiven politischen Maßnahmen zu begegnen. Auf lokaler Ebene versuchen daher Bürger_innen selbst diese Lücke zu füllen, indem sie neue Formen sozialer Selbstorganisation von Produzenten und Konsumenten entwickeln, um einen nachhaltigeren Konsum von Lebensmitteln zu etablieren. In jüngerer Zeit entstehen in Italien in Anknüpfung an die Praxis der Neuen Sozialen Bewegungen Projekte, die den alltäglichen Konsumstil öffentlich und politisch wenden. Diese neuen Solidarischen Einkaufsgemeinschaften stehen im Mittelpunkt dieses Beitrags. Kern des Beitrags ist eine Vorstellung von Ergebnissen einer Online-Umfrage unter Mitgliedern solcher lokalen Einkaufsgemeinschaften in der Lombardei.

Francesca Forno: *Collective alternative house-keeping and political engagement: Solidaritarian Shopping communities in Italy (FJ SB 2/2015, pp. 56-65)*
The ecological and social problems of our time cannot be solved without a fundamental revision of our consumption style. State institutions struggle to address these problems with effective political means. By establishing collectives dedicated to the sustainable consumption of groceries, citizens make attempts to close this gap locally. Recently, projects have emerged across Italy that make explicit reference to practices of new social movements and publicly and politically challenge and alternate everyday consumption habits. This contribution is based on a discussion of findings from an online survey with members of such local shopping communities in Lombardy.

Todd Graham: *Zwischen Haushalt und politischer Öffentlichkeit. Wie auf Online-Foren für Lebensstilpolitik mobilisiert wird (FJ SB 2/2015, S. 65-77)*
Todd Graham untersucht in seinem Beitrag die Dynamiken politischer Mobilisierung in Online-Communities, die sich mit Lifestyle-Themen befassen. Der Schwerpunkt liegt auf alltäglichen politischen Gesprächen in solchen Räumen, die nicht explizit als politische Räume zu betrachten sind, und der Frage ob, und wie, politische Gespräche zivilgesellschaftliches Engagement befördern. Zur Klärung der Fragestellung hat er in einer Studie über fünf Jahre lang eine inhaltliche Analyse von Postings in den Foren von zwei Online-Lifestyle-Gemeinschaften vorgenommen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass das Niveau politischer Mobilisierung höher liegt, als zu erwarten war. Er erklärt dies damit, dass die Themen selbst- statt politikbezogen sind, wodurch eine der Barrieren umgangen wurde, die viele Bürger heutzutage davon abhält, politisch aktiv zu werden, weil sie sich von formaler Politik abgekoppelt fühlen. Online-Communities stellen demnach

mehr als nur Gesprächsforen dar, sodass das Verständnis der politischen Rolle vermeintlich nichtpolitischer, alltäglicher Orte erweitert werden muss.

Todd Graham: *Between household and public sphere. How Online communities can mobilize lifestyle politics (FJ SB 2/2015, pp. 65-77)*
Todd Graham analyses the dynamics of political mobilization in online-communities, dealing with lifestyle issues. He focuses on allday conversations in communities which are not explicitly political, and the question in how far political conversations foster civic engagement. He analyzed two online-communities for five years. He concludes that the level of political mobilization is higher than expected. For that the political character of assumed unpolitical online-communities has to be reconsidered.

Jana Rückert-John, René John und Melanie Jaeger-Erben: *Neue Formen des Konsums aus Sicht der Politik (FJ SB 2/2015, S. 77-89)*
Die Autoren untersuchen die innovativen Potentiale alternativer Konsumpraktiken und die Möglichkeiten, mit denen Politik diese fördern kann. Sie bilden dazu eine Typologie alternativer Konsumformen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die politische (auch wohlmeinende) Förderung alternativer Konsumformen als Normalisierungsbemühung zur Vereinnahmung im etablierten politischen Gefüge gedeutet werden kann, sodass die Gefahr besteht, dass der alternative Charakter der Konsumformen verloren geht und daher das notwendige Engagement nicht mehr gebunden werden kann. Umweltpolitik sollte deshalb vielmehr auf eine Ermöglichung der alternativen Konsumformen setzen, die die Praktiken als selbstverständliche Alltagsbewältigung ernst nimmt.

Jana Rückert-John, René John und Melanie Jaeger-Erben: *New forms of consumption as a field of policy (FJ SB 2/2015, pp. 77-89)*
The authors analyze the innovative potentials of alternative patterns of consumption and which policies can foster them. They develop a typology of alternative patterns of cosumption. They conclude that even well meant support of alternative patterns of consumption by policy may risk that they lose their alternative character and will not be maintained. For that treason environment pokicies should enable alternative patterns of consumption as a common allday practice.

Forschungsjournal Soziale Bewegungen

bis 2010: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

Gegründet 1988, Jg. 28, Heft 2, Juli 2015

Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft m.b.H. • Gerokstraße 51 • 70184 Stuttgart
Fax 0711/242088 • e-mail: lucius@luciusverlag.com • www.luciusverlag.com

Für die Forschungsgruppe SB herausgegeben von PD Dr. Ansgar Klein; Jupp Legrand; Prof. Dr. Thomas Leif; Jan Rohwerder

Redaktion: Vera Faust, Aachen; Alexander Flohé, Düsseldorf; PD Dr. Ansgar Klein, Berlin; Dr. Ludger Klein, Frankfurt M.; Peter Kuleßa, Berlin; Jupp Legrand, Wiesbaden; Prof. Dr. Thomas Leif, Wiesbaden; Dr. Albrecht Lüter, Berlin; Melanie Müller, Berlin; Tobias Quednau, Berlin; Dr. Markus Rohde, Bonn; Jan Rohwerder, Aachen; Prof. Dr. Jochen Roose, Berlin/Wroclaw; Dr. Gabriele Schmidt, Hannover/Berlin; Stephanie Schmoliner, Hamburg; PD Dr. Rudolf Speth, Berlin; Dr. Karin Urich, Mannheim

Redaktionelle Mitarbeit: Nadine Kreitmeyr, Tübingen; Katrin Kwiatkowski, Berlin; Miriam Küller, Berlin; Maria Langethal, Berlin; Dr. Aleksandra Lewicki, Bristol; Laura Sasse, Berlin; Franziska Scholl, Berlin

Gastherausgeber für den Themenschwerpunkt: Mundo Yang, Siegen; Sigrid Baringhorst, Siegen

Verantwortlich für den Themenschwerpunkt: Tobias Quednau, Berlin (V.i.s.d.P.); verantwortlich *für Pulsschlag*: Alexander Flohé, Bagelstr. 129, 40479 Düsseldorf, e-mail: alex.flohe@web.de; *für Aktuelle Analyse*: PD Dr. Ansgar Klein, Morusstraße 16, 12053 Berlin, e-mail: ansgar.klein@snafu.de; *für Treibgut:* Vera Faust, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: vera.faust@gmx.de; *für Literatur:* Melanie Müller, Neue Bahnhofstr. 22, 10245 Berlin, e-mail: melanie_mueller@email.de; Dr. Karin Urich, Zähringer Str. 2, 68239 Mannheim, mail: karin.urich@online.de; *für FJSB+*: Dr. Ansgar Klein/Laura Sasse, beide Berlin; *für Homepage und Social Media:* Regina Vierkant und Katrin Kwiatkowski, beide Berlin

Beratung und wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Andreas Buro, Grävenwiesbach; Volkmar Deile, Berlin; Dr. Warnfried Dettling, Berlin; Prof. Dr. Ute Gerhard-Teuscher, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Robert Jungk (†); Ulrike Poppe, Berlin; Prof. Dr. Joachim Raschke, Hamburg; Prof. Dr. Roland Roth, Berlin; Prof. Dr. Dieter Rucht, Berlin; Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Berlin; Dr. Antje Vollmer, Berlin; Detlef Wetzel, Frankfurt/M.; Heidemarie Wieczorek-Zeul, Berlin

Redaktionsanschrift: Forschungsgruppe SB, c/o Jan Rohwerder, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: jan.rohwerder@gmx.de

Homepage: www.forschungsjournal.de

Förderverein: *Soziale Bewegungen e.V.*, c/o PD Dr. Ansgar Klein, Morusstraße 16, 12053 Berlin, e-mail: ansgar.klein@snafu.de; *Spendenkonto*: Sparkasse KölnBonn, BIC: COLSDE33XXX, IBAN: DE76 3705 0198 0007 5146 07

Bezugsbedingungen: Jährlich erscheinen 4 Hefte.
Jahresabonnement 2015: Bibliotheken € 78,–, persönliches Abonnement € 44,–, Studierende (gegen Studienbescheinigung) € 30,–, jeweils zuzügl. Versandkosten (Inland € 4,–/Ausland € 8,–). Der Bezugspreis schließt den Zugang zum digitalen Volltext der Zeitschrift ein. Persönliche und Studentenabonnements zum reduzierten Preis erhalten den Zugang zur Datenbank gegen einen Zuschlag von € 12,-/Jahr. Mit dem Ende des Abonnements endet auch das Zugriffsrecht auf die Digitalversion. Einzelheft € 19,– (zzgl. Versandkosten).
Alle Bezugspreise verstehen sich inkl. MwSt. und sind unverbindliche Preisempfehlungen.
Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich beim Verlag erfolgen.
Abonnentenverwaltung (zuständig für Neubestellungen, Adressänderungen und Reklamationen) bitte direkt an die Verlagsauslieferung:

Brockhaus/Commission • Postfach • 70803 Kornwestheim
Tel. 07154/1327-37 • Fax 07154/1327-13

Anzeigenverwaltung beim Verlag (Anschrift wie oben). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2015.

© 2015 Lucius & Lucius Verlagsges. mbH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter diesen Vorbehalt fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronischen Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-ROM und allen anderen elektronischen Datenträgern.

Das Forschungsjournal wird durch SOLIS, IPSA (International Political Science Abstracts), IBSS (International Bibliography of the Social Sciences), sociological abstracts und BLPES (International Bibliography of Sociology) bibliographisch ausgewertet.

Karikaturen: Gerhard Mester, Wiesbaden • *Umschlag:* Nina Faber de.sign, Wiesbaden • *Satz:* com.plot Klemm & Leiby, Mainz • *Druck und buchbinderische Verarbeitung:* Rosch-Buch, Scheßlitz

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Printed in Germany
ISSN 2192-4848

Forschungsjournal
Soziale Bewegungen

Im nächsten Heft:
Zwischen Sichtbarkeit und Anonymität
Protest, Bewegung und digitale Kultur

Mit Beiträgen von:
Ruth Simsa/Marlene Heinrich/Marion Totter
Ina Alber
Ulrich Dolata/Jan-Felix Schrape
Ricarda Drüeke
Magdalena Freudenschuß
Kathrin Ganz
Carsten Ochs
u.v.m.

September 2015

Die Themenhefte 2015 im Überblick:

1/15 Kirchen in Bewegung

2/15 Das Private ist Politisch
Konsum und Lebensstile

3/15 Zwischen Sichtbarkeit und Anonymität
Protest, Bewegung und digitale Kultur

4/15 Menschenrechtsbewegung in Deutschland
Wie weit reicht der politische Einfluss? (mit einem Sonderschwerpunkt zu Fritz Bauer)

Einzelheft € 19 • Jahresabonnement € 44 – für Studierende € 30
Bestellungen über Ihre Buchhandlung, direkt beim Verlag oder im Internet!
www.luciusverlag.com • www.forschungsjournal.de

LUCIUS LUCIUS Stuttgart